

G 2766 EX



MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

7/8'78 Juli / August



Dank an die Helfer der „Aktion Bretagne“

Die deutsch-französische Freundschaft gefestigt

Innenminister Bonnet: Hilfe wurde sehr hoch eingeschätzt

Der Einsatz und die Hilfsbereitschaft der über 300 deutschen Helfer von Feuerwehr und THW anlässlich der zweiwöchigen „Aktion Bretagne“ (vgl. ZS-MAGAZIN 6/78, Seite 5) hat überall – in Frankreich wie in der Bundesrepublik – hohe Anerkennung gefunden. So schrieb der französische Innenminister Christian Bonnet an seinen deutschen Amtskollegen Gerhart Rudolf Baum am 20. Juni:

„Im Rahmen der deutsch-französischen Vereinbarungen über die gegenseitige Hilfe in Katastrophenfällen war die Bundesrepublik so außerordentlich freundlich, nach Frankreich eine Abteilung von 312 Feuerwehrmännern und Helfern des Technischen Hilfswerks, begleitet von bedeutsamem und umfangreichem Material zu senden, um während zweier Wochen an der Reinigung des bretonischen Strandes und der bretonischen Küsten teilzunehmen, welche infolge des Schiffsunglückes der „Amoco-Cadiz“ verschmutzt wurden.

Gestatten Sie mir, Herr Minister, Ihnen meine lebhaftesten Danksagen für diese Hilfe auszudrücken, welche von der vom Unglück betroffenen Bevölkerung der Departements Finisterre und Côtes-du-Nord sehr hoch eingeschätzt worden ist.

Die Härte bei der Arbeit der Feuerwehrmänner aus Deutschland, ihre Leistungsfähigkeit, ihre herzlich lächelnde Höflichkeit in ihren Beziehungen zu den Einwohnern, den französischen Soldaten und französischen Feuerwehrmännern haben tatsächlich Wunder gewirkt.

Ich bin sicher, daß die zahlreichen freundschaftlichen Kontakte, die sich in dieser Weise zwischen uns geknüpft haben, dazu beitragen werden, noch enger die Bande der Freundschaft und der Sympathie zu festigen, welche zwischen der Bevölkerung unserer beiden Nationen bestehen.

Ich gestatte mir, Sie zu bitten, freundlicherweise gleichfalls meine Danksagen Herrn Ministerialrat Dr. Andrews, Herrn Albert Bürger, dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, und Herrn Ahrens, dem Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, für den Teil, den sie in der Organisation dieser Operation übernommen haben, sowie meine

Glückwünsche den Herren Böttcher und Brundelius für die bemerkenswerte Art und Weise, wie sie auf dem Befehlsplatz der deutschen Abteilungen ihre Verbindungen mit den französischen Behörden sichergestellt haben, zu übermitteln.“

Bundesinnenminister Baum dankte den deutschen Einsatzkräften mit folgenden Worten:

„Liebe Kameraden der Feuerwehren und des THW!

Vierzehn Tage härtester Arbeit liegen hinter Ihnen. In dieser Zeit leisteten Sie in der Bretagne in den Departements Finisterre und Côtes-du-Nord, deren Küsten durch den Unfall des Tankers „Amoco-Cadiz“ schwere Ölverschmutzungen erlitten haben, einen sichtbaren und allseits anerkannten Beitrag zur Beseitigung der Schadensfolgen. Hierfür spreche ich Ihnen meinen herzlichen Dank und meine hohe Anerkennung aus.

Sie hatten sich spontan entschlossen, unverzüglich die Reise anzutreten und haben damit ein hervorragendes Beispiel menschlicher Solidarität über die Grenzen hinweg demonstriert. Die Welle der Sympathie, die Ihnen von seiten der betroffenen Bevölkerung entgegen geschlug und die Ihre Arbeit begleitete, sowie die Gastfreundschaft und Hilfsbereitschaft der französischen Stellen dürften für Sie der untrügliche Beweis dafür gewesen sein, daß Ihre Entscheidung richtig war.

Ihre Leistung und Ihr freundliches diszipliniertes Auftreten haben in der französischen Öffentlichkeit einen starken Eindruck hinterlassen. Sie haben dadurch dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland einen großen Dienst erwiesen. Auch hierfür danke ich Ihnen.

Solange unser Gemeinwesen durch Mitbürger geprägt ist, die wie Sie jederzeit für den Staat einzutreten bereit sind, besitzt die Demokratie in unserem Lande eine stabile Grundlage, die die Voraussetzung für Sicherheit und Fortschritt darstellt.“

Der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Albert Bürger, übermittelte den Helfern von Feuerwehr und THW folgende Dankadresse:

„Vom 28. Mai bis 10. Juni 1978 standen deutsche Feuerwehrmänner und Helfer des Technischen Hilfswerkes gemeinsam zur Ölschadensabwehr an der Küste der Bretagne im Einsatz, um auf diese Weise nachbarschaftliche Hilfe zu leisten und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Staaten des freien Westens zu bestätigen. Als Initiator dieser „Aktion Bretagne“ fühle ich mich besonders verpflichtet, allen Kameraden, die im Einsatz waren, aber auch denen, die zu Hause geplant hatten und den Nachschub besorgten, herzlichen Dank zu sagen.

Anlässlich der Verabschiedung der Einsatzkräfte der Feuerwehr und des THW am Samstag, 27. Mai 1978, auf dem Bahnhof Saarbrücken, habe ich die Kameraden darauf hingewiesen, daß in früheren Zeiten viele Transportzüge mit deutschen Mannschaften und Geräten durch Frankreich gefahren sind, die nicht die Billigung der französischen Bevölkerung finden konnten. Dieses Mal aber seien es Helfer humanitärer Dienste der Bundesrepublik Deutschland, die als Friedenstruppe für uns mit den Franzosen eine Gefahr abwenden wollen. Sie, meine Kameraden, haben diesen Appell von mir verstanden und haben in vorbildlicher Weise an der bretonischen Küste eine Leistung erbracht und eine Haltung bewiesen, die in Frankreich und besonders bei den Bretonen hohe Anerkennung gefunden hat.

In einem Brief vom 3. Juli 1978 teilte mir der Präsident des Französischen Feuerwehrverbandes, Herr Colonel Sibué, mit, daß das Präsidium des Verbandes einen offiziellen Bericht über den Einsatz der deutschen Feuerwehrmänner entgegengenommen habe, in dem der hervorragende Einsatz herausgestellt und den deutschen Feuerwehrmännern Dank und Anerkennung von höchster französischer Stelle gezollt worden sei. Ich gebe Ihnen, meine Kameraden, diesen Dank sowie den Dank des Präsidenten des Französischen Feuerwehrverbandes gerne weiter und bin stolz darauf, daß Sie die deutsche Nation so gut repräsentiert haben.

Ihre Leistung trägt dazu bei, die Freundschaft zwischen Franzosen und Deutschen zu vertiefen und das westliche Europa zu festigen.“



MAGAZIN

7/8/78



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (02 21) 4 98 81

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Ulrike von Gimborn
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder

Grafik und Layout:

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86-8 88, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 6 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

„Inventur“ 7
Organisation und Aufbau des Zivil- und Katastrophenschutzes in der Landeshauptstadt Stuttgart.



„Lehrer lernen lehren“ 14
Arbeitsseminare für Fachlehrer des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

„Hilfe – zentral gesteuert“ 18
Katastrophenschutzzentrum für Aachen und die Nordeifel.

„Tragkraftspritzen und Feuerlösch- kreiselpumpen“ 20
Die Tragkraftspritze TS 05/5.

„Die Zivilschutzmaske M 65 Z“ 22
Ein Gerät, das allen Aufgaben gerecht wird.

„Informationsfahrt Schweiz 78“ 27
Zwei Fernmeldezüge auf großer Reise.

„Schreckensbilder wie in Hiroshima“ 30
Das Explosionsunglück von Los Alfaques.

„Turbulente Wochen“ 32
THW-Direktor besuchte die Ortsverbände im Raum Main-Spessart.

„Wenn wir in der Zivilverteidigung weiterkommen, dann nur Schritt für Schritt“ 34
Hearing der Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Repräsentanten der verschiedenen Verwaltungsebenen.

„Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Hitzschlag und Sonnenstich.



umschau

Genormte Anschlüsse für Geräte in Krankentransportwagen

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen beantwortete jetzt die Kleine Anfrage des F.D.P.-Abgeordneten Peter Eykman, BVS-Dienststellenleiter in Recklinghausen, der von der Landesregierung wissen wollte, ob es zutreffend sei, daß Geräte in den Krankentransportwagen und in den Krankenhäusern teilweise verschiedene Anschlüsse hätten und dies dazu führe, daß der beim Transport der Kranken anwesende Arzt bestimmte Geräte mangels passenden Anschlusses nicht anwenden könne.

Wie der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales mitteilte, sei durch § 12 Rettungsgesetz die Verwendbarkeit aller für den mobilen Betrieb geeigneten medizinischen Geräte mit DIN-Norm-gerechten Anschlüssen sichergestellt. Krankenkraftwagen sind danach ausschließlich mit solchen Geräteanschlüssen auszustatten. Wenn medizinische Geräte – sofern überhaupt von ihrer Konstruktion her für den nichtstationären Bereich geeignet – nicht mit solchen Anschlüssen ausgestattet sind, ist die Verwendung im Krankenwagen nur nach Umrüstung oder nur unter Benutzung von Adaptern möglich.

Bei der Neuanschaffung von medizinischen Geräten werde darauf geachtet, teilt die Landesregierung weiter mit, daß in Rettungswagen Geräte mit DIN-Norm-gerechten Anschlüssen zur Verfügung stünden.

Peter Eykman: „Erfreulicherweise ist es in unserem Lande bisher noch nicht zu Komplikationen im Rettungs- und Krankentransportdienst gekommen. Es gilt auch weiterhin zu verhindern, daß gerade, wenn es um unser Leben geht und Minuten lebensrettend sein können, der Teufel im Detail steckt.“

Bundespräsident Walter Scheel sammelte für die DGzRS

In Westerland auf Sylt staunten die Badegäste: Bundespräsident Walter Scheel, Feriengast auf der Insel, ging mit einer Sammelbüchse über die Kurpromenade und erbat einen Obolus für die Deutsche Gesellschaft



zur Rettung Schiffbrüchiger. Das Staatsoberhaupt hatte die Mitglieder des Westeländer Freiwilligen Rettungscorps besucht. Von dieser Organisation sowie von der Rettungsgesellschaft und den Rettungsfliegern waren Rettungseinsätze gezeigt worden.

MdB Spranger startet Umfrageaktion zur Lage des Zivilschutzes

„Die Erstellung eines realistischen, objektiven Lagebildes über den Zustand der zivilen Verteidigung im Bundestagswahlkreis Ansbach“ ist das Ziel einer Umfrageaktion des CSU-Bundestagsabgeordneten Carl-Dieter Spranger. Mit seiner Umfrage will Spranger, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Innenpolitik“ der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, die bisher von der Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ gewonnenen Erkenntnisse ergänzen. MdB Spranger hat deshalb dem Landrat, dem Regierungspräsidenten, dem Oberbürgermeister von Ansbach, dem Verteidigungsbezirkskommando, dem Kreisbrandrat, dem THW, dem Bayerischen Roten Kreuz sowie dem BVS Umfragebogen übersandt. Spranger in seinem Anschrei-

ben: „Diese Befragung soll dazu dienen, die Bemühungen um Verbesserungen des nach bisherigen Erkenntnissen völlig ungenügenden Schutzes der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland im Verteidigungsfall zu stärken. Dazu ist auch eine breite öffentliche Diskussion der damit zusammenhängenden Probleme und die Schaffung eines Problembewußtseins unserer Bürger in ihrem eigenen Interesse erforderlich. Eine derartige Mobilisierung der Allgemeinheit für eine wirksame und glaubwürdige Zivilverteidigung dient jedem einzelnen und kann dazu führen, daß zum Schutze des Lebens unserer Bevölkerung zukünftig wesentlich größere Anstrengungen unternommen werden als das bisher leider der Fall war.“

NRW-Innenminister Dr. Hirsch: Feuerschutzsteuerrecht novellieren!

Das Problem des stark rückläufigen Aufkommens der Feuerschutzsteuer (vgl. ZS-MAGAZIN 6/78, Seite 57) beschäftigt zur Zeit die Politiker. Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Burkhard Hirsch erklärte bei der Beratung des Entwurfs eines Feuerschutzsteuergesetzes im Bundesrat am 7. Juli 1978: „... Die Tatsache, daß der Bund seinerzeit durch eine Änderung der Berechnungsgrundlage die Feuerschutzsteuer den steuerpflichtigen Versicherungsunternehmen gegenüber ermäßigt hatte, belastet einzig und allein die Gemeinden; sie sind nämlich die Träger des Feuerschutzes.“

Diese damals vorgenommene Änderung der Berechnungsgrundlage hat zu erheblichen Einnahmeausfällen bei der Feuerschutzsteuer geführt, hat die Gemeinden in nicht unerhebliche Schwierigkeiten bei der notwendigen Ausstattung, insbesondere der zu einem größten Teil freiwilligen Feuerwehren, gebracht. Das wird durch eine Reihe von Zahlen deutlich.

Die jährlich verursachten Brandschäden in der Bundesrepublik belaufen sich im Durchschnitt auf etwa drei Milliarden Mark. Trotz des Einsatzes der Feuerwehren verlieren bei solchen Schadensfeuern jährlich rund 1000 Menschen in der Bundesrepublik ihr Leben. Es muß also das gemeinsame Ziel der öffentlichen Hände, aller Bürger und natürlich auch der Versicherungswirtschaft sein,

diese Schadenssummen zu verringern.

Die öffentliche Aufgabe des Feuer-schutzes wird in außerordentlich starkem Umfang von freiwilligen Kräften übernommen. In diesem Bereich arbeiten rund eine Million freiwilliger Feuerwehrmänner, die ehrenamtlich und unter Aufopferung von Freizeit, Gesundheit und nicht selten unter Einsatz ihres Lebens diese wichtige öffentliche Aufgabe wahrnehmen.

Allein die freiwilligen Feuerwehren beklagen jedes Jahr 15 bis 20 Opfer und etwa 4500 mehr oder wenig schwer verletzte Feuerwehrleute.

Das Wenigste, was wir für diese Männer tun können und müssen, ist, sie persönlich gut auszurüsten und ihnen technisch ausgereiftes Material an die Hand geben zu können. Die in Nordrhein-Westfalen gegenüber der Finanzplanung entstandenen Defizite durch die Rückgänge aus der Feuer-schutzsteuer betragen im Haushalts-jahr 1975 rund 15 Millionen DM. Das entspricht einem Anteil von 33 Prozent der Gesamteinnahmen dieser Steuer. Im Jahre 1976 lag der Wert bei 19 Millionen, im Jahre 1977 lagen die Zahlen bei 14 Millionen, etwa 28 Prozent der Gesamteinnahmen.

Demgegenüber sind in den nächsten Jahren bis 1981 in Nordrhein-Westfa-len Beschaffungen und Baumaßnahmen im Bereich des Feuer-schutzes von insgesamt 750 Millionen DM nötig. Nach den in Nordrhein-Westfalen üblichen Regelsätzen für staatliche Zuschüsse würden rund 340 Millionen DM an Feuer-schutzsteuermitteln benötigt, um diese Maßnahmen zu finanzieren. Wenn sich dieser Trend der Einnahmeausfälle auch bis in das Jahr 1981 fortsetzen würde, so entstünde tatsächlich ein Defizit von rund 220 Millionen DM. Um diesen Beitrag müßten die staatlichen Beihilfen gekürzt werden mit der Folge, daß die genannten Maßnahmen unterbleiben oder erheblich gestreckt werden müßten.

Die Gemeinden sind nicht in der Lage, den Anteil der Eigenleistungen zum Ausfall der staatlichen Beihilfen zu erhöhen. Die Folge wäre nicht nur eine Schwächung des Feuer-schutzes mit der Gefahr einer Erhöhung der genannten Schadenssummen, es unterblieben darüber hinaus sicherlich auch sonst sinnvolle Bau- und Beschaffungsmaßnahmen in der Größenordnung von 750 Millionen DM allein in Nordrhein-Westfalen.

Es ist bisher nicht bekanntgeworden, daß der Versicherungswirtschaft ernsthafte Nachteile durch die bisherige Besteuerung entstanden wären. Die öffentlich-rechtlichen Versicherungen haben nach Änderung der Berechnungsgrundlage zunächst sogar ihre Abgaben in alter Höhe geleistet. Das zeigt deutlich, daß sie von der Änderung des Berechnungs-systems überrascht waren und nicht damit gerechnet hatten, daß es eine Lösung auf Dauer sein könnte; das kann auch nicht sein.

Die Argumentation der Versicherungswirtschaft, nach der mit den Mitteln der Feuerschutzsteuer die Aufgaben des Rettungsdienstes finanziert würden, treffen nicht den Sachverhalt. Aus den öffentlichen Haushalten ist unschwer zu erkennen, daß der Rettungsdienst seine eigenen Finanzierungsquellen hat. In Nordrhein-Westfalen wird er voll vom Land finanziert, ohne daß hierfür auch nur eine einzige müde Mark der Feuerschutzsteuer eingesetzt werden würde.

Ich glaube, es wird in der Tat hohe Zeit, hier das Feuerschutzsteuerrecht zu novellieren, um unseren Feuerwehrmännern die Ausbildung und die Gerätschaft geben zu können, die sie für ihre Arbeit brauchen."

Neuer Seenotrettungskreuzer „Wilhelm Kaisen“

Als letztes von drei neuen großen Fahrzeugen ist am Mittwoch der Seenotrettungskreuzer „Wilhelm Kaisen“ von der Werft an die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger abgeliefert worden. Das Schiff, benannt nach dem früheren Bremer Bürgermeister, kann mit 8200 Pferdestärken eine Geschwindigkeit von 30 Knoten erreichen. Es wird ständig in der Deutschen Bucht stationiert sein. Die drei Rettungskreuzer haben neben einem Tochterboot auch ein Hubschrauberlandedeck.

Katastrophenschutzzentrum Alsfeld eingeweiht

In Anwesenheit des hessischen Innenministers Ekkehard Gries und zahlreicher Vertreter aus Politik, öffentlichen Verwaltungen und der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen wurde Mitte Juli

das Katastrophenschutzzentrum Alsfeld eingeweiht. Landrat Dr. Jochen Zwecker sagte bei der offiziellen Übergabe, daß durch die räumliche Zusammenfassung der Organisationen im Katastrophenschutz und Rettungswesen ein schneller und optimaler Einsatz der Hilfskräfte im Interesse der betroffenen Bürger gewährleistet sei. Innenminister Gries betonte die Notwendigkeit, die Organisationen des Katastrophenschutzes zu stärken. Es habe sich aber auch herausgestellt, daß es einer klaren gesetzlichen Regelung der Zuständigkeiten und des Zusammenwirkens der beteiligten Kräfte bedarf, um den bestmöglichen Schutz des Bürgers zu erreichen. Gries erwähnte in diesem Zusammenhang das kürzlich verabschiedete hessische Landes-Katastrophenschutzgesetz.

In dem Alsfelder Zentrum sind integriert: der erweiterte Katastrophenschutz mit zwei Zügen der Feuerwehr, einem Bergungszug des THW, einem Sanitätszug und einem Krankentransportzug des DRK, der DRK-Kreisverband Alsfeld mit Krankentransport, Sozialdienst und Verwaltung sowie der THW-Ortsverband Alsfeld. Das Zentrum umfaßt eine Nutzfläche von 2068 Quadratmetern, die Baukosten betragen 2,37 Mill. DM.

38 Hilfskrankenhäuser in Bayern

In Bayern stehen zur Zeit 38 Hilfskrankenhäuser mit 16 585 Betten bereit, um im Katastrophen- und Verteidigungsfall Patienten aufnehmen zu können. Sechs Kliniken sind unterirdisch angelegt, darunter als neueste ein 450-Betten-Hilfskrankenhaus in Schwabmünchen bei Augsburg, das der bayerische Innenminister Dr. Alfred Seidl jetzt seiner Bestimmung übergab. Die Kosten für den Bau – in fünfjähriger Bauzeit auf dem Gelände einer Gesamtschule errichtet – betragen rund fünf Millionen DM.

ADAC-Plakataktion „Die freie Spur für schnelle Hilfe“

Damit in einem Stau die Polizei- und Hilfsfahrzeuge schnell zur Unfallstelle kommen, startet der ADAC eine Aufklärungskampagne gemeinsam mit der Gesellschaft für Nebenbetriebe an Bundesautobahnen (GfN). Vor

allein bei dichtem Urlaubs-Reiseverkehr kommt es häufig vor, daß Rettungsfahrzeuge steckenbleiben, weil die Autofahrer nicht rasch genug eine Gasse öffnen.

An allen Raststätten, Tankstellen und Kiosken werden auf Plakaten Tips gegeben, wie im Ernstfall schnell eine freie Spur gebildet werden kann.

- Genügend großen Abstand zum Vordermann halten (mindestens eine Fahrzeuglänge), damit Raum zum Ausweichen bleibt
- Radio leiser stellen und ein Fenster öffnen, damit die Signale zu hören sind
- Häufig in den Rückspiegel blicken, um das Blaulicht frühzeitig erkennen zu können
- Wenn ein Einsatz-Fahrzeug kommt, so ausweichen wie der Hintermann, damit sich die Gasse von hinten her bilden kann
- Gasse so lange freihalten, bis sich die Kolonne wieder in Bewegung setzt.

Nach § 18 der Straßen-Verkehrsordnung ist übrigens jeder Kraftfahrer verpflichtet, bei stockendem Verkehr für Polizei- und Hilfsfahrzeuge so schnell es geht eine Gasse zu schaffen. Die ADAC-Aktion soll den Autofahrern zeigen, wie sie diese oft lebensrettende freie Spur rasch und problemlos bilden können.

Kreislaufschäden häufigste Diagnose am Notfallort

Für die im vergangenen Jahr im Luftrettungsdienst bei 12 575 Einsätzen versorgten 11 189 Patienten sind vom ADAC-Computer alle an der Notfallstelle und während des Fluges registrierten Diagnosedaten und Behandlungsmaßnahmen ausgewertet worden. Das medizinische Einsatzprotokoll umfaßt dazu 121 Einzelpositionen, die in einem EDV-Programm gespeichert werden.

Danach zeigt sich, daß die Schocksymptomatik mit 5 719 Fällen den Hauptteil aller notfallbedingten Schädigungen stellt, gefolgt von Schädel-/Hirnverletzungen und Störungen der Atmung. Aber auch über weniger häufige, deswegen jedoch nicht minder interessante Details gibt die Computer-Analyse Auskunft. So sind die Hubschrauber 1977 bei 687 Schlaganfällen zum Einsatz gekommen, 49 gynäkologische Notfälle erforderten die rasche Hilfe der Ärzte.

Vergiftungen verursachten 439 Einsätze, Verbrennungen 210, und sogar zu 81 akuten Infektionen wurden die Hubschrauber gerufen. Nicht immer gewannen die Helikopter den Wettlauf mit dem Tod. 586 mal konnten die Ärzte nur noch den Tod am Notfallort feststellen. 23 Patienten starben auf dem Transport in das Krankenhaus.

Deutsche Schutzbaugemeinschaft gegründet

Am 15. Juni 1978 wurde in Viernheim/Hessen auf Initiative von Johannes Hammer, Bundesvorsitzender der Bürgerinitiative Selbstschutz vor dem Atomtod e. V., die Deutsche Schutzbaugemeinschaft e. V. gegründet. 25 Verbände und Firmen unterschrieben die Gründungsurkunde.

Zum Vorsitzenden des Bundesvorstandes der Deutschen Schutzbaugemeinschaft wurde Dipl.-Ing. Oskar Klee, Vorstandsmitglied des Deutschen Architekten- und Ingenieurverbandes und Direktor der Stuttgarter Niederlassung der Firma Dyckerhoff und Widmann AG, gewählt.

Die Deutsche Schutzbaugemeinschaft stellt sich die Aufgabe, auf der Basis der Freiwilligkeit den Schutzraumbau in der Bundesrepublik voranzutreiben. Sie will in allen Teilen der Bundesrepublik Schutzräume planen, bauen und warten sowie wissenschaftliche Forschungsaufgaben, die eine Vereinfachung der Bauweise zum Ziele haben, fördern. Zu diesem Zwecke strebt sie an, in allen 8000 Städten und Gemeinden der Bundesrepublik interessierte Firmen, Architekten und Ingenieure in Ortsvereinen zusammenzuschließen.

Letztes Ziel der Deutschen Schutzbaugemeinschaft ist es, durch ein Schutzbaugesetz zu einer umfassenden Lösung des Schutzbauproblems zu gelangen. Die Notwendigkeit eines Schutzbaugesetzes unterstrich Dr. Alfred Dregger, MdB, in einem Telegramm an die Gründungsversammlung der Deutschen Schutzbaugemeinschaft.

Gesundheitsversorgung im Verteidigungsfall

Der CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Becker (Frankfurt) fragte die Bundesregierung nach dem Stand der gesetzlichen Maßnahmen für

die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung im Katastrophen- und Verteidigungsfall:

„Bestehen gesetzliche Regelungen der Gesundheitssicherstellung für den Katastrophen- oder Verteidigungsfall als Rahmengesetz, und wenn nein, wird die Bundesregierung eine Initiative ergreifen, um diese Lücke zu schließen?“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Zander, beantwortete diese Frage wie folgt:

„Zur Ergänzung der bereits bestehenden Vorschriften über die Bereitstellung von Hilfskrankenhäusern, über die Anlegung von Sanitätsmittelvorräten sowie über das Sanitätswesen im Gesetz über den Zivilschutz und im Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes wird gegenwärtig im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit eine gesetzliche Regelung vorbereitet, die die erforderliche gesundheitliche Versorgung und den Schutz vor gesundheitlichen Gefahren der Bevölkerung und der Streitkräfte im Verteidigungsfall gewährleisten und vorhandene Lücken schließen soll.“

Vier Goldmedaillen für die DLRG

Bei den alle zwei Jahre stattfindenden Rettungsvergleichskämpfen der Fédération Internationale des Sauvetage (FIS), den Championnats du Monde de Tetrathlon de Sauvetage Nautique, die vom 19. bis 23. Juli 1978 in London mit Beteiligung von neun Nationen (Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Irland, Italien, Polen, Spanien und der Bundesrepublik) durchgeführt wurden, errangen die Rettungsschwimmer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) insgesamt vier Goldmedaillen und zwei Silbermedaillen.

Dabei ist besonders bedeutend der erste Platz bei den Männern im Rettungsmannschaftsvierkampf (Rudern, Rettungsring-Weitwerfen, 50 m Abschleppen und 200-m-Hindernisschwimmen)

In den Einzelwettkämpfen siegten: Dirk Kildentoft: Erster im 50-m-Abschleppen, Erster im Rettungsvierkampf, Zweiter im Rettungsring-Weitwerfen.

Christiane Thomsen: Erste im 200-m-Hindernis-Schwimmen.

Gudrun Forster: Erste im 50-m-Ab-schleppen.

Lothar Stall: Zweiter im Rettungsvier-kampf.

Weitere Hubschrauber-Ret-tungsstationen in Kempten und Siegen

Zum Einsatz der Hubschrauber im Katastrophenschutz und Rettungs-dienst stellte der Bundestagsabge-ordnete Biechele (CDU/CSU) der Bundesregierung folgende Frage:

„Liegen der Bundesregierung Er-kenntnisse darüber vor, welche Insti-tutionen, Vereinigungen und Ver-bände Rettungshubschrauber im Rahmen des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stellen, und ist nach Über-zeugung der Bundesregierung ein für alle Gebiete der Bundesrepublik Deutschland ausreichender Ret-tungshubschrauberdienst gewährlei-stet?“

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, von Schoeler, beantwortete die Frage im Namen der Bundesregierung: „Hubschrauber für den Luftrettungs-dienst in der Bundesrepublik Deutschland stellen zur Verfügung

● der Bund

Hubschrauber des Katastrophen-schutzes (BMI) für 16 Luftrettungssta-tionen (München, Frankfurt, Köln, Hannover, Ludwigshafen, Bremen, Kassel, Lünen, Duisburg, Wittlich, Villingen-Schwenningen, Eutin, Biele-feld, Traunstein, Straubing und Saar-brücken),

Hubschrauber der Bundeswehr für 5 Luftrettungsstationen (Hamburg, Aachen/Wurselen, Koblenz, Nürnberg und Ulm).

● Private Betreiber

Hubschrauber der Deutschen Ret-tungsflugwacht e. V. für 3 Luftret-tungsstationen (Rendsburg, Karlsruhe und Stuttgart).

Die Bundesregierung wird bemüht sein, nach Maßgabe der Haushalts-lage weitere Hubschrauber des Kata-strophenschutzes für die Luftrettung zur Verfügung zu stellen.

Für 1979 und 1980 ist vorgesehen, die 17. und 18. Luftrettungsstation in Kempten und im Raum Siegen mit Hubschraubern des Katastro-phenschutzes auszustatten. Unter

dem Vorbehalt, daß die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung ste-hen, sollen möglichst bis 1983 zur Vervollständigung des Luftrettungs-netzes weitere Katastrophenschutz-Hubschrauber beschafft werden, die die Errichtung von 4 weiteren Luftret-tungsstationen ermöglichen.“

Die Frage des Abgeordneten Bieche-le: „In welcher Weise unterstützt der Bund das bestehende Rettungs-hubschraubernetz, und in welcher Weise wird er es in Zukunft fördern?“ beantwortete Staatssekretär von Schoeler: „Ihre Frage gibt mir zu-nächst Anlaß zu dem Hinweis, daß das Rettungswesen, zu dem auch der Luftrettungsdienst gehört, aus-schließlich in der Gesetzgebungs-, Finanzierungs- und Verwaltungskom-petenz der Länder liegt. Das geltende Finanzverfassungs- und Haushalts-recht setzt daher den Möglichkeiten des Bundes für eine Förderung des Luftrettungsdienstes Grenzen.

Der Bund trägt die Investitionskosten für die Hubschrauber des Katastro-phenschutzes und der Bundeswehr sowie die Kosten für die Flugzeugfüh-er und das technische Personal, einschließlich der Ausbildungskosten. Darüber hinaus übernimmt der Bund einen Teil der Betriebskosten (BMI: 25,7 %). Die übrigen Betriebskosten

werden dem Bund von den Trägern des Rettungsdienstes (Länder, Land-kreise, kreisfreie Städte, Rettungs-zweckverbände, je nach den landes-rechtlichen Bestimmungen) in Form einer Flugkostenpauschale erstattet; sie beträgt z. Z. 900,- DM pro Flug-stunde.

Die Träger des Rettungsdienstes er-heben für die Hubschrauber-Ret-tungseinsätze von den Patienten bzw. von den Sozialversicherungsträgern ein Benutzungsentgelt, das jedoch nicht in allen Fällen kostendeckend ist. Entstehende Defizite werden un-terschiedlich durch die Länder oder die Träger des Rettungsdienstes aus-geglichen.

Darüber hinaus zahlen die Länder Zuschüsse zu den Kosten, die den Trägern des Luftrettungsdienstes im Investitionsbereich (Bau von Han-gar, Betankungsanlage und Hub-schrauberlandeplatz) entstehen.

Die Länder Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben bisher auch Zuschüsse für die in ihrem Be-reich betriebenen Luftrettungssta-tionen der Deutschen Rettungsflug-wacht e. V. geleistet.

Der Bund wird nach den dargelegten Kriterien den Hubschrauberrettungs-dienst auch in Zukunft fördern.“

Wirbelsturm richtete schwere Schäden an



Am 3. August richtete ein Wirbelsturm in Schechingen (Ostalbkreis) schwere Schä-den an: Die Dächer von rund 40 Häusern wurden abgedeckt, dieses Haus (Foto) stürzte wie ein Kartenhaus zusammen. Der Sachschaden ist beträchtlich, Personen wurden nicht verletzt.

Präsident a. D. Erich Hampe gestorben

Am 27. Juni verstarb der frühere Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, General a. D. Erich Hampe, im Alter von 88 Jahren.

Das Leben dieses Mannes war gelenkt und geprägt worden von dem für Deutschland schicksalhaften Geschehen eines zweimaligen Wechsels von Krieg und Frieden.

Die Wirren und blutigen Unruhen, die dem ersten Weltkrieg folgten, hatten den an der Front und in höhe-



ren Stäben erfahrenen aktiven Offizier unmittelbar nach seiner Entlassung im Herbst 1919 in die Reihen der damals von Otto Lummitzsch ins Leben gerufenen Technischen Nothilfe geführt. Als ihr Stellvertretender Vorstand und Einsatzchef für das gesamte Reichsgebiet, dazu als Schriftleiter der von der Technischen Nothilfe seit 1920 herausgegebenen Monatsschrift „Die Räder“, konnte er hier ohne Unterbrechung so lange wirken, bis auch er 1941 aus politischen Gründen abgelöst wurde. Das Oberkommando des Heeres wußte seine Erfahrung in der Planung rascher Einsätze und in der Führungstechnik zu schätzen und stellte ihn sofort als Abteilungschef in seinen Dienst. Es beauftragte ihn mit der Aufstellung der neuen Waffengattung „Technische Truppen“. Als Oberst wurde er 1943 zum „General der Technischen Truppen“ im Oberkommando des Heeres ernannt und 1944 mit der militärischen Leitung der Instandsetzungsarbeiten für alle Transportverbindungen und lebens- und kriegswichtigen Anlagen beauftragt.

Auch nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft 1947 galt seine Arbeit der Behebung unmittelbarer Not: Hampe wurde Gründer

einer ersten Flüchtlingsstadt, Espelkamp, die für weitere Gründungen dieser Art Modell geworden ist.

1950 kam Erich Hampe in das Bundesministerium des Innern. Hier wartete auf ihn der Auftrag, die Technischen Abteilungen des Bundesgrenzschutzes aufzustellen sowie das Technische Hilfswerk aufzubauen. Gleichzeitig war er in herausgehobener Stellung Generalreferent für zivilen Luftschutz. Auf seine Überlegungen, den Wiederaufbau des Zivilschutzes wissenschaftlich abzusichern und damit Zweiflern zu begegnen, geht auch die Berufung der „Schutzkommission“ zurück.

Es war sein Ziel, die frühere Bundesanstalt für zivilen Luftschutz, das heutige Bundesamt für Zivilschutz, deren Präsident Erich Hampe von 1954 bis 1956 gewesen ist, zu einem Forschungs-, Planungs- und Studienzentrum wissenschaftlichen und international anerkannten Ranges zu erheben. Wegen Erreichens der Altersgrenze mußte er diese Tätigkeit beenden.

Zivilschutz und zivile Verteidigung danken ihm eine Fülle gegenwartsna-

her und ausgereifter Abhandlungen. Das gilt besonders für seine bereits 1956 erschienenen Studien „Im Spannungsfeld der Luftmächte“ und zur „Strategie der zivilen Verteidigung“.

Was seine Arbeit in besonderem Maße gefördert hat, war sein von Vorbehalten immer frei gebliebenes Verhältnis zum Ausland, das seine Erfahrung schätzte und ihn immer wieder zum Gedankenaustausch und zu Vorträgen einlud.

Als Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Hubschrauber-Verwendung und Luftrettungsdienst, die von ihm 1958 gegründet wurde und die er bis zu seinem Tod leitete, machte sich Erich Hampe weltweit einen Namen.

Erst im vergangenen Jahr wurde Erich Hampe vom Bundesminister des Innern mit dem Ehrenzeichen des Technischen Hilfswerks in Gold ausgezeichnet. Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul W. Kolb, der diese Auszeichnung überreichte, würdigte dabei die Verdienste, die sich Erich Hampe um den Zivilschutz erworben hat.

Veranstaltungsreihe des BZS-Lehrreferates im zweiten Halbjahr 1978

Die Veranstaltungsreihe des Lehrreferats im Bundesamt für Zivilschutz (BZS) im zweiten Halbjahr 1978 beginnt nunmehr mit der 901. Lehrver-

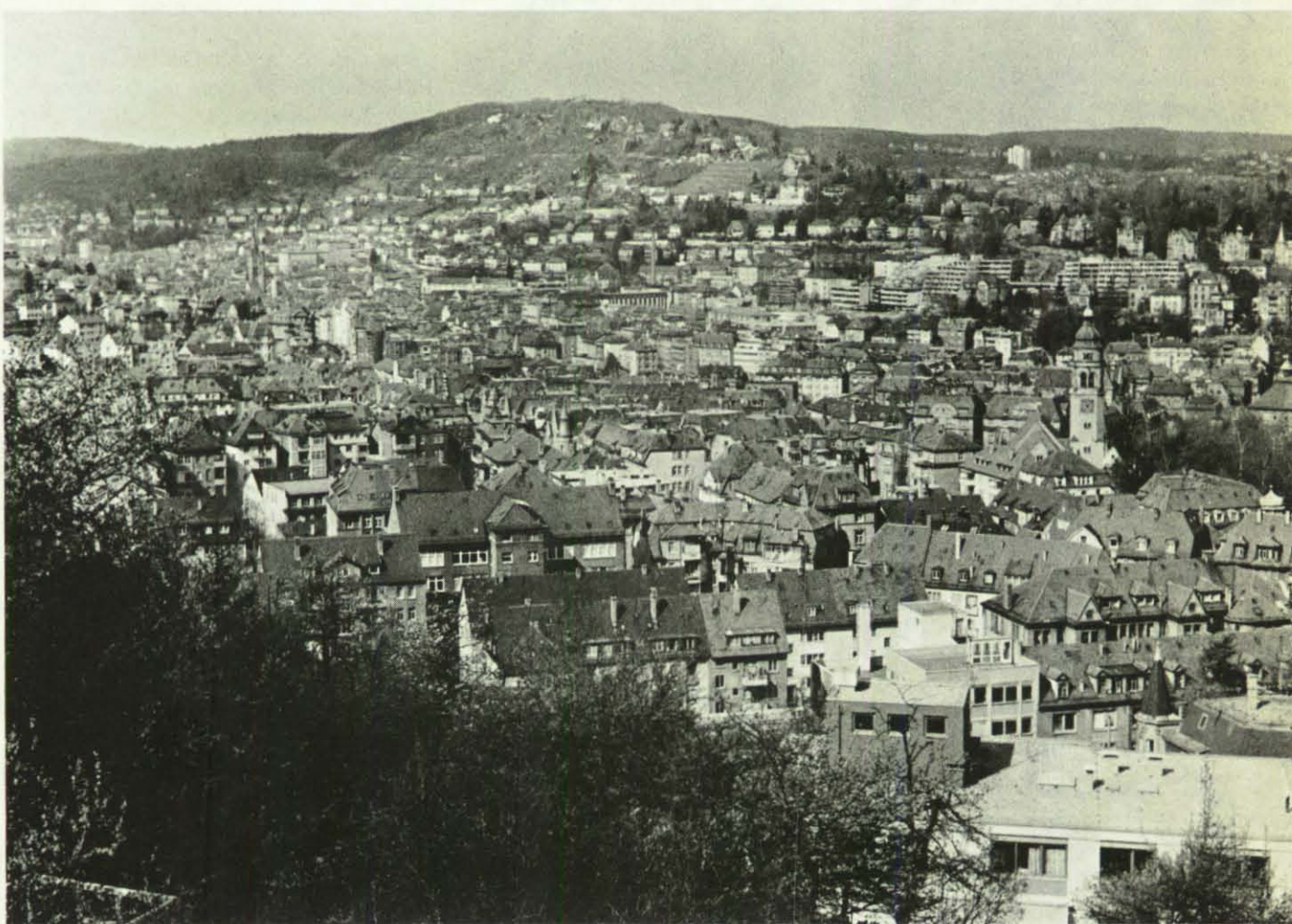
anstaltung, in der das Wissen um die Aufgabenstellung und um die Wirkungsweise des Zivilschutzes vermittelt wird.

Die Lehrveranstaltungen für das zweite Halbjahr, zu denen die Einladungen auf dem Dienstwege ergangen sind, liegen wie folgt fest:

Lfd. Nr.	Datum	Thema
901	5. 9.– 8. 9.	Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes – B –
902	12. 9.–15. 9.	Baulicher Zivilschutz
903	20. 9.–22. 9.	Zivilschutz-Informationen für Presse-Sprecher
904	26. 9.–29. 9.	Trinkwassernotversorgung als Vorsorgemaßnahmen nach dem WasSG
905	3. 10.– 6. 10.	Verwaltungsorganisatorische Grundlagen des Zivil- und Katastrophenschutzes
906	11. 10.–13. 10.	Zivilschutz-Informationen für einen besonderen Teilnehmerkreis
907	17. 10.–20. 10.	Baulicher Zivilschutz
908	24. 10.–27. 10.	Verwaltungsorganisatorische Grundlagen des Zivil- und Katastrophenschutzes
909	7. 11.–10. 11.	Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes – B –
910	14. 11.–17. 11.	Baulicher Zivilschutz
911	29. 11.– 1. 12.	Zivilschutz-Informationen für Presse-Sprecher
912	5. 12.– 8. 12.	Baulicher Zivilschutz
913	12. 12.–15. 12.	Verwaltungsorganisatorische Grundlagen des Zivil- und Katastrophenschutzes.

INVENTUR

Organisation und Aufbau des Zivil- und des Katastrophenschutzes in der Landeshauptstadt Stuttgart



Die Innenstadt Stuttgarts liegt in einem breiten, nach Nord-Osten hin geöffneten Talkessel, an den sich die äußeren Stadtteile auf den angrenzenden Hochflächen und im Neckartal anschließen. Das Bild zeigt einen der Stadtteile.

In der Ausgabe Nr. 11/77 des ZS-MAGAZIN veröffentlichten wir einen Beitrag über die Organisation und den Aufbau des Katastrophenschutzes im Landkreis Schwandorf. Unter dem Titel „Bestandsaufnahme“ schilderten wir in einer Art Problemstudie, wie sich der Aufbau in einem Landkreis vollzieht, welche materiellen und personellen Schwierigkeiten es gibt, welche Mängel und Lücken bestehen, aber auch wie durch den Einsatzwillen von Verwaltung und Helferschaft anstehende Probleme gemeistert werden. Als Pendant zu diesem Beitrag soll nun die Zivilverteidigung sowie der Zivil- und Katastrophenschutz in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart im Blickfeld der Betrachtung stehen. Die Struktur einer



Bürgermeister Dr. Lang (2. v. r.), in dessen Geschäftsbereich der Stadtverwaltung der Katastrophenschutz und die Feuerwehr fallen, im Gespräch über den Katastropheneinsatzplan Stuttgarts mit Direktor Maier (r.), Leiter des Amtes für Zivilschutz, dem Leiter der Abteilung KatS, Mackh (l.), und Redakteur H. Freutel (ZS-MAGAZIN).

Großstadt unterscheidet sich von der eines Landkreises nicht nur topografisch. Die örtlichen Gegebenheiten unterscheiden sich vielmehr in so vielseitiger Weise, daß sich allein aus der Aufgabenstellung – den Zivil- und den Katastrophenschutz aufzubauen und zu organisieren – mehr Unterschiede als Parallelen ergeben.

Stuttgart – nah gesehen

Stuttgart ist nicht nur die Landeshauptstadt von Baden-Württemberg, sondern auch Stadtkreis, Sitz der Landesregierung, des Regierungspräsidiums Stuttgart, des Regionalverbandes „Mittlerer Neckar“ und des Nachbarschaftsverbandes Stuttgart. Die

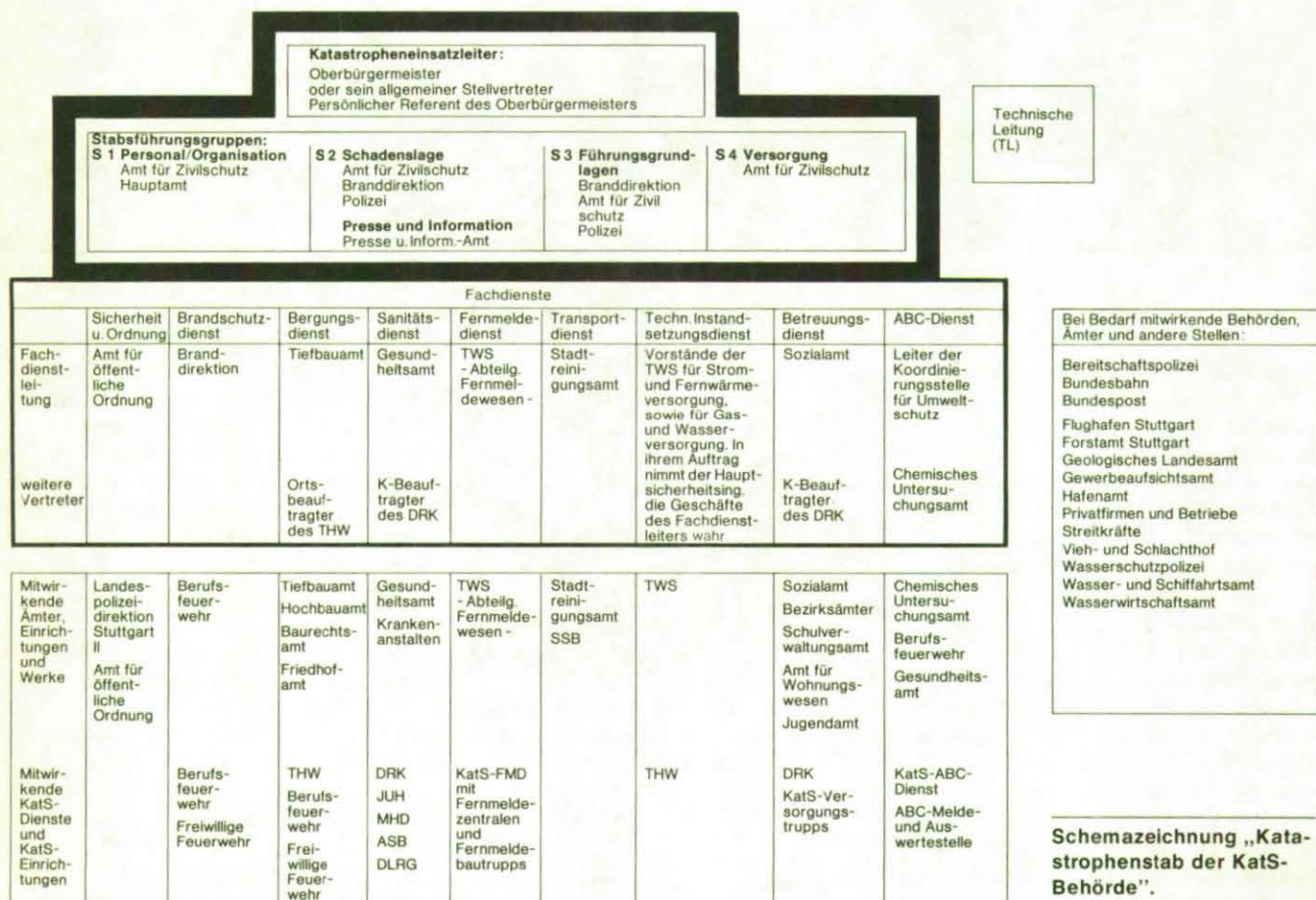


Blick in die Befehlsstelle im Kleinen Sitzungssaal des Stuttgarter Rathauses, in dem nach Auslösung des K-Alarms der Katastrophenstab zusammentritt.

Stadt ist als Kernstadt des Mittleren Neckarraumes Zentrum eines Verdichtungsgebietes. Im Bereich der Wirtschaft, aber auch in ihrer hohen kulturellen Ausstrahlungskraft besitzt die Stadt eine zentrale Stellung. Die Innenstadt liegt in einem breiten, nach Nord-Osten hin geöffneten Talkessel, an den sich die äußeren Stadtteile auf den angrenzenden Hochflächen und im Neckartal anschließen. Durch seine Lage an der Achse München-Rheinebene ist Stuttgart sowohl im Schienen- als auch im Straßenverkehr unmittelbar mit dem internationalen Verkehrsnetz verbunden. Eine Anbindung an die internationale Luft- und Schifffahrt findet Stuttgart durch seinen Flughafen und seinen Hafen.

Am 31. 12. 1977 hatte die Landeshauptstadt Stuttgart 580 117 Einwohner. In der Region Mittlerer Neckar, die den Stadtkreis Stuttgart sowie die Landkreise Böblingen, Esslingen/N., Göppingen, Ludwigsburg und den Rems-Murr-Kreis umfaßt und im Regionalverband Mittlerer Neckar zusammengeschlossen ist, leben 2 327 860 Einwohner.

Verwaltungsorgane der Stadt sind der Gemeinderat und der Oberbürgermeister. Der Gemeinderat besteht aus dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden und 60 ehrenamtlichen Stadt-



Schemazeichnung „Katastrophenstab der KatS-Behörde“.

räten. Oberbürgermeister Manfred Rommel ist der Vorsitzende des Gemeinderates und Leiter der Stadtverwaltung. Ihm zur Seite stehen ein Ständiger allgemeiner Vertreter als Erster Bürgermeister und sieben Bürgermeister.

Organisation der Katastrophenabwehr

Im Auftrag des Oberbürgermeisters plant und koordiniert das Amt für Zivilschutz der Stadt Stuttgart Katastrophenabwehrmaßnahmen als untere Katastrophenschutzbehörde. Es organisiert ferner die Führungsstellen (Stäbe), die zentrale Versorgung und die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachdienste. Die Katastrophenschutzbehörde beaufsichtigt Aufbau, Ausbildung und Ausstattung der Katastrophenschutzdienste; sie führt Katastrophenschutz-Übungen durch und stellt die Alarmierung der Einsatzkräfte sicher.

Das Amt für Zivilschutz fördert und unterstützt die Firmen beim Aufbau der Betrieblichen Katastrophenschutz-Organisation (BKO) und organisiert den Selbstschutz der Bevölkerung und Behörden.

Ein Katastrophenschutzgesetz für

den Stabsführungsgruppen (S 1–S 4) beraten wird. Diese Stabsführungsgruppen stehen unter der Leitung von Bürgermeister Dr. Lang, der zuständig ist für den Katastrophenschutz und die Feuerwehr im Geschäftskreis Personal, Sicherheit und Ordnung der Stadtverwaltung.

Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt Stuttgart, das für den friedensmäßigen Katastrophenschutz sowie für die Koordination des Umweltschutzes zuständig ist, ist Direktor Gerhard Maier.

Während unserer Gespräche mit Bürgermeister Dr. Lang und Direktor Maier mit seinen Mitarbeitern wurde offenkundig, daß die intensiven Bemühungen der Verantwortlichen, insbesondere bei den vorbereitenden Maßnahmen der Katastrophenabwehr, auf den Erfahrungen begründet sind, die u. a. gemacht wurden, als es galt, die Gefahren und Schäden der Unwetterkatastrophe vom 15. August 1972 abzuwehren und zu bekämpfen. Damals erlebte Stuttgart die bittere Wirklichkeit einer Katastrophe, als nach Wolkenbrüchen und Böen mit Windstärke 9 starker Hagelschlag einsetzte. Im Zeitraum einer Viertelstunde fielen etwa 10 Milliarden Liter Wasser (bzw. 50 l/qm) auf das Stadtgebiet. Das ZS-MAGAZIN Nr. 10/72 berichtete

im ganzen Stadtgebiet standen unter Wasser; Wände und Türen wurden eingedrückt. Zwei Wohnhäuser drohten einzustürzen, U-Bahn-Haltestellen und -Baugruben sowie Straßenunterführungen waren in wenigen Minuten überflutet. Besonders tragisch waren die durch das Unwetter verursachten fünf Todesfälle."

Wie damals sind auch heute öffentliche und private Hilfsorganisationen zu jeder Stunde zur Hilfe bereit. Das Amt für Zivilschutz hat die Aufstellung von Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzdienstes veranlaßt und fördert deren Ausbildung, Übungen und andere Veranstaltungen. Wie sich aus dem Schaubild ergibt, wirken im Katastrophenschutz eine ganze Reihe von Fachdiensten mit. Die Fachdienstleitung haben jeweils die Städtischen Amtsleiter, die auch in normalen Zeiten die Verantwortung tragen, z. B. beim Brandschutzdienst der Leiter der Branddirektion, beim Bergungsdienst der Leiter des Tiefbauamtes usw. Als stellvertretende Fachdienstleiter wirken die K-Beauftragten der Hilfsorganisationen mit, die auch den Beraterstab nach § 7.3 KatSG bilden, z. B. im Bergungsdienst der Ortsbeauftragte des Technischen Hilfswerks, im Sanitätsdienst der K-Beauftragte des DRK usw.



Die Fernmeldezentralen in den drei Abschnittsführungsstellen werden von der Regieeinheit Fernmeldedienst – FMD – betrieben.



Dieser Katastropheneinsatzleitwagen (KELW) dient bei Katastrophen und Großeinsätzen dem Katastropheneinsatzleiter oder der Technischen Leitung als mobile Leitstelle.

Baden-Württemberg ist z. Z. in der Beratung in den Ausschüssen des Landtages. Es wird vor 1979 noch nicht in Kraft treten können. Solange gelten noch die Richtlinien von 1967. Die Organisation der Katastrophenabwehr ergibt sich aus dem Katastropheneinsatzplan der Stadt Stuttgart. Der Aufbau des Katastrophenstabes ist aus dem Schaubild zu ersehen. Daraus ist zu entnehmen, daß der Oberbürgermeister Katastropheneinsatzleiter ist und von einem Stab mit

darüber: „Die in den Stuttgarter Talkessel abfließenden Wassermassen schwellen auf verschiedenen Straßen zu reißenden, teils kniehohen Flüssen an. Der mitgeschwemmte Hagel setzte sich an den tiefliegenden Stellen der Innenstadt sowie der Stadtteile Heslach und Bad Cannstadt ab und verstopfte die Kanalisationszuflüsse. Das nachfließende Wasser staute sich zurück und führte zu ausgedehnten Überschwemmungen. Zahlreiche Keller von Geschäfts- und Wohnhäusern

Neben den Hilfsorganisationen, die die Einheiten für den Katastrophenschutz stellen, wirken eine ganze Reihe berufsmäßiger Kräfte aus Behörden, Ämtern und anderen Stellen mit (siehe Schaubild). In Stuttgart geht man von der Vorstellung aus, daß sich eine Katastrophe oft aus einem Großlück entwickelt. Die jeweiligen berufsmäßigen Einsatzkräfte wie z. B. die Berufsfeuerwehr oder der Rettungsdienst, der hier vom DRK gestellt wird, sowie die Instandset-

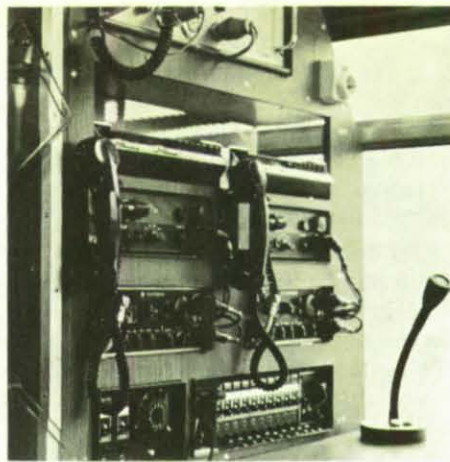
zungskräfte der technischen Werke sind praktisch jederzeit verfügbar. Bis also die freiwilligen KatS-Dienste alarmiert und einsatzbereit sind, können die berufsmäßigen Kräfte bereits mit der Abwendung von Schäden und Gefahren befaßt werden.

Welche Maßnahmen bei bedrohlichen Ereignissen anzuwenden sind, schreibt der Katastropheneinsatzplan vor, der in Stabsrahmenübungen erprobt worden ist und sich in der Praxis bewährt hat. Als erstes stellen Polizei und Feuerwehren den Umfang des Schadens fest und treffen die zunächst erforderlichen Maßnahmen nach den eigenen Alarm- und Einsatzplänen. Besteht nach der Lagebeurteilung der Berufsfeuerwehr oder des Oberbeamten vom Dienst der Polizei die Gefahr, daß sich eine Katastrophe entwickelt, so warnt die Einsatzzentrale der Feuerwehr den Oberbürgermeister und den zuständigen Bürgermeister vor, die Funk- und Notrufzentrale (D-FNZ) der Polizei warnt den Leiter des Amtes für Zivilschutz vor. Auch die Fachdienstleiter werden vorgewarnt. Sie informieren die nach ihren Fachdienstplänen mitwirkenden Einheiten, Ämter, Einrichtungen und Werke.

Das Amt für Zivilschutz bildet während der Vorphase eines zu befürchtenden Katastrophenzustandes eine Nachrichtensammelstelle. Diese Stelle hält auch Verbindung mit der Nachrichtensammelstelle beim Regierungspräsidium Stuttgart.

Reichen die erwähnten, ständig zur Verfügung stehenden Kräfte der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zur Schadensbekämpfung nicht aus, so schlagen die verantwortlichen Leiter des Amtes für Zivilschutz und der Branddirektion dem Oberbürgermeister vor, den Eintritt des K-Falles festzustellen.

Der **Katastrophenstab** tritt nach Auslösung des K-Alarmes im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses zusammen. Hier befindet sich die Befehlsstelle mit den gebotenen Funk- und Fernmeldeeinrichtungen mit entsprechenden Querverbindungen zu den Kellerräumen, in denen der Stab tagen würde, träte ein V-Fall ein. Für diesen Fall müßte statt einer provisorischen Unterbringung des Stabes eine verbunkerte Befehlsstelle geschaffen werden, wie sie in anderen Städten schon vorhanden ist. Hierzu fehlen aber bisher in Stuttgart die finanziellen Möglichkeiten. Auch das Land Baden-Württemberg hat hierzu noch keine Zuschüsse bereitgestellt.



Der KELW ist u. a. mit vier FuG 7b mit Relaisstellenmöglichkeit, einem FuG 9 im 2-m-Band, einem Allbereichsradio mit Verkehrsdecoder, vier Tonbandgeräten und einer Fernsprechvermittlung ausgestattet.

Der Katastrophenschutz ist in folgende Fachdienste gegliedert:

Fachdienste und Stärke	Aufgaben	Träger
Brandschutzdienst 1420 Helfer	Menschenrettung und Schutz von Sachen vor Feuer, Brandbekämpfung	Berufsfeuerwehr, Freiw. Feuerwehren
Bergungsdienst 400 Helfer	Bergung von Menschen und Sachen aus Gefahrenlagen, behelfsmäßiges Herrichten von Wegen und Übergängen, Räumarbeiten	Technisches Hilfswerk, Berufsfeuerwehr, Freiw. Feuerwehr
Technischer Instandsetzungsdienst 250 Helfer	Instandsetzungsarbeiten zur Behebung von Gefahren und Notständen, insbes. an Versorgungsleitungen (Strom, Gas, Wasser, Öl, Abwassernetz)	Techn. Werke der Stadt Stuttgart, Techn. Hilfswerk
Sanitätsdienst 1200 Helferinnen und Helfer	Sanitätshilfe, erste ärztliche Versorgung, Krankentransport	DRK - MHD - JUH - ASB DLRG
Betreuungs- und Versorgungsdienst 125 Helferinnen und Helfer	Beratung und Betreuung in Not geratener Menschen, Mitwirkung bei Unterbringung und Versorgung	Deutsches Rotes Kreuz, Sozialamt
ABC-Dienst 100 Helfer	Feststellung atomarer, biologischer und chemischer Gefahren, Entgiftung von Menschen und Sachen, Maßnahmen bei Umweltgefahren	ABC-Züge, Berufsfeuerwehr
Transportdienst	Bereitstellung von Transportmitteln und Durchführung erforderlicher Transporte	Stadtreinigungsamt, Stuttgarter Straßenbahnen AG
Fernmelde-dienst 76 Helfer	Herstellung, Betrieb u. Unterhaltung von Fernmeldeverbindungen zwischen Führung und Einheiten	Technische Werke der Stadt Stuttgart AG, FM-Einheiten
Führung 80 Helfer	Leitung und Koordination der Maßnahmen	Katastrophenschutzstab, Abschnittsführungsstellen, Führungseinheiten

Fachdienstleiter sind in der Regel Amtsleiter der Stadt, Stellvertreter sind zumeist Beauftragte der Katastrophenschutzorganisationen. Weiter wirken die Polizei und überörtliche Einsatzgruppen im Katastrophenschutz mit.

Der Katastropheneinsatzleiter kann je nach Lage bestimmen, daß der Standort der Befehlsstelle an den Schadensort, bei Bedarf in den Katastropheneinsatzleitwagen (KELW), verlegt wird.

Als Alarmmittel zur Alarmierung der KatS-Fachdienste dienen Funk- und Fernsprechlinien, Funkalarmempfänger, das öffentliche und das städtische Funk- und Fernsprechnet. Der Katastropheneinsatzplan enthält ein Notrufverzeichnis mit allen wichtigen dienstlichen und privaten Anschlüssen, das auf dem neuesten Stand gehalten wird. Die Freiwilligen Feuerwehren sind mit Funkalarmempfängern (ca. 700 Stück) ausgestattet. Bei den anderen Einheiten sind die Alarmgruppenführer mit Funkalarmempfängern ausgerüstet. Die Alarmierung wird durch Beschaffung weiterer Funkalarmempfänger noch verbessert. Jeder Zug hat eine gesonderte Alarmierungsübersicht, nach der nach dem Schneeballsystem weiter alarmiert wird. Die Helfer der einzelnen Katastrophenschutzeinheiten sammeln sich bei Alarm in ihren Unterkünften.

Der Katastropheneinsatzstab wird von folgenden drei technisch gut ausgestatteten Fernmeldezentralen alarmiert:

1. Von der Einsatzzentrale der Berufsfeuerwehr,
2. von der Funk- und Notrufzentrale der Polizei,
3. durch die Rettungsleitstelle des DRK Stuttgart (angeschlossen sind: Sanitätsdienst, Betreuungsdienst, Krankenanstalten).

Als Alarmmittel zur Warnung der Bevölkerung stehen die Sirenen des Warndienstes und Lautsprecherwagen zur Verfügung. Ferner gibt es Warnmeldungen über Rundfunk und Fernsehen.

Der Katastropheneinsatzplan legt im einzelnen fest, welche Bekämpfungs- und Hilfsmaßnahmen zu ergreifen und zu koordinieren sind und was alles zu veranlassen ist. Er wird durch Fachdienstpläne ergänzt. Alle Aufgaben sind sinnvoll delegiert.

Entsprechend den Vorstellungen des zu erwartenden Landeskatastrophenschutzgesetzes, wie auch nach den Modellen des Bundes, sind neben der Katastropheneinsatzleitung eine oder mehrere Technische Einsatzleitungen zu bilden. Hier sieht der Katastropheneinsatzplan bereits vor, daß



Im KELW befinden sich außer diesem Konferenztisch mit Zweiwegeapparaten für Funk- und Sprechverkehr noch eine Projektionsanlage für die Darstellung von Objektplänen, eine elektroakustische Anlage mit allen Übertragungsmöglichkeiten für Durchsagen, Warnsignale und Alarmer.



Hochbetrieb in der Rettungsleitstelle des DRK Stuttgart, die innerhalb von 24 Std. ca. 300 Einsätze und 1200 Anrufe zu bewältigen hat. Hier sitzen neun Disponenten rund um die Uhr. Die jährliche Fahrleistung der insgesamt 46 Fahrzeuge beträgt 1,25 Millionen Kubikmeter.



Die mobile Funkleitstelle des DRK-Kreisvereins Stuttgart ist mit drei FuG 7b, einer Feldvermittlung und einigen Feldtelefonen ausgerüstet.



Bei der Rettungsstelle des DRK gibt es u. a. sechs Rettungswagen, also Transportmittel zum Herstellen und Aufrechterhalten der Transportfähigkeit von Notfallpatienten vor und während der Fahrt.



Links: Auch in den Feuerwachen Stuttgarts vereinfacht eine moderne Knopfdrucktechnik die Arbeit in den Feuermeldezentralen, im Alarm- und Nachrichtenwesen. – Rechts: Die Feuerwehr stellt im Katastrophenschutz den Fachdienst „Brandschutzdienst“. Sie hat auch sonst bei Schadenfeuer und öffentlichen Notständen, die durch Naturereignisse, Einstürze, Unglücksfälle und dergl. verursacht werden, Hilfe zu leisten.



der Katastropheneinsatzleiter den Technischen Leiter des Einsatzes bestellt. Es wird in der Regel ein leitender Beamter der Branddirektion oder der Landespolizeidirektion Stuttgart sein.

Dieser Technische Leiter hat die Katastrophenbekämpfung aller Einsatzkräfte am Schadensort zu leiten. Für die Dauer des Einsatzes sind ihm alle eingesetzten Einheiten und Einrichtungen mit ihren Fachführern unterstellt.

Stärke und Gliederung der Katastrophenschutzdienste (Einheiten und Einrichtungen)

Wirft man einen Blick auf die Statistik, die den Aufbaustand des Katastrophenschutzes in Stuttgart zeigt, so fällt auf, daß nach drei Helfergruppen unterschieden wird, und zwar:

- anerkannte Einheiten der Verstärkung
- anerkannte Einheiten der Ergänzung
- weitere vorhandene KatS-Einheiten und Einrichtungen.

Darüber hinaus gibt es noch einen organisationseigenen Überhang.

Diese Unterteilung hat in erster Linie finanzielle Gründe. Die Einheitlichkeit des Katastrophenschutzes fordert von allen Beteiligten in Bund, Ländern und Gemeinden, mit Unterstützung der Hilfsorganisationen einen alle friedensmäßigen Bedürfnisse abdeckenden Katastrophenschutz aufzubauen. Dabei sehen die auf den V-Fall bezogenen Maßnahmen des Bundes eine personelle Verstärkung und größere materielle Ausrüstung vor, für die der Bund auch die Kosten trägt. In der Praxis gehen hier die Möglichkeiten des Bundes und der Forderungen der Kreise und Städte über den Umfang weit auseinander, wodurch eine recht unbefriedigende Situation hervorgerufen wird. Eine Reihe von Einheiten der Fachdienste, so auch z. B. die beiden vorgesehenen und als Einheiten der Verstärkung anerkannten ABC-Züge haben noch nicht das komplette Gerät erhalten, das ihnen als Erstausrüstung gemäß StAN (Stärke- und Ausstattungsnachweisung) zusteht. Ebenso liegt die Ersatzbeschaffung für überalterte Fahrzeuge, die ausgemustert werden müßten, im argen.

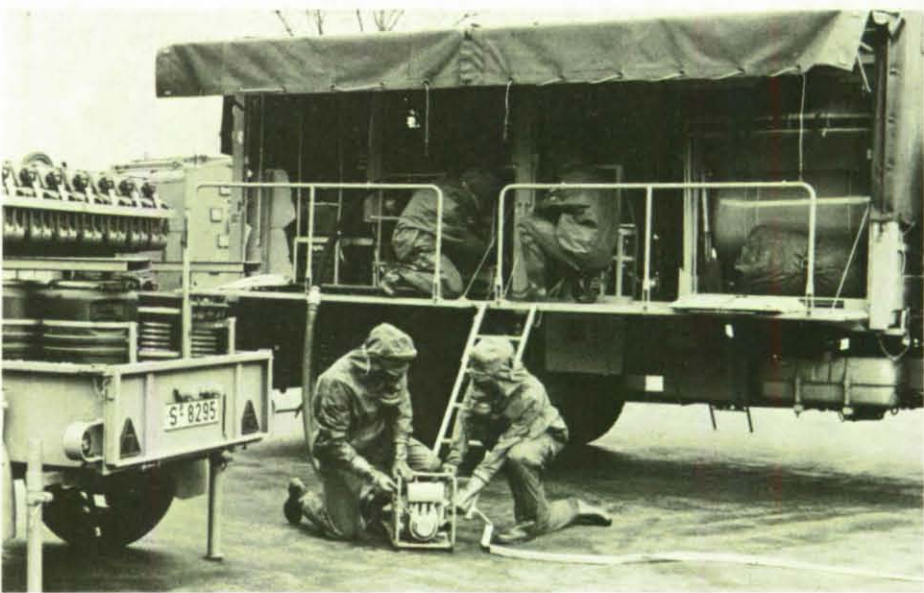
Die von Bund und Land anerkannten Einheiten der Verstärkung und Ergänzung



Die Ölwehr ist ein wichtiger Bestandteil des Katastrophenschutzes. Das Fahrzeug vom Typ GW-Öl, geeignet für kleinere und mittlere Ölunfälle, ist eines der meisteingesetzten Fahrzeuge der Feuerwehr. Unser Bild zeigt die Demonstration der Geräte.



Die Berufsfeuerwehr Stuttgart kann auch bei Gefahren durch radioaktive oder chemische Kontamination eingesetzt werden. Der GW-AS (Gerätewagen Atemschutz-Strahlenschutz) enthält hierzu alle notwendigen Geräte und Einrichtungen, die sich bereits bewährt haben.



In der Betriebsstelle „Im Vogelsang“ sind u. a. die beiden ABC-Züge untergebracht. Bisher hat nur einer der beiden Züge die komplette StAN-Ausrüstung erhalten. Unser Bild zeigt die Ausbildung am Mehrzweckdekontaminationsfahrzeug mit Anhänger.



Der Ortsverband Stuttgart des Technischen Hilfswerks hat in seiner Betriebsstelle seine Unterkunft, Schulungs- und Geräte-räume etc. Zu seiner Ausrüstung gehört auch dieses fahrbare Notstromaggregat.



In dieser, vom THW selbst erbauten, relativ bescheidenen Übungsanlage (Trümmerhaus mit unterirdischer Kriechstrecke) werden die Helfer auf den Ernstfall vorbereitet.

zung sind voll aufgestellt. Es sind insgesamt 1434 Helfer. Hier ist sogar noch ein Überhang vorhanden. Nach dem Aufstellungsstand gibt es etwa 1600 Helfer, die gem. § 8.2 KatSG vom Wehrdienst für den Katastrophenschutz freigestellt worden sind. Es sind also, wenn man die Zahlen vergleicht, mehr Helfer vom Wehrdienst freigestellt, als der Bund für die Erweiterung des Katastrophenschutzes Einheiten anerkannt hat. Die Einheiten der Sanitätsdienste bestehen zum größten Teil, die Freiw. Feuerwehren etwa zur Hälfte, aus freigestellten Helfern, die sich zum Katastrophenschutz verpflichtet haben. Ohne diese Freistellung vom Wehrdienst, so glaubt man hier, könnte eine Reihe von Diensten nicht unterhalten werden. Bedauert wird, daß es für bestimmte technische Berufe sowie für Sanitätspersonal keine Freistellung gibt.

Insgesamt sind rund 3000 freiwillige Helfer für den Friedens-Katastrophenschutz in den Einheiten der Hilfsorganisationen der Stadt verfügbar, die auch nach den üblichen Ausbildungsplänen ausgebildet werden. Zwar werden bei Übungen immer wieder gewisse kleinere Mängel festgestellt, aber im allgemeinen glauben die Verantwortlichen, daß der Ausbildungsstand den Anforderungen genügt.

Die personelle Fluktuation ist wie in den meisten Großstädten größer als in Landkreisen. In letzter Zeit ist fest-

zustellen, daß in Stuttgart insbesondere Zug- und Gruppenführer, die schon dem früheren Luftschutzhilfsdienst (LSHD) angehört haben, wegen familiärer und beruflicher Inanspruchnahme ausscheiden.

Die Unterbringung der Fachdienste

Die rund 3000 freiwilligen Helfer sind in Stuttgart räumlich verteilt untergebracht. Vergleicht man die Unterkünfte miteinander, so stellt man erhebliche Unterschiede fest. Die Feuerwehren und die Sanitätseinheiten des DRK sind gut untergebracht. Bei den anderen Diensten, insbesondere bei denen, für die der Bund kostenpflichtig ist, hapert es. So ist z. B. das THW in einer sehr alten Unterkunft untergebracht, die nach den Ergebnissen einer Überprüfung durch den TÜV nicht feuersicher ist. Die sogenannte Betriebsstelle „Vogelsang“ teilt sich das THW mit dem ABC-Dienst, dem Betreuungsdienst und kleineren Hilfsorganisationen. Zwar haben die Helfer teilweise in Eigenarbeit das Beste aus der Unterkunft gemacht, es ist und bleibt jedoch ein Provisorium.

Etwas besser dran sind der Fernmeldedienst, die ABC-Melde- und Auswertstellen (AMAS) und die Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt), die sich in Hoch- und Tiefbunkern

passable Unterkünfte schaffen konnten.

Die Stadt Stuttgart ist schon seit einigen Jahren bestrebt, ein Katastrophenschutzzentrum zu bauen, so wie sie schon in anderen Städten vorhanden sind. Sie könnte ein geeignetes Grundstück zur Verfügung stellen. Auch Pläne sind schon entwickelt worden. Wegen der schlechten Finanzlage und der beabsichtigten Neukonzeption des KatS ist es jedoch bisher nicht möglich gewesen, diesen Wunsch in die Tat umzusetzen.

Die vom Bund gelieferte Ausrüstung für Alarmierung, Führung und Versorgung von KatS-Einheiten hält man in Stuttgart nicht für ausreichend. Aus diesem Grund, aber auch aus den Erfahrungen aus Einsätzen, insbesondere bei Unwetterkatastrophen, wurden auf Kosten der Stadt für die bessere Alarmierung, Führung und Versorgung der Einheiten weitere Geräte beschafft, wie Funkalarmempfänger, Funkgeräte, Zelte, Heizgeräte, Sanitätsmaterial für Ersteinsätze, z. B. Blutersatzflüssigkeit und Erste-Hilfe-Beutel, und für den ABC-Schutz Schutzanzüge und Schutzmasken.

Die Ausrüstung des ABC-Dienstes wurde noch ergänzt durch einen sog. Umweltschutzkoffer mit Zubehör, um die ABC-Schutzzüge auch in Friedenszeiten, z. B. bei Umweltverschmutzungen, einsetzen zu können.

(Fortsetzung folgt)

Lehrer lernen lehren

Arbeitsseminare für Fachlehrer des Bundesverbandes für den Selbstschutz dienen der gründlichen Vorbereitung auf die Praxis



In Arbeitsseminaren an der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz können Fachlehrer dieser Organisation ihr Fachwissen – hier in einem Pausengespräch – in verschiedenen Ausbildungsbereichen vertiefen.

Zu den Aufgaben des Selbstschutzes, vorbeugende und unmittelbar schützende Maßnahmen durchzuführen sowie allgemeine Maßnahmen zur mittelbaren Gefahrenabwehr zu ergreifen, gehört auch die Bergung eingeschlossener bzw. verschütteter Personen.

Zwar setzt das Ausmaß von Zerstörungen durch Explosionen, Hochwasser- und Sturmkatastrophen, Erdbeben und Kriegseinwirkungen der Selbsthilfe gewisse Grenzen, doch hat uns die Erfahrung gelehrt, daß erst

die Selbsthilfe der vom Unglück Betroffenen und die gegenseitige Hilfe aller Überlebender eine Grundlage für die gezielte Hilfe durch Behörden und Fachdienste des Katastrophenschutzes sind. Der Grad der Wirksamkeit von Selbstschutzmaßnahmen ist aber nicht zuletzt vom Ausbildungsstand der Bevölkerung abhängig. Der Bundesverband für den Selbstschutz bemüht sich, eine möglichst große Zahl von Bürgern zur Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen zu bewegen, um sie

in einfachen Hilfs- und Schutzmaßnahmen zu unterweisen. Ergänzungslehrgänge und Fachlehrgänge bauen auf dem vermittelten Grundwissen auf.

Auch der Selbstschutz in Arbeitsstätten, d. h. in Behörden und Betrieben, die selbst Träger aller Selbstschutzmaßnahmen in ihrem Bereich sind, wird gefördert durch Beratung und Ausbildung. Dabei unterstützt der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) insbesondere Selbstschutzführungs- und Einsatzkräfte bei der Unterrichtung und

Ausbildung. Es ist heute schon vielen Behörden und Betrieben ein ernstes Anliegen, die Sicherheit ihrer Beschäftigten zu verbessern und Vorsorge zu betreiben, die der Erhaltung von Leben und Gesundheit, aber auch der Arbeitsplätze dient!

Brandschutzkräfte, Bergungskräfte und Sanitätskräfte werden zu Staffeln und Gruppen zusammengefaßt und bilden die Grundlage betrieblichen Katastrophenschutzes. Behörden und Betriebe können die Unterstützung des BVS in Anspruch nehmen, der



Auf dem Themenplan eines Arbeitsseminars „Bergungsstaffel“ steht auch die Anwendung von Leinen, wozu Knoten, Stiche, Bunde und Einbindungen sowie Belastungsbeispiele gehören.



Damit sie bei der Ausbildung von Einsatzkräften in Behörden und Betrieben jeden Handgriff vormachen können, erlernen die Fachlehrer gründlich die Lehrmethoden und Arbeitstechniken, z. B. bei Abstützungen und Aussteifungen.

nach Lehrstoffplänen, die mit der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft (ZAGW) abgestimmt worden sind, die Fachausbildung der Einsatzkräfte des betrieblichen

Katastrophenschutzes durchführt. Die Lehrstoffpläne verzeichnen das Ausbildungsziel, die Mindestausbildungszeit, das auszubildende Personal, soweit es sich um Einsatzeinheiten handelt, die Ausbildungs-

form, den Lehrstoff und die dafür im einzelnen vorgesehenen Ausbildungsstunden.

Vom Wissen und Können der Einsatzkräfte hängt im Ernstfall die Wirksamkeit aller Maßnahmen ab, die

zur Abwehr und Beseitigung von Gefahren ergriffen werden müssen. Dieses Wissen und Können kann aber nur von erstklassigen Lehrkräften vermittelt werden, die neben hohem theoretischen Know-how ein großes Maß



Um bei Bergungsarbeiten mit geringem körperlichen Kraftaufwand Lasten heben und bewegen zu können, z. B. große Trümmerstücke, ist der sichere Umgang mit besonders dafür entwickelten hydraulischen Geräten erforderlich.



Erläuterung des Bergungs-Mehrzweckgeräts, das für Säge-, Trenn- und Bohrarbeiten an Holz, Beton, Steinen und metallischen Baustoffen geeignet ist. Begriffsbestimmungen und Arbeitstechniken müssen den Lehrern in Fleisch und Blut übergehen.



Übung mit der Kettensäge des Bergungs-Mehrzweckgeräts. Neben pädagogischem Geschick brauchen die Fachlehrer auch ein gewisses Maß an manueller Geschicklichkeit.



Einsatz der Trennscheibe des Bergungs-Mehrzweckgeräts. Dabei schreiben die Sicherheitsbestimmungen vor, daß Schutzhelm, Schutzbrille und Schutzhandschuhe zu tragen sind.

an praktischer Erfahrung besitzen. Aus diesem Grunde schult der Bundesverband für den Selbstschutz seine Fachlehrer in besonderen Seminaren speziell zu diesem Zweck. In diesen Seminaren lernen

die Lehrer das Lehren. Denn sie sind es, die später die Einsatzkräfte mit dem gesamten Arbeitsbereich vertraut machen. Sie müssen imstande sein, alle Arbeitsabläufe anschaulich und überzeugend vorzumachen.

Denn Zeigen und Vormachen ist wirkungsvoller als bloßes Erklären. Dazu kommt, daß die von ihnen zu Unterrichtenden im Lehrgespräch über die Grundlagen der Bergung erst einmal motiviert werden

müssen. Praktische Übungen müssen so echt wie möglich simuliert werden. Gerade beim Übergang von der angeleiteten zur selbständigen Tätigkeit braucht der Fachlehrer besonderes pädagogisches



Zum Bergen aus Höhen und Tiefen gibt es verschiedene Methoden. Hier wird geübt, wie ein auf der Krankentrage eingebundener Verletzterdarsteller aus Trümmern sicher abgelassen wird.



Das Bergen aus Tiefen mit der Leiterrutsche erfolgt derart, daß die Krankentrage mit dem Verletzten, durch eine am Kopfende angeschlagene Fangleine gesichert, langsam nach oben rutscht, wo der Geborgene übernommen wird.

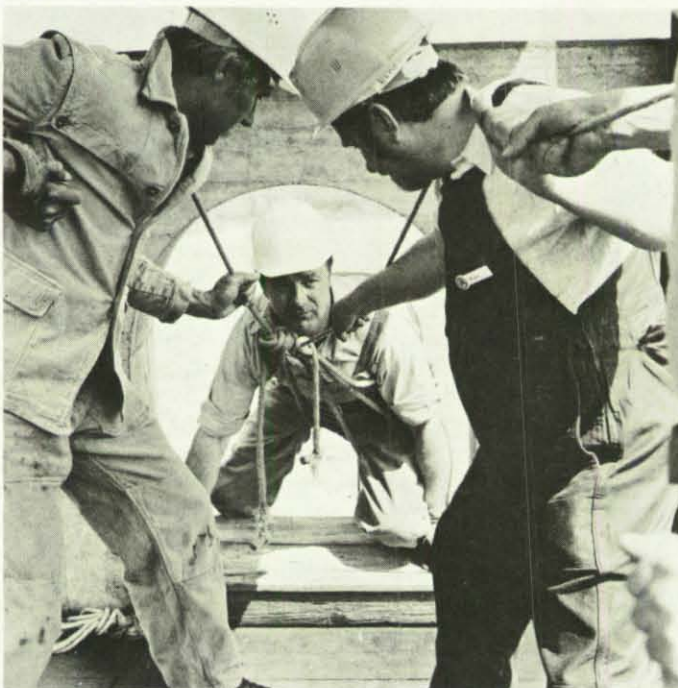
Eine andere Methode der Bergung ist das „Aufhebeln“ eines Verletzten, wobei ein auf einer Krankentrage gesicherter Verletzter zusammen mit der Leiter hochgezogen wird.



Unverletzte und Leichtverletzte können mit doppelt genommener Fangleine aus Höhen abgelassen werden. Sie sind mit der Sitzschlinge einzubinden. Beim Ablassen müssen mindestens zwei Helfer die Fangleine halten.



Mit dieser Methode des Ablassens können ebenfalls Kräfte der Bergungseinheiten abgelassen werden, z. B. um zu Verletzten und Verschütteten vordringen zu können.



Geschick. Ein allzu häufiges Eingreifen in dieser Phase macht die Unterwiesenen unsicher; bei allzu seltenen Kontrollen werden Lücken im Fachwissen nicht erkannt. Neben dem pädagogischen Geschick braucht der Fachlehrer ein gewisses Maß an manueller Geschicklichkeit, ohne die er beim Zeigen und Vormachen nicht überzeugen könnte.

Die „Bergung“ ist ein komplexer Vorgang, der mit der richtigen Einschätzung der Schadenslage beginnt und sich fortsetzt mit allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen für Retter und zu Rettende sowie mit Handhabung und Gebrauch einer Vielzahl spezifischer Geräte und Werkzeuge.

Das Bergen aus Höhen und Tiefen, der Transport Verletzter mit und ohne Hilfsmittel, das Vordringen durch Trümmer und der Einsatz der Bergungskräfte unter Anwendung der Fünf-Phasen-Taktik, mit anderen Worten der ganze Bereich aktiven Lernens muß mit den Einsatzkräften trainiert werden. Aktives Lernen bedeutet, daß der Lernende den Stoff in der Einzelausbildung durch Nachdenken, Besprechen, Nachahmen und selbsttätiges Handeln erarbeitet.

Die Ausbildung wird dabei um so verhaltenswirksamer, je konkreter und überzeugender die Wissensvermittlung durch den Ausbilder ist.

In den Seminaren an der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz erhalten die Fachlehrer im Rahmen von Fachlehrgängen und darauf aufbauenden Arbeitsseminaren dieser Organisation die Qualifikation, die sie für die Erfüllung ihrer Aufgaben in ihren Dienststellen benötigen. Der nebenstehende Bildbericht und die Bilder der Umschlagseiten zeigen Ausschnitte aus dem praktischen Teil eines Bergungsseminars.

Auch für Aachen und die Nordeifel

Hilfe – zentral gesteuert

Katastrophenschutz- und Hilfeleistungszentrum nach zweijähriger Bauzeit eingeweiht



Das neue Katastrophenschutzzentrum in Simmerath bei Aachen.

Alles unter einem Dach

Ein neues Katastrophenschutz- und Hilfeleistungszentrum konnte in den letzten Junitagen in Simmerath (Kreis Aachen) offiziell seiner Bestimmung übergeben werden. In gut zweijähriger Bauzeit entstand eine Einrichtung, die allen Erfordernissen des Feuer- und Katastrophenschutzes sowie denen des Rettungswesens entspricht. In den Gebäuden sind auf einer Nutzfläche von rund 4000 Quadratmetern der überörtliche Feuerschutz, das Rettungswesen, Katastrophenschutz, Unterkünfte, Garagen, Werkstätten und Schulungsräume untergebracht. Die Gesamtkosten betragen rund 9,3 Millionen Mark.

Die ersten Überlegungen zu diesem Bau stammen bereits aus dem Jahr 1971, als in Nordrhein-Westfalen die kommunale Neugliederung durchgeführt wurde und die kleineren Städte und Gemeinden der Nordeifel zum Kreis Aachen kamen. So können die Kommunen Monschau, Simmerath und Roetgen optimal versorgt werden.

Außerdem wurde durch die Zusammenziehung der o. g. Funktionsbereiche eine erhebliche Kosteneinsparung hinsichtlich Bau-, Einrichtungs-, Unterhaltungs- und Betriebskosten erreicht, da eine Mehrfachnutzung nicht ständig frequentierter Einrichtungen je nach Aufträgen möglich ist.

Kernstück des Zentrums ist die Leitstelle, die rund um die Uhr besetzt und technisch so ausgestattet ist, daß alle Einsätze zentral gesteuert, koordiniert und überwacht werden können. Funk- und Fernsprechanbindungen bestehen zu allen Rettungswachen, Feuerwehren, Krankenhäusern und Dienststellen der Polizei, Einsatzfahrzeugen und Rettungshubschraubern im Kreis Aachen, so daß schnellstmögliche Hilfe in diesem weiträumigen und dünnbesiedelten Gebiet gewährleistet werden kann. Korrespondierend dazu gibt es eine Funkwerkstatt, mit Hilfe derer die Geräte aller entsprechenden Einrichtungen überprüft und kleinere bis mittlere Schäden behoben werden können. Es ist auch geplant, spezielle Lehrgänge in Zukunft durchzuführen.

Für den Bereich des Feuerschutzes wurde eine Schlauch- und Gerätepflegestätte nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtet, die neben der Werkstatt für Atemschutzgeräte und einer Atemschutzübungsstrecke allen Feuerwehren des Kreises zur Verfügung steht. Übungsplatz und Schulungsräume komplettieren – natürlich neben ausreichenden Fahrzeugstellplätzen – den Komplex Brandschutz.

Im Katastrophenschutz stehen dem Kreis Aachen 301 Einheiten zur Verfügung. Eine zentrale Unterbringung in dem neuen K-Zentrum ist nicht geplant. Lediglich die Einheiten, die bisher nicht ausreichend untergebracht waren, bekamen Unterstellplätze für Fahrzeuge und Gerät. So werden neben dem Führungs- und Versorgungsdienst eine Einheit des Fernmeldedienstes, des Veterinärdienstes, des Betreuungsdienstes und des ABC-Dienstes hier stationiert.

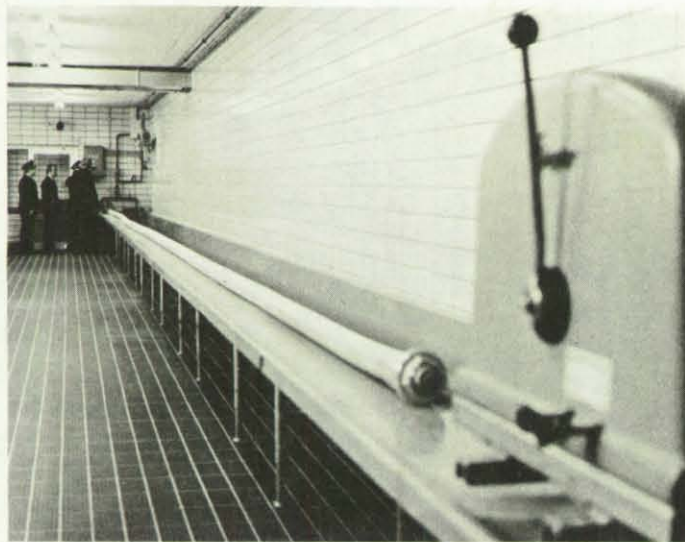
Der Träger der Rettungswache ist weiter der Kreis Aachen, mit personeller Unterstützung des Malteser-Hilfsdienstes der Diözese Aachen.



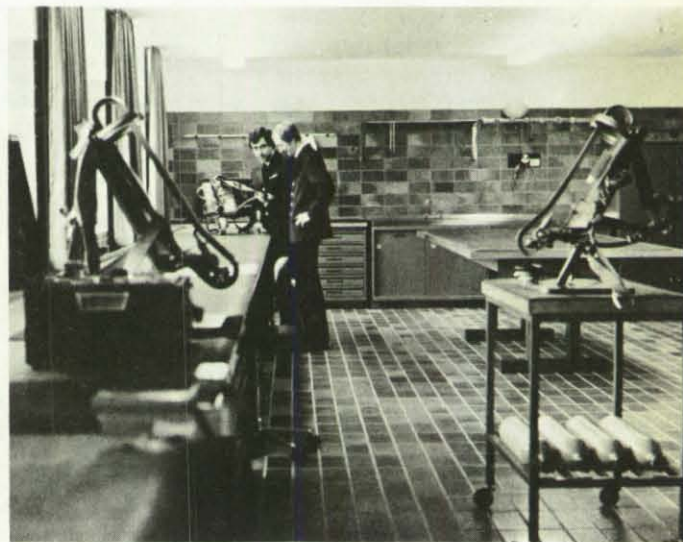
In geräumigen Garagen sind Krankentransport- und Notarztwagen untergebracht.



Das Kernstück des Zentrums ist die rund um die Uhr besetzte Einsatzleitstelle.



Die Schlauchwaschanlage wurde nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtet.



In der Werkstatt für Atemschutzgeräte können die Geräte überprüft und repariert werden.



Moderne Schulungsräume stehen für Ausbildungskurse zur Verfügung.



Auch die Kunst kommt nicht zu kurz: Der Aachener Bildhauer Hubert Löneke schuf diese Plastik.

Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen

Die technische Entwicklung von Feuerspritzen nahm einen langen Weg. Fast zweihundert Jahre wurden zur Wasserförderung beim Feuerlöschhandbetätigte Feuerlösch-Kolbenpumpen verwendet. Dampfspritzen und Benzinmotorspritzen waren Zwischenstufen. Auch Elektromotorspritzen wurden wenige Jahre vor der Jahrhundertwende gebaut. Heute gehören zur Ausrüstung fast jeder Brandschutzformation, ob bei den Feuerwehren, im Katastrophenschutz oder im Zivilschutz, Tragkraftspritzen, die nach DIN-Richtlinien gebaut worden sind. Auch hat heute jede Wehr zumindest ein Tragkraftspritzenfahrzeug TSF. Die Wehrmänner brauchen auch den Tragkraftspritzenanhänger TSA im Alarmfall nicht selbst zu ziehen, um damit zur Brandstelle zu eilen. Tragkraftspritzen und eingebaute Feuerlöschkreiselpumpen, gehören zur Basis des Feuerlöschwesens. Die Namen der großen Herstellerfirmen sind allen Brandschutzkräften geläufig. Die Abweichungen in den Konstruktionsmerkmalen ihrer Geräte sind verhältnismäßig geringfügig.

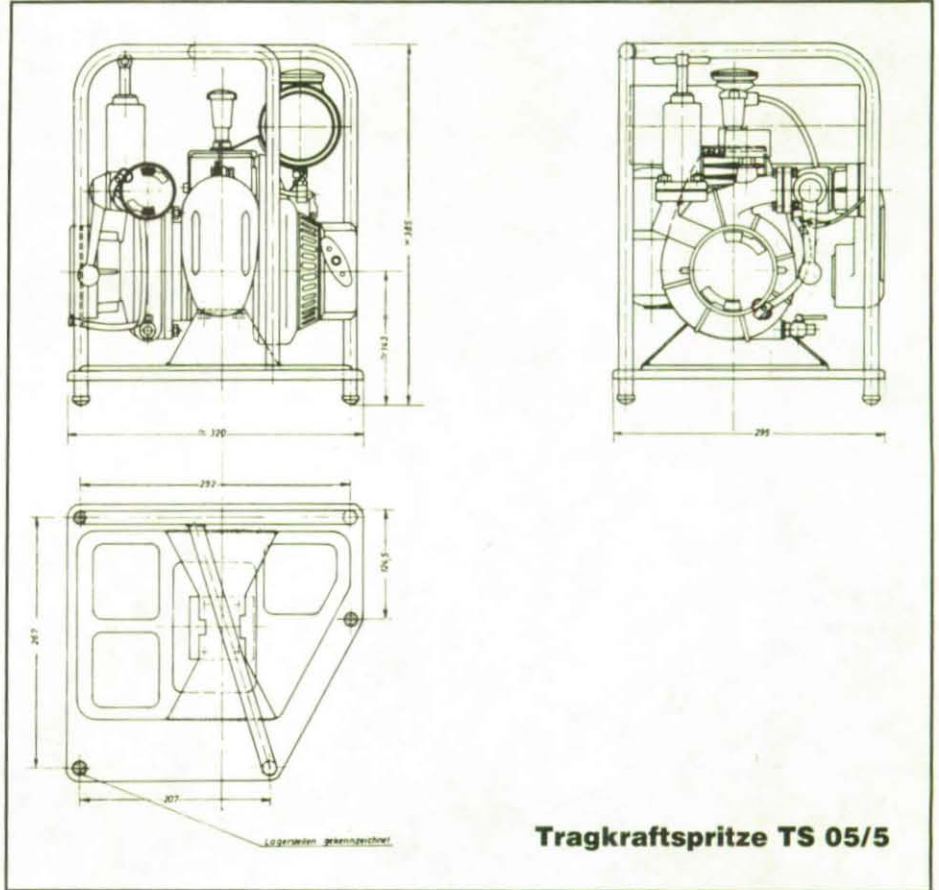
Das ZS-MAGAZIN veröffentlicht in loser Folge Beschreibungen der verschiedenen Typen von Tragkraftspritzen und Feuerlöschkreiselpumpen, Beschreibungen, die uns freundlicherweise von der Firma Magirus Deutz AG zur Verfügung gestellt wurden. Die Redaktion kommt damit Wünschen nach, die wiederholt aus der Leserschaft an sie herangetragen worden sind.

Tragkraftspritze TS 05/5

1. Allgemeines:

Die Tragkraftspritze TS 05/5 ist in Anlehnung an DIN 14410 und 14420 gebaut.

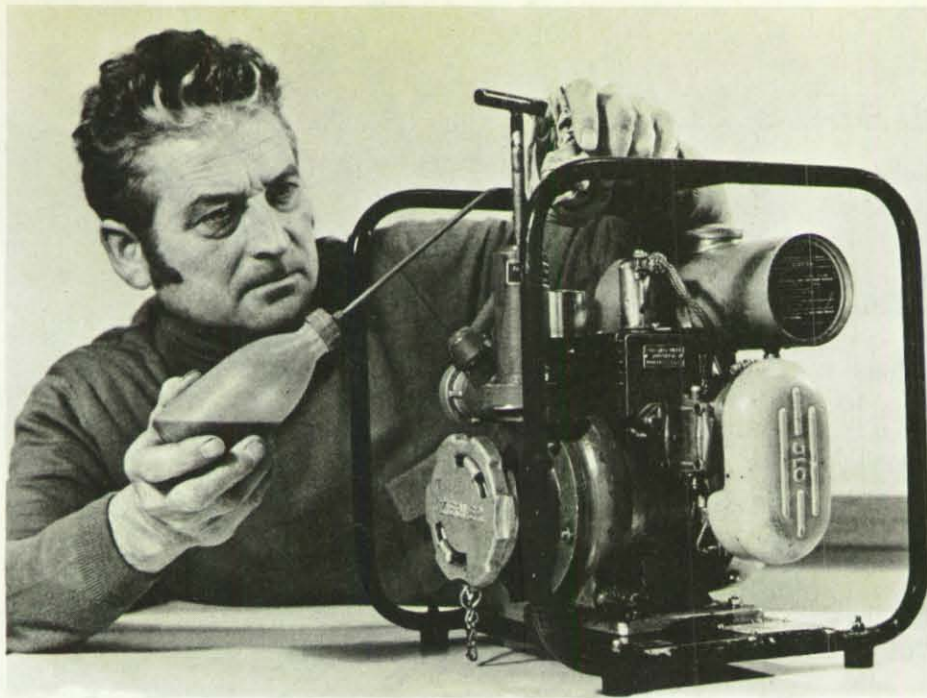
Sie ist von der Feuerschutztechnischen Prüf- und Versuchsstelle Regensburg begutachtet und als bemerkenswert gebrauchstüchtig bezeichnet worden.



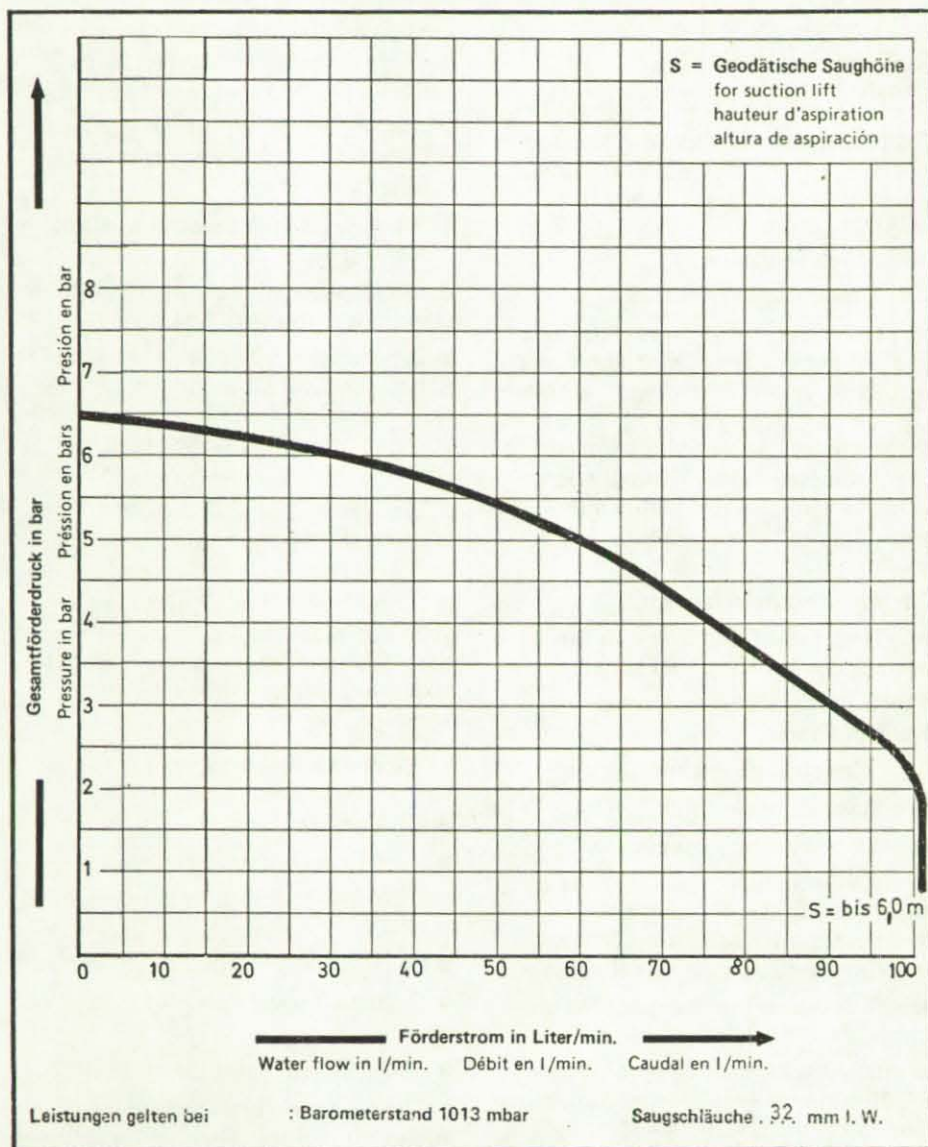
Tragkraftspritze TS 05/5



Die Kleinste unter den Tragkraftspritzen ist leicht und handlich. Unser Bild zeigt sie bei einem Übungseinsatz.



Periodische Probeläufe und gute Wartung garantieren ständige Einsatzbereitschaft.



Kennlinien der TS 05/5

2. Motor:

Luftgekühlter 1-Zylinder-2-Takt-Otto-Motor
Fabrikat JLO Typ L 35
Dauerleistung bei 6000 U/min = 1,7 PS,
Hubraum 35 cm³.
Kraftstoffbehälter mit ca. 1,25 Liter Fassungsvermögen.
Kraftstoffverbrauch ca. 0,9 Liter/h bei Nennleistung der Pumpe.
Schwungmagnetzünder Fabrikat Bosch.
Schmierung durch Kraftstoff-Ölgemisch.
Membranvergaser mit Handhebel.
Ansauggeräuschdämpfer mit Naßluftfilter.
Anlasser: Reversierstarter.
Nahentstört.

3. Pumpe:

Einstufige MAGIRUS-Kreiselpumpe, direkt am Motor angeflanscht.
Gehäuse aus seewasserbeständigem Leichtmetall, Laufrad aus Rotguß.
Wellenabdichtung durch Radialdicht-
ringe in leicht auswechselbarer Hülse mit Fettschmierung durch Schmier-
nippel.
Axial in Pumpenmitte angeordneter Saugstutzen mit leicht herausnehmbarem Saugsieb und C-Festkupplung mit Blinddeckel.
Auswechselbarer Spaltwasserring aus abriebfestem Kunststoff auf der Saugseite des Laufrades.
1 Druckstutzen mit Kugelhahn und D-Festkupplung und Blinddeckel.
1 Überdruckmeßgerät.
1 Entwässerungshahn am tiefsten Punkt des Pumpengehäuses.
Nennleistung:
1,5 m geod. Saughöhe 50 l/min bei 50 m WS manom. Gesamtförderhöhe

4. Ansaugvorrichtung:

Handbetätigte Kolbenpumpe, die leichtes Ansaugen bis 6 m Saughöhe ermöglicht.

5. Traggestell:

Stahlrohrrahmen mit Grundplatte aus gepreßtem Stahlblech und Gummipuffer unter den drei Füßen.

6. Maße und Gewichte:

Länge ca. 320 mm
Breite ca. 295 mm
Höhe ca. 385 mm
Gewicht betriebsbereit ca. 13 kg

Die Zivilschutzmaske M 65 Z

Ein Gerät, das allen spezifischen einsatztaktischen Aufgabenstellungen der Fachdienste im Katastrophenschutz gerecht wird.

1. Einleitung

1956 wurde die Konzeption der Zivilschutzmaske 56 (Z 56) unter voller Berücksichtigung des damaligen Erkenntnisstandes der Atemschutztechnik erarbeitet.

Die Auslieferung an die Einheiten des Luftschutzhilfsdienstes (LSHD) erfolgte in den Jahren 1958 bis 1965. Beschreibung, Handhabung, Pflege, Desinfektion und Lagerung der Z 56 wurden nach der DV 521 vom Juli 1963 geregelt.

Heute entspricht die Z 56 nach Konzeption und Ausführung nicht mehr in vollem Umfang dem Stand der Atemschutztechnik handelsüblicher Vollmasken.

Die Notwendigkeit zur Auswahl und Einführung einer Nachfolgemaske ergab sich aus drei Anlässen:

- Einführung der ABC-Schutzbekleidung Zodiak im Jahre 1973/74 durch das Bundesamt für Zivilschutz (BZS).

- Herausgabe der „Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Vollmasken für Atemschutzgeräte, für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren“ vom Oktober 1974 durch den Innenminister Nordrhein-Westfalen.

- Runderlaß des Innenministers Nordrhein-Westfalen vom 28. 10. 1974 Az.: VIII B 4-324701 – mit Änderungen vom 6. 5. 1976, nach denen nur noch Masken zugelassen sind, die vorgeannten Richtlinien genügen.

Aufgrund dieser Festlegungen durfte ab diesem Termin die Z 56 im Bereich des Brandschutzdienstes nicht mehr eingesetzt werden.

Leitgedanke für die Auswahl einer Nachfolgemaske waren folgende grundsätzliche Forderungen:

- Die Nachfolgemaske muß allen spezifischen einsatztaktischen Aufgabenstellungen der verschiedenen Fachdienste im Katastrophenschutz gerecht werden.

- Die Nachfolgemaske muß im vollen Umfang den „Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Vollmasken für Atemschutzgeräte, für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren“ und allen einschlägigen

atemschutztechnischen DIN-Normen entsprechen.

Durch Berücksichtigung beider vorgenannter Forderungen wird dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) Rechnung getragen und die

„WECHSELSEITIGE EINSETZBARKEIT VON MATERIAL UND GERÄT BEI FRIEDENSKATASTROPHEN UND IM VERTEIDIGUNGSFALL DURCH ABSTIMMUNG UND VEREINHEITLICHUNG DER AUSSTATTUNG“

auch für den Bereich des Atemschutzes ermöglicht.

2. Einsatztaktische Forderungen

Dieser Zwang zur Vereinheitlichung der Ausstattung im gesamten Katastrophenschutz fand Niederschlag in den Formulierungen der „Einsatztaktischen Forderungen“.

2.1 Verwendungszweck

In Verbindung mit Schraubfilter oder Preßluftatmer zum Schutz von Gesicht, Augen und Atemwege gegen atomare (radioaktive Spaltstoffe), biologische (Krankheitserreger) und chemische (hochtoxische Gase, Flüssigkeiten und Feststoffe) Kampfmittel sowie gegen chemische Schad- und Giftstoffe.

2.2 Verwendungsbereich

Alle Helfer der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes.

2.3 Grundsätzliche taktische Forderungen

2.3.1 Konstruktionsforderungen

Der Maskenkörper muß

- als Vollmaske ausgebildet sein
- zur Vermeidung von CO₂-Anreicherung und zur Klarhaltung der Augenfenster auch bei längerer Tragezeit mit einer Innenmaske versehen sein
- mit Ein- und Ausatemventil versehen sein
- zum Anschluß für Schraubfilter FE 55 NM und Preßluftatmer mit einem Rundgewindeanschluß-Außenventil CB DIN 3183 ausgestattet sein
- das (die) Augenfenster muß (müs-

sen) ein effektives Blickfeld von mindestens 70 % erbringen

- das (die) Augenfenster muß (müssen) bruchfest sein
- die Verbindung Augenfenster-Maske muß gasdicht sein
- die Einbaumöglichkeit für Maskenbrille muß gegeben sein
- die Bänderung muß griffig sein, ein schnelles An- und Ablegen der Vollmaske gestatten und im angelegten Zustand einfach verstellbar sein
- bei aufgesetzter Maske muß eine Verständigungsmöglichkeit über mindestens 3 m gewährleistet sein.

2.3.2 Spezifische Forderungen

- Maskenteile, die mit der Haut in Berührung kommen, dürfen keine schädlichen Wirkungen haben
- Alle Maskenteile müssen korrosionsbeständig und korrosionsgeschützt sein
- Alle Gummiteile müssen alterungsbeständig sein
- Die Maske muß aus temperaturbeständigem Werkstoff bestehen
- Die Maske muß gegen chemische Schad- und Giftstoffe sowie chemische Kampfstoffe im festen, flüssigen und gasförmigen Zustand resistent sein
- Die Maske muß voll dekontaminierbar und dekontaminationsbeständig sein
- Um eine Verunreinigung der Innenseite des Maskenkörpers zu verhindern, muß die Maske auch in Bereitschaft geschützt getragen werden können.

2.4 Grundsätzliche logistische Forderungen

- Einfache und robuste Bauweise
- Verwendung von Normteilen
- Einfache Pflege- und Wartungsmöglichkeit
- Leichte Instandsetzungsmöglichkeit
- Ersatzteilbevorratung für Verschleißteile
- Bedienungsanleitungen

2.5 Besondere Forderungen

- Beachtung der „Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Vollmasken von Atemschutzgeräten für die Brand-

bekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren" vom Oktober 1974.

● Die Maske muß in Verbindung mit dem ABC-Schutzanzug Zodiak getragen werden können.

3. Eignung handelsüblicher Vollmasken

Zunächst wurde eine Marktrecherche durchgeführt, um festzustellen, welche handelsüblichen Schutzmasken diesen einsatztaktischen Forderungen des BZS entsprechen.

Die allgemeinen und die Konstruktionsforderungen werden mit geringen Abweichungen zum Beispiel von den nachfolgenden Schutzmasken-Herstellern erfüllt:

Schutzmaskentyp

Zweifenster-Maske M 65

Zweifenster-Maske Kareta

Einfenster-Maske Panorama Nova

Einfenster-Maske 3 S

Die Erfüllung der spezifischen Forderungen durch die Schutzmaske M 65 Z wird vom BZS untersucht. Diese Forderungen sind in der technischen Beschreibung (TB) des BZS Ausgabe 2 vom Oktober 1976, die in Anlehnung an die BWBTL 4240/016 Ausgabe April 1974 erarbeitet wurde, formuliert.

Die Prüfung nach den „Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Vollmasken für Atemschutzgeräte für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren" erfolgte entsprechend dem Runderlaß des Innenministers Nordrhein-Westfalen vom 7. Januar 1976 (SMBL. NRW – 2134) bei der für die Prüfung, Zulassung und Anerkennung von Atem-

Hersteller

Auergesellschaft und Drägerwerk

Drägerwerk

Drägerwerk

Auergesellschaft

Die spezifischen und besonderen Forderungen

● Volldekontaminierbarkeit durch Kochbehandlung bei 100° C und Dekontaminationsbeständigkeit

● Dichtsitz in Verbindung mit dem ABC-Schutzanzug Zodiak

werden in der derzeitigen Ausführung nur von der ABC-Schutzmaske M 65 Z erfüllt.

4. Entwicklung der Schutzmaske M 65 Z

Die Schutzmaske M 65 Z (Z = Zivilschutzausführung) wurde in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Auer-Dräger aus der M 65 (Bundeswehrausführung) entwickelt. Die Verbesserungen und Ergänzungen zielten einerseits auf die Erfüllung der spezifischen und besonderen Forderungen des BZS und andererseits auf Realisierung der „Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Vollmasken für Atemschutzgeräte für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren".

Dazu waren folgende Maßnahmen notwendig:

● Einführung von Hartglasscheiben, die den Forderungen der DIN 4646 Teil 3 entsprechen

● Umstellung auf schnell-einstellbare Bänderung

● Erfüllung der Forderung auf Flammenfestigkeit durch Verwendung einer neuen Ausatemventilkappe.

schutzgeräten für Feuerwehren zuständigen „Hauptstelle für das Grubenrettungswesen" im Steinkohlen-Bergbauverein Essen.

Die Untersuchungen dazu wurden am 15. Februar 1978 mit positivem Ergebnis abgeschlossen. Die formelle Zulassung wird der Innenminister Nordrhein-Westfalen durch Bekanntmachung im Ministerialblatt vornehmen.

Somit ist mit der ABC-Schutzmaske M 65 Z erstmalig ein Atemschutzgerät für alle Belange des Katastrophenschutzes geprüft und zugelassen, das den Beanspruchungen bei Friedenskatastrophen und im Verteidigungsfall universell genügt.

5. Konzeption M 65 Z

Die ABC-Schutzmaske M 65 Z ist eine Vollmaske und bildet mit dem Schraubfilter FE 55 NM ein Filtergerät (Abb. 1).

Diese Kombination schützt Gesicht, Augen und Atemtrakt gegen folgende Einwirkungen:

Verteidigungsfall

Chemische Kampfstoffe
Biologische Kampfmittel
Radioaktiver Staub

Katastrophenfall

Chemische Schadstoffe
Epidemische Krankheitserreger
Reaktor-Emissionen

Derartige umluftabhängige Filtergeräte dürfen in folgenden Fällen **nicht** verwendet werden:

- Wenn die Atemluft Kohlenmonoxyd enthält,
- der Kohlendioxydgehalt über 4-Vol.-% beträgt,
- der Sauerstoffgehalt geringer als 17-Vol.-% ist,
- Schadstoffkonzentrationen über 1-Vol.-% auftreten.

In diesen Situationen sind umluftunabhängige Atemschutzgeräte, z. B. Schutzmaske mit Preßluftatmer (Behältergeräte) zu verwenden.

Das Schraubfilter FE 55 NM dient zur Abscheidung von chemischen und radioaktiven Kampf- und Schadstoffen sowie Zurückhaltung von Krankheitserregern aller Art.

Die maximale Einsatzdauer der Schraubfilter FE 55 NM bei hohen



Abb. 1: ABC-Schutzmaske M 65 Z mit Schraubfilter FE 55 NM

Schadstoffkonzentrationen beträgt 120 Minuten, wenn die Vorbelastung durch die Feuchtigkeit der Einatemluft nicht länger als 2 Stunden war.

Die maximale Lagerfähigkeit einwandfrei gelagerter, unbeschädigter und nicht geöffneter Schraubfilter FE 55 NM liegt bei 13 Jahren.

6. Beschreibung der M 65 Z

Zur M 65 Z gehören:

- Maske mit Kopfbänderung und Trageband
- Schraubfilter FE 55 NM
- Zubehör und Vorrat

Aufbau und Funktion der M 65 Z sind in der Schemazeichnung Abb. 2 dargestellt.

6.1 Maskenkörper

Der Maskenkörper ist aus einer Spezialgummimischung hergestellt.

Am Rande des Maskenkörpers befinden sich 7 Bandlappen mit Klemmschnallen. An den 5 oberen sind die Kopfbänder schnell verstellbar befestigt. An den beiden unteren Bandlappen ist das Trageband befestigt.

Mit dem Maskenkörper sind verbunden:

- die dreieckigen Sichtscheiben,
- das Filteranschlußstück mit Dichterring und Einatemventilscheibe,
- das Ausatemventilgehäuse mit Ausatemventilscheibe, Schutzsieb und Ausatemventilkappe,
- die Innenmaske,
- der Dichtrahmen mit Kinn Tasche,
- die Kopfbänder,
- das Trageband.

Die Sichtscheiben aus Hartglas haben die Form von auf die Spitze gestellten gleichseitigen Dreiecken und sind in den Maskenkörper gasdicht eingekrampt. Sie gewährleisten ein Blickfeld von 80–90 % des normalen Gesichtsfeldes.

Das Filteranschlußstück zum Anschrauben des Schraubfilters ist mit einem Atemventil versehen. Das Schraubfilter wird in das Filteranschlußstück eingeschraubt und mit einer Gummidichtung zum Maskenkörper gasdicht abgeschlossen. Die Einatemventilscheibe schließt das Filteranschlußstück nach innen ab.

In der Mitte der Innenmaske befindet sich oberhalb des Schraubfilters das Ausatemventilgehäuse. Es wird innen gegen Schmutz durch ein Schutzsieb abgeschirmt und außen von einer abnehmbaren Ausatemventilkappe verdeckt, die Beschädigungen verhindern soll.

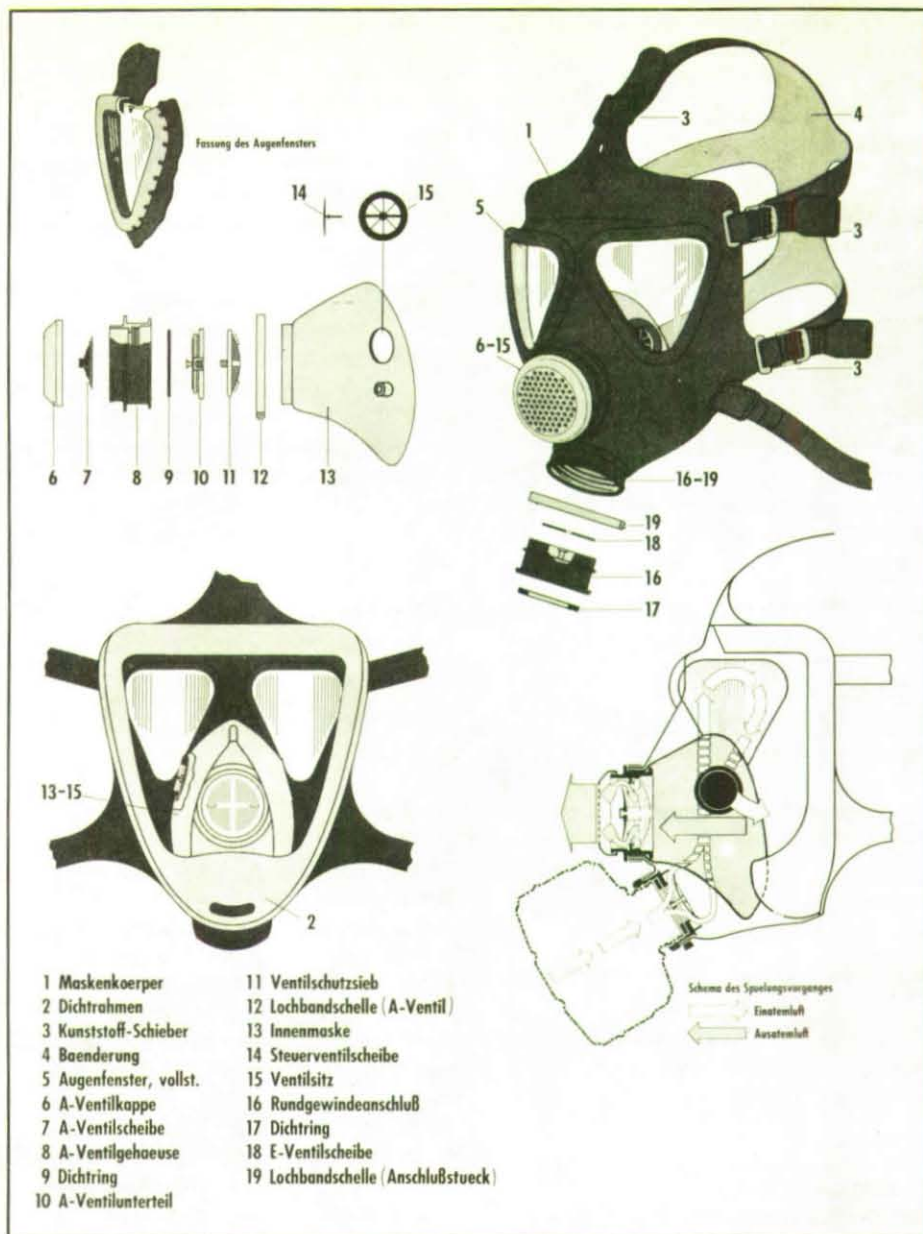


Abb. 2: Schemazeichnung der ABC-Schutzmaske 65

Die Innenmaske mit zwei Steuerventilen umschließt Nase, Mund und Wangen und hat den Zweck, durch entsprechende Führung der Ein- und Ausatemluft ein Beschlagen der Sichtscheiben zu verhindern.

Die Ventilscheiben des Ein- und Ausatemventils sowie der Innenmaskenventile können zur Reinigung leicht entfernt werden.

Der nahtlose Dichtrahmen mit Kinn tasche besteht mit dem Maskenkörper aus einem Stück und soll den gasdichten Sitz der Maske gewährleisten; die Kinn tasche verhindert Druck auf den Kehlkopf.

Die fünf Kopfbänder bilden zusammen mit der Kopfplatte ein Bandgestell. Nach ihrer Lage am Kopf wird zwischen einem Stirn- und je zwei Schläfen- und Nackenbändern unterschieden. Die geriffelten Bandenden wer-

den mit einer Klemmschnalle an den Bandlappen des Maskenkörpers befestigt und sind schnell verstellbar. Das Bandgestell ist auswechselbar.

Bei der ABC-Schutzmaske M 65 Z werden Ein- und Ausatemluft auf getrennten Wegen geführt.

Die Einatemluft tritt über Schraubfilter und Einatemventil in das Innere der Maske. Hier wird die Luft von der Innenseite kanalisiert an die Augenfenster geführt und gelangt von dort über zwei Ventile weiter zu den Atmungsorganen. Der hierdurch entstehende Luftstrom hält die Sichtscheiben beschlagfrei. Die Innenmaske mit ihren Ventilen hält die feuchte und warme Atemluft von den Sichtscheiben fern und verhindert so deren Beschlagen.

Die Ausatemluft verläßt die Maske über die Ausatemventilscheibe durch das Ausatemventilgehäuse. Durch

Anordnung des Ausatemventilgehäuses unmittelbar vor dem Mund wird gute Sprechverständigung erreicht. Der in Atemrichtung vordere Teil des Ausatemventilgehäuses (Vorkammer) hat den Zweck, stets ein kampfstoff-freies Luftpolster (Ausatemluft) zu bilden. Damit wird verhindert, daß mit Beginn des Einatemvorganges kampfstoffhaltige Luft über das Ausatemventil in die Maske gelangt.

6.2 Schraubfilter

Das Schraubfilter (Abb. 3) besteht aus einem Schwebstofffilter und einem Gasfilter (imprägnierte Aktivkohle). Das Metallgehäuse beeinflusst in der Ausführung NM (= nicht magnetisch) Kompaß und Geräte mit Magnetnadeln nicht. Es reinigt die Atemluft von allen biologischen und chemischen Kampfstoffen, die als Gase, Dämpfe oder Schwebstoffe auftreten, und von radioaktivem Staub.

Die Schwebstoffschicht des Filters aus fein verästeltm Fasermaterial reinigt die Atemluft mechanisch; die Schwebstoffteilchen bleiben in den dichten Fasern hängen. Die imprägnierte Aktivkohle bindet Gas und Dämpfe an ihre große Oberfläche; die Imprägnierung bewirkt dabei, daß auch leichtflüchtige Gase gebunden werden.

Ist der Schraubfilter verbeult, beschädigt oder treten während des Tragens der ABC-Schutzmaske Reizwirkungen der Atemwege oder sonstige Anzeichen einer Kampfstoffwirkung auf, so ist sofortiger Filterwechsel erforderlich.

Das Schraubfilter der M 65 Z ist zur Erhaltung seiner vollen Schutzwirkung gegen Feuchtigkeit zu schützen. Bei Reserveschraubfiltern dürfen die Schutzkappen und die Verschlussstopfen vor Gebrauch daher nicht entfernt werden.

Für Ausbildungs- und Übungszwecke in Gebrauch genommene Schraubfilter sind mit einem roten Farbring (Ölfarbe) zu versehen. Die so gekennzeichneten Schraubfilter werden als Übungsfilter bezeichnet.

Übungsfilter sind im Einsatz durch ungebrauchte Schraubfilter zu ersetzen.

6.3 Zubehör und Vorrat

Zubehör und Vorrat der M 65 Z bestehen aus:

- Tragetasche mit Tragegurt
- Reinigungslappen
- Reserveschraubfilter
- Beutel aus Kunststoffolie (für Lagerung)

- Formstück (für Lagerung)
- Aufhänger (für Lagerung).

Die Tragetasche ist aus gummiertem Gewebe hergestellt und durch Lasche und Knopf spritzwasserdicht verschließbar.

Der Tragegurt ist an rechteckigen Ösen befestigt und durch eine Schnalle verstellbar.

Der Reinigungslappen dient zur Pflege der ABC-Schutzmaske; er wird in der Tragetasche aufbewahrt.

7. Benutzung der M 65 Z

Die ABC-Schutzmaske M 65 Z wird in den Größen 1 (= groß) und 2 (= mittel) hergestellt. Die Größenangaben sind außen auf dem Maskenkörper, in der Mitte über den Augenfenstern, aufgeprägt.

Die Größe der ABC-Schutzmaske richtet sich nach der Gesichtsform; maßgebend ist hierbei der Abstand der Augen vom Kinn.

Als Regel gilt:

- Größe 1 paßt für lange Gesichtsform (großer Abstand zwischen Augen und Kinn)
- Größe 2 paßt für die Masse der Helfer.

Die Größe des Kopfes und die Schädelform haben auf die Maskengröße keinen Einfluß, da sich die Kopfbänder entsprechend verstellen lassen.

Die Maske erfüllt ihren Zweck nur, wenn sie sorgfältig angepaßt ist. Backen- oder Kinnbart stellt die Dichtigkeit der ABC-Schutzmaske in Frage. Brillenträger benötigen eine optische Maskenbrille.

Auf folgende Punkte muß beim Anpassen besonders geachtet werden:

- gasdichter Sitz
- richtiger Sitz des Maskenkörpers und der Innenmaske
- druckfreier Sitz.

Der gasdichte Sitz ist erreicht, wenn

- der Dichtrahmen an Stirn, Wangen und unter dem Kinn gut anliegt
- beim Hin- und Herbewegen des Kopfes der Dichtrahmen sich nicht vom Gesicht abhebt.
- Der richtige Sitz ist dann gewährleistet, wenn
- das Innenteil des Maskenkörpers nicht an Hals oder Kehlkopf anstößt
- die Augenunterkante in der waagerechten Mittellinie der Sichtscheiben liegt
- die Innenmaske an Wangen und Nase gut anliegt, so daß dort keine Atemluft entweichen kann.

Der richtige Sitz der Innenmaske ist für die Frischluftzuführung und das Fernhalten der Ausatemluft von den Sichtscheiben wichtig.

Nach dem Verpassen ist der gasdichte Sitz zu überprüfen. Hierzu wird die Filteransaugöffnung kurzzeitig mit dem Handballen verschlossen. Bei kräftigem Einatmen muß sich der Maskenkörper fest an das Gesicht anlegen; an keiner Stelle darf Außenluft unter den Dichtrahmen eindringen.

Als Gegenprobe ist die Ausatemventilklappe mit der Handfläche abzudichten und Luft auszublasen. Die Luft darf jetzt nur an der Wangenpartie zwischen Schläfen- und Nackenband-schnallen entweichen.

Eine objektive Dichtprüfung kann mit-

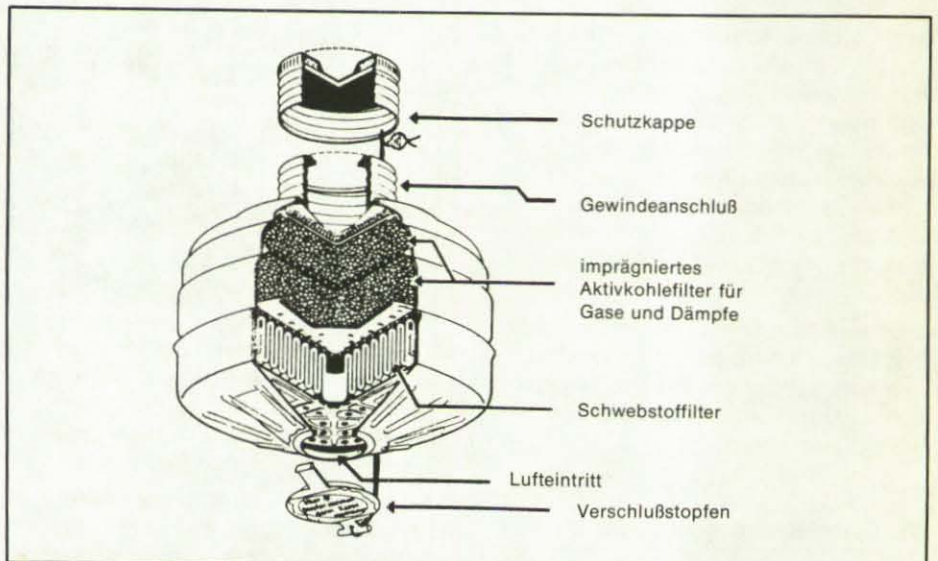


Abb. 3: Schraubfilter FE 55 NM

tels des Maskendichtprüfgerätes vorgenommen werden.

Anschließend wird die Schutzmaske 15 Minuten unter dem Schutzhelm getragen. Dabei ist auch der richtige Sitz während der Handhabung der Ausstattung zu überprüfen. Treten Druckstellen auf, so sind diese durch Verstellen der Kopfbänder zu beseitigen.

Einwandfreier Maskensitz wird meist erst nach Tragen über einen längeren Zeitraum erreicht. Während der Ausbildung ist der Maskensitz ständig zu überwachen bzw. zu verbessern.

8. Aufbewahrung, Pflege und Überprüfung der M 65 Z

Die ABC-Schutzmaske verbleibt als persönliche Ausstattung beim Träger und wird in der Tragetasche aufbewahrt. Für die Pflege der ABC-Schutzmaske ist der Träger verantwortlich. Die Pflege, Wartung und Desinfektion wird nach den Gebrauchsanweisungen der Hersteller, nach dem Merkblatt „Die ABC-Schutzmaske M 65 Z“ MAPI 1 oder nach der KatS DV 510 vorgenommen.

9. Gebrauch des Schraubfilters FE 55 NM

Nur im Zeitraum eines laufenden oder bevorstehenden Einsatzes bleibt das Schraubfilter angeschraubt. Bei längerem Nichtgebrauch ist die Maske der Tragetasche zu entnehmen und ohne Schraubfilter mit der Außenseite nach oben liegend aufzubewahren oder spannungsfrei aufzuhängen. Sie ist gegen Staub zu schützen und nicht in der Sonne oder in der Nähe von Heizkörpern zu lagern.

Wenn beim Gebrauch des Schraubfilters die Vorbelastung mit der Feuchte der Einatemluft weniger als 2 Std. betrug, kann es mit Schutzkappe und Verschlussstopfen gasdicht verschlossen werden und erneut verwendet werden. Bei längerer Vorbelastung als 2 Std. darf das Schraubfilter nur noch für Übungszwecke eingesetzt werden.

Unbrauchbare Schraubfilter sind am Gewindeanschluß zu deformieren und gegen verschlossene und verplombte, also ungebrauchte Reserveschraubfilter einzutauschen.

10. Entgiftung der M 65 Z

10.1 Behelfsmäßige Entgiftung

Die behelfsmäßige Entgiftung der

Zulassung der ABC-Schutzmaske

M 65 Z mit Hartglasaugen- scheiben

Der Innenminister
des Landes
Nordrhein-Westfalen
hat aufgrund
der Prüfbescheinigung
Nr. 1/78 M der
Hauptstelle für das
Grubenrettungswesen
in Essen die

2-Fenster-Maske M 65 Z

als Atemanschluß
für Atemschutzgeräte
für die Brandbekämpfung
und Hilfeleistung
bei den Feuerwehren
anerkannt.

Damit ist die M 65 Z
universell anwendbar für

Einsätze im VERTEIDIGUNGS- FALL und

Einsätze für GROSS- KATASTROPHEN

(z. B. Chemieunfälle,
Terroraktionen,
Kerntechnische Notfälle)

M 65 Z hat nur von außen wie folgt zu erfolgen:

An der M 65 Z haftenden Kampfstoff abtupfen, betroffene Stellen stark mit Entgiftungspuder einpudern. Puder nach einer Minute mit Tupfern gründlich entfernen. Entgiftung wiederholen.

Mit Schmierseife und Wasser nachwaschen. Behelfsmäßig entgiftete Masken sind an der Trageschnur hängend zu tragen; sie dürfen nicht in der Tragetasche verwahrt werden.

Behelfsmäßig entgiftete M 65 Z sind sobald wie möglich gegen saubere auszutauschen und zur Vollentgiftung abzugeben.

10.2 Vollentgiftung

Vollentgiftung der M 65 Z erfolgt durch 3stündige Kochbehandlung bei 100° C. Dabei sind dem Kochwasser zur Beschleunigung der Entgiftungsbehandlung 2 Gew. % Soda und 1 Gew. % Netzmittel zuzusetzen. Die Vollentgiftung kann mit der kompletten Schutzmaske vorgenommen werden.

Vor dem erneuten Einsatz ist eine Überprüfung durchzuführen.

11. Bewertung

Mit der M 65 Z wurde für den Katastrophenschutz eine Vollmaske eingeführt, die in der konstruktiven Ausführung alle Merkmale der modernen Atemschutztechnik erfüllt und den Beanspruchungen sowohl bei Friedenskatastrophen als auch im Verteidigungsfalle gerecht wird.

Die Universalität wird dokumentiert durch Erfüllung sowohl der Forderungen der

● TB des BZS vom Oktober 1976 als auch der

● Richtlinien für den Bau und die Prüfung von Vollmasken für Atemschutzgeräte für die Brandbekämpfung und Hilfeleistung bei den Feuerwehren vom Oktober 1974.

Die M 65 ist in gleicher Weise auch als Schutzmaske für die Zivilbevölkerung geeignet. Diese Empfehlung ist jedoch eingeschränkt, da für Jugendliche und Kinder der Größenschlüssel der M 65 Z nicht ausreicht.

In logischer Ergänzung zur Ausstattung der Einheiten des Katastrophenschutzes mit optimaler Atemschutztechnik müßte auch für die Zivilbevölkerung, die von den Schadstoffwirkungen im V-Fall und im Katastrophenfall in gleicher Weise betroffen wird, eine Schutzmaske verfügbar sein. Die Entwicklung und Einführung einer derartigen Schutzmaske für die Zivilbevölkerung muß deshalb vorrangige Aufgabe im Zivilschutz werden.

Nur in dieser Kombination kann der Zivilschutz seine Aufgabe erfüllen:

„Die Bevölkerung, ihre Wohnungen und Arbeitsstätten, lebenswichtige zivile Betriebe, Dienststellen und Anlagen sowie das Kulturgut vor Kriegseinwirkungen zu schützen und deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern.“

Informationsfahrt „SCHWEIZ '78“

Zwei KatS-Fernmeldezüge gingen auf große Reise

In der Zeit vom 9. bis 17. Juni führten die Stabsseinheiten des Katastrophenschutzes der beiden Bergischen Kreise (Oberbergischer Kreis / Rheinisch-Bergischer Kreis) gemäß genehmigter Ausbildungspläne 1978 eine Informationsfahrt in die Schweiz durch. Sie diente der Aus- und Weiterbildung des Stabspersonals, das bei den Hauptverwaltungsbeamten im Katastrophen- und Verteidigungsfall zum Stabsdienst zusammengezogen wird.

„Aufsitzen!“

Es war kein alltägliches Bild, als sich am 9. Juni, morgens um 7.00 Uhr, auf dem Rastplatz „Lustheide“ an der BAB Olpe-Köln zwei Einheiten des Fernmeldedienstes mit Angehörigen verschiedener Organisationen und Stäbe sowie Mitgliedern der Rats-Ausschüsse mit einem kräftigen „Hipp-hipp hurra!“ begrüßten. Der Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises, Dr. Scholtissek, begrüßte und verabschiedete die ca. 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Informationsfahrt „Schweiz '78“, die sich aus Angehörigen der Katastrophenabwehr des Oberbergischen und des Rheinisch-Bergischen Kreises zusammensetzten.

Die Informationsfahrt hatte u. a. auch zum Ziel, Stabsangehörigen der Katastrophenschutzstäbe Gelegenheit zu geben, Einrichtungen des Schweizer Zivilschutzes kennenzulernen.

Ferner war die Aufgabe gestellt, ohne Anlehnung an feste Anlagen und Einrichtungen den Hin- und Rückmarsch durchzuführen.

Nach dem Kommando „Aufsitzen“, das der Katastrophenschutz-Einsatzleiter im Rheinisch-Bergischen Kreis, Wilhelm Gützkow, gab, lief ein genau festgelegtes Neun-Tage-Programm an.

Das erste Marschziel, ein Grillplatz bei Jugenheim, wurde zeitgerecht und bei vorbildlicher Marschdisziplin erreicht. Die Versorgung übernahm die THW-Feldküche, die sich bereits um Mitternacht in Marsch gesetzt hatte.

Auch der zweite Marschabschnitt nach

Villingen/Schwenningen im Schwarzwald wurde trotz Unterbrechung durch einen Verkehrsstau gut überstanden.

Auf dem vorbereiteten Zeltplatz in Rietheim wurden die Teilnehmer von Landrat Dr. Gutknecht – ehemaliger Kreisdirektor im Rheinisch-Bergischen Kreis – herzlich empfangen. Die Führung durch ein Lotsen-Kfz des THW

klappte vorzüglich; der Funkkontakt konnte frühzeitig hergestellt werden.

Der Aufbau des Biwaks wurde mit der mitgeführten Ausrüstung in wenigen Minuten abgewickelt. Da es sich nicht um die erste gemeinsame Veranstaltung der beiden bergischen Einheiten handelte, gehörten die meisten Handgriffe schon zur Routine.



Während der großen Reise: Technischer Halt der Marschkolonne.



Zwischenstation. Frühstück im Biwak Villingen/Rietheim.



Das „Kartoffelschälkommando“ bei der Arbeit.

Am Samstag wurde eine gemeinsame Übung durchgeführt, an der sich neben der FMZt-HVB (LdF Willi Ehrbrecht) auch Einheiten ansässiger Organisationen beteiligten. Die Leitung hatte Dr. Gutknecht; der Plan für die Übung stammte aus der Feder des THW-Zugführers Hummel. So lernten die Übungsteilnehmer durch ständiges Wechseln der Aufträge auch die Schönheiten des Schwarzwald-Baar-Kreises kennen.

Am Sonntag, dem 11. 6., setzte sich die Marschkolonne nach Schwyz in der Schweiz in Bewegung. Das THW begleitete die Kolonne bis zur Grenze.

Die Grenzabfertigung auf beiden Seiten war korrekt. Jedoch mußte wegen des Sonntagfahrverbots ab 3,5 t in der Schweiz der THW-Lkw an der Grenze stehengelassen werden; das Gepäck wurde auf andere Kfz verlastet (Grund: falsche Kfz-Bezeichnung im Fahrzeugschein).

Wohlbehalten trafen die Marschgruppen im Zivilschutz-Ausbildungszentrum Schwyz ein. Der Leiter der Schule, Josef Pfister, Feuerwehrinspektor und Chef des Amtes für Zivilschutz des Kantons Schwyz, begrüßte seine Gäste sehr herzlich und wies die Zimmer zu (1, 4 und 12 Betten).

Optimales Programm

In den folgenden Tagen wurden programmgemäß durchgeführt:

1. Besichtigung Stadt Schwyz,
2. Besichtigung Kloster Einsiedel (Führer: Feuerwehrkommandant Bruder Konrad),



Vorbildliche Versorgung durch die THW-Feldküche mit Feldkoch Platzer.



Funkübung im Schwarzwald-Baar-Kreis.



Ärger an der Schweizer Grenze: Der THW-Lkw durfte wegen des Sonntagfahrverbots die Grenze nicht passieren.

3. Teilnahme an einer Einsatzübung Pioniere/Brandschutz (Zugchefebene),
4. Einweisung in die verbunkerten Rettungsstellen,
5. Besichtigung von diversen Schutzbauten,
6. Rundfahrt auf dem Vierwaldstätter See,
7. Geländebesichtigung und Fahrt über zwei Pässe (bis zu 2300 m),
8. Lehrunterricht „Zivilschutz in der Schweiz“,
9. Kontaktaufnahme zur Kantonpolizei Schwyz.

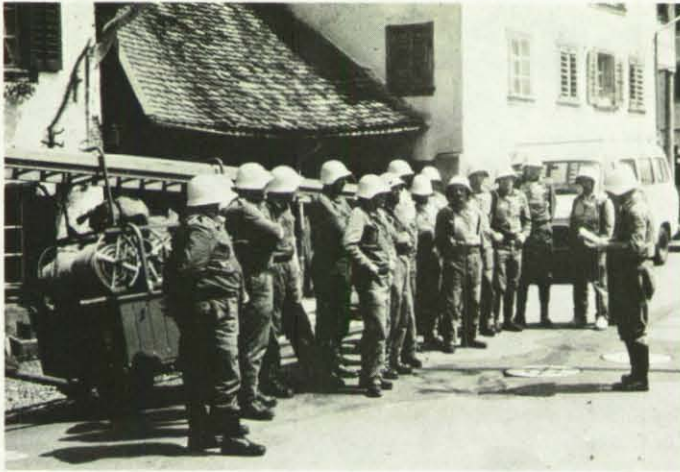
Die Veranstaltungen, die Unterkunft und Versorgung waren von hoher Qualität. Den Organisatoren in der Schweiz kann nicht genug gedankt werden für den kameradschaftlichen Einsatz und den geglückten Versuch, den deutschen Gästen ein optimales Programm zu bieten.

Als sich am Donnerstag, dem 15. 6. 1978, die Teilnehmer vom Leiter der Schule herzlich verabschiedeten, wurde der Wunsch laut: „Kommt doch bitte mal wieder!“ Der Leiter dankte den deutschen Gästen für die muster-gültige Disziplin.

Gesamtansicht des schweizerischen Zivilschutz-Ausbildungszentrums „Mythen“.



Befehlsausgabe für die Lehrübung in Schwyz.



Die Brandschutzstaffel zeigt den deutschen Gästen ihr Können.



Die Rückfahrt

Nach einer zweistündigen Marschpause und Besichtigung der schönen Stadt Luzern ging die Fahrt ohne besondere Vorkommnisse weiter bis zum Biwakplatz Rotenfeld bei Gaggenau. Auf dem Biwakplatz wartete bereits ein Mittagessen auf die hungrigen Teilnehmer. Die vorzubereitenden Arbeiten hatte der THW-Ortsverband Gaggenau in Zusammenarbeit mit dem Landesverband Baden-Württemberg übernommen. Am folgenden Tage, Freitag, stand

die Besichtigung des Mercedes-Unimog-Werkes auf dem Programm. Den Höhepunkt stellte die Vorführung der neuen geländegängigen Kfz-Typen im Gelände dar. Hier kamen die Zuschauer aus dem Staunen nicht mehr heraus: Spezialfahrzeuge für den Rettungs-, Bergungs- und Brandschutzdienst haben einen enormen technischen Fortschritt gemacht.

Der anschließende Lagerabend mit den THW-Kameraden als Gäste stellte den offiziellen Abschluß der Informationsfahrt „Schweiz '78“ dar. Als am Samstag der Marschverband in zwei



Verletztenbergung aus Höhen während der Lehrübung des Schweizer Zivilschutzes.

Marschgruppen den Rückmarsch antrat, hatten alle Beteiligten das Gefühl, viel gesehen, viel gehört und viel gelernt zu haben. Das Opfer, drei Tage Urlaub hierfür genommen zu haben, hat sich mit Sicherheit gelohnt.

Kritische Betrachtung

1. Die Veranstaltung zeigte allen Teilnehmern, daß die Kontaktaufnahme bei Übungen und Einsätzen mit anderen Organisationen und in anderen Ländern ohne Schwierigkeiten und umfangreiche Vorbereitungen möglich ist.
2. Die Zivilschutzmaßnahmen in der Schweiz waren beeindruckend, zeigten aber auch, daß die deutschen Vorbereitungen nicht immer hinten anstehen, insbesondere was die Ausrüstung betrifft.
3. Einheiten, die zu einem Einsatz entsandt werden, sollten sich möglichst von fremder Hilfe freimachen. Die Mitführung der kompletten Ausstattung (Zelte, Tische, Versorgung usw.) hat sich hervorragend bewährt.
4. Ab 50 Helfer sollte grundsätzlich ein Arzt mitgeschickt werden.
5. Rechtzeitige Absprachen über einzusetzende Fernmeldemittel sollten nicht versäumt werden. Das Fehlen einer Bundesübersicht über alle Frequenzen machte sich nachteilig bemerkbar.
6. Die Begleitung durch einen THW-Schirrmeister hat sich, bei einer Gesamtmarktleistung von ca. 26 000 km, gut bewährt; schon bei 13 Kfz fallen immer technische Kleinigkeiten an.

W. G.

Nach der Explosions-Katastrophe in Spanien:

Schreckensbilder wie in Hiroshima

Unglück forderte an die 200 Todesopfer – Rücktransport der Verletzten durch Flugrettungsorganisationen und Bundeswehr – Sicherheit der deutschen Tanklastwagen am größten

Der Kassandraruß nach mehr Sicherheit für Tanklastwagen in Spanien war bereits Anfang Mai in der spanischen Tageszeitung „Vanguardia“ zu lesen: „Wie lange wird mit der Genauigkeit gewartet, die die Überwachung dieser Art Transport erfordert? Werden wir erst nicht wieder gutzumachende Katastrophen beklagen müssen, bevor etwas geschieht?“ Die Katastrophe trat zwei Monate später ein – als am 11. Juli um 13.25 Uhr (MEZ) ein Tanklastwagen – mit 22 000 Litern Propylen gefüllt – aus bisher nicht eindeutig geklärt Ursache gegen die Begrenzungsmauer des Campingplatzes „Los Alfaques“ in der kleinen spanischen Ortschaft Alcanar prallte und explodierte. Durch die enorme Druck- und Hitzewelle explodierten in einer sekundschnellen Kettenreaktion die Camping-Gasflaschen – der Platz wurde in ein brennendes Inferno verwandelt. Urlauber liefen als lebendige Fackeln zum Meer, wurden durch den Druck ins Wasser geschleudert, starben auf der Stelle. In der spanischen Presse wurden immer wieder Vergleiche mit den Verwüstungen nach dem Atombombenangriff auf Hiroshima gezogen. Augenzeugen berichteten, die Toten hätten ausgesehen wie starre Schaufensterpuppen, wie die Leichen nach dem Vesuvausbruch in Pompeji, die bei Ausgrabungen gefunden worden sind. Für viele brachte auch das Wasser keine Rettung, da es am Ufer wegen der hohen Temperaturen nahezu kochte. Vermutlich 200 Tote sind zu beklagen.

Katastrophenalarm

In den Krankenhäusern von Valencia, Barcelona, Castellon und Tarragona bemühten sich spanische Ärzte verzweifelt um das Leben von über 150 Urlaubern – doch nur die wenigsten werden überleben, durch Brandwunden entsetzt. In Tarragona wurden bereits hundert Opfer beigesetzt, die Särge trugen meist keine Namen. Erschütternde Szenen spielten sich hier ab. Die Behörden gaben sofort nach Bekanntwerden des gräßlichen Ereignis-



Ein Bild der Verwüstung bot der Campingplatz „Los Alfaques“ nach der Explosion des Tanklasters.

ses Katastrophenalarm. Bis die offiziellen Rettungsmaßnahmen eingeleitet waren, brachten Touristen die Opfer in Privatwagen in die nächstliegenden Krankenhäuser; halfen, wo sie nur konnten. Sehr schnell eilten Rettungsmannschaften und freiwillige Helfer aus dem In- und Ausland herbei. Patienten mit schwersten Brandverletzungen wurden in die Kliniken von Valencia und Barcelona gebracht. Beide Hospitäler verfügen über Spezialabteilungen für Brandwundenbehandlung. Die Versorgung der Opfer war optimal, dies bestätigten auch schweizerische und deutsche Ärzte, die an den Unfallort geflogen waren. Um eine Entlastung der spanischen Krankenhäuser zu ermöglichen, entsandten der ADAC, das Rote Kreuz, die Deutsche Rettungsflugwacht und deren Schwester, die Schweizer Rettungsflugwacht, Ambulanzflugzeuge, alle bestückt mit entsprechender Ausrüstung und medizinischem Personal, um transportfähige Patienten in ihre Heimatländer zurückzuführen. Auch die Bundesregierung setzte eine große Bundeswehrmaschine nach Spanien ein, um einen eventuellen Rücktransport von Verletzten und Toten durchzuführen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenmini-

sterium, Andreas von Schoeler, nahm am Ort und Stelle Kontakt zu den spanischen Behörden auf.

Meldekopf gebildet

Über die Schwierigkeiten und die Effektivität der Hilfeinsätze sprach das ZS-MAGAZIN – stellvertretend für alle beteiligten Organisationen – mit Mitgliedern der Deutschen Rettungsflugwacht (DRF) in Stuttgart. Die ersten Meldungen über die Katastrophe trafen um 17.00 Uhr des 11. Juli in der Bundesrepublik ein. Da hieß es noch, es habe über 200 Tote und rund 800 zum Teil Schwerstverletzte gegeben.

Ein Vorkommando, bestehend aus zwei Ärzten, einer Krankenschwester und vier Einsatzleitern (alle Rettungssanitäter) wurde in Marsch gesetzt, um die Lage zu sondieren. Sie erreichten Reus – unweit vom Katastrophenort entfernt – bereits nach 22 Uhr. ADAC und ein französisches Hilfskommando waren bereits zur Stelle.

Die ersten Schwierigkeiten ergaben sich: In Reus war nur ein einziges öffentliches Telefon vorhanden, das natürlich von Reportern umlagert war, die ihre Berichte an die Zeitungen und Agenturen weitergeben wollten.

Schließlich stellt das Iberia-Flugbüro sein einziges (!) Telefon den DRF-Leuten zur Verfügung. Man wußte zu diesem Zeitpunkt noch nicht, wie viele Deutsche betroffen waren, wie viele in welchen Krankenhäusern lagen. Man bildete zusammen mit dem ADAC einen Meldekopf. Vier Trupps fuhren in Richtung Valencia und Barcelona, auf der Suche nach verletzten Bundesbürgern. 28 wurden schließlich in den verschiedenen Kliniken gefunden. Daraufhin beorderte man aus Stuttgart das inzwischen für diesen speziellen Fall um- und ausgerüstete Rettungsflugzeug nach Reus, klärte die Landeerlaubnis, erhielt diese auch schriftlich, und als das Flugzeug schließlich landen wollte, wurde die Landeerlaubnis verweigert und die Maschine nach Barcelona umdirigiert. Auch dort herrschte einige Verwirrung.

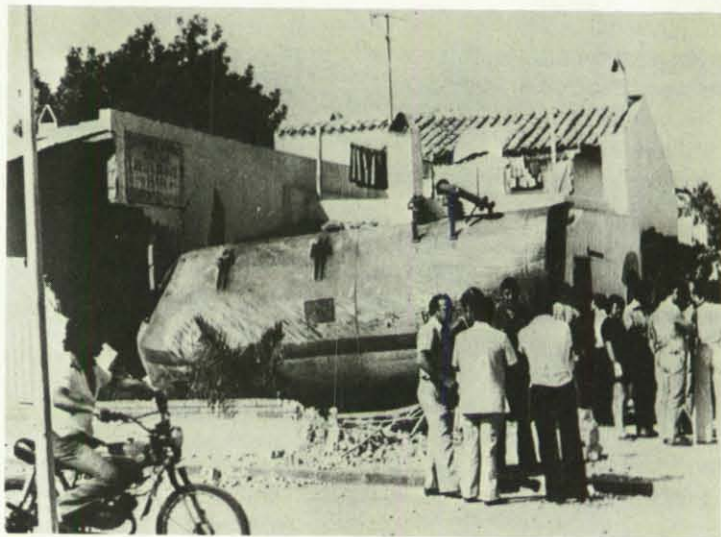
Trotzdem bemühten sich die spanischen Flughafenbehörden, die DRF-Helfer so gut wie möglich zu unterstützen. Es gab keine längeren Zollformalitäten, den Helfern wurde ein Bus zur Verfügung gestellt und ein Lagerraum für diverses Material und Medikamente. Die Bestände an Metallnetzchen und Medikamenten hätten ausgereicht, um an Ort und Stelle aktiv werden zu können. Doch die Dinge wurden in Reus benötigt. Die Metallnetzchen und -kompressen eignen sich übrigens hervorragend für schwere Brandwunden, da sie durch ihre sehr glatte Oberfläche, die mit Aluminium beschichtet ist, nicht mit der Wunde verkleben, porös sind und Wundsekrete aufsaugen, ohne daß die eigentliche Wundauflage feucht wird.

Rücktransport

In der Zwischenzeit war ein Flugzeug der Schweizer Luftrettungsgesellschaft in Reus gelandet mit dem Chefanästhesisten des Züricher Kantospitals, Prof. Hösli, und seinen Schwestern und Sanitätern an Bord. Spanische Kollegen und er waren anfangs der Ansicht, daß sieben Patienten aus Barcelona für den Rückflug in die Bundesrepublik transportfähig waren; es wurde Vorsorge zum Transport vom Krankenhaus zum Flughafen getroffen, doch mußte das Flugzeug der DRF nach internationalen Bestimmungen eine zwölfstündige Pause nach der Landung einhalten. In der Zwischenzeit hatte sich der Zustand der Patienten so verschlechtert, daß an einen Rücktransport nicht mehr zu denken war. Schließlich startete die DRF-Maschine mit zwei Patienten an Bord am 12. Juli Richtung Stutt-



Mit schwersten Verbrennungen wurde dieser Urlauber in ein Krankenhaus nach Valencia gebracht.



Bei der Explosion wurde der Tank in mehrere Stücke gerissen.

gart. Die Verletzten wurden in die Kliniken von Ludwigshafen und Tübingen gebracht.

Kurz darauf flog ein Lear-Jet des Roten Kreuzes drei Patienten aus Valencia zurück in die Heimat. Der Krisenstab wurde aufgelöst, vorsichtshalber blieb aber ADAC-Arzt Dr. Per Krueger noch an Ort und Stelle. Einige Tage später holte eine Bundeswehrmaschine die letzten transportfähigen Deutschen in die Bundesrepublik, die Hilfsaktion war somit beendet.

Nicht aber die Kritik, die den beteiligten Organisationen vorwarf, unkoordiniert und übereilt gehandelt zu haben und mit einem zu großen Aufwand an die Sache herangegangen zu sein. Daraufhin beschloß die DRF, die Unkosten aus eigener Tasche zu zahlen, so daß den Patienten bzw. deren Angehörigen für den Rettungsflug keine finanziellen Belastungen entstanden.

Mehr Koordination

Trotzdem ist Dr. Norbert Öhl – einer der DRF-Ärzte – der Meinung, man

hätte aus humanitären Gründen auch die zum Sterben verurteilten Patienten in die Heimat fliegen sollen, die ärztliche Versorgung wäre auch im Flugzeug voll gewährleistet gewesen und die Nähe der Angehörigen hätte vielleicht – soweit das überhaupt sein kann – ihr Los erleichtert. Öhl und seine Mithelfer sind allerdings auch der Ansicht, daß es sehr notwendig sein wird, einen derartigen Einsatz mit allen Flugrettungsdiensten durchzudiskutieren, sozusagen einen Alarmplan auszuarbeiten. Das Unglück in Spanien hat gezeigt, daß Hilfsbereitschaft allein nicht genügt, daß man viel Aufregung und natürlich auch Kosten sparen kann, wenn die Flugrettungsdienste koordiniert zusammenarbeiten.

Die spanische Tragödie hat auch den Hartmannbund beschäftigt. So fordert der Vorsitzende, Horst Bourmer, daß gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden müßten, um eine ärztliche Versorgung im Katastrophenfall zu gewährleisten. Im Moment stünde die Bevölkerung in einem solchen Fall in punkto Versorgung einem ab-

soluten Chaos gegenüber. Es gebe bereits ein Diskussionspapier, das im Gesundheitsministerium erarbeitet worden sei. Es gelte nun, daß dieses im Bundeskabinett so schnell wie möglich erörtert, verabschiedet und den entsprechenden gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet würde. Schließlich könne in der Bundesrepublik ein Explosionsunglück weit verheerenderen Ausmaßes passieren.

Sicherheitsstandard

Dies – soweit es den Transport gefährlicher Güter betrifft – ist nach Darstellung des Bundesverkehrsministeriums nach menschlichem Ermessen auf ein Minimum reduziert, es bestehe ein überdurchschnittlicher Sicherheitsstandard für Transporte mit derart gefährlichen Substanzen. Trotzdem fragte der SPD-Parlamentarier Manfred Schmidt die Bundesregierung, ob die Vorschriften über den Transport explosiver Stoffe verschärft werden müßten. Demgegenüber äußerten Verkehrsexperten der EG in Brüssel, die Bestimmungen für die Sicherheit der Tanklastzüge seien in der Bundesrepublik und den Niederlanden die schärfsten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Der Zustand belgischer und französischer Fahrzeuge hingegen entspreche nicht den EG-Normen.

Und im innerspanischen Bereich würden Fahrzeuge zugelassen, die eine Kesselstärke von wenigen Millimetern und keine Sicherheitsventile haben. Diese Fahrzeuge würden ab und zu auch im internationalen Verkehr ein-



Das sind die ersten beiden Deutschen, die aus Spanien ausgeflogen wurden.

gesetzt und bei der Einreise in die EG-Länder oft nicht auf ihre Sicherheit kontrolliert.

Schwachstelle: Kupplung

Der Vorsitzende der Geschäftsführung des Technischen Überwachungs-Vereins (TÜV) Rheinland, Prof. Albert Kuhlmann, betonte, die eigentliche Schwachstelle bei Sattelzügen sei immer die Kupplung, die den Auflieger mit dem eigentlichen Zugfahrzeug verbindet. Die Sicherheit des eigentlichen Tanks sei durch die elf Millimeter dicke Kesselwand und innenliegende Bodenventile, die dadurch bei einem Unfall nicht abbrechen können, gesichert. Das zeigten zwei schwere Unfälle: Im August 1968 raste auf einem Bahnübergang bei Darmstadt ein Zug in einen Tanklastzug mit Flüssiggas. Der Fahrer wurde tödlich verletzt, der Kessel blieb unversehrt. Oder Februar 1970: Auf einer vereisten Land-

straße im Kreis Höxter kam ein Flüssiggas-Transporter in einer engen Kurve ins Schleudern und stieß mit einem Panzer der britischen Rheinarmee zusammen. Der Kessel mit der gefährlichen Fracht überstand die Kollision ebenfalls unversehrt. Zusätzliche Sicherheit bieten laut Willibald Kinnebrock (technischer Geschäftsführer beim Verband für Flüssiggas) auch die Schweißnähte bei den deutschen Kesseln. Sie seien wesentlich solider als bei ausländischen Tanks. Es sei nicht auszuschließen, daß eine schadhafte Schweißstelle an dem spanischen Tanklastzug zu dieser schrecklichen Katastrophe geführt habe.

Ein Unsicherheitsfaktor bleibt allerdings trotz aller Vorkehrungen: menschliches Versagen. Zwar ist vorgeschrieben, daß alle Fahrer, die gefährliche Güter transportieren, eine vier- bis sechswöchige Schulung über explosive Stoffe und Maßnahmen bei Unfällen absolvieren. Doch ob dies strikt eingehalten wird, ist die Frage. Und ob die Kennzeichnung von Fahrzeugen mit gefährlicher Ladung durch orange-farbige Tafeln mit entsprechender Code-Nummer optimal ist, wird inzwischen verschiedentlich bezweifelt. Ein einfacheres Signum würde im Falle der Gefahr vermutlich besser helfen, das Richtige zu tun, z. B. deutlicher sagen, ob mit Wasser oder mit Schaum zu löschen ist. Immerhin werden in der Bundesrepublik im Binnenverkehr pro Jahr etwa 88 Millionen Tonnen gefährlicher Güter mit Lastwagen, Bahn und Schiffen transportiert. Das sind 17 % des gesamten Transportvolumens.

Turbulente Wochen

THW-Direktor besuchte das Technische Hilfswerk im Gebiet Main-Spessart

Die mainfränkische Stadt Lohr, bekannt als das Tor zum Spessart, stand einige Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Auch die THW-Ortsverbände im Landkreis Main-Spessart gerieten durch eine Reihe von Ereignissen aus unterschiedlichen Anlässen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Eine schwere Gasexplosion, die am 26. Juni 1978 um 17.08 Uhr Teile des historischen Stadtzentrums von Lohr zerstörte, stellte das THW vor hohe Anforderungen. Den sofort alarmierten und eingesetzten Helfern von BRK, FFW und THW bot sich am Einsatzort ein Bild des Schreckens:

55 verletzte Personen, davon fünf Schwerverletzte, mußten in die umliegenden Krankenhäuser gebracht werden. Im Laufe der Nacht konnten jedoch nach ambulanter Erstversorgung 45 Personen wieder entlassen werden. Für eine ältere Frau aber kam jede Hilfe zu spät.

Durch die Detonation waren drei Häuser eingestürzt, umliegende Gebäude wie die Sparkasse, Geschäfts- und Kaufhäuser und weitere Wohngebäude waren zum Teil erheblich beschädigt worden.

Das erst mit hohem Aufwand restaurierte historische Rathaus, ein Renaissancebau, hatte ebenfalls erhebliche

Schäden erlitten. Der gesamte Sachschaden wurde mit ca. 3 Millionen DM beziffert.

Nach Feststellung der Schadens- und Gefahrenlage löste Landrat Ammann umgehend Katastrophenalarm aus. Bis tief in die Nacht waren 270 Helfer, davon 71 THW-Männer, im Einsatz. Bergen von verletzten Personen, Abstützungen, Ausleuchten der Schadensstelle sowie Überprüfung der umliegenden Gasleitungen gehörten zu den Fachdienstaufgaben des THW-Ortsverbandes Lohr. Zudem war das THW noch für die Staatsanwaltschaft tätig, die die Unglücksursache untersuchte.

Jubiläumsfeier

Am 15. Juli 1978, drei Wochen nach dem Schadensereignis, standen der Ortsverband Lohr sowie die Ortsverbände Gemünden, Marktheidenfeld und Karlstadt wiederum im Lichte der Öffentlichkeit.

Bei der gemeinsam veranstalteten Jubiläumsfeier zum 25jährigen Bestehen dieser Ortsverbände und einer am gleichen Tage durchgeführten Kaminsprengung konnten als Gäste der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, der Landesbeauftragte des THW für Bayern, Dipl.-Ing. J. S. Schwarz, sowie viele prominente Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Bundeswehr, Polizei und anderer Hilfsorganisationen begrüßt werden.

Die Vorbereitungsarbeiten zur Kaminsprengung durch Helfer des Ortsverbandes Lohr waren an zwei Samstagen durchgeführt worden. In den 1910 erbauten, 55 m hohen Kamin wurden 10 Sprenglöcher und 2 Fallschlitz gebohrt. Durch Zündung von 4 kg Ammongelit-Sprengstoff kam der Kamin genau wie berechnet zu Fall. Die zahlreichen interessierten Zuschauer waren sehr beeindruckt von diesem Meisterstück des Sprengberechtigten Walter Senger und seiner Helfer.

Auch der anwesende Direktor des THW und der Landesbeauftragte für Bayern sprachen ihre Anerkennung über die so gut geglückte Sprengung aus.

Leistungsbilanz und Anerkennung

Den Abschluß dieser turbulenten Wochen setzte die abendliche Festveranstaltung in der Stadthalle von Lohr. Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Kreisbeauftragten Walter Spenger erwähnte dieser eine Reihe von Hilfeleistungen verschiedener Art, die in den vergangenen 25 „THW-Jahren“ erbracht wurden.

Untermauert wurde dies durch die Leistungsbilanz der Ortsverbände des GFB Main-Spessart, die seit 1973 zusammen in der Stundenleistung der Helfer des Landesverbandes Bayern an 1. Stelle stehen. Die Helferschaft des Ortsverbandes Gemünden ist hierbei besonders zu erwähnen, da es ihr gelang, in den Jahren 1973–1976 die 1. Stelle zu belegen.

Dank und Anerkennung gerade für den Einsatz bei der Gasexplosion sprach der Erste Bürgermeister, Gerd Graf, als Gastgeber des THW aus.



Eine schwere Gasexplosion führte im historischen Zentrum der unterfränkischen Mainstadt Lohr zu schweren Zerstörungen. Ein Menschenleben und viele Verletzte waren zu beklagen. Der Katastropheneinsatz stellte u. a. auch das THW vor schwere Aufgaben.

Er rief die Bevölkerung auf, den Katastrophenschutzorganisationen entsprechende Unterstützung zu gewährleisten.

In seiner Festansprache betonte der Schirmherr Landrat Erwin Ammann den Wert des THW in unserer Gesellschaft, der nicht hoch genug eingeschätzt werden könnte. Dabei sollten auch die Familien der Helferinnen und Helfer nicht vergessen werden. 260–280 Stunden im Jahr für das THW fehlen den Familien.

Dipl.-Ing. Ahrens stellte die Ehrenamtlichkeit als tragende Säule des THW in den Vordergrund seiner Rede. „Motivation und Einsatzfähigkeit der Helferschaft hängen im wesentlichen von der Geräte- und Kfz-Ausstattung, der Unterkunft und der Ausbildung ab.“ Seine Glückwünsche zum Jubiläum verband Direktor Ahrens mit

der Hoffnung auf technisch besseres Gerät, zweckmäßige Unterkünfte und der Unterstützung aus dem Lande.

Im Anschluß an die Festreden führten Direktor Ahrens und Landesbeauftragter Schwarz Ehrungen von Förderern und Helfern durch.

MdB Alfred Biehle erhielt das Helferzeichen in Gold mit Kranz für seine Verdienste als stets verständnisvoller Freund des Katastrophenschutzes und Förderer des THW.

Weitere 13 Auszeichnungen wurden an THW-Helfer des GFB Main-Spessart und weitere Förderer überreicht.

Landesbeauftragter Schwarz unterstrich die Helferleistung der versammelten Ortsverbände, die 1977 mit 372 Helfern und 31 Helferinnen 86 743 Einsatzstunden leisteten. 7 134 Einsatzstunden seit 1963 allein im Ausland sind eine berechte Leistung. Der Landesbeauftragte stellte u. a. heraus, daß die Anerkennung der Leistungen nicht zuletzt auch Ansporn für die freiwilligen Helfer ist. Die gute Mischung zwischen jungen und älteren Helfern möge zu dieser Leistung beigetragen haben.

MdB Biehle in seiner Funktion als BRK-Kreisvorsitzender zeichnete Kreis- und Ortsbeauftragten Senger, Lohr, Ortsbeauftragten Alfred Dill, Karlstadt, Ortsbeauftragten Wolfgang Wagler, Gemünden, und Geschäftsführer Rudolf Frank mit der Ehrenplakette des BRK in Silber für Verdienste um das Rote Kreuz aus.

Dies sowie die vielen Grußworte und die Ausgestaltung von 25 Schaufenstern mit Darstellungen aus dem THW-Geschehen sind auch Ausdruck der Anerkennung durch Prominenz und Bevölkerung.

Der anschließende gemütliche Unterhaltungsteil wurde von der Kapelle Schäfer gestaltet. Hierbei konnten in zwanglosen Gesprächen die vorhandenen Verbindungen vertieft werden.

Jürgen Delle



Anläßlich der Jubiläumsfeier zum 25jährigen Bestehen der Ortsverbände Lohr, Gemünden, Marktheidenfeld und Karlstadt wurden die Leistungen der Helfer gewürdigt. Unser Bild zeigt den THW-Direktor Dipl.-Ing. H. Ahrens und den Landesbeauftragten des THW für Bayern Dipl.-Ing. J. S. Schwarz im Kreise der Ausgezeichneten.

„Wenn wir in der Zivilverteidigung weiterkommen, dann nur Schritt für Schritt“

Repräsentanten der verschiedenen Verwaltungsebenen stellten fast übereinstimmend fest: zu wenig Verständnis für die Belange der zivilen Verteidigung

Die Arbeitsgruppe „Gesamtverteidigung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzte ihre Anhörungen zum Komplex „Zivilverteidigung“ im März dieses Jahres mit zwei Hearings in Bonn fort (vgl. ZS-MAGAZIN 6/78, Seite 15); im nachfolgenden Beitrag soll berichtet werden über die Anhörung, bei der Repräsentanten der verschiedenen Verwaltungsebenen um ihre Erfahrungen und Erkenntnisse in der praktischen Vorsorge gebeten wurden. Die CDU/CSU-Fraktion war dabei durch die Abgeordneten Paul Gerlach (Vorsitzender), Dr. Manfred Wörner (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Bundestages), Carl-Dietrich Spranger, Hermann Blechele, Alfred Blehle, Werner Broll, Franz Handlos, Dr. Paul Laufs, Dr. Karl Miltner, Hans-Adolf de Terra und Frau Irma Tübler vertreten. Als Sachverständige nahmen teil: Regierungspräsident Philip Meyer, Würzburg; Ldt. Reg.-Dir. Wagenplast, Würzburg; Kreisdirektor Freiherr von Rotberg, Freiburg; Landrat Dr. Steigerwald, Bad Neustadt; Landrat Dr. Heinen, Montabaur; Landrat Feuchtinger, Regen; Kreisdezentrat Vahlhaus, Kleeve; Stadtdirektor Dr. Jacobs, Siegburg, und Stadtverordneter Riegel, Bonn.

Den Sachverständigen waren Grundsatzzfragen vorgelegt worden:

● Welche Bedeutung messen Sie aus der Sicht Ihrer Verwaltungsebene und aufgrund der geostrategischen Lage Ihres Verwaltungsbezirks den Fragen der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes zu?

● Werden die derzeitigen gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben dieser Bedeutung gerecht?

● Wie beurteilen Sie aus Ihrer Sicht – die Organisationsstruktur – die Ablaufstruktur – die Führungsstruktur?

● Welche Hilfsmittel bzw. Hilfsorganisationen stehen Ihnen zur Verfügung?

Wie beurteilen Sie den Einsatz der Einheiten und Einrichtungen?

Wie ist das Verhältnis der Verwaltung a) zu den Hilfsorganisationen, b) zu den zuständigen militärischen Stellen?

Welchen Stellenwert hat die Zivilver-

teidigung in der Verwaltungsarbeit?

Wie spielt sich die zivil-militärische Zusammenarbeit (ZMZ) ab?

- Wie beurteilen Sie den Zustand der präventiven Vorsorge
 - Selbstschutz
 - Schutzraumbau
 - Nahrungsmittelbevorratung
 - stationäres Sanitätswesen?

Eine untergeordnete Rolle

Zur geostrategischen Lage und die daraus resultierende Bedeutung des erweiterten Katastrophenschutzes in seinem Verwaltungsgebiet meinte der Würzburger Regierungspräsident Meyer, daß dieser Bereich, der im Rahmen der Gesamtverteidigung zu sehen sei, im Verwaltungsvollzug auf der Ebene eines bayerischen Regierungspräsidiums eine untergeordnete Rolle spiele. Für diesen ganzen Komplex, einschließlich der Verwaltungsarbeit für die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt, stünde etwa eine halbe Arbeitskraft pro Tag zur Verfügung. Dabei befallt ihn ein Unbehagen, das sich aus der militärischen Lage des Regierungsbezirks Unterfranken erkläre. Früher lag dieser Bezirk im Herzen von Deutschland, jetzt habe man 125 km gemeinsame Grenze mit der DDR. Im Verteidigungsfall müßte man damit rechnen, daß das Gebiet Unterfranken in das vordere Kampfgebiet geriete. „... Und deshalb bekommt der erweiterte Katastrophenschutz und der Zivilschutz einen besonderen Stellenwert, der sich eben aus dieser Situation selbst ergibt und der auch im Grunde von der Bevölkerung, die sich natürlich ihrer Gefährdung durchaus bewußt ist, erwartet wird. Hier ist ja auch der Landrat, dessen Landkreis unmittelbar angrenzt, dort ist der zivile Bevölkerungsschutz schon eine echte Forderung, die man gelegentlich von der Bevölkerung hört; aber er ist, wie gesagt, nicht präsent.“

Zu den gesetzlichen Vorgaben meinte Meyer, dies seien „im großen und ganzen brauchbare Grundlagen“. Zwingend notwendig erscheint aber ein Gesundheitssicherstellungsgesetz, nach dem Ärzte, ärztliches Personal, Krankenhäuser, Sanitätsmittel etc. erfaßt werden können.

Lichtblick: Jahrespauschalbeträge

Zu den administrativen Vorgaben sagte Meyer: „Ich meine, daß man so, wie es auch im bayerischen Katastrophenschutzrecht ist, den unteren Vollzugsbehörden, also den Kreisverwaltungsbehörden, den Landratsämtern und auch den kreisfreien Städten mehr zutrauen sollte, ohne daß man ständig von oben hineinreglementiert, ihre gesetzlichen Aufgaben sachgerecht und zweckmäßig nachkommen könnten... Ein Lichtblick... waren diese Jahrespauschalbeträge, die im Zusammenhang zum erweiterten Katastrophenschutz gegeben wurden, über die man nun relativ frei verfügen kann und vernünftig und sinnvoll anwenden kann; aber wie gesagt, das ist nur ein enger Grundsatz, ein enger Raum.“

Zu wenig Imagepflege

„Die Zivilverteidigung müßte eben... in der öffentlichen Meinungsbildung doch einen besseren Raum bekommen. Hier wird in der Imagepflege zu wenig getan, man hat im Grunde bisher keine Public Relations gehabt. So, wie eben auch der Naturschutz sich durchgesetzt hat von einem Mau-erblümchen zu einer zentralen Angelegenheit, so meine ich, müßte, wenn es auch nicht so weit kommen wird, doch auch ziviler Bevölkerungsschutz etwas mehr ins Blickfeld geraten...“

Bei der Organisations-, Ablauf- und Führungsstruktur sei sehr viel Verbesserungsbedürftig. Im kleinen Rahmen stimmten zwar Kontakte und Zusammenarbeit, aber wenn einmal die Bundeswehr, oder gar die Amerikaner etwas besonderes machen wollten, ginge das nur über Bonn und Washington, mindestens aber über München. „Was also nicht unmittelbar geregelt werden kann, findet ganz bestimmt erst nach Kriegsende statt.“

Zur Frage nach den Hilfsmitteln bzw. Hilfsorganisationen: „Dem Regierungspräsidium stehen natürlich überhaupt keine Einsatzeinheiten oder Hilfsmittel unmittelbar zur Verfügung. Wir haben die friedensmäßig bestehenden, teilweise im Vollzug des Gesetzes über die Erweiterung des Kata-

strophenschutzes verstärkten und ergänzten Einheiten des Brand- und Katastrophenschutzes, die Feuerwehren, die vier Sanitätseinheiten, THW, Regieeinheiten usw., ABC-Dienst, Fernmeldedienst, Betreuungsleitdienst, aber die sind alle nicht uns zugeordnet, sondern den Kreisverwaltungsbehörden. An Einrichtungen stehen die Sprechfunkausstattungen der Kreisverwaltungsbehörden zur Verfügung, dann haben wir für die sanitäre Betreuung ein Sanitätsmittellager im Regierungsbezirk; wir haben auch ein Hilfskrankenhaus, allerdings nur den operativen Trakt geschützt . . . Wir sollen bekommen und es soll ausgebaut werden die Funkmeldeausstattung, da tut sich allmählich etwas, auch auf der Ebene des Regierungspräsidiums. Dann können wir auf die Landespolizei und sonstigen Behörden zurückgreifen, eine Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt steht zur Verfügung, bei uns hat der Regierungsbezirk allein eine solche, eine Bundesdienststelle. Andere Regierungsbezirke müssen sich zu zweit teilen in solch eine Werkstatt."

Personelle Aufstockung erforderlich

„Im großen und ganzen sind die fast ausschließlich aus ehrenamtlichen Helfern bestehenden Hilfsorganisationen bereit und auch befähigt, auch ihre vermehrten und besonderen Aufgaben in einem vorwiegend konventionellen Verteidigungsfall wahrzunehmen. Hierzu bedarf es aber noch einer zusätzlichen Sachausstattung, die natürlich vom Bund her zu tragen wäre und auch auf dem entsprechenden Stand gehalten werden müßte. Und auch personell dürfte eine wesentliche Aufstockung über den derzeitigen Sollstand hinaus erforderlich sein, einschließlich einer Reserveplanung.

Bei einer personellen Einsatzfähigkeit von erfahrungsgemäß $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ des derzeitigen Sollstandes, das ist bei uns auch der Iststand, reicht der derzeitige Helferbestand nicht aus für eine länger andauernde Einsatzbereitschaft, insbesondere auch nicht rund um die Uhr . . ."

Ein „Schattendasein“

Stellenwert der Zivilverteidigung in der Verwaltung: „ . . . Der geringe Stellenwert liegt mit Sicherheit darin begründet, daß gerade auch von der politischen Seite, vom Bund her, nicht

die nötige Aufmerksamkeit erfolgt und daß eben nicht genügend auf diese Dinge hingewiesen wird. Und das hat zur Folge, daß dieser Aufgabenbereich in der Verwaltung natürlich ein Schattendasein führt." Beurteilung des Zustandes der präventiven Vorsorge: „ . . . Schutzraumbau – wir haben im Grunde keinen ernstzunehmenden Schutzraumbau im Regierungsbezirk. Wir haben in Schweinfurt zwei Schutzräume, zwei Bunker, die sind übernommen worden aus der Kriegszeit und sind dann mit kommunalen Mitteln mehr oder weniger zunächst instand gesetzt worden . . . Der Hausschutzraumbau: Solange es keine Schutzbaupflicht gibt, sind auch keine solchen Dinge gebaut worden; ich glaube, ich brauche das gar nicht auszubreiten, es fehlt auch der Anreiz, es fehlen die Bundesmittel; und wenn jetzt etwas kommt, . . . ich muß einfach sagen, es kommt dann zu spät oder es kommt fast zu spät . . ."

Ajarmdienst: „Ich habe noch zwei Landkreise, den Landkreis Bad Kissingen, auch im Zonengrenzgebiet gelegen, und den Landkreis Kitzingen, der im Vorfeld von Würzburg liegt, die beide noch in keiner Weise mit Sirenen ausgestattet sind. Ich kann hier eine Zusammenstellung für Bayern geben. Da sind bisher rund 11 800 Elektrosirenen aufgestellt worden und 224 Hochleistungssirenen. Man braucht mindestens noch 5800 Elektrosirenen und rund 300 Hochleistungssirenen sowie etwa vielleicht noch zusätzlich 1000 Elektrosirenen zur Füllung von kleineren Beschallungslücken . . . Sollte sich das jährliche Aufbauvolumen künftig nicht vergrößern, kann der Endausbau des Sirenenetzes erst in etwa 15 Jahren erwartet werden."

Situation unbefriedigend

Katastrophenschutz: „ . . . Wir stellen dankbar fest, daß sich vor langen Jahren der Bund dieser Sache zunächst in einer befriedigend erscheinenden Weise angenommen hat, als damals die Luftschutzhilfsdienste aufgebaut worden sind; aber die Situation wurde zunehmend unbefriedigender. Selbst wenn jetzt die hierfür zweckgebundenen Mittel etwas erhöht werden sollen, reicht dies nicht einmal aus, insbesondere bei den vorhandenen Kraftfahrzeugen, die erforderlichen Ersatzbeschaffungen durchzuführen. Von Neubeschaffungen kann für Fahrzeuge, Funkgeräte und sonstige Aufwendungen kaum noch gesprochen werden.

Einige Zahlen nur, und zwar für Bayern: Allein auf dem Kfz-Sektor werden 70 Mio. DM benötigt, davon 8,6 Mio. um die bereits ausgesonderten Kraftfahrzeuge zu ersetzen, und der Rest von ca. 61 Mio. würde zur Ersatzbeschaffung für zur Aussonderung anstehende Fahrzeuge benötigt, also für Fahrzeuge, die älter sind als 15 Jahre; summa summarum 70 Mio., davon, wie gesagt, 8,6 Mio. brandeilig. Zum Personalbestand: In Bayern haben wir z. Z. rund 33 000 vom Bund zugestandene Helfer, der Bund geht ja von einer Helferquote von 1 % der Bevölkerung aus, das wären aber in Bayern rund 108 000 Helfer. Der zu Lasten der Bundesmittel auszubildende und auszustattende Fehlbestand beträgt somit rund 75 000 Helfer, mehr als das doppelte dessen, was hier vorhanden ist."

1 % realistisch?

Abg. Biehle: „Dürfte ich Sie vielleicht bitten, die Frage auch mit zu beantworten, ob diese Zahl 1 % auch realistisch ist?"

Regierungspräsident Meyer: „Ja, da fühle ich mich überfordert. Das kann ich nicht beurteilen, denn das ist sehr schwierig, uns fehlt da die nötige Erfahrung. Auf jeden Fall glauben wir, ängstlich wie wir sind, daß die jetzige Zahl zu wenig ist. Ob wirklich 1 % oder 1 % auch noch zu wenig ist, das weiß ich nicht. Auf jeden Fall meinen wir, daß das, was wir jetzt haben, nicht reicht. Wenn wir die Leute einmal voll einsetzen müßten und über einige Tage hinweg bräuchten, rund um die Uhr einsetzen müßten, dann wäre diese Zahl mit Sicherheit zu wenig . . ."

Ausreichender Schutz nicht gewährleistet

Kreisdirektor Frhr. von Rotberg, Freiburg: „ . . . Dem Katastrophenschutz kommt vorwiegend aufgrund der grenznahen Lage des Kernkraftwerkes Fessenheim, des französischen Kernkraftwerkes, das etwa 200 m jenseits unserer Kreisgrenze liegt, die gleichzeitig die Grenze zu Frankreich ist, im Landkreis erhöhte Bedeutung zu. Die Nähe des Kernkraftwerkes und seine räumliche Verbindung zum NATO-Flugplatz Bremgarten beunruhigen unsere Bevölkerung wegen der möglichen Gefahren im Frieden und im Verteidigungsfall. Bei aller Einsicht für die Fragen der Zivilverteidigung steht hier der Katastrophenschutz

vor allem wegen seiner akuten Bedeutung und dem weithin öffentlichen Interesse an erster Stelle.

Zur Frage 2. Die gesetzlichen, administrativen und finanziellen Vorgaben werden dieser Bedeutung in keiner Weise gerecht.

Zu Frage 3. Die heutige Katastrophenschutzorganisation wird den Anforderungen in Katastrophenfällen nicht gerecht. Nahezu zehn Jahre Erfahrung mit dem Katastrophenschutzgesetz zeigen, daß der Bund und die Länder die gesteckten Ziele, nämlich den Aufbau eines leistungsfähigen Katastrophenschutzes gegenüber den Behörden sowie den Trägerorganisationen nicht durchsetzen konnten. Ein ausreichender Schutz der Bevölkerung erscheint uns daher derzeit nicht gewährleistet. Es fehlt bei den Trägerorganisationen, die den Katastrophenhilfsdienst tragen, der entsprechende straffe organisatorische Aufbau.

Ein wirksamer Katastrophenschutz ist mit freiwilligen Organisationen nur begrenzt möglich, es fehlen geschlossene, mobile Katastrophenschutzeinheiten für den überörtlichen Einsatz bei größeren Katastrophen, die größere Räume umfassen, wie wir es uns z. B. vorstellen könnten bei der Katastrophenschutzplanung für ein Kraftwerk."

Langer Instanzenweg

„Die gegenwärtigen Organisationsformen reichen . . . nur . . . für die Nachbarschaftshilfe aus. Wirksamer Katastrophenschutz wird behindert einmal durch unterschiedliche oder fehlende Katastrophenschutzgesetze in den Ländern und unterschiedliche Organisationsformen in den Trägerorganisationen. Ein langer Instanzenweg mit einer verbürokratisierten Verwaltung, einer Vielfalt von Vorschriften, welche die Trägerorganisationen weder bewältigen noch befolgen; dies ist einfach für die Trägerorganisationen unmöglich, die eine Fülle von anderen Aufgaben haben; es handelt sich ja in der Regel um eingetragene Vereine, die hier mitwirken.

Neben vielen Einzelerlassen, Gesetzen, sind z. Z. ca. 20 Verwaltungsvorschriften und ca. 30 Stärke- und Ausstattungsnachweise zu befolgen. Leider fehlen aber bis heute noch größtenteils hierzu Musterausbildungspläne. Diese Flut von Vorschriften hemmt die Flexibilität der Katastrophenschutzeinheiten und der Trägerorganisationen. Die Organisationen machen zwar von den Freistellungsmöglichkei-

ten vom Wehrdienst Gebrauch, sind aber nicht immer bereit, hieraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen; das heißt, die Aufstellung und die Ausbildung geschlossener Katastrophenschutzeinheiten durchzuführen. Es ist bisher nicht gelungen, die Katastrophenschutzorganisationsverwaltungsverfahren in den Katastrophenschutz tragenden Verbänden durchzusetzen, nämlich auf dem Gebiet der personellen Aufstellung, der Ausbildung und vor allem der Abrechnung.

Die Trennung des Katastrophenschutzdienstes in Verstärkungseinheiten, Ergänzungseinheiten, Einheiten für den Friedenskatastrophenschutz und Organisationsteile, die andere satzungsgemäße Aufgaben, je nach ihren Vereinen, in den Hilfsorganisationen zu erfüllen haben, ist einfach zu kompliziert, um hier Erfolg zu haben.

Die Katastrophenschutzausstattung ist veraltet. Ersatz für abschreibungsreifes Gerät wird kaum beschafft. Oft fehlen die in den Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen vorgesehenen Spezialfahrzeuge und -geräte, soweit sie nicht unter beträchtlichen Opfern von den Organisationen eingebracht worden sind. Das Beschaffungsprogramm des Bundesamtes für Zivilschutz zur Komplettierung und Ersatzbeschaffung konnte bisher nicht verwirklicht werden . . ."

Begrenzter Einsatzwert

„Der Einsatzwert der Einheiten und Einrichtungen ist ungenügend und äußerst begrenzt. Es fehlen vor allem personelle Ausstattungsgegenstände sowie Fahrzeuge und Gerät. Alle Hilfsorganisationen sind durch Berater im Stab des Hauptverwaltungsbeamten, soweit es unseren Landkreis betrifft, vertreten. Sie sind bereits vor drei Jahren durch den Landrat bestellt und formell berufen worden. Im allgemeinen finden im Landkreis alle sechs bis acht Wochen Besprechungen in diesem Beraterstab statt, bei denen alle anstehenden Probleme und Organisationen besprochen werden. Das zuständige Verteidigungskreiskommando nimmt grundsätzlich an allen Besprechungen im Landratsamt teil, und umgekehrt nimmt das Landratsamt bei entsprechenden Besprechungen beim Verteidigungskreiskommando teil. Der Stellenwert der Zivilverteidigung entspricht den allgemeinen Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes. Das heißt also konkret gesagt, er wird, meine ich, in diesem

Amt ernst genommen und auch mit dem entsprechenden Schwung betrieben, und wir verdanken hier, glaube ich, einen großen Teil dieses Schwungs dem Kernkraftwerk Fessenheim. Der Selbstschutz wird als eine Voraussetzung eines wirksamen Katastrophenschutzes angesehen. Der Selbstschutz ist im Landkreis Breisgau/Hochschwarzwald ein Grundelement für den besonderen Katastrophenschutzplan in der deutschen Umgebung des französischen Kernkraftwerkes Fessenheim."

Das Schutzraumdefizit

„Das zentrale Problem des gegenwärtigen Stands der Zivilverteidigung bei uns liegt im Schutzraumbau. Das Schutzraumdefizit ist nicht in wenigen Jahren aufzuholen. Der Schutzraumbau sollte unseres Erachtens von Grund auf neu überdacht werden. Dem Bürger eine Schutzraumpflicht aufzudrängen, erscheint uns nach den jahrelangen Versäumnissen der Vergangenheit kein sinnvolles Vorhaben. Hier sollte zunächst eine Verpflichtung der öffentlichen Hand die Lage verbessern. Schutzraumbau sollte vorwiegend nur dort gefördert werden, wo die Sicherheitsanalyse für den Verteidigungsfall eine herausgehobene Gefahr durch Waffenwirkung erwarten läßt oder in Räumen, wo militärische und friedensmäßige Gefahrenpunkte für den Katastrophenschutz festzustellen sind. Ein solcher Fall liegt z. B. für die deutsche Bevölkerung beim NATO-Flugplatz Bremgarten und beim Kernkraftwerk Fessenheim. Hier könnte dann schon im Frieden ein Nutzen des Zivilverteidigungspotentials als Beitrag der humanitären Hilfe und des Rettungswesens erfolgen . . ."

Wesentlicher Beitrag zur inneren Sicherheit

„Wir sind der Meinung, Bund, Länder, Stadt- und Landkreis müssen durch Verbesserung des Aufbaues, der Ausstattung und der Ausbildung des Katastrophenschutzdienstes ihrer Pflicht, für einen funktionsfähigen Katastrophenschutz zu sorgen, gerecht werden. Die Maßnahmen der Zivilverteidigung, einschließlich des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes sind ein wesentlicher Beitrag zur inneren Sicherheit. Sie helfen, Menschenleben zu retten und Sachwerte zu schützen. Die Zivilverteidigung, einschließlich des Katastrophenschutzes,

muß daher denselben Stellenwert in unserer Gesellschaft erhalten wie die selbstverständlichen Anstrengungen für die äußere Verteidigung und die großzügig geförderten kulturellen und sozialen Belange. Bei den derzeitigen Ansätzen im Haushalt für die zivile Verteidigung ist die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages nach unserer Meinung in diesem Bereich nicht gewährleistet."

Das Verständnis der Öffentlichkeit

Landrat Dr. Steigerwald, Kreis Rhön/Grabfeld: "... Es ist in der Tat so, daß der Landkreis Rhön/Grabfeld von der geostrategischen Lage her an sich in allererster Linie mit Fragen der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes konfrontiert sein müßte, daß aber das Verständnis der Öffentlichkeit für diese Fragen nicht allzu groß ist in einem Raum, von dem man zunächst ohnedies nicht weiß, welche Rolle oder welches Schicksal er im Falle eines Angriffes erfahren wird... Das heißt auf der anderen Seite wiederum, man ist geneigt zu sagen, wir machen nicht allzuviel, die Bevölkerung zumindest steht auf dem Standpunkt und da schließe ich sogar Funktionsträger wie Bürgermeister mit ein. Daß sie sich diesen Fragen nicht besonders widmen, das ist... fast schon eine gewisse Gleichgültigkeit, wenngleich im persönlichen Gespräch natürlich diese Fragen elementare Anliegen sind, aber man geht dann mit Achselzucken oder mit einigen saloppen Bemerkungen, mit Resignation, darüber hinweg. Es wird entweder nicht kommen, oder wenn es kommt, dann sind wir die ersten, die daran glauben müssen, mit der Folge, daß man sowieso nichts tun kann. So ist in etwa die Einstellung der Bevölkerung zu diesen Fragen, und das macht natürlich auch das Arbeiten in der Zivilverteidigung und im erweiterten Katastrophenschutz in Friedenszeiten für die Verwaltung so unendlich schwer... Solange dieses nicht möglich ist, Katastrophenschutz und Zivilverteidigung mit mehr hauptamtlichem Personal auszustatten, da zähle ich auch die Verwaltungsbehörden der untersten Ebene dazu, wird sich auf diesen Gebieten nicht allzuviel tun.

Wenn ich bedenke, daß in Bezug auf Immissionsschutz demnächst bei uns ein Immissionsschutzingenieur von Staats wegen gestellt wird; wenn wir einen hauptamtlichen Naturschutzbeauftragten, der vom Freistaat Bayern

bezahlt wird, zur Verfügung gestellt bekommen haben; wenn ich daran denke, daß wir zwei Rechnungsprüfungsbeamte auch vom Staat zur Verfügung gestellt bekommen haben, die vom Staat bezahlt werden, und wenn ich dann dagegenstelle, daß wir auf dem Gebiet Zivilverteidigung/Katastrophenschutz eben mit dem sonst vorhandenen Personal diese Aufgaben bewältigen sollen, dann mögen Sie daraus schon ersehen, daß auch staatlicherseits diesen Fragen Zivilverteidigung/Katastrophenschutz wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird...

Hilfsmittel und Hilfsorganisationen: Hier muß ich darauf verweisen, daß das THW die nach meiner Auffassung am ehesten organisierte und auch intakte Organisation ist. Die übrigen Organisationen, die sich hier noch mit einzuschalten hätten, sind personell und was die Ausstattung betrifft, nicht auf dem laufenden, sie entsprechen nicht dem, was erwartet werden könnte. Beim THW ist sowohl der Instandsetzungszug vorhanden, die Instandsetzungstrupps, Bergungszug, Verpflegungstrupp, Materialerhaltungstrupp. Diese Einheiten sind vorhanden, es fragt sich allerdings, ob sie dann auch im V-Fall voll zur Verfügung stehen, weil ja einige dieser Mitglieder wehrpflichtig sind, oder aber für Objektschutz oder andere Aufgaben zur Verfügung stehen müssen...

Prioritäten anders gelagert

Stellenwert der Zivilverteidigung in der Verwaltungsarbeit: „Ich habe es schon ausgeführt, aufgrund der finanziellen Situation unseres Landkreises, aber auch der meisten anderen Landkreise in Bayern, hat die Zivilverteidigung einen geringen Stellenwert. Die Beschlußgremien würden kaum dazu zu bewegen sein, finanzielle Mittel in den Etat einzustellen, wenn andere Aufgaben der Daseinsvorsorge noch nicht in befriedigender Weise gelöst sind, wenn also hier die Prioritäten noch anders gelagert sind. Ich meine, daß man hier im wesentlichen eine Verbesserung bringen könnte, wenn man entsprechendes Personal den Kreisverwaltungsbehörden zur Verfügung stellen könnte, wie ich es vorhin schon angedeutet habe, die dann in die Hilfsorganisationen hineinwirken und dort auch entsprechend wirken.

Die Hilfsorganisationen haben zwar Wehrpflichtige, die von der Wehrpflicht freigestellt sind, die werden

aber dort für andere Aufgaben, nämlich für die laufenden Aufgaben benutzt als Rettungssanitäter, als Wachmann an Unfallschwerpunkten oder beim Einsatz bei Großveranstaltungen und was sonst im Rahmen des Roten Kreuzes oder auch des THW sich abspielt, nicht aber für die Gestaltung und den Aufbau der notwendigen Einheiten für den Katastrophenschutz bzw. für die Zivilverteidigung. Insofern wäre da sicherlich einer hauptamtlichen Kraft bei einer Kreisverwaltungsbehörde auch die Möglichkeit gegeben, in die Verbände hineinzuwirken und entsprechend die Organisation mit aufzubauen."

Einstellung zum Selbstschutz

Zustand der präventiven Vorsorge: „Selbstschutz – ich war jüngst in einer Bürgerversammlung in einer Gemeinde mit 1400 Einwohnern, der Bürgermeister gab zum Schluß dieser Bürgerversammlung bekannt, daß ein Lehrgang, ein Kurs des Selbstschutzes stattfindet, er hat sich aber sofort entschuldigt, er weiß auch nicht, um was es sich da dreht. Ich werte das als symptomatisch für all die Einstellungen, die zu diesem Thema bestehen. Ich habe mich bemüht im vergangenen Jahr, einmal unseren Beauftragten für den Selbstschutz zu einem Referat in eine Bürgermeisterdienstbesprechung zu bitten; er hat auch seiner Aufgabe voll genügt, aber angekommen ist er trotzdem nicht, weil das Interesse für Selbstschutz bei den Gemeinden, und die sind ja wesentliche Faktoren dabei, nicht besteht. Ich glaube, es müßte eher viel mehr in der Bevölkerung, in der Öffentlichkeit Verständnis geweckt werden, daß diese Dinge so wichtig sind wie Naturschutz, Immissionsschutz oder andere Begriffe, die diesem Wort Selbstschutz in ähnlicher Form nachgebildet werden.

Selbstschutz – mit einer ehrenamtlichen Kraft in einem Landkreis mit 78 000 Einwohnern läßt sich nach meiner Auffassung nicht viel machen.

Das einzige, was er erreicht, und womit er vielleicht werben kann, und dagegen sind an sich die Hilfsorganisationen wie Rotes Kreuz und MHD, ist das, daß man auch seinen Erste-Hilfe-Kurs für die Führerscheinprüfung damit verbinden kann. Würde das nicht so unerschwerlich mitgeführt werden und mit in die Werbung einbezogen werden, wäre der Erfolg, 850 Personen im vergangenen Jahr über den Selbstschutz, ich weiß nicht, ob

ich sagen kann ausgebildet, zumindest einmal betreut, wäre sicherlich dann noch geringer. Schutzraumbau: Für unseren Landkreis besteht keine Möglichkeit, einen Schutzraum zur Verfügung zu stellen. Es fehlt an entsprechenden Einrichtungen. Großgaragen, Tiefgaragen sind bei uns nicht vorhanden, in einem ländlichen Raum, dünn besiedelt, wie dem unsrigen . . ."

Eine Frage mit Nachrang

„Um alles noch einmal zusammenzufassen: Würde sich die Einstellung in der Öffentlichkeit, in der Bevölkerung zu diesen Fragen bessern lassen, wäre das Verständnis größer für diese elementaren Probleme unserer derzeitigen Gesellschaft, unseres Staates, wäre sicherlich auf dem Gebiet der Zivilverteidigung, des Katastrophenschutzes, eine bessere Resonanz gegeben und das Resumee . . . könnte besser aussehen. Nachdem aber das Verständnis nicht allzu groß ist, aus welchen Gründen auch immer, man kann sicherlich viele Gründe anführen, ist natürlich auch die Frage der Zivilverteidigung, des Katastrophenschutzes, eine Frage, die Nachrang besitzt und die solange Nachrang besitzt, solange nicht politisch und gesellschaftlich und insbesondere auch von der finanziellen Seite her dieser Frage mehr Bedeutung beigemessen wird.“

Weitgehend nicht eingeübt

Landrat Dr. Heinen, Westerwaldkreis: „ . . . Mir scheint das ganze Problem weniger eine Frage der ausreichenden Gesetzgebung und der ausreichenden theoretisch-organisatorischen Rahmenbedingungen zu sein, sondern eine Frage der praktischen Ausführung. Es gibt die verwaltungsmäßigen Vorgaben zum großen Teil, aber die Frage ist, wie es dann im Ernstfall tatsächlich aussieht; dann sind Kräfte vorhanden, die sind aber weitgehend nicht eingeübt. Das gilt für die Verwaltungskräfte in gleicher Weise wie zu einem bestimmten Teil auch für die Helfer. Übungen und Planspiele müßten daher in verstärktem Maße durchgeführt werden. Wir haben bei uns im Kreis recht gute Erfahrungen gemacht. Zur zivil-militärischen Zusammenarbeit: Wir haben ein Verteidigungskreiskommando, im Landkreis zuständig für vier Landkreise. Wir haben entsprechenden Kontakt auch zum VBK, in unserem Falle nur 20 km von unserem Kreissitz entfernt. Die Zusammenarbeit hierzu ist gut,

aber nicht intensiv. Es finden jährlich zwei Arbeitsbesprechungen statt. Das reicht meines Erachtens im Ergebnis nicht aus. Das Problem ist eine Frage der dauernden praktischen Einübung. Dies hat sich letztlich auch bei der großen Übung ‚Deutsches Eck‘ gezeigt, in der wir eine gute zivil-militärische Zusammenarbeit hatten aufgrund allgemeiner Kontakte, die bis dahin da waren.

Es haben sich aber hinterher doch eine Reihe von Verständigungs- und Koordinierungsschwierigkeiten herausgestellt. Zwischen der zivilen und militärischen Seite einerseits, andererseits, das sei nicht verschwiegen, auch zwischen den verschiedenen Ebenen der zivilen Seite in noch stärkerem Maße. Es ging soweit, daß eine andere übergeordnete Behörde die vorgegebene Sprachregelung am Ende überhaupt nicht mehr verstand, wie man sich über das Koordinatensystem, das man selbst herausgegeben hatte, nicht mehr verständigen konnte . . .“

Der Einsatzwert der Organisationen

Hilfsmittel und Hilfskräfte: „In erster Linie würde ich für unseren Bereich die Freiwilligen Feuerwehren nennen, die in unserem Kreis, wie überhaupt im Lande Rheinland-Pfalz, doch eine sehr große Bedeutung haben, und auch durchaus schlagkräftig und einsatzfähig sind. Daneben das Technische Hilfswerk; dann natürlich das Deutsche Rote Kreuz, bei dem ich auch Vorsitzender des Kreisverbandes bin; Malteser-Hilfsdienst, der bei uns nur eine sehr untergeordnete Rolle in einem sehr kleinen Teilgebiet des Kreises spielt; der Rettungsdienst, der im wesentlichen nach dem Rettungsdienstgesetz Rheinland-Pfalz vom Roten Kreuz wahrgenommen wird; als Regieeinheit ein Krankentransportzug, zwei ABC-Züge, ein Betreuungszug, zwei Betreuungsleitzüge, eine ABC-Melde- und Auswertstelle beim Hauptverwaltungsbeamten, eine Beobachtungs- und ABC-Meßstelle, eine Fernmeldezentrale beim Hauptverwaltungsbeamten sowie eine technische Einsatzleitung, ein Verpflegungstrupp. Wenn man den Einsatzwert dieser Kräfte bemißt, dann ist das sicherlich sehr unterschiedlich. Im Gegensatz zu dem, was vorhin gesagt wurde, bin ich der Meinung, daß der Einsatzwert des Technischen Hilfswerks relativ gering einzuschätzen ist.

Das Technische Hilfswerk ist technisch sicherlich sehr gut ausgestattet mit

Gerät, es ist aber personell unzureichend ausgestattet. Verfügungsbereitschaft ist schon deshalb sehr schlecht, weil die Helfer des Technischen Hilfswerks in einem Landkreis, wie dem meinen, ich glaube es sind 200 bis 250 Helfer, die dem Technischen Hilfswerk zur Verfügung stehen, weit verstreut sind über den ganzen Landkreis und darüber hinaus noch außerhalb des Landkreises, so daß von einer Verfügbarkeit während der Arbeitszeit überhaupt nicht gesprochen werden kann. Das zeigt sich dann auch tatsächlich im praktischen Einsatz. Im Fall der schweren Bergung sind sie nach einer gewissen Zeit dann heranzuziehen und sind auch da. Man könnte sagen, bei den Freiwilligen Feuerwehren wäre dies ja ähnlich, denn dort handelt es sich ja auch um hauptberuflich anderswo tätige Kräfte; das ist aber nur bedingt richtig. Denn allein schon durch die größere Helferszahl bei der Freiwilligen Feuerwehr und die stärkere Untergliederung und die größere Dichte der Feuerwehreinheiten ist natürlich eine Verfügungsbereitschaft wesentlich größer. Ich bin im Ergebnis wohl der Meinung, wenn es darum geht, stärker Technisches Hilfswerk oder stärker andere Kräfte auszubauen, sollte man, wenn dafür erhebliche Mittel angesetzt werden, insbesondere im Bundeshaushalt, für den ländlichen Bereich, und nur für den kann ich sprechen, den Feuerwehren, auch den Freiwilligen Feuerwehren den Vorzug geben . . .“

Selbstschutz – sehr problematisch

Präventive Vorsorge: „Der Selbstschutz ist in der derzeit vorhandenen freiwilligen Form sicherlich sehr problematisch; das Selbstschutzgesetz von 1965 ist aufgehoben worden, den Landkreisen obliegt nach dem Katastrophenschutzgesetz eine unterstützende Funktion für Maßnahmen der Gemeinden; aber man kann offen sagen, daß in diesen Bereichen praktisch nichts geschieht.

Ähnliches gilt auch für den Schutzraumbau; hier sind ausreichende Schutzräume in meinem Landkreis nicht bekannt, einzig schon deshalb, weil eben auch hier der Grundsatz Freiwilligkeit praktisch besteht . . .“

Herzlich wenig Verständnis

Landrat Feuchtinger, Landkreis Reggen: „ . . . Die Bedeutung der Zivilverteidigung ist auch bei uns in der Be-

völkerung nicht in dem Ausmaß verwurzelt, in dem man das eigentlich erwarten müßte. Fragen der Strukturverbesserung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet; das Bemühen, die Abwanderungswelle der Bevölkerung zu stoppen, der Versuch, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die wirtschaftliche Struktur zu verbessern, stehen seit vielen Jahren im Vordergrund der Bemühungen.

Wenn wir nun versuchen, Fragen der Zivilverteidigung, vor allem die Notwendigkeit der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes mehr in das Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen, dann erhalten wir als Resonanz daraus sicher sofort die Frage, es scheint also bei uns an der Grenze etwas mulmig zu werden, und wir erreichen damit eigentlich nur das Gegenteil von dem, was wir in erster Linie möchten, nämlich eine Konsolidierung der Lage innerhalb der Bevölkerung an dieser Grenze. Insofern kann auch ich davon berichten, daß in der Bevölkerung, auch in den Gemeinden wie bei den Bürgermeistern, dieses Verständnis nicht in dem notwendigen Umfang vorhanden ist. Wir haben gelegentlich in Bürgermeisterdienstbesprechungen auch Aufklärungen durch berufene Leute über die Notwendigkeit der Zivilverteidigung und des Katastrophenschutzes. Aber allein schon die Aufmerksamkeit, die von den Bürgermeistern diesem Thema entgegengebracht wird, zeigt, daß herzlich wenig Verständnis dafür vorhanden ist. . . . Daß wir von der Verwaltung her natürlich die Dinge anders sehen, das brauche ich wohl nicht extra zu betonen; aber wir können natürlich sehr, sehr schwer uns damit durchsetzen. Allein von der finanziellen Seite her gilt das, was schon gesagt worden ist: Solange sich von seiten des Bundes her finanziell nicht mehr tut als bisher, hat es gar keinen Sinn, einen Betrag vom Landkreis einzusetzen, eine große Übung aufzuziehen, damit wäre das Geld sicher zum Fenster hinausgeworfen; eine einzige Übung, und wenn sie noch so groß ist, auf örtlicher Ebene kann nicht das Bewußtsein hervorrufen, das man eigentlich bräuchte. Hauptamtliche Kräfte sollten dafür wie auch auf anderen Gebieten eingesetzt werden; wenn wir seit etwa zwei Jahren einen hauptamtlichen Naturschutzbeamten haben, einen Naturschutzbeirat, und wenn gerade die Fragen des Umweltschutzes vom Staat in einer so bedeutenden Dringlichkeit gesehen werden, dann möchte man eigentlich annehmen, daß die Fragen der Zivilverteidigung minde-

stens den gleichen Stellenwert haben müßten. Leider ist das aber bis jetzt nicht festzustellen. . . ."

Schutzraumbau gleich Null

„Ansonsten gilt auch bei uns das, was vielfach nun schon gesagt worden ist: Schutzraumbau gleich Null; Tiefgaragen oder ähnliche Einrichtungen nicht vorhanden; auch in Schulen und in Krankenhäusern nicht. Nahrungsmittelbevorratung: Außer dem, was in den Lebensmittelgeschäften vorhanden ist, existiert nichts; wir haben allenfalls einige Zentner Lebensmittelmarken; aber Lebensmittel, die über einen längeren Zeitraum reichen würden, haben wir nicht. Vom Papier werden die Leute vermutlich nicht satt werden können. . . . Rundum gesagt, Katastrophenschutz, man möchte fast sagen, ist eine Katastrophe; denn, wenn sie passiert, dann ist bei uns im gesamten Landkreis kaum etwas vorhanden, um dem begegnen zu können. Ich muß dies sagen, so leid mir dies tut.“

Die Versäumnisse der Vergangenheit

Kreisdezentner Vahlhaus, Kreis Kleve: „ . . . Wir haben bei einem Bevölkerungsschnitt von etwa 255 000 Einwohnern, ich will vielleicht sagen immerhin, über 2800 Helfer. Das wäre an sich über 1 %, aus unserer Sicht immer noch zu wenig. Davon kommen allein 2200 Helfer aus den Feuerwehren, vorwiegend Freiwillige Feuerwehren, und ich kann hier auch für uns sagen. . . . die Freiwilligen Feuerwehren sind für uns ein unverzichtbares Element. Sie sind technisch recht gut ausgerüstet, auch wenn sie sich derzeit darüber beklagen, daß die Mittel aus der Feuerschutzsteuer nicht fließen, leider nicht fließen, aber die Einsatzkraft dieser Feuerwehren ist sehr hoch. . . . Einsatzwert, wie gesagt, bei der Feuerwehr würde ich ihn also als relativ hoch ansehen, bei allen übrigen relativ niedrig. Wir rechnen mit Alarmierungszeiten von mindestens acht Stunden. Das läuft ja da im Schneeballsystem, da sagt der eine dem anderen Bescheid; ich gehe davon aus, acht Stunden. Teilweise dann auch noch mit veralteten Fahrzeugen, und wenn die Pech haben, sind ihre Fahrzeuge gerade nicht da. Dennoch, das Verhältnis zu den Hilfsorganisationen muß ich als gut bezeichnen; man braucht etwas Phantasie und etwas guten Willen, auch von

beiden Seiten, damit die Moral erhalten bleibt. . . .

Der Zustand der präventiven Vorsorge ist quasi gleich Null. Selbstschutz existiert kaum; Schutzraumbau, ich würde sagen, hier ist alles versäumt worden, was hätte getan werden müssen. . . . Die Chancen, das in der Vergangenheit Versäumte nachzuholen, dürften gleich Null sein. In der Öffentlichkeit ist es teilweise unbekannt, was ich erstaunlich finde, wenn es schon kein Geld gibt oder kaum Geld, dann sollte doch wenigstens einmal bekannt gemacht werden, daß es unter Umständen steuerliche Präferenzen gibt über Abschreibungen, aber dort wird nichts getan. Es wird nichts getan; und dementsprechend ist auch das Verständnis der Bevölkerung gleich Null. Woran das liegt, weiß ich nicht. Es mag natürlich sein, daß sowohl bei den älteren Bürgern unseres Landes wie auch bei jüngeren der Eindruck herrscht, man möchte nicht mehr daran erinnert werden. Nur, wir müssen ja davon ausgehen, was jetzt nicht erstellt worden ist, läßt sich im Ernstfalle nicht mehr nachholen. . . . Ich möchte also auch abschließend das, was eben schon gesagt worden ist, wiederholen: Solange in der Bevölkerung der Zivilschutz nicht ein besseres Ansehen gewinnt, können wir beim besten Willen nicht erreichen, daß unsere politischen Repräsentanten hier die notwendige Einsicht zeigen, und daß auch der finanzielle Aspekt besser wird. Ich kann da, wo kein Interesse ist, nicht verlangen, daß Geld fließt. . . ."

HVB mit anderen Dingen überlastet

Stadtdirektor Dr. Jacobs, Siegburg: „ . . . Ich glaube, daß bei uns sowohl in der Bevölkerung als auch bei den Verbänden und Organisationen sehr viel guter Wille vorhanden ist. Ich glaube auch sagen zu können, daß wir im Grunde über eine ausreichende Zahl von Helfern verfügen, wobei wir verständlicherweise uns ganz besonders auch in Siegburg auf die Feuerwehr verlassen können, die eben unmittelbar an die Verwaltung angebunden ist. Auch durch die Einrichtung einer ständigen Feuerwache mit 15 Leuten, so daß also da zunächst einmal für alle ersten Notfälle aus der eigenen Wache heraus geholfen werden kann. Ich möchte auch meinen, daß unter den Organisationen und Verbänden ein gutes Verhältnis untereinander besteht, das aber nach meiner Meinung nicht ausreicht, in

einem ernststen Katastrophenfall nun den Dingen gerecht zu werden. Es fehlt aber an der praktischen Zusammenarbeit und an der praktischen Koordinierung. Von daher bin ich der Auffassung, daß von oben eigentlich recht wenig kommt. Es kommen zwar immer wieder Aufforderungen bis hin in die letzte Gemeinde, den Katastrophenplan oder die Katastrophenabwehrpläne auf den neuesten Stand zu bringen; das geschieht auch papiermäßig, geht aber manchesmal an der Praxis vorbei . . .

Was den BVS betrifft, möchte ich meinen, daß er ein stiefmütterliches Dasein führt, völlig zu unrecht vielleicht; aber ich muß auch hier bekennen, daß die Zusammenarbeit mit dem BVS eigentlich von den Gemeinden nur am Rande gesehen wird. Ich selbst habe vor zwei Monaten etwa versucht, einmal den Bevollmächtigten in eine Kollegenkonferenz der Hauptgemeindeführer des Rhein-Sieg-Kreises zu gewinnen; das haben mir meine Kollegen glattweg abgelehnt. Das liegt sicherlich nicht am mangelnden guten Willen, sondern es liegt einfach auch daran, daß die Hauptverwaltungsbeamten, wenn ich für die einmal hier das ausführen darf, mit mancherlei anderen Dingen einfach überlastet sind und daß der Selbstschutz bzw. die Zusammenarbeit mit dem BVS etwas an den Rand gedrängt wird, aus der Frage der Priorität der Aufgabenstellung heraus. Es mag aber auch daran liegen, daß der BVS in seiner Organisation nach neuestem Zuschnitt vielleicht nicht ein gleichwertiger Partner ist, und von daher sollte vielleicht einmal überlegt werden, ob nicht der BVS doch anders aufgebaut oder angegliedert werden kann . . .

. . . Wenn Sie mein Urteil zusammenfassend hören wollen: Wir sind nicht ausreichend vorbereitet und wir helfen uns bis auf den heutigen Tag, indem wir täglich beten, daß es keine Katastrophe gibt."

Der Verwaltung den Rücken stärken

Stadtverordneter Riegel, Bonn:

„ . . . Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Einrichtung von Ausschüssen für zivile Verteidigung den Kommunen zur Pflicht gemacht, und so besteht in der Stadt Bonn seit über zehn Jahren ein derartiger Ausschuß, den ich jetzt seit 1975 leite. Aus der Tatsache, daß ich eben nicht Angehöriger der Verwaltung bin, sondern Vorsitzender des Zivilverteidigungsausschusses,

wollen Sie bitte Verständnis dafür haben, daß ich nicht auf alle Fragen eingehen kann, die in dem Fragenkatalog gestellt sind, denn die Durchführung des Katastrophenschutzes und der Zivilverteidigung ist Aufgabe der Verwaltung und obliegt in erster Linie dem Hauptverwaltungsbeamten, in Bonn also dem Oberstadtdirektor. Daran knüpft sich die Frage: Was bleibt also einem Parlamentarier in einer Stadtverwaltung auf diesem Gebiet zu tun? Ich muß sagen, es ist eigentlich im wesentlichen das Engagement, das man mitbringen kann, daß man einmal der Verwaltung den Rücken stärkt, etwas zu tun, auf der einen Seite in der eigenen Fraktion und dem Rat dafür wirbt, daß etwas geschieht bei den beschränkten Haushaltsmitteln, die überhaupt für solche Dinge einsetzbar sind . . . Ich darf sagen, daß wir in unserem Ausschuß alle Entscheidungen einstimmig, also mit Zustimmung aller Parteien, gefaßt haben. Von daher haben sich dann in den einzelnen Fraktionen zur Vorbereitung der Ratsentscheidung Erleichterungen gezeigt, daß in einem solchen Ausschuß vorbereitet werden konnte, wo man sich mit Einzelheiten beschäftigen konnte, die einen Rat als Ganzes kaum so interessieren . . . Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit richtet sich eigentlich nur auf die Schutzbauten, und auf dem Sektor der Gesundheitsvorsorge auf den Bau von Hilfskrankenhäusern und die zur Verfügungstellung von Krankbetten für einen Ernstfall . . .

Die Hilfsorganisationen, die in der Stadt bestehen, sind voll guten Mutes. Was ihnen fehlt, das gleicht dann dem, was meine Vorredner ausgeführt haben; was den Organisationen fehlt, ist einfach das Material oder neueres Material . . . Die Vorbereitung für Zivilverteidigung scheint mir in der Stadt gleich Null zu sein. Einer begrenzten Katastrophe könnte man Herr werden. Notwendig wäre eine viel stärkere Verankerung des Schutzgedankens in der Bevölkerung. Das könnte meines Erachtens aber auch z. B. dadurch geschehen, daß man die Gremien, den Stadtrat hier z. B., daß man den stärker verankern würde in der Bewältigung dieser Aufgabe und ihn nicht nur dazu benutzte, die haushaltsmäßigen Vorbereitungen für die Investitionen von Mitteln zu treffen."

„In sich eine Katastrophe“

Abg. Biehle: „ . . . Ich habe beim letzten Hearing gesagt, daß Zivilverteidigung und Katastrophenschutz in sich

eine Katastrophe seien. Ich glaube, das hat sich heute erneut bestätigt. Nicht nur neulich von den Verbänden, sondern ist auch von Ihnen heute bestätigt worden . . .

Ich glaube, es muß doch zunächst einmal gesagt werden, daß es sicherlich nicht sinnvoll ist, junge Menschen zur Bundeswehr zu bringen, sie zu motivieren für die Verteidigung, wenn sie dann an der Front stehen und wissen, die Heimat ist gefährdeter als die Front . . . Wie wirkt sich so etwas auf die Moral aus, wenn sie wissen, daß die Heimat zerstört wird, die Eltern zu Tode kommen und die Geschwister, weil dort jegliche Sicherheitsvorrichtungen und Schutzvorrichtungen fehlen. Dies ist einmal das eine.

Das zweite: Ich glaube, daß man auch sehr deutlich darauf hinweisen muß, daß durch alle verantwortlichen Politiker der Stellenwert nicht nur der Verteidigung im Rahmen der Bundeswehr, sondern auch der Stellenwert des gesamten zivilen Bevölkerungsschutzes ein anderer werden muß. Wenn Politiker schon nicht hinter diesen Dingen stehen, dann kann man nicht erwarten, und dies klang ja heraus, daß die Zivilbevölkerung dafür Verständnis bekommt, besonders in den stark gefährdeten Gebieten, sofern man heute überhaupt noch unterscheiden kann, ob es stärker gefährdete oder weniger gefährdete Gebiete gibt. Dies ist einfach eine verantwortliche Aufgabe aller Politiker, und damit meine ich nicht nur die Parlamentarier . . . Ich möchte ein bißchen davor warnen, daß man zu stark sich auf die Verwaltungsseite konzentriert; denn ich möchte auch den Selbstschutz einmal als negatives Beispiel hineinstellen, der in einer Größenordnung von 50 Mio. DM finanziert wird, und davon sind ja über 40 Mio. DM alleine für den verwaltungs- und sonstigen Aufwand im personellen Bereich. Ich glaube, das ist auch nicht gerade ein Paradebeispiel. Wir sollten also vielmehr das Engagement der Öffentlichkeit und der Bürger ansprechen, denn, gerade die Feuerwehr, das Rote Kreuz oder wer auch immer, zeigen doch, daß dem Staat Millionenbeträge gespart werden durch ehrenamtlichen Dienst . . ."

Mittel nach unten verlagern

Abg. Dr. Miltner: „ . . . Es stellt sich für uns Parlamentarier die Frage: Wodurch könnten wir die Bewußtseinslage in der Bevölkerung verbessern?

Zunächst einmal wäre daran zu denken, die Public-Relations-Mittel irgendwo anzusetzen. Nun haben wir Public-Relations-Mittel für den Bund zur Verfügung; die Frage ist, müßten wir diese Mittel herunterzonen, verlagern nach unten, wo eben direkte Veranstaltungen von den Organisationen durchgeführt werden könnten? . . ."

Gute Beispiele werden erwartet

Abg. Biechele: „Es ist schon darauf hingewiesen worden, von Ihnen nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß ohne eine entsprechende Motivation der Bevölkerung – eine Aufgeschlossenheit für den Schutzgedanken auch im V-Fall – diese Aufgabe des erweiterten Katastrophenschutzes nicht erfüllt werden kann. Es ist zum Teil aber auch von Ihnen angeführt worden, etwa im Hinblick auf die Problematik des Schutzraumbaus, daß man vom einzelnen Bürger nicht erwarten kann, daß er mit gutem Beispiel vorangeht, sondern daß man erwarten muß, daß die Behörden, Institutionen hier mit entsprechenden Modellen antreten sollen . . . Haben Sie nicht schon einmal daran gedacht, wenigstens eine Modelleinrichtung in Ihrem Landkreis zu schaffen, etwa, wenn es eine neue Schule zu bauen galt oder eine neue Schule zu bauen gilt, ein neues Landratsamt oder sonst ein öffentliches Gebäude, und dort auch Einrichtungen für den Grundschutz vorzusehen? Wenn man das ein wenig geschickt machen würde, könnte ich mir vorstellen, daß davon eine werbende Wirkung ausgehen könnte . . .“

Haben Sie schon einmal Ihre Landräte mehr oder weniger deutlich angewiesen, eine integrierte Katastrophenschutzübung durchzuführen, um die entsprechenden Erfahrungen sammeln zu können, um die Erfahrungen nach oben durchzugeben, etwa an den Innenminister, an Ihre Landesregierung, an das Landesparlament? Wir sollten hier auch nicht nur auf den Bund schauen, sondern hier sind wir alle miteinander in die Verantwortung gestellt. Daß der Bund hier ein schlechtes Gewissen haben muß, das wissen wir und dagegen kämpfen wir hier, wir Kollegen, die wir hier sitzen seit Jahr und Tag, daß hier mehr für diese wichtige Aufgabe getan wird. Aber es genügt für uns auch nicht nur, daß wir das beklagen . . .“

Ich habe meinen Landrat darum gebeten, das Thema anzusprechen bei der nächsten Bürgermeisterversamm-

lung, damit wir so diese Frage in eine breite öffentliche politische Diskussion bekommen, von unten nach oben; ich hätte hier die Vorstellung, daß Sie für den notwendigen Druck von unten nach oben, auch hierher nach Bonn, sorgen müssen. Denn auf Dauer gesehen kann der Bund nicht daran vorbeigehen; dann genügt es nicht, wie in diesem Jahr, daß wir 20 Millionen DM, und darum haben wir noch kämpfen müssen, daß wir noch 20 Millionen DM mehr in die Etatansätze hineinbekommen haben. Hier werden wir nur vorankommen, wenn Sie mit Ihren Möglichkeiten den Druck von unten nach oben kräftig ausrichten und zur Auswirkung bringen. Und das müssen Sie tun, weil wir Sie vom Gesetz her mit einer Verantwortung belastet haben, die Sie gar nicht tragen können; und deswegen, wenn ich in Ihrer Situation wäre als Hauptverwaltungsbeamter, als Landrat: Man kann doch eigentlich kaum mehr schlafen, wenn hier formuliert wurde, wir sollen eigentlich täglich beten, diese Katastrophe soll nicht kommen . . .“

Große Lösung – kleine Lösung

Abg. Handlos: „ . . . Ich glaube, die Beurteilung ist klar. Das bisher Gesagte kann man zusammenfassen in vier Punkten:

1. das Grundverständnis bei der Bevölkerung fehlt;
2. das Verständnis auch auf kommunaler Ebene fehlt;
3. die Grundbedürfnisse der Bevölkerung sind nicht gewährleistet, egal ob Schutzraumbau oder Nahrungsmittelbevorratung;
4. ausreichende gesetzliche Grundlagen wären vorhanden, mit Ausnahme des Gesundheitssicherungsgesetzes.

Und nun die Frage aus meiner persönlichen Sicht: Was muß oder was kann geschehen, große Lösung, kleine Lösung? Große Lösung führt sicher zu überhaupt nichts. Kleine Lösung dagegen: erster Punkt – wie kann man das Interesse der Bevölkerung wecken? Man darf nie vergessen, jahrelang hieß es, Entspannung ist alles, und dann kann man auf der anderen Seite nicht sagen, jetzt müßt ihr was tun für die Zivilverteidigung. Wir haben das versucht, . . . die psychologische Vorbereitung der Bevölkerung ist Aufgabe der Parteien, darüber gibt es keinerlei Zweifel, die haben sich dem zu unterziehen. Und auch wir in der CDU/CSU sehen noch nicht

den Schwerpunkt Zivilverteidigung, muß ich auch einmal deutlich sagen . . .“

Schritt für Schritt

„Bei der kleinen Lösung: Wir müssen einfach versuchen, im Bundestag größere Anreize steuerlicher Art für Schutzraumbau bei Privatpersonen durchzudrücken und die Wiedereinführung der nationalen Nahrungsmittelreserve . . . Der nächste Punkt wäre, nachdem der Fahrzeugpark veraltet ist bei der Zivilverteidigung, ob hier nicht in einer besseren Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium die Übernahme von ausgesonderten Fahrzeugen möglich wäre . . . Herausgestellt hat sich auch, daß wir unbedingt ein Gesundheitssicherungsgesetz bedürfen. Was nützen die schönsten Hilfskrankenhäuser, wenn die Sachen eingelagert in den Bunkern liegen, so weit wir Bunker haben für diese Hilfskrankenhäuser, zum Teil haben wir sie, und kein Mensch weiß, wie sie bedient werden sollen, weil ja keiner da ist, der eingezogen wird, eingezogen werden kann; das alles sind Punkte, von denen ich glaube, daß wir sie im Rahmen einer kleinen Lösung verwirklichen können.“

Wir sollen uns keinerlei utopische Vorstellungen machen von großen Lösungen. Wenn wir in der Zivilverteidigung weiterkommen, dann nur Schritt für Schritt und sonst nichts anderes . . .“

Die Notwendigkeit darstellen

Frau Abg. Tübler: „Ich möchte doch noch einmal das Thema aufgreifen; daß die Bevölkerung schwer ansprechbar ist, schwer zu motivieren ist . . . Ich warne davor, hier nur den Parteien die Verantwortung zu geben und nur den Bundestagsabgeordneten, sondern hier muß eine viel breitere Palette vorhanden sein. Hier müssen die Gemeindevertreter genauso aktiv sein wie Landtagsabgeordnete, und ich meine, wir sollten vor allen Dingen versuchen, auch in den Verbänden Einfluß zu nehmen, indem wir auch hier über freiwillige Verbände und freie Träger die Bevölkerung versuchen anzusprechen . . . Das zweite, was ich außerordentlich bedauere: Die Frage des Umweltschutzes, des Naturschutzes hat heute eine Geltung, und ich frage mich eigentlich, ob wir nicht hieraus etwas Profit ziehen sollten, indem wir sagen, was nützt das alles, wenn nicht gleichzeitig auch ein Katastrophenschutz gegeben ist . . .“

„Producta 78“ in Kiel

Rund 85 000 Besucher der schleswig-holsteinischen Großausstellung „Producta 78“, die vom 19. bis 28. Mai in der Kieler Ostseehalle stattfand, sahen auch die Sonderschau des BVS.

Nach der Eröffnung der Ausstellung durch den schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsminister, Günter Flessner, besuchte der Minister den BVS-Stand. In seiner Begleitung befanden sich die Landesvorsitzende der Hausfrauenunion, Vera-Inge Alves, und die 1. Vorsitzende des Hausfrauenbundes in Schleswig-Holstein, Sieglinde Porsch.

Minister Flessner und seine beiden Begleiterinnen trugen sich in das

Gästebuch des BVS ein. Der Minister dankte den Mitarbeitern des Verbandes, ganz besonders jedoch den ehrenamtlichen Helfern, die den Stand betreuten, für ihren Einsatz.

Die Besucher interessierten sich vorwiegend für die Lebensmittelbevorratung, die Einrichtung einer Hausapotheke und den Schutzraumbau.

An einem kleinen Quiz beteiligten sich etwa 4000 Besucher. Wer die drei Fragen eines Fragebogens richtig beantworten konnte, durfte am Glücksrad drehen und hatte die Möglichkeit, einen BVS-Taschenatlas zu gewinnen. Einige Besucher meldeten sich spontan zu einem Selbstschutz-Grundlehrgang an.



Informationsgespräch mit Ausstellungsbesuchern auf der „Producta 78“. Am Stand: BVS-Dienststellenleiter Busch.

25 Jahre im öffentlichen Dienst

Kiel. Sein 25jähriges Dienstjubiläum feierte am 2. Juni Verwaltungsamtmann Horst Tröger. In der Kommunalverwaltung wurde Tröger in seinem Beruf ausgebildet, später ging er zur Bundesverwaltung. Hier absolvierte er die weitere Ausbildung für den mittleren und gehobenen nicht-technischen Verwaltungsdienst. Beim BVS ist Tröger seit dem 2. Januar 1976 als Sachgebietsleiter für das Personal- und Haushaltswesen tätig.

Zwischen Nord- und Ostsee

Flensburg. Grundsätzliche Fragen der Zusammenarbeit zwischen dem BVS und der Stadtverwaltung Flensburg wurden bei einem Besuch des BVS-Dienststellenleiters Roland

Hiebsch im Rathaus mit Oberbürgermeister Richter und dem Dezernenten für den Zivilschutz, Stadtrat Hagenau, erörtert.

Hiebsch informierte den Oberbürgermeister über die Arbeit der BVS-Dienststelle, die im vergangenen Jahr etwa 300 Veranstaltungen organisierte und auf diesen rund 50 000 Personen über Fragen des Selbstschutzes informierte. Schwerpunkt der künftigen BVS-Arbeit soll der behördliche und betriebliche Selbstschutz sein. Hierfür sagte Oberbürgermeister Richter seine volle Unterstützung zu.

Flensburg. In der privaten Schule der dänischen Minderheit in der Gemeinde Wälsbüll, Landkreis Schleswig-Flensburg, führte der Fachlehrer der BVS-Dienststelle Flensburg, Gerd Schreiber, einen Selbstschutz-Grundlehrgang in dänischer Sprache für

die Schüler der Abgangsklassen durch. Mit großem Interesse ließen sich die dänischen Schüler über Maßnahmen zur Brandbekämpfung, Verhalten bei Verkehrsunfällen und anderes im Rahmen des zwölfstündigen Kurses unterrichten.

Schreiber selbst hatte vor fast genau 45 Jahren in der gleichen Schule seinen ersten Dänisch-Unterricht erhalten.

In den Ruhestand

Itzehoe. Am 30. Juni trat Hans-Martin Kroeger, BVS-Redner und Fachbearbeiter bei der BVS-Dienststelle Itzehoe, in den wohlverdienten Ruhestand. Kroeger wurde im Jahre 1915 geboren, nach einer kaufmännischen Lehre arbeitete er in seinem erlernten Beruf, kam dann 1958 als Angestellter zum Kreiswehrrersatzamt Itzehoe und 1965 zum BVS.

Er war in der Kreisstelle Steinburg zunächst für die Bearbeitung der Sachgebiete I und VI verantwortlich. 1968 übernahm er hier die Selbstschutz-Ausbildung. In den letzten Jahren arbeitete Kroeger als Fachbearbeiter in der BVS-Dienststelle Itzehoe.

Wir wünschen Hans-Martin Kroeger Gesundheit und viel Unternehmungslust für seinen Ruhestand.

Nachruf

Am 13. Mai 1978 verstarb der langjährige Kraftfahrer der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein

Gerhard Doese

im Alter von 56 Jahren.

Bevor Doese zum Verband kam, arbeitete er in seinem erlernten Beruf als Tischler und Stellmacher, später war er Schaffner bei der Kieler Verkehrs AG.

Doese war seit 1963 beim BVS tätig – seit über zehn Jahren war er Mitglied des Bezirkspersonalrates. Durch seine dienstliche Tätigkeit kannte er Schleswig-Holstein und die BVS-Dienststellen im Lande wie kaum ein anderer.

Die BVS-Landesstelle verlor in Gerhard Doese einen zuverlässigen und hilfsbereiten Kollegen, der sich unermüdlich für die Belange des Verbandes einsetzte.

HAMBURG



BVS bei der Feuerwehr-Rallye



Durch einen verdrahteten Kriechgang mußten die Teilnehmer einen gefüllten Wassereimer an die „Brandstelle“ bringen.

Auch in diesem Jahr war der BVS bei der Lohbrügger Feuerwehr-Rallye

vertreten. Die verschiedenen Feuerwehr-Gruppen mußten bei der Ausbildungs- und Übungsfahrt insgesamt 18 Übungen absolvieren. Einen dieser Punkte, Löschen eines Entstehungsbrandes unter erschwerten Bedingungen, besetzten die Helfer der BVS-Dienststelle Bergedorf. Zwei Mann mußten hier mit einem Eimer Wasser durch einen Gang kriechen, an dessen Ende eine Einstellspritze lag. Mit deren Hilfe galt es, ein etwa fünf Meter entferntes Feuer – dargestellt durch eine Klappwand – zu löschen.

Auf dem Lohbrügger Markt, der Start und Ziel war, hatte die BVS-Dienststelle Bergedorf einen Info-Stand errichtet. Zahlreiche Feuerwehrmänner nahmen Informationsmaterial



Innensenator Staak und Branddirektor Puchner am BVS-Info-Stand. Links im Bild: BVS-Dienststellenleiter Meyer.

mit Hamburgs Innensenator Werner Staak und Branddirektor Maximilian Puchner statteten dem BVS-Stand ebenfalls einen Besuch ab.

BREMEN



Zivilschutz-Informationen auf der „hafa 78“

Die BVS-Landesstelle Bremen, die auf der „hafa 78“ mit dem neuen Informations- und Messestand vertreten war, bot zahlreichen Besuchern Gelegenheit, sich über den Zivilschutz und Katastrophenschutz zu informieren. Die Aktion der Landesstelle „Bürger fragen – Politiker antworten“, in der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft und Politiker am BVS-Messestand zu Gesprächen über Zivilschutzthemen zur Verfügung standen, fand eine positive Resonanz. An drei Nachmittagen diskutierten Egon Kauffmann, CDU, Bremerhaven; Karl-Eddi Armgort,

SPD, und der Fraktionsgeschäftsführer der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Claus Jäger, mit interessierten Besuchern über Fragen des Zivilschutzes, des Katastrophenschutzes und des Selbstschutzes.

In diesen Gesprächen ging es insbesondere um die Maßnahmen für den Selbstschutz der Bevölkerung.

Grundsätzlich wurde der Selbstschutz der Bevölkerung als ein wesentlicher Bestandteil des Zivilschutzes bejaht. Weniger bekannt scheint den Bürgern zu sein, daß Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes eine Angelegenheit der Gemeinden ist. In Bremen ist dafür der Senator für Inneres zuständig. In seinem Auftrag führt der BVS die Selbstschutz-

Ausbildung für die Bevölkerung durch.

Viele Hausbesitzer und andere Interessenten ließen sich durch BVS-Mitarbeiter über Bundeszuschüsse und steuerliche Abschreibungen beim Bau von Hausschutzräumen informieren.

Stark umlagert war ein sogenannter „Fragenbeantworter“, der unter dem Motto „Testen Sie Ihr Wissen“ jedem Besucher die Möglichkeit bot, seine Kenntnisse über den Zivilschutz und den Katastrophenschutz zu überprüfen.

Prominentester Besucher am BVS-Stand war der Präsident des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick.

NIEDERSACHSEN



Selbstschutzausbildung für Lehrer

Osterholz-Scharmbeck. Oberstudienleiter Edmund Albrecht, der Leiter der Berufs- und Berufsfachschulen des Landkreises Osterholz, fand in seinem Bemühen, hauptamtlichen Lehrkräften dieser Schulen eine Unterweisung in der Handhabung von Kleinlöschgeräten zu ermöglichen,

die Unterstützung der BVS-Dienststelle Osterholz-Scharmbeck. Ende April dieses Jahres wurden von den BVS-Lehrern Klaus Grewe und Bernhard v. Schassen, Dienststelle Stade, auf dem Gelände der Feuertechnischen Zentrale in Osterholz-Scharmbeck 62 Lehrkräfte mit den Löschgeräten vertraut gemacht, die auch in den Schulen vorhanden sind.

Schulleiter Albrecht betonte einlei-

tend, daß er sich im Bewußtsein seiner Verantwortung für die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler zu diesem Schritt entschlossen habe. Albrecht dankte den BVS-Lehrern, die im Rahmen der Aufgaben ihrer Organisation den Lehrern seines Schulbereichs eine entsprechende Aufklärung vermittelten.

Im Anschluß an diese Schulung fand – in einem kleinen Kreis – ein Ge-



Wichtig für die Brandbekämpfung: So nahe an den Brandherd gehen, als dies möglich ist. Der BVS-Lehrer zeigt, wie es gemacht wird.



Praktische Übung mit dem Kleinlöschgerät; die Kollegen beobachten kritisch diesen ersten Versuch.

sprach über zu treffende Maßnahmen statt.

Oberstudiendirektor Albrecht, der Sicherheitsbeauftragte der Schule, Meyer, und ein Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Osterholz-Scharmbeck, Bösch, kamen überein, daß der Sicherheitsbeauftragte der Schule an einem Lehrgang an der BVS-Schule in Voldagsen teilnehmen sollte. Dieser sei dann später in der Lage, entsprechende Vorschläge und Forderungen gegenüber den vorgesetzten Behörden zu vertreten.

Zusammenarbeit HVB – BVS

Einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen den Hauptverwaltungsbeamten (HVB) und dem BVS sollte eine Informationsstagung für die Gemeindedirektoren des Oldenburger

Landkreises im Rathaus von Großenkneten dienen.

Ein Einführungs-Vortrag über die strukturelle Eingliederung der Zivilverteidigung und des Zivilschutzes in das Staats- und Verwaltungswesen stellte den Sinn und die Aufgaben des Selbstschutzes in Wohn- und Arbeitsstätten besonders heraus.

Danach wurden Möglichkeiten der Zusammenarbeit beim Aufbau und bei der Förderung des Selbstschutzes in den ländlichen Gemeinden, Behörden und Betrieben behandelt.

Vertreter der Bezirksregierung Weser-Ems und des Landkreises Oldenburg erläuterten solche Maßnahmen aus ihrer Sicht. Der Leiter der BVS-Dienststelle Oldenburg gab Anregungen zur Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit und von Ausbildungsmaßnahmen in den Gemeinden.

Kurzvorführungen aus der praktischen Ausbildungsarbeit schlossen die Tagung ab.

Brandschutzübung bei der LVA

An der Brandschutzübung im zehngeschossigen Hochhaus der Lan-



Weiterführende Ausbildung: Ein „Verletzter“ wird von Helfern geborgen. Erschwerend, daß sich die „Retter“ nur kriechend bewegen können.



Auch das „Bergen aus Höhen“ gehört zur weiterführenden Ausbildung im Behördenselbstschutz.

des-Versicherungs-Anstalt in Oldenburg nahm auch die Berufsfeuerwehr teil. 500 Bedienstete der LVA-Hauptverwaltung probten den Ernstfall.

Bei dieser Aktion des Behörden-Selbstschutzes wurden innerhalb von acht Minuten sämtliche mehrgeschossige Gebäude, die zum Komplex der LVA gehören, geräumt.

Die dabei gewonnenen Erkenntnisse führten dazu, daß in den nachfolgenden Wochen vom BVS weitere 100 Bedienstete, die sich nach der Übung freiwillig zur Teilnahme an einem Se-Grundlehrgang gemeldet hatten, in mehreren Lehrgängen im Selbstschutz ausgebildet wurden. In verschiedenen weiterführenden Lehrgängen soll die Ausbildung kontinuierlich fortgesetzt werden.

Ludwig Eilers †

Mit dem Tode von Ludwig Eilers ging ein Stück „Luftschutz-Geschichte“ im Landkreis Harburg zu Ende. Mehr als vier Jahrzehnte lang hat der Verstorbene seinen Mitmenschen Rat und Hilfe gegeben, ihnen Unterricht und Ausbildung zur Selbst- und Nächstenhilfe bei Gefahren in Krieg und Frieden vermittelt.

Dem früheren Reichsluftschutzbund gehörte Eilers von 1935 bis Kriegsende an. Er trug damals mit dazu bei, den Luftschutz im Winsener Bereich aufzubauen. Als 1951 der Bundesluftschutzverband gegründet wurde, stellte sich Eilers als einer der ersten für diese damals höchst unpopuläre Aufgabe zur Verfügung. Es war ihm ein inneres Anliegen, die Bevölkerung anzuregen, eigene Schutzmaßnahmen zu treffen. In unermüdlicher Kleinarbeit baute Eilers seine Dienststelle auf, war Helfer und bemühte sich in der Bevölkerung sowie in Behörden und Ämtern um Verständnis für seine Aufgabe.

Im Jahre 1975 gab Ludwig Eilers seine Arbeit als Leiter der BVS-Dienststelle Winsen in jüngere Hände.

Für seine Verdienste, die er sich in den vielen Jahren seiner ehrenamtlichen Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit erworben hatte, wurde ihm im Jahre 1972 das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Der Eifer, mit dem Ludwig Eilers für die Sache des Selbstschutzes eingetreten ist, wird uns Vorbild und Ansporn sein.

Oberamtsrat Günter Gröger nahm Abschied

Körtlinghausen. Der Leiter des Katastrophenschutzes der Deutschen Bundespost im Bundespostministerium, Oberamtsrat Günter Gröger, verabschiedete sich in einer Feierstunde in der BVS-Schule in Schloß Körtlinghausen von den Mitarbeitern des BVS.

Landesstellenleiter Kopsieker würdigte die überaus erfolgreiche Tätigkeit des Oberamtsrates, die den Zeitraum von den ersten Anfängen des Selbstschutzes bei der BP bis heute umfaßt. Der derzeitige Ausbildungs- und Organisationsstand des Selbstschutzes bei der BP ist vorbildlich – auch für alle anderen Behörden.

Kopsieker überreichte dem Scheidenden ein Dankschreiben des Direktors des BVS und übermittelte ihm die Grüße aller Mitarbeiter, insbesondere der Landesstelle und der Schule NW. Auch Schulleiter Awiszus und Oberamtsrat Diekmann, OPD Dortmund, hielten Ansprachen und überreichten Abschiedsgeschenke.

Gröger dankte den Mitarbeitern des BVS für die außerordentlich gute Zusammenarbeit; er schilderte die Entwicklung des Katastrophenschutzes der Bundespost und würdigte den großen Anteil, den der BVS an der Aufstellung und Ausbildung dieser Kräfte hat. Über 40 000 Helfer der Bundespost sind bisher vom BVS ausgebildet worden; diese sind in 1300 Katastrophenschutz-Zügen zusammengefaßt.

Übung mit dem „Schwarzen Jakob“

Gelsenkirchen. Mitarbeiter eines großen Gelsenkirchener Kaufhauses übten mit dem „Schwarzen Jakob“. „Jakob“ muß allerdings gegen Stöße, Puffe und sogar Flammen unempfindlich sein, weil er bei Brandschutzübungen des BVS herhalten muß.

Jetzt ließen sich 19 Angehörige der Betriebswehr dieses Kaufhauses in Brandbekämpfungs- und -schutzmaßnahmen unterweisen. Abschließender Höhepunkt war eine Rettungsübung mit „Jakob“ auf dem ehemaligen Kasernengelände an der Adenauer-Allee unter Leitung von BVS-Fachlehrer Gerhard Berner.

Der BVS hat für die nächsten Monate bereits Meldungen von Behörden, Banken und anderen Einrichtungen vorliegen, die ihre Mitarbeiter ebenfalls im Brandschutz schulen lassen wollen.

Selbstschutzwissen wird erweitert

Düsseldorf. Kenntnisse im Selbstschutz können bei Unglücks- und Schadensfällen aller Art lebensrettend sein. Rund 40 000 Personen haben in Düsseldorf bisher an entsprechenden Unterweisungen teilgenommen.

Jetzt bietet das städtische Zivilschutzamt in Zusammenarbeit mit dem BVS allen Bürgern, die bereits an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilgenommen haben, Gelegenheit, ihre erworbenen Kenntnisse zu erweitern.

Der erste Ergänzungslehrgang fand bereits im Mai statt. Der Themenkatalog umfaßt, neben vorbeugendem und abwehrendem Brandschutz, auch die Trinkwasseraufbereitung in Ausnahmesituationen.

Mehr ehrenamtliche Mitarbeiter

Detmold. Im Bereich der BVS-Dienststelle Detmold wurden im vergangenen Jahr 270 Veranstaltungen durchgeführt. Rund 6700 Bürger ließen sich über den Selbstschutz informieren. Dazu zählten auch 115 Lehrgänge von zwölf Stunden Dauer. Dienststellenleiter Friedrich hat für das Jahr 1978 bereits weitere ehrenamtliche Helfer verpflichtet, die ihn bei seiner Arbeit zum Wohle der Bevölkerung unterstützen sollen.

Info-Tagung für Amts- und Behördenleiter

Eine ursprünglich an der BVS-Schule in Körtlinghausen geplante Tagung mußte kurzfristig nach Monschau-Kalterherberg in der Eifel verlegt werden. Der BVS-Dienststellenleiter von Aachen, Janke, eröffnete die Tagung. Fachbearbeiter Cabel sprach danach sehr anschaulich über die zivile Verteidigung, den Zivilschutz, den Schutzraumbau und das



Amtschefs und Behördenleiter bei der Vorführung der Einstellspritze.

Katastrophenschutzgesetz. Nach dem Abendessen besichtigte man in Gemünd eine Brauerei.

Der Selbstschutz-Sachbearbeiter der Stadt Düsseldorf, Vogelbusch, hielt am nächsten Morgen zum Thema „Die Aufgaben der Gemeinde bei Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“ einen Vortrag.

Seine Ausführungen waren für die Teilnehmer, die in ihren Verwaltungen eine entsprechende Verantwortung tragen, sehr interessant.

Am Nachmittag referierte Fachbearbeiter Daennert über das Thema „Wirkungen moderner Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten“. Der Tag wurde mit praktischen Vorführungen aus dem Selbstschutz-Grundlehrgang abgeschlossen. Die Behördenleiter übten selbst, Kleinbrände zu löschen.

Sehr eindrucksvoll war das Ablöschen brennender Personen mit Hilfe einer Decke. Bergeübungen mit anschließenden lebensrettenden Sofortmaßnahmen beendeten die Vorführungen.

Am letzten Tag sprach Oberkreisdirektor Dr. Janssen über das Thema „Zivilschutz in unserer Zeit“.

Die Teilnehmer vertraten in der anschließenden Diskussion den Standpunkt, daß ihnen durch dieses Seminar der Zivilschutzgedanke und seine Notwendigkeit deutlicher geworden seien. Sie würden bemüht sein, in Zukunft in ihrem Bereich den BVS nach besten Kräften zu unterstützen.

Ein erstes praktisches Ergebnis dieses Seminars: Leitender Regierungsvermessungs-Direktor Müller, der Leiter des Amtes für Agrarordnung, gab bekannt, daß die Mitarbeiter in seinem Hause an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teilnehmen werden.

BVS auf der 55. DLG-Ausstellung

In der Zeit vom 27. April bis 4. Mai 1978 fand in Frankfurt die 55. DLG-Ausstellung – Internationale Landwirtschaftsschau – statt.

Die DLG-Ausstellungen gehören seit Jahrzehnten zu den Ausstellungen mit hohen Besucherzahlen. Es lag daher nahe, daß auch der BVS vertreten sein sollte. Bereits Mitte 1977 wurden die ersten Vorbereitungen getroffen und in Absprache mit der Bundeshauptstelle beschlossen, den Informationsstand „Vorsorge in Grün“ einzusetzen.

Bereits am 27. April 1978 – der Besuch war an diesem Tage Händlern, Fachleuten, der Presse und DLG-Mitgliedern vorbehalten – war reger Besucherverkehr am Ausstellungsstand zu verzeichnen.



Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Ertl, läßt sich am BVS-Stand „Vorsorge in Grün“ informieren.

BVS-Landesstellenleiter Heldmann und Dienststellenleiter Wagner konnten im Rahmen des offiziellen Rundgangs der Ehrengäste den Bundesminister für Ernährung, Landwirt-



Auch der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Görlach – 2. v. r. – ließ sich von BVS-Landesstellenleiter Heldmann – rechts im Bild – den Stand erklären.

schaft und Forsten, Ertl, und den Hessischen Minister für Landwirtschaft und Umwelt, Görlach, am Stand begrüßen. Die Minister zeigten sich von der Gestaltung des Standes sehr beeindruckt und wünschten dem BVS viel Erfolg bei der Ausstellung und seiner weiteren Arbeit.



Bundesminister Ertl im Gespräch mit BVS-Landesstellenleiter Heldmann.

Am 30. April fand am Ausstellungsstand des BVS eine Pressekonferenz statt. Die Pressevertreter zeigten reges Interesse für die Aufgaben des BVS und erklärten sich bereit, den Verband im ländlichen Raum zu unterstützen.

Der Hessische Rundfunk (HR) – Abt. Landfunk – vereinbarte mit dem Standleiter ein Kurzinterview. Dieses wurde am 2. Mai 1978 im Rahmen der Sendung „Haus und Garten“ live vom Messegelände übertragen.

„Vorsorge in Grün“ erregte wegen seiner ausgezeichneten Gestaltung großes Interesse. Im Verlauf der Ausstellung besuchten über 45 000 Messegäste den Stand. Zahlreiche Einzelberatungen wurden von den haupt- und ehrenamtlichen Betreuern des BVS durchgeführt.

Dr. Paul Kolb in Fritzlar

Bundestagsabgeordneter Hermann Stahlberg (CDU) hatte den Präsidenten des BZS zu einem Besuch der Zentralwerkstatt des Katastrophenschutzes in Fritzlar eingeladen. Der CDU-Kreisverband nahm diese Gelegenheit wahr, um eine öffentliche Veranstaltung unter dem Motto: „Zivilschutz – unverzichtbarer Bestandteil der Gesamtverteidigung“ durchzuführen und dazu den Präsidenten als Redner zu gewinnen. Die Veranstaltung war gut besucht. In seinem Vortrag würdigte Dr. Kolb auch die Arbeit des BVS. Er bedauer-

te, daß Bemühungen, die Bevölkerung für eine verstärkte Mitarbeit im Selbstschutz zu gewinnen, vielerorts auf eine Hemmschwelle trafen. Seine Erläuterung der „Schweizer Studie“, wonach sich bei kriegerischen Auseinandersetzungen das Verhältnis militärischer Verluste zu den Ziviltoten immer mehr zuungunsten der Zivilbevölkerung verschoben habe, erzeugte bei den Zuhörern sichtlich Betroffenheit.

Dr. Kolb wies auf die beträchtlichen Vorleistungen des Staates hin und erwähnte besonders den Warndienst, der seinesgleichen in Europa suchen könne. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran aufkommen, daß zum Funktionalisieren des Warndienstes der Schutzraumbau gehöre, der ein unverzichtbarer Bestandteil des Schutzes der Bevölkerung sei, wenn man den Aufbau eines Zivilschutzes ernst nehme. Der Hinweis, daß die Bundesregierung die Bezuschussung für die Errichtung von privaten Schutzplätzen wieder aufgenommen habe, wurde mit Beifall bedacht. Bei der sich anschließenden Diskussion kam auch die Situation des Selbstschutzes im Landkreis „Schwalm-Eder“ zur Sprache.

Dr. Kolb nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die BVS-Dienststelle Kassel im Landkreis „Schwalm-Eder“ seit langem in fast allen Gesamt-, Haupt- und Realschulen Vorträge hält und Selbstschutz-Grundlehrgänge durchführt. Weil der Weg zum Verständnis und zur freiwilligen Mitarbeit im Selbstschutz sehr lang ist, sei es notwendig, schon in den Schulen damit zu beginnen, betonte der Präsident. Beifällig nahm die Versammlung zur Kenntnis, daß die Betriebe im Landkreis die Ausbildung durch den BVS nutzen.

Der Leiter des Amtes für Zivilschutz, OAR Ströhler, überbrachte Grußworte des Landrates und betonte, daß der Landkreis alles unternehmen werde, um die Arbeit des BVS zu unterstützen und zu erleichtern. Der Kreis wird in der ersten Septemberwoche einen „Tag der offenen Tür“ durchführen, dabei soll dem Selbstschutz ein besonderer Platz eingeräumt werden.

MdB Stahlberg führte aus, er werde immer wieder daran erinnern, daß das Mißverhältnis zwischen militärischer und ziviler Verteidigung abge-

baut werden muß. Innenausschuß und Verteidigungsausschuß des Bundestages seien sich hierüber einig. Das Parlament habe diese Vorschläge bisher aber noch nicht verwirklicht.

Der Leiter des Politischen Arbeitskreises Fritzlar der CDU, Hax, erklärte, daß er mit dem Arbeitskreis eine Informationstagung des BVS besuchen werde. Es sei wichtig, daß auch die Politiker aus dem Landkreis einmal eine solche Veranstaltung besuchten.

Behördenselbstschutz übt in Birkenfeld

Auch bei der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, ist die Mitarbeit im Behördenselbstschutz freiwillig. Fast alle Helfer haben bisher einen Grund- und einen Fachlehrgang beim BVS besucht. Anfang Mai führten die Lehrkräfte der Fahrbaren Schule des BVS einen Brandschutz-Lehrgang durch. Damit die Helfer, die sonst ganz andere Aufgaben bei der Bundesbank wahrnehmen – in der Verwaltung, im Büro, als Fahrer, im Geldbearbeitungs- oder Sicherungsdienst, als Sekretärin oder bei der EDV – einsatzbereit bleiben, werden von Zeit zu Zeit Wiederholungslehrgänge durchgeführt.

Eine solche Veranstaltung für Brand-

schutz-, Bergungs- und Ersthelfer fand vom 22. bis 24. Mai 1978 an der BVS-Schule in Birkenfeld statt. Vorbedingung war, daß alle Teilnehmer den Grund- und jeweiligen Fachlehrgang absolviert hatten. Gemeinsam fuhren 36 Personen mit einem Reisebus nach Birkenfeld, wo sie in dem modernen Neubau der BVS-Schule freundlich empfangen wurden. Sie fanden gute Unterkunft und erhielten eine ausgezeichnete Verpflegung.

Nach Begrüßung durch Schulleiter Schnittker ging es gleich an die Lösch-, Bergungs- und Sanitätstrupp-Geräte. Eine knappe Einweisung – dann kam die Praxis im Übungsgelände.

Die Brandschutzhelfer trugen einen Löschangriff vor; dabei waren die entsprechenden Löschmittel und -geräte einzusetzen, um ein Holzfeuer (Mittelbrand), einen Flüssigkeitsflächenbrand (Ölbrand) und einen Alu-Spänebrand zu löschen.

Der Sanitätsdienst übte mit Verletzten-Darstellern. Es mußten behelfsmäßige Verband- und Polstermittel hergerichtet und die „Verletzten“ entsprechend gelagert, betreut und transportiert werden. Mit den wirklichkeitsnahen Verhältnissen wurden die Helfer erstaunlich gut fertig.

Die Bergungsübung begann mit der

Unterweisung in der Handhabung und im Gebrauch von Leinen und Hebewerkzeugen. Der Transport „Verletzter“ und das „Bergen aus Höhen und Tiefen“ wurde im Trümmerhaus und im Gelände geübt. Neu war für alle ein erst kurz vorher beschafftes Mehrzweckgerät. Nach kurzer technischer Einweisung wurde auch ein Stromerzeuger, 5 kVA, in Betrieb genommen. Von diesem aus können mittels zweier Steckdosen über lange Kabelleitungen die elektrischen Bohrer, Trennschleifer, Leuchten oder Sägen angeschlossen werden. So ist es möglich, den Motorlärm und die Abgase vom Einsatzort fernzuhalten, was sich – besonders in Räumen – günstig auswirkt.

Die Helfer arbeiteten mit starkem persönlichem Engagement. Jeder wollte jedes Vorsatzgerät kennenlernen; die ersten beiden Staffeln sind denn auch komplett eingewiesen worden. Bei einer „großen“ Übung arbeiteten Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienst sehr gut zusammen, das Ergebnis war recht positiv.

Auch die neuen Filme, die die Teilnehmer kennenlernten, waren beeindruckend. Auf der gemeinsamen Heimfahrt wurde gefachsimpelt. Erstaunlich, daß sich da gerade diejenigen zu Wort meldeten, die vorher nur still mitgemacht hatten.

Bayern



Selbstschutz auch im Frieden wichtig

Einen eindringlichen Appell richtete der Further 1. Bürgermeister, Dimpfl, an die Grenzstadtbevölkerung. Er betonte die Notwendigkeit des Selbstschutzes, der Selbsthilfe, und bat darum, die Arbeit des „Selbstschutzes“ aktiv zu unterstützen. „Was der Bundesverband für den Selbstschutz unternimmt, geschieht für jeden einzelnen von uns,“ sagte Dimpfl auf einer gut besuchten Informationsveranstaltung des BVS. An der Veranstaltung nahmen zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens teil, unter ihnen auch Stadträte und Vertreter von Bundesbehörden und Katastrophenschutz-Organisationen. BVS-Dienststellenleiter Ing. Michalek, Cham, führte aus, daß der Bevölkerung die Bedeutung des Selbstschutzes noch besser verdeutlicht werden müsse. Es gebe eine Reihe von Be-

trieben, die ihre Arbeitnehmer zu den Se-Grundkursen geschickt hätten; der Arbeitsausfall werde von den Unternehmen getragen. „Dieses materielle Opfer . . . ist anerkennenswert.“

25 Vertreter von Behörden und Firmen nehmen zur Zeit an Se-Grundlehrgängen für Brand- und Katastrophenschutz sowie für Erste Hilfe teil; 150 Hauptschüler der 9. Klasse besuchen einen zwölfstündigen Grundkurs, der mit der Aushändigung einer Teilnahmebescheinigung endet.

Selbstschutz-Fachlehrer Pischkale von der FAASt Regensburg hielt einen Vortrag über die Problembereiche, die mit dem Selbstschutz und der Zivilverteidigung im Zusammenhang stehen. Anhand des Farbfilms „Schutzbündnis“ zeigte er die Zusammenarbeit der verschiedenen Freiwilligenorganisationen – Technisches Hilfswerk, Feuerwehr, Wasser-

wacht, Bergwacht, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft – auf.

Starken Eindruck machte auf die Anwesenden auch die Vorführung eines Hiroshima-Filmes, den die US-Army nach dem Abwurf der Atombombe aufgenommen hatte.

Dieser Film führte in überzeugender Form auch die Folgen der Langzeitwirkung bei einem Atombombenabwurf vor Augen.

Bürgermeister Dimpfl machte den Vorschlag, im Landkreis Cham eine Übung des Selbstschutzes zu veranstalten. Wenn der Ernstfall (Katastrophe im Frieden oder im Krieg) exakt und öffentlich durchexerziert werde, könne man den gleichgültigen Zweiflern die Notwendigkeit der Selbstschutz-Maßnahmen drastisch vor Augen führen.

Wanderausstellung fand Beachtung

Die BVS-Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ war in Rheinland-Pfalz – sie wurde in Frankenthal und Ludwigshafen gezeigt – ein voller Erfolg. Behörden und Katastrophenschutz-Organisationen beteiligten sich oder gaben ihre Unterstützung. Nimmt man das Planungsziel, durch direkte Informationen beim Bürger besseres Verständnis für den Katastrophenschutz zu wecken, als Ausgangspunkt, dann war Ludwigshafen sogar ein Volltreffer. Interessierten sich doch nahezu 7000 Bürger für die Ausstellung und die Vorführungen der mitwirkenden Organisationen. Täglich kamen im Durchschnitt nahezu 1000 Menschen.



Aufmerksam folgen die Besucher der Ausstellung den Erklärungen eines Helfers der Katastrophenschutz-Organisationen.

Zum Zeitpunkt der Ausstellung feierte die Stadt Ludwigshafen Anfang Juni ihr 125jähriges Bestehen als Gemeinde; die zahlreichen Besucher überraschten also. Das offensichtliche Interesse wird damit erklärt, daß Ludwigshafen und Frankenthal Industriestädte sind, in denen die chemi-



Katastrophenschutz-Helfer demonstrieren die Bergung eines „Verletzten“.

sche Industrie dominiert. Die Bürger dieser Städte haben Naturkatastrophen und große Explosionen auch außerhalb der Zeit der Kriege miterlebt. Oberbürgermeister Dr. Werner Ludwig betonte, daß die vergangenen Tage gezeigt hätten, wie schnell ein Katastrophenfall eintreten könne. Er dankte dem Leiter der BVS-Dienststelle Ludwigshafen, Werner Schnur, dem Beigeordneten Karl-Horst Tischbein und allen an der Wanderausstellung beteiligten Organisationen für ihr Mitwirken. Jeder Bürger solle wissen, daß Ludwigshafen für Katastrophenfälle vorbereitet sei; entsprechend müsse aber auch er selbst für den Notfall gerüstet sein.

Der gute Besuch der Ausstellung und der Vorführungen bewies, daß die Bedeutung des Katastrophenschutzes in Ludwigshafen im Bewußtsein der Bevölkerung verankert ist. Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Malteser-Hilfsdienst (MHD), Technisches Hilfswerk (THW), die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), die Polizei, Wasserschutzpolizei, Feuerwehr, die Technischen Werke und Organisationen der Stadt leisteten in Ludwigshafen hervorragende Arbeit. Sie alle haben mit wirklichkeitsnahen Einsatzübungen gezeigt, daß sie im Ernstfall reibungslos zusammenarbeiten können.

Die Sonderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ hat in Zusammenarbeit mit den Katastrophenschutz-Organisationen für Stadt und Land ein Beispiel gegeben.

„Katastrophenalarm“ im Postamt

„Im Untergeschoß ist eine Gasleitung explodiert. Dem Hauswart gelang es, die äußere Gaszufuhr abzustellen. Im Dachgeschoß ist gleichzeitig ein Brand ausgebrochen; der Hauswart verständigt sofort den Katastrophenschutzleiter im Postamt, Helmut Geib, der die Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsstaffel des Postamtes alarmiert. Beim Eintreffen der Hilfeinheiten werden der Hauswart und zwei weitere Bedienstete vermißt.“

Dies war die Übungslage beim Postamt in Bingen. 20 Helfer gehen in den Einsatz. Die Brandschutzstaffel



Die Bergungsstaffel des Postamtes Bingen hat „Verletzte“ geborgen und transportiert sie ab.

versucht, am gegenüberliegenden Hydrantenanschluß in der Mainzer Straße Wasser zu entnehmen; doch das klappt nicht, neben dem Hydranten versperrt ein parkendes Auto den Platz. Am nächsten Hydranten treten Mängel technischer Art auf. Schließlich ertönt dann doch das Kommando „Wasser marsch“.

Die Bergungsstaffel durchsucht inzwischen das Amtsgebäude nach den Vermißten. Sie werden, alle mit „schweren Verletzungen“, jammern und stöhnend aufgefunden. Nun beginnt der Einsatz der Sanitäter: Soforthilfe-Maßnahmen, Abtransport – unter zum Teil recht schwierigen Bedingungen – zum Sammelplatz. Danach die weitere Versorgung.

Für Helmut Geib, den Selbstschutzleiter im Postamt, war diese Übung die erste Großübung der drei Selbstschutzstaffeln. Beobachter von der Oberpostdirektion Koblenz und vom Bundesverband für den Selbstschutz verfolgten aufmerksam die Einsätze.

Bei der anschließenden Manöverkritik gab es Lob für die Einsatzbereitschaft der Beteiligten, doch auch Kritik an den sichtbar gewordenen Mängeln.



Manöverkritik nach dem Alarm: in der Mitte der Bezirks-KatS-Leiter der OPD Koblenz, Scheib; rechts im Bild KatS-Leiter Geib, Postamt Bingen; links: K. Deginder, BVS.

BVS beim Tag der offenen Tür

Saarpfalz-Kreis, Bexbach. Der Bundesverband für den Selbstschutz hatte zum „Tag der offenen Tür“ eine Ausstellung mit dem Thema „Der Mensch im Mittelpunkt“ organisiert. Zu diesem „Tag der offenen Tür“ hatte der Zugführer des Fernmeldezuges Bexbach, Berdy Schuck, eingeladen; gekommen waren zahlreiche Vertreter der Verwaltungen, darunter auch der Landrat des Saarpfalz-Kreises, Albert Schwarz, Vertreter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz beim Landratsamt sowie Kreistagsmitglied Erwin Hach (CDU). An der Ausstellung war außerdem die mobile Funkleitzentrale der Regierung des Saarlandes beteiligt, die bei der Berufsfeuerwehr in Saarbrücken stationiert ist.

Der BVS zeigte mit seiner Ausstellung, wie Selbstschutz im Ernstfall, bei Unglücks- und Katastrophenfällen, als Aufgabe für jeden einzelnen zu sehen und nicht auf die Gemeinde, die Stadt oder auf den Staat abzuwälzen ist. Diese Ausstellung war mehr als notwendig. So zeigte es sich, daß ein Handfeuerlöcher in Wirklichkeit für allenfalls 30 Sekunden reicht; ein Tanklöschfahrzeug mit einem Fassungsvermögen von 2400 Litern ist nach knapp zehn Minuten leer.

15 Tafeln, Anschauungsmaterial und Modelle gehen eindringlich auf die Themen „Selbstschutz“, „Katastrophenschutz“ und „staatliche Maßnahmen“ ein. Wer weiß schon, wieviel Lebensmittel als Vorrat für eine Person für die Dauer von zwei Wochen benötigt werden? Der BVS zeigte es. Wer hat normalerweise schon ein „Notpaket“ bereit, in dem Wäsche, Waschzeug und anderes Notwendige enthalten ist, wer seine wichtigen Dokumente und Unterlagen so verpackt, daß sie gegen Feuer gesichert und dazu gleich griffbereit sind? Ein Überblick über die Vorsorgemaßnahmen, die die Bundesregierung für den Zivilschutz bereits getroffen hat und weiterhin plant, wurde auf der Ausstellung ebenfalls gegeben.

Jugendliche sind interessiert

Blieskastel-Aßweiler/Biesingen. Zahlreiche Jugendliche aus den Stadtteilen Aßweiler und Biesingen nahmen kürzlich an einem Selbstschutz-Grundlehrgang teil, den die Dienststelle Saar-Pfalz des BVS durchführte. Sie wurden darüber aufgeklärt, wie sie sich selbst und auch anderen bei Unfällen und Naturkatastrophen helfen können. Der Lehrgang wurde so gut aufgenommen, daß ein Folgekurs stattfinden soll.

Drei Abende lang wurden die Kursteilnehmer praktisch und theoretisch in Selbstschutz-Maßnahmen im Verteidigungsfall und im zivilen Bereich eingewiesen. Selbstschutz-Fachlehrer Ranft und sein Kollege Abel von der fahrbaren Schule der BVS-Dienststelle Neunkirchen verstanden es, die jugendlichen Lehrgangsteilnehmer für den Stoff zu begeistern.

„Schützen-Retten-Helfen“, unter diesem Motto führt der BVS auch Lehrgänge im Rahmen der Erwachsenenbildung durch. In vielen Fällen verlaufen Unfälle nur deshalb tödlich, weil zu spät Hilfe geleistet wird. Ehe ein Arzt am Unfallort eintreffen kann, vergeht kostbare Zeit. Allzu häufig stehen die Menschen hilflos herum, weil sie nicht wissen, wie geholfen werden kann.

Der Grundlehrgang verlief keinesfalls langweilig. Trockene Theorie wurde durch die Vorführung realistischer Filme über lebensrettende Maßnahmen aufgelockert. „Mit Freude waren die Jugendlichen bei der Sache, vor allem bei der Praxis“, erklärte Selbstschutz-Fachlehrer Ranft, „beim Umgang mit Feuerlöschern und dem Ablöschen in Brand geratener Kleidung ebenso wie beim Anlegen von Verbänden, der Bergung verletzter Personen oder der Mund-zu-Mund-Beatmung.“

Die Lehrgangsteilnehmer wurden über die Bedeutung der unterschiedlichen Sirensignale informiert und erfuhren das Wichtigste über den Zivilschutz in Friedens- wie in Kriegzeiten. Nach Abschluß des Selbstschutz-Grundlehrganges erhielt jeder eine Teilnahmebescheinigung.

Merzig baut öffentliche Schutzräume

Kürzlich konnte ein aus dem Zweiten Weltkrieg stammender Luftschutzstollen in Merzig – nach eingehender Renovierung und Ausstattung mit allen technischen Erfordernissen – der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Der Schutzraum ist für die Schüler nahegelegener Schulen bestimmt. Fast 500 Personen können darin Schutz finden.

Bürgermeister Anton begrüßte anlässlich der offiziellen Übernahme durch die Stadt eine Reihe prominenter Vertreter staatlicher und kommunaler Ämter. Er betonte, daß das Katastrophenschutzgesetz den Gemeinden die Durchführung des Schutzes der Bevölkerung zur Pflicht mache.

Allerdings müsse dies den örtlichen Umständen und Möglichkeiten angepaßt werden; das betreffe auch die Finanzierung. Für diesen Schutzraum habe der Staat insgesamt DM 315 000 zur Verfügung gestellt, davon konnten alle Arbeiten bezahlt werden.

Anton gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Anlage niemals ihrem vorgesehenen Zweck dienen möge.

Architekt Glaser, der die Planung und Bauleitung hatte, gab technische Erläuterungen. Er stellte heraus, daß die Schutzanlage den Normen des Grundschutzes entspreche. Rund 16 Meter gewachsener Buntsandstein liegen über den vier Rundgewölberräumen, deren Luftversorgung mit Hilfe von Überdruck-Lüftern über zwei Filteranlagen geregelt werde.

Bei Stromausfall werde mit Handbetrieb gearbeitet; Schleusen mit druck- und gassicheren Türen schließen im Notfall die Anlage von der Außenwelt hermetisch ab. Die Anlage gewährt Schutz gegen Trümmer, Brand, radioaktiven Niederschlag sowie biologische und chemische Kampfstoffe.

Bürgermeister Anton verwies darauf, daß sich zur Zeit noch ein weiterer Schutzraum für 1000 Personen in einer Tiefgarage im Bau befinde, der später dem Publikum im Stadtzentrum zur Verfügung stehen solle.

Professoren appellieren an Abgeordnete

„Einige europäische Staaten messen dem Schutzraumbau große Bedeutung bei. In der Bundesrepublik wird dieses wichtigste Kernstück eines wirkungsvollen Selbstschutzes jedoch noch sehr vernachlässigt.“

BVS-Dienststellenleiter Erich Wenzel machte diese Ausführungen im Verlauf einer Ausbildungsveranstaltung, die im Rahmen des Behördenselbstschutzes der Universität Heidelberg durchgeführt wurde.

Die Professoren und ihre Mitarbeiter, die an der Veranstaltung teilnahmen, waren von der Diskrepanz zwischen den Anstrengungen der Bundesrepublik und denen anderer Staaten auf diesem Gebiet so beeindruckt, daß sie spontan einen Appell an die Bundestagsabgeordneten im Bereich Heidelberg richteten.

Darin heißt es:

„Am 20. und 21. Februar 1978 haben Angehörige der Universität Heidelberg einen Kurs des Bundesverbandes für den Selbstschutz besucht.

Sie wurden mit Bildern des Grauens konfrontiert und erfuhren, daß es keinen wirksameren Schutz bei Atomangriffen gäbe als den Luftschutzkeller. Sie erfuhren ferner, daß in der . . . Schweiz 80 % der Bevölkerung auf diese Weise geschützt seien, im Land Baden-Württemberg dagegen nur 1,4 %.

Wohl keiner, der nicht erschüttert war über die mangelnde Courage von Regierung und Bundestag, für eine – wie in der Schweiz – gesetzlich vorgeschriebene Einrichtung von Luftschutzkellern in Neubauten – und einen entsprechenden Umbau von alten Häusern einzutreten. Mit Abschreibungsmöglichkeiten allein ist es nicht getan. Daß ein solches Gesetz von finanziellen Hilfen des Staates begleitet sein muß, versteht sich von selbst. Doch dürfte in der Frage des Überlebens einer Nation das finanzielle Opfer keine Rolle spielen. Vermutlich wird es gar nicht größer sein, als man es beim Bau einer Garage als selbstverständlich hinnimmt.

Die Unterzeichnenden bitten Sie hiermit dringend, das Thema Ihrer

Fraktion vorzutragen mit dem Ziel, daß diese die . . . verständlichen politischen und psychologischen Hemmungen überwindet und die nötige Gesetzesvorlage einbringt.“

Aktivitäten in Heilbronn

Zehn ehrenamtliche Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Heilbronn hatten neun Tage lang Gelegenheit, am BVS-Stand auf der 6. „Ausstellung des Unterlandes“ die Bevölkerung zu beraten. Selbstschutz-Grundlehrgang und Notbevorratung waren die hauptsächlichsten Themen. Eine reiche Auswahl lagerfähiger Lebensmittel hatte eine Firma zur Verfügung gestellt. Ein selbstkonstruiertes elektronisches Frage- und Antwortspiel „Kennen Sie Selbstschutz?“ war ständig umlagert.



Erster Bürgermeister Dr. Weinmann – links im Bild – spricht zu den Preisträgern. Neben ihm ORR Dr. Mai und BVS-Landesstellenleiter Kunde.

Von der BVS-Dienststelle wurde mit Unterstützung des Schulleiters, Studiendirektor Dr. Fischer, und zweier Lehrer im Mönchseegymnasium ein Schülerwettbewerb zum Thema „Selbstschutz“ durchgeführt. 85 Bilder und 25 Plastiken wurden der Jury zur Auswahl vorgelegt.

Die Hauptverwaltungsbeamten des Stadt- und Landkreises Heilbronn hatten Buch- und Sachpreise für die besten Arbeiten ausgesetzt. Die Preisverteilung – durch Tagespresse und Ausstellungszeitung publik gemacht – fand am Info-Stand des BVS in der Ausstellung statt. Dort waren auch die Arbeiten ausgestellt. Bei der Preisverteilung war der Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, Kunde, zugegen. Er lobte

die guten Arbeiten der Schüler und überreichte der Schulleitung ein Buch für die Schulbibliothek.

Der Erste Bürgermeister von Heilbronn, Dr. Weinmann, überreichte den Gewinnern die Preise. Er betonte, ein gut funktionierender Selbstschutz sei die Grundlage aller behördlichen Hilfsmaßnahmen. Das Thema war im Hinblick auf die Hochwasserkatastrophe in Baden-Württemberg von brennender Aktualität.

Selbstschutz-Grundlehrgang im Altenheim

Bauliche Maßnahmen allein reichen im Selbstschutz nicht aus, man muß auch entsprechende Kenntnisse über Waffenwirkungen und die Schutzmöglichkeiten dagegen haben, wenn ein Verteidigungsfall eintritt. Solche Überlegungen im Hinblick auf die hauseigenen Schutzräume eines Alten- und Pflegewohnheimes in Tuttlingen angestellt, waren ausschlaggebend dafür, einen Selbstschutz-Grundlehrgang im Heim durchzuführen. Die Leitung des Hauses und die Mehrzahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nahmen daran teil.

Ein Lehrgangsteilnehmer faßte es in Worte: „Nun werden wir unseren beruflichen Anforderungen auch in Krisen- und Notzeiten gerecht werden können; außerdem haben wir wertvolle persönliche Erfahrungen gesammelt.“

Nachruf

Zu Beginn des Jahres 1978 mußte die BVS-Dienststelle Karlsruhe von ihrer ehrenamtlichen Helferin

Maria Staudinger

Abschied nehmen.

Frau Staudinger war von 1935–1945 Mitarbeiterin im Reichsluftschutzbund. Im Jahre 1954 wurde sie Helferin im BVS. Für ihr vorbildliches Wirken für den Selbstschutz erhielt sie als sichtbare Anerkennung die goldene Ehrennadel des Verbandes. Die Helfer der BVS-Dienststelle Karlsruhe werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.



Zivilschutzangehörige aus Skandinavien zu Besuch beim THW

Während des 2. Internordischen Seminars der Zivilschutzverbände von Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland besuchten die 170 Teilnehmer am 29. Juni auch Flensburg, um sich über die dortigen Zivilschutzeinrichtungen zu informieren.

In der Mehrzweckanlage im Rathaus wurden die Gäste aus dem Norden vom Dezernenten des Amtes für Zivilschutz, Stadtrat Karl-Heinz Hagenau, begrüßt, der bei einem Rundgang die Einrichtungen erläuterte.



THW-Ortsbeauftragter Ortelt erläutert den Gästen aus dem Norden die Geräteausstattung der THW-Einsatzfahrzeuge.

Anschließend besuchten die Zivilschutzexperten den THW-Ortsverband Flensburg, wo sie Ortsbeauftragter Friedrich Ortelt empfing. Vor der Dienststelle in der Duburger Straße waren einige der Fahrzeuge und das Gerät des THW zu besichtigen.

Ortelt erläuterte den Gästen Gliederung, Aufgaben und Ausrüstung des Ortsverbandes Flensburg, der 121 aktive Mitglieder hat und aus zwei Bergungszügen, einem Instandsetzungszug und einem Fernmeldezug besteht. Seine Gäste bewirtete das THW mit Erbsensuppe aus der Feldküche. Bald nach dem Essen machte man sich gemeinsam auf den Weg, die THW-Angehörigen zeigten ihren ausländischen Besuchern noch einen Teil der Flensburger Altstadt.

Gastgeber des Internordischen Seminars war die dänische Zivilschutzorganisation Civilforsvaret og forbundet. In den ersten drei Tagen der einwöchigen Veranstaltung der Skandinavien standen praktische Themen im Vordergrund. Wie von den Verantwortlichen betont wurde, diente

die Zusammenkunft der Vertiefung der Kontakte zwischen den einzelnen Organisationen. Das erste Seminar dieser Art fand vor zwei Jahren in Christianssand in Norwegen statt, 1980 wollen sich die Teilnehmer in Schweden treffen.

K. P.

Auto aus Sielzug geborgen

Vor einer großen Zuschauerkulisse wurde an einem Montagmittag aus dem Friedrichstädter Ostersielzug von der technischen Gruppe der Polizeiabteilung Eutin und den THW-Helfern aus der Treenestadt ein Pkw geborgen.

Eine Friedrichstädterin hatte am Sonntagabend gegen 22.00 Uhr mit ihrem Pkw vor der Post gehalten, um rasch einige Briefe in den Kasten zu werfen. Wahrscheinlich wurde die Handbremse des Autos nicht fest angezogen. Plötzlich sah die Fahrerin, wie sich ihr im Leerlauf stehender Automatikwagen in Bewegung setzte und in den Burggraben fuhr.

Am Montagmorgen waren die Friedrichstädter THW-Helfer und die Polizei sofort zur Stelle. Alle Verantwortlichen sahen jedoch, daß ohne den Einsatz von Tauchern der in drei bis vier Metern Tiefe liegende Wagen nicht zu heben war. In den Mittagsstunden war es soweit: Zwei von insgesamt acht anwesenden Tauchern der Polizeiabteilung Eutin stiegen in das eiskalte Wasser des



THW-Helfer ziehen den Pkw mit der Seilwinde des Gerätekraftwagens aus dem Wasser.

Ostersielzuges. Nach wenigen Minuten verkündete ein auftauchender Sucher den Standort. Zu zweit wurde unter Wasser ein Drahtseil am Pkw befestigt, und bald danach zogen die THW-Helfer mit einer Seilwinde den ansonsten unversehrten und

„frisch gewaschenen“ Wagen aus dem Wasser. Ein Taucher überreichte der erfreuten Autobesitzerin außerdem die geborgene Handtasche mit allen Ausweispapieren.

Ca.

Auch mit 80 noch dabei

Georg Jörns, einer der Helfer der ersten Stunde im THW-Ortsverband Lauenburg, feierte im April dieses Jahres seinen 80. Geburtstag. Ortsbeauftragter Heuser und die Helfer des OV Lauenburg gratulierten ihrem Kameraden Jörns zu seinem Ehrentage und überreichten einen Zinnteller mit Ortswappen und eingraviertem Widmung.

Jörns ist ein alter „Veteran“, der schon am 24. Juli 1926 im Alter von 28 Jahren der Technischen Nothilfe beitrug und sich sofort wieder als freiwilliger Helfer zur Verfügung stellte, als am 15. Juni 1953 in Lauenburg ein Ortsverband des Technischen Hilfswerks gegründet wurde. Er erhielt damals in der Helferliste des Ortsverbandes die Nummer 12.

Auch heute noch kommt Althelfer Jörns zu jedem Kameradschaftstreffen seines Ortsverbandes. Manch gute Anregung konnte er, der im Februar 1962 bei den Einsätzen anlässlich der verheerenden Flutkatastrophe in Hamburg noch als aktiver Gruppenführer dabei war, seinen jungen Kameraden bei diesen Zusammenkünften schon geben.

Am 24. Juni feierten die Lauenburger das 25jährige Bestehen ihres Ortsverbandes. Als man dieses kleine Fest vorbereitete, stieß man bei der Durchsicht alter Presse-Ausschnitte auch auf einen Artikel, in dem von der Auszeichnung der 24 THW-Helfer des OV Lauenburg berichtet wurde, die zu Rettungsarbeiten während der Flutkatastrophe in Hamburg eingesetzt waren. Dieser Artikel trug die Überschrift „Als erster packte der Älteste zu – ein Butenhamburger.“ Hiermit war kein anderer als Georg Jörns gemeint. „Wenn wir die Liste der Namen betrachten“ – so der damalige Berichterstatter –, „fällt uns neben dem des Gruppenführers Georg Jörns (Buchhorst) das Geburtsdatum auf: 1898. Er ist 64 Jahre alt und – Butenhamburger! 1943, während der Bombenkatastrophe, verlor er Haus und Heim.“

19 Jahre später war er der erste, der sein Leben für seine Heimatstadt einsetzte, in der er einst alles verlor."

In Würdigung seiner steten Einsatzbereitschaft wurde Georg Jörns bereits im Jahre 1962 vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. Jetzt – anlässlich des OV-Jubiläums – erhielt er die Ehrenurkunde für 25jährige Mitarbeit im THW, die ihm vom Direktor des Technischen Hilfswerks in Anerkennung seiner Verdienste verliehen und vom Landesbeauftragten feierlich überreicht wurde. Voß

Verdienstvolle Helfer

Für ihre Verdienste, Treue und stete Einsatzbereitschaft wurden drei Helfer des THW-Ortsverbandes Heide geehrt: der 67 Jahre alte Herbert Guhlke, der im 75. Lebensjahr stehende Fritz Jatho und der trotz auswärtiger Berufstätigkeit im Wasserdienst äußerst engagierte Heinz Westphalen.

Landesbeauftragter Meier überreichte



Für ihre Treue und Einsatzbereitschaft wurden drei Helfer des THW-Ortsverbandes Heide geehrt (von rechts): Guhlke und Jatho; dazwischen Landesbeauftragter Meier und Ortsbeauftragter Bockelmann; als dritter Helfer Westphalen (links).

Jatho und Guhlke in einer eindrucksvollen Feierstunde die THW-Ehrenurkunden für 20- bzw. 25jährige aktive Mitarbeit und zeichnete Westphalen mit dem Helferzeichen in Gold aus. Jatho – Träger des Bundesverdienstkreuzes – habe sich als früherer Orts- und Kreisbeauftragter des THW bei den großen Sturmflutkatastrophen einen Namen gemacht und den Heider Ortsverband auf eine feste Grund-

lage gestellt. „Unter Ihrer Anleitung haben die jungen Kameraden laufen gelernt“, rief Meier dem Althelfer Herbert Guhlke anerkennend zu. Auch Heinz Westphalens langjährige aktive Mitarbeit im OV Heide wurde vom Landesbeauftragten lobend hervorgehoben und entsprechend gewürdigt. hjo

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb an den Folgen eines Verkehrsunfalles unser Kamerad

Hans-Jochen Meyer

Der Verstorbene gehörte dem THW Neumünster seit 1961 an. Er war bemüht, alle an ihn gestellten Aufgaben bestmöglich zu erfüllen und hat sich immer mit seiner ganzen Kraft für das THW eingesetzt.

Wir werden Hans-Jochen Meyer nicht vergessen und ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helferschaft des OV Neumünster

niedersachsen



Über 50 THW-Ortsverbände beim Leistungsvergleich in Bissendorf

Umfangreiche Vorbereitungen sowohl organisatorischer als auch technischer Art waren notwendig, um einen reibungslosen Ablauf des sich über drei Tage (3., 17. und 18. Juni) erstreckenden Leistungsvergleichs zu gewährleisten. Unterstützt vom THW-OV Ronnenberg unter der Leitung von Zugführer Franz Ligowski, der den Aufbau der Wettkampfbahnen übernommen hatte und für das leibliche Wohl der Teilnehmer sorgte, konnte der Hauptsachgebietsleiter Ausbildung, Friedrich Lubach, am 3. Juni um 8.00 Uhr den Leistungsvergleich auf Bezirksebene im THW-Landesverband Niedersachsen eröffnen.

Neben einer allgemeinen Überprüfung des Leistungs- und Ausbildungsstandes sowie der Einsatzbereitschaft der Ortsverbände – unter harten Wettkampfbedingungen – ging es darum, aus über 50 gemeldeten Teilnehmergruppen die drei besten Gruppen eines jeden Regierungsbezirks zu ermitteln. Diese



Kein Problem für die geübten Wettkampfteilnehmer: der Kriechgang.

Gruppen werden im Herbst zur Landesausscheidung antreten, um sich für die Teilnahme am Bundesleistungswettkampf zu qualifizieren.

Von den Helfern war ein umfassendes Wettkampfprogramm zu absolvieren, welches mit einer Wissensüberprüfung – der Beantwortung von zehn Fachfragen – begann. Dann mußten die Fahrer der Gerätekraftwagen bei einer Slalomfahrt, beim Spurschätzen und beim Schätzen der Fahrzeughöhe ihre Fahrkünste und ihr Schätzvermögen unter Beweis stellen. Handwerkliches Können demonstrieren die Helfer bei verschiedenen Auf-

gaben der Holzbearbeitung und beim Brennschneiden in besonderen Zwangslagen. Schnelligkeit und Teamgeist waren gefragt beim Bergen von „Verletzten“ aus einer 2 m tiefen Grube – die vorher ausgeleuchtet werden mußte – und dem anschließenden Transport durch einen Kriechgang, über ein 2,5 m hohes Hindernis und über einen Wassergraben.

Das Resultat errechnete sich aus der Multiplikation von Fehlerpunkten und benötigter Zeit, insgesamt lag es zwischen 1500 und 5000 Minuspunkten. Die Auswertung ergab folgenden Endstand:

Bezirksregierung Hannover:

1. THW-OV Rinteln = 2190 Punkte
2. THW-OV Lehrte = 2772 Punkte
3. THW-OV Burgdorf = 2850 Punkte

Bezirksregierung Braunschweig:

1. THW-OV Bad Leuterberg = 1560 Punkte
2. THW-OV Northeim = 1800 Punkte
3. THW-OV Göttingen = 2126 Punkte

Bezirksregierung Lüneburg:

1. THW-OV Uelzen = 1553 Punkte
2. THW-OV Cuxhaven = 2340 Punkte
3. THW-OV Lüchow = 2377 Punkte

Bezirksregierung Weser-Ems:

1. THW-OV Delmenhorst = 2305 Punkte
2. THW-OV Meppen = 2610 Punkte
3. THW-OV Wardenburg = 2880 Punkte

Nach Abschluß der Übung zeigten sich THW-Landesbeauftragter Sahlender und Ausbildungsleiter Lubach äußerst zufrieden über den guten Ausbildungs- und Leistungsstand der niedersächsischen THW-Ortsverbände. Mit einem Bestresultat von nur 1553 Fehlpunkten wartete die Wettkampfgruppe des THW-OV Uelzen auf. Sie knüpfte damit an ihre bisher größte Leistung im Jahre 1973 an. Damals stellte dieser Ortsverband den Sieger beim Bundesleistungswettkampf in Mülheim an der Ruhr.

Stabsrahmenübung „Rattenfänger“

In Hameln an der Weser, weithin auch als „Rattenfänger“-Stadt bekannt, fand die gleichnamige Stabsrahmenübung statt, bei der ein angenommener Bruch der Edertal-Staumauer – übrigens im 2. Weltkrieg grauenvolle Realität – die Ausgangslage bildete.

Zweck der Übung war die Schulung der Zusammenarbeit von THW-Führungskräften im Koordinierungsstab des Landesverbandes, der Führungsgruppe TEL Hameln und des vom THW dargestellten KatS-Stabs des HVB. Gleichzeitig sollten auch die THW-Bergungszüge aus Hameln, Rinteln, Bückeberg, Stadthagen, Holzminden und Wunstorf, der Instandsetzungszug Rinteln sowie die Versorgungsdienste Hameln auf die im Katastrophenfall zu bewältigenden Aufgaben vorbereitet werden.

Die Rahmenübung begann morgens um 7.00 Uhr. Der Bruch der Staumauer hatte eine Flutwelle ausgelöst, die sich binnen 25 Stunden auf Hameln zubewegte. Im Verlauf der ersten Übungsphase mußte die Bevölkerung durch Feuerwehr- und Militäreinheiten evakuiert werden, während die Bergungszüge des THW (bei einem erwarteten Hochwasserstand von 7,70 m) Erkundungsaufgaben übertragen bekamen.

Die zweite Übungsphase spielte, simuliert durch einen Zeitsprung, zwölf Stunden später, als der höchste Wasserstand eingetreten war und von allen Seiten Schäden an den HVB-Stab, die TEL und den Koordinierungsstab gemeldet wurden.



THW-Landesbeauftragter Sahlender begrüßte die Übungsgäste. Links im Bild Übungsleiter Siebke.

Die Führungskräfte, für die die Rahmenübung hauptsächlich gedacht war, mußten anhand der einlaufenden Schadensmeldungen reagieren und möglichst schnell die richtigen Entscheidungen treffen. Das Schwergewicht lag dabei auf dem Funkverkehr, der nach den Erfahrungen aus der Brandkatastrophe in der Lüneburger Heide meist mit den größten Fehlerquellen behaftet ist. Zu diesem Zeitpunkt – gegen 10.00 Uhr – erschienen die Gäste, Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz, der Bezirksregierung und der Stadt sowie Polizei, Bundeswehr, Feuerwehr, DRK und Ortsbeauftragte der teilnehmenden Ortsverbände. Sie waren zum Standort des Koordinierungsstabes geladen, um den herum gleichzeitig eine Fahrzeug- und Geräteschau gruppiert war.

Nach der Begrüßung der Gäste durch den THW-Landesbeauftragten für Niedersachsen, Hans Sahlender, erläuterte Geschäftsführer Siebke anhand von Karten den geplanten Übungsverlauf und die Funktionen sowie Standorte der übenden Stäbe und Einheiten. Die Aufgaben des THW-Koordinierungsstabes, der bei Katastrophen größeren Ausmaßes zum Einsatz kommt, stellte Landesbeauftragter Sahlender in seinem anschließenden Referat dar. Er ist Anlaufpunkt von THW-Einheiten, die zu überörtlichen Einsätzen auf Anforderung der Landkreise oder kreisfreien Städte bzw. Bezirksregierungen herangezogen werden können. Dabei hat der Stab, soweit nicht örtlich anderweitig geregelt, vor allem für die Erfassung sowie die personelle bzw. ausstattungsmäßige Komplettierung und Versorgung der zugeführten Einheiten zu sorgen.

Nach den Ansprachen folgte die Besichtigung der Geräteschau und der

Besuch bei den Stäben, an dem die Gäste mit großem Interesse teilnahmen.

Besonderes Lob fand dabei die Anlage der Übung, die von THW-Geschäftsführer Siebke erarbeitet worden war. Eine zwischenzeitlich angelaufene Übungsauswertung wird dazu beitragen, daß die in Hameln gesammelten Erfahrungen späteren Einsätzen zugute kommen.

THW besuchte Polizei

Die Zusammenarbeit im Katastrophenfall zwischen dem THW-Ortsverband und dem Polizeiabschnitt Uelzen war das Besprechungsthema anlässlich eines Besuches von Führungskräften des OV – unter ihrem Ortsbeauftragten Rudolf Froin – beim zuständigen Abschnittsleiter, dem 1. Hauptkommissar Quader.

Ein guter THW-Ortsverband, meinte der 1. Hauptkommissar bei der Begrüßung, sei für die Polizei ein unentbehrlicher und allzeit willkommener Partner. In Uelzen kennen sich Polizei und THW aus vielen gemeinsamen Einsätzen: den verheerenden Waldbränden des Jahres 1975 und der Explosion im Stadtcafé, dem Dambruch des Elbe-Seiten-Kanals 1976 und dem Orkan 1977. Trotzdem muß das gute Verhältnis zur Polizei laufend gepflegt werden. Wichtig sind vor allem Informationen über personelle Besetzung und Ausrüstung des THW. Die Polizei muß wissen, wer ihr Ansprechpartner beim THW ist, wie die Alarmierung erfolgt und wie schnell das THW einsatzbereit ist. Sie muß die Stärke des Ortsverbandes kennen und wissen, aus welchen Fach-Einheiten er sich zusammensetzt, über welches Gerät und welche Ausrüstung er verfügt, ob sich Spezialisten unter den Helfern befinden usw. Um im Katastrophenschutz wirkungsvoll und fruchtbar miteinander arbeiten zu können, kommt es, neben aller Technik, ganz besonders auf die persönlichen Kontakte an. Der Besuch beim Polizeiabschnitt Uelzen machte dies ganz deutlich.

Gleichzeitig vermittelte er aber auch einen interessanten Einblick in die tägliche Arbeit der Polizei mit den vielen Entscheidungsprozessen und Gefahrensituationen, die oftmals nur unter Einsatz des Lebens zu bewältigen sind.



BV Hamburg-Mitte zu Besuch in Kiel

Der Instandsetzungszug 31/55 des THW-BV Hamburg-Mitte hatte zu einer Sonderveranstaltung gebeten, die das Führen einer Einheit über längere Strecken, Lösung verschiedener taktischer Aufgaben unterwegs sowie Besichtigung von KatS-Einrichtungen in Kiel beinhaltete.

Nach kurzer Einweisung der Unterführer und Kraftfahrer ging die Fahrt nach Kiel, wo zunächst Hochwasser-schutzeinrichtungen und die Schleusenanlage Kiel-Holtenau besichtigt wurden. In der Unterkunft des THW-OV Kiel gab es dann ein schmackhaftes Mittagessen.



Die Helfer des THW-BV Hamburg-Mitte vor dem U-Boot am Marine-Ehrenmal in Laboe.

Eine Besichtigung des neuen KatS-Zentrums Kiel folgte. Die Helfer des BV Hamburg-Mitte waren von dem Neubau beeindruckt. Am Nachmittag ging es zum Marine-Ehrenmal nach Laboe.

Nach einem Abstecher und technischem Halt in Schönberg führte die Rückfahrt über Landstraßen nach Hamburg.

Alle Fahrzeuge kamen heil an, der mitgeführte Material-Erhaltungstrupp 31/86 mit MLW brauchte nicht in Aktion zu treten. H. K.

„Live“ in der Deichverteidigung

Klappe „Deichverteidigung Hamburg“, die erste.

Kameramann, Beleuchter und Toningenieur waren bereit, als im Bereich des THW-Landesverbandes Hamburg ein Teil eines Lehrfilmes über die Aufgaben und Einsatzmöglichkeiten des Technischen Hilfswerkes in der Deichverteidigung gedreht wurde.

Das Kamerateam der Expo-Film München hatte sich sehr kurzfristig ange-sagt, so daß die Filmaufnahmen mit einer Alarmübung verbunden wurden und auf Proben verzichtet werden mußte.

Als erstes wurde in der Einsatzzentrale der Feuerwehr Hamburg – übrigens die modernste Europas – der Ablauf der Alarmierung des Koordinierungsstabes bei verschiedenen Wasserstandsstufen aufgenommen.

Nachdem die Mitglieder des Koordinierungsstabes über den Computer der Feuerwehr mit Funkalarmempfängern alarmiert worden waren, drehte das Team die Arbeit der Stabsmitglieder im Landesverband. Unter der Leitung von Hauptsachgebietsleiter Kellner wurden die Kräfte der verschiedenen THW-Bezirksverbände alarmiert und an die angenommenen Schadensstellen beordert.

Der zweite Drehtag führte das Filmteam an eine Schadensstelle im Süden der Hansestadt, den Dreikaten-Hauptdeich. Helfer des BV Hamburg-Harburg waren hier bei eisiger Kälte und starkem Wind eingesetzt, um die Schadensstelle am Deich mit Planen und Sandsäcken abzudichten. Auch das Filmteam hatte mit der schlechten Witterung zu kämpfen, erhielt aber so ein wirklichkeitsgetreues Bild über den Einsatz der Helfer in der Deichverteidigung.

Nach Wechsel des Drehortes zeigte eine andere Gruppe das Füllen von Sandsäcken und die anschließende Verladung. Den Abschluß des Tages bildeten Aufnahmen an einem Fluttor.

Bei bestimmten Hochwassersituationen werden die Fluttore von den THW-Helfern mit einem Notstromaggregat geschlossen, um die dahinterliegenden Stadtteile vor dem auflaufenden Wasser zu schützen. Da beim Fahren der Fluttore Straßen gesperrt werden müssen, leistete die Hamburger Polizei dankenswerterweise Hilfe und führte die Verkehrsregelung durch.

Nach Aussage der Filmprofis haben sich die THW-Laienschauspieler gut dargestellt und ein realistisches Bild der Deichverteidigung geboten. A. K.

Die Verpflegung der 20 000

Mehr als 30 000 Menschen beteiligten sich am traditionellen Lauf um die

Außenalster, der jedes Jahr von einer großen Hamburger Tageszeitung veranstaltet wird. Die Verpflegung der müden Wanderer hatte im Rahmen einer wirtschaftlichen Leistung das THW übernommen. Sieben Feldküchen bereiteten insgesamt 20 000 Portionen Linsensuppe.



Dicht umringt: die THW-Feldküchen, die 20 000 Portionen Linsensuppe ausgaben.

Zeitweise war der Andrang so groß, daß die Helfer mit der Essensausgabe nicht nachkamen. Zu guter Letzt ist aber noch jeder satt geworden. Für die Verpflegungstrupps des LV Hamburg war dieser Einsatz eine wichtige Bereicherung ihrer Ausbildung. A. K.

Nachruf

Im Mai 1978 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Kamerad

Karl-August Kunhäuser

Er war seit Oktober 1971 ein aktiver, verlässlicher THW-Helfer des Ortsverbandes Esslingen. Im November 1977 kam er zum Bezirksverband Hamburg-Wandsbek.

Wir werden den THW-Kameraden nicht vergessen.

Der Bezirksbeauftragte Hamburg-Wandsbek und die Helfer des BV Hamburg-Wandsbek

Bremen



Nachruf

Wir trauern um unseren Kameraden

Dietmar Richter

vom Instandsetzungszug Bremen-Hastedt. Er verstarb kurz nach Vollendung seines 20. Lebensjahres an einem tückischen Leiden.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Bremen-Hastedt

Großer Empfang für die Helfer aus der Bretagne

Nach langer Fahrt mit dem Sonderzug bis Saarbrücken und mit Dienst-Kombis weiter zum Flughafen Frankfurt landeten die eingesetzten Helfer des THW und der Feuerwehr am 11. Juni um 19.15 Uhr auf dem Flughafen Tegel. Nach kurzer Begrüßung fuhr man gemeinsam zur Landesbranddirektion, wo der Senator des Innern, Peter Ulrich, die Helfer empfing und ihnen den Dank des Senats von Berlin für ihren Einsatz ausdrückte.



Der französische Stadtkommandant, General d'Astorg, überreicht den in der Bretagne eingesetzten THW-Helfern Ehrenurkunden.

Am 16. Juni lud der französische Stadtkommandant von Berlin, General d'Astorg, die Helfer des THW und der Feuerwehr zu einem Empfang ins französische Hauptquartier ein. In seiner Ansprache betonte der General ganz besonders diesen vorbildlichen Beweis der Solidarität und der Freundschaft, den die Franzosen nicht vergessen werden. G. B.

U-Bahn-Abschnitt eingeweiht

Das am meisten eingesetzte THW-Gerät könnte der Feldkochherd sein, wenn man alle Nachfragen befriedigen wollte. Gelegentlich muß man einer solchen Anforderung jedoch nachkommen, insbesondere wenn für das THW eine interessante Öffentlichkeitswirkung damit verbunden ist.

Dies war bei der Einweihung eines neuen U-Bahn-Abschnitts, die gleichzeitig mit der Eröffnung einer Fußgängerzone stattfand, der Fall. Obwohl wenige Tage zuvor bei der Eröffnung eines großen Autobahnabschnitts das THW schon einmal 15 000 Portionen Erbsensuppe und 11 000 Grillwürste verteilte, sind auch



„Run“ auf die Erbsensuppe: 4000 Portionen bereitete das THW.

bei dieser Veranstaltung in kurzer Zeit 4000 Portionen Erbsensuppe „weggegangen“. Das Gedränge war groß, und die Küchenmannschaft hatte alle Mühe, die hungrigen Berliner zu versorgen.

Berlin hält sich sauber

Unter der Schirmherrschaft des Senators für Gesundheit und Umweltschutz haben sich auf Anregung der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft und der „Arbeitsgemeinschaft Wasserrettungsdienst“ viele Organisationen, Vereine und Verbände bereitgefunden, eine Aktion „Saubere Havel“ zu starten. Mit Unterstützung der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens sind am Sonntag, dem 21. Mai, bei strahlendem Sonnenschein und sommerlicher Wärme Tausende von Berlinern an die bekannten Berliner Badestrände gezogen und haben in Plastiktüten und Karren den Unrat von den Ufern oder aus dem Wasser aufgelesen und zu Sammelstellen gebracht, von wo aus die Berliner Stadtreinigung die weitere Abfuhr besorgte.



Mit dem Selbstlader transportierte das THW sogar Wrackteile eines Schiffes ab.

Für schweres Fundgut stand das THW mit dem Selbstlader und dem Kranwagen bereit. Die Gesamtaktion fand einen guten Widerhall und soll künftig zweimal im Jahr durchgeführt werden.

Schwimmstegbau für Ruderverband

Im Auftrag des Schülerinnen-Ruderverbandes am Kleinen Wannensee sollte das Holz eines Schwimmsteges erneuert werden. Der Steg besteht aus drei Schwimmteilen und einer eingehängten Anlegerbrücke und hat abnehmbaren Belag. Er wird von 36 Tonnen getragen.

Die Arbeit des THW begann mit dem nicht sehr angenehmen Tränken des Holzes in Karbolineum. Dann wurde das Holz zugeschnitten, die Vormontage durchgeführt. Die Balken für die Stegteile wurden zugepaßt, gebohrt und für die Schraubenköpfe mit Scheiben gesenkt. Für die Belagtafeln wurde eine Lehre gebaut, damit alle dieselbe Größe hatten. Schließlich wurde alles demontiert, da bei einer inzwischen durchgeführten weiteren Ortsbesichtigung festgestellt werden konnte, daß die Stegteile nicht zusammengebaut ans Wasser zu bringen waren. Schließlich wurde alles vor Ort transportiert.



Der Schwimmsteg wird an Land zusammengebaut.

Das letzte Wegstück ans Wasser war dabei besonders schwierig, da der unebene Weg nur etwa 10 cm breiter war als der Lkw. Dabei wies der Weg noch eine leichte Kurve und eine stärkere Steigung auf. Während der alte Steg abgebaut worden war, wurden schon die Fässer mit Kaltbitumen gespritzt und die Stegverbindungsstücke wieder verwendbar gemacht. Es begann dann die Montage des Stags.

So konnte die Einweihung nach fünf arbeitsreichen Sonnabenden in Anwesenheit von THW-Landesbeauftragtem Brühl, Vertretern des Bezirksamtes Zehlendorf, der Polizei, der Wasserschutzpolizei, der Feuerwehr und vor allem den Mitgliedern des Ruderverbandes zünftig stattfinden.



THW Siegburg leistete schnelle Hilfe für Kreiskinderklinik

Als am Samstag, dem 6. Mai, für die Unterführer und Kraftfahrer des OV Siegburg die übliche Ausbildung begann, ahnte niemand, daß es sehr bald ernst werden könnte. Gegen Abschluß der Ausbildung entluden sich die drohend aufgezogenen schwarzen Gewitterwolken in sintflutartigen Regenfällen. Durch den Funkverkehr der Leitstelle Rhein-Sieg gewarnt, blieben die Helfer in Erwartung eines Einsatzrufes in ihrem Heim. Der Bereitschaftsführer teilte dies der Leitstelle mit und bot zugleich Unterstützung der bereits im Einsatz stehenden Feuerwehren durch Bereitstellung der beim OV Siegburg vorhandenen benzingetriebenen und elektrischen Kreiselumpen an.



Die Ehrennadel der JUH wurde auch THW-Bereitschaftsführer Bieda, Siegburg, verliehen.

Nach kurzer Zeit ging der Ruf der Leitstelle zum Einsatz des THW in der Johanniter-Kinderklinik des Rhein-Sieg-Kreises in St. Augustin ein. Was sich zunächst als Routine ankündigte, nämlich die vom Wasser überfluteten Kellerräume leerpumpen, bekam plötzlich eine viel größere Bedeutung, als die Stromversorgung des Krankenhauses unterbrochen wurde. Die Lage wurde noch ernster, als das Wasser auch in den Raum, in dem das Notstromaggregat stand, eindrang und die Inbetriebnahme verhinderte. Ärzte und Pflegepersonal erkannten die möglichen Folgen für Leben und Gesundheit der Kinder im Operationssaal und der Intensivstation. In größter Eile transportierten die Siegburger THW-Helfer das ihnen zur Verfügung stehende 28-kVA-Stromaggregat heran. Es gelang ih-

nen, trotz anfänglicher Schwierigkeiten beim Herstellen der Anschlüsse, gemeinsam mit den Kollegen von der technischen Abteilung des Bundesgrenzschutzes innerhalb von zehn Minuten, die lebenswichtigen Einrichtungen mit Strom zu versorgen.

Um auch die Energie für die übrigen Abteilungen des Hauses bereitzustellen und die Versorgungssicherheit für die lebenswichtigen Aggregate zu gewährleisten, halfen die THW-Kollegen aus Bonn-Beuel und erteilten die Zustimmung zum zusätzlichen Einsatz ihres 58-kVA-Aggregates. Hiermit gelang es, die Stromversorgung bis zum Montag aufrechtzuerhalten.

Als Dank für die schnelle und wirksame Hilfe luden der Leiter des Krankenhauses, Prof. Dr. Weber, und die Johanniter-Gesellschaft für Krankenpflege im Rhein-Sieg-Kreis die beteiligten Helfer von JUH, BGS, Feuerwehr und THW zu einem Umtrunk ein. Chefarzt und Träger des Krankenhauses lobten den Hilfeinsatz.

Äußeres Zeichen des Dankes war die Verleihung der Ehrennadel des Johanniter-Ordens an die aktivsten Helfer beim Einsatz, darunter an Hugo Bieda, den Bereitschaftsführer des THW Siegburg.

Ein Jahr THW-Jugendgruppe

Vor einem Jahr hatte das THW auf der Möhne-Lippe-Schau einen Stand. Es wurden verschiedene technische Geräte vorgeführt, z. B. eine Sauerstofflanze und eine Zwei-Mann-Motorsäge.

Ein Junge fragte damals THW-Geschäftsführer Fritz Stein, ob auch Jungen ins THW eintreten könnten.

Auf Vorschlag von Stein brachte der Schüler ein paar Freunde mit. Seitdem gibt es die THW-Jugendgruppe Soest. Sie ist heute 16 Mann stark.

Bei den Gruppenführern Lothar Reichelt und Gerhard Schmidt lernten die Jungen Stiche und Bunde (hier sagt der Laie „Knoten“), das Bedienen der Motorsägen und der Funkprechgeräte. Sehr interessant war das Fahren mit den 40-PS-Motorbooten auf der Lippe.

Zur Ausbildung gehörte auch ein Erste-Hilfe-Kursus beim DRK. Außer-

dem besichtigte man das Bergwerk Heinrich-Robert bei Hamm. In den Sommerferien nehmen die Jungen an einem Speziallehrgang an der THW-Schule in Hoya teil. Zusätzlich werden sie ein Zeltlager in Blankenheim besuchen. Ferner steht auf dem Programm die Orientierung nach dem Kompaß und die Ausbildung an den Funksprechgeräten.

Die THW-Jugendgruppe des Ortsverbandes Soest hofft, möglichst bald ein eigenes Fahrzeug zu bekommen.

J. H.

Neuer THW-Ortsbeauftragter in Krefeld

Der langjährige Ortsbeauftragte des THW-OV Krefeld, Regierungsbaudirektor Albert Bsdok, mußte aus Gesundheitsgründen sein Amt niederlegen. Neuer OB in Krefeld wurde Heinz Lauterbach, Apotheker, seit 25 Jahren Helfer und stellv. OB. In



einer kurzen Feierstunde überreichte Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Kautzky (links) die Ernennungsurkunde. Unser Bild zeigt neben Kautzky Bereitschaftsführer Zindler, HVB Klauth, OB Lauterbach und Geschäftsführer Galonska.

Das THW trauert um Ing. Wilhelm Spöhrer

Wilhelm Spöhrer, der lange Jahre dem THW-Ortsverband Remscheid vorgestanden hat, ist im Alter von nahezu 84 Jahren verstorben. Mit seinen Angehörigen trauern die vielen langjährigen Mitarbeiter um einen liebenswerten Menschen und vorbildlichen, stets einsatzbereiten Kameraden.

Wilhelm Spöhrer kam über die Technische Nothilfe zum Technischen

Hilfswerk. Maßgeblich war er nach dem Kriege am Aufbau des THW beteiligt, dessen Ortsbeauftragter er von 1959 bis 1969 war. Seine vielfältigen Verdienste wurden unter anderem durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes gewürdigt.

Der Ortsverband Remscheid verliert einen guten Freund, der in aufopfernder Mühe stets für die Belange des THW eintrat und der trotz seines hohen Alters auch nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst noch engsten Kontakt zum THW hielt.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Remscheid

Stegebau der Jugendgruppe

Um 8 Uhr sollten sich die Mitglieder der Jugendgruppe vor der neuen Unterkunft zu einer Übung einfinden. Es sollte die erste Übung werden, von der Jugendgruppe des THW in Bonn allein durchgeführt. Es kamen allerdings nur sechs Mann, die zur alten Unterkunft des THW fuhren und dort den Auftrag bekamen, einen Chinasteg zu bauen.

Der Steg sollte mit drei Zweiböcken vom Dach eines MKW auf den Boden führen. Mir wurde die Aufgabe übertragen, als Truppführer den Bau zu leiten. Nun mußte ich mir darüber klar werden, wie ich vorgehen sollte; ich hatte bisher noch nie einen Chinasteg gebaut.

Zunächst wurde das benötigte Gerät – Binde- und Halteleinen, Bauklammern und Rundhölzer – bereitgestellt. Danach begannen die Helfer, die erforderlichen Zweiböcke zu binden. Zuerst mußte ein Kreuzbund erklärt und vorgemacht werden, nach und nach wurden die Bunde immer besser ausgeführt. Um 13 Uhr wurde der erste Zweibock aufgestellt, der mit 7,5 m Höhe zwar reichlich groß geraten war, aber doch seinen Zweck erfüllte.

Es war nur ein langsames Vorkommen, weil das sehr aufwendige, zusätzliche Absichern der einzelnen Böcke viel Zeit kostete. Nach sieben-einhalb Stunden stand der Chinasteg schließlich doch. Dann wurde die Belastungsprobe durchgeführt, die der Steg gut überstand. Der Abbau ging erheblich rascher vonstatten. Bereits nach einer dreiviertel Stunde war der Steg abgebaut und alles Material verlastet. Die Übung war beendet.

Auf dem Weg nach Hause wurde auch der Grund für die zeitraubenden „wilden Pausen“ ersichtlich: Ein paar Junghelfer hatten sich nicht richtig eingesetzt gefühlt. Doch statt den Truppführer anzusprechen, schalteten sie auf „stur“. Das war eigentlich sehr schade, denn Probleme kann man im Gespräch durchaus lösen und aus der Welt schaffen. Vernünftige Vorschläge kommen schließlich der ganzen Gruppe zugute.

Botho Neumann

Nachruf

Die Helfer des THW Stadthagen haben von ihrem langjährigen Kraftfahrer und Sprengmeister

Harry Steyer

Abschied nehmen müssen.

Seit 1963 gehörte Steyer dem OV Stadthagen an und half voll Idealismus beim Aufbau. Er war bei den Helferkameraden sehr beliebt.

Der Ortsverband hat einen guten Kameraden verloren, dessen Andenken er in Ehren halten wird.

Der Kreis- und Ortsbeauftragte und die Helfer des OV Stadthagen

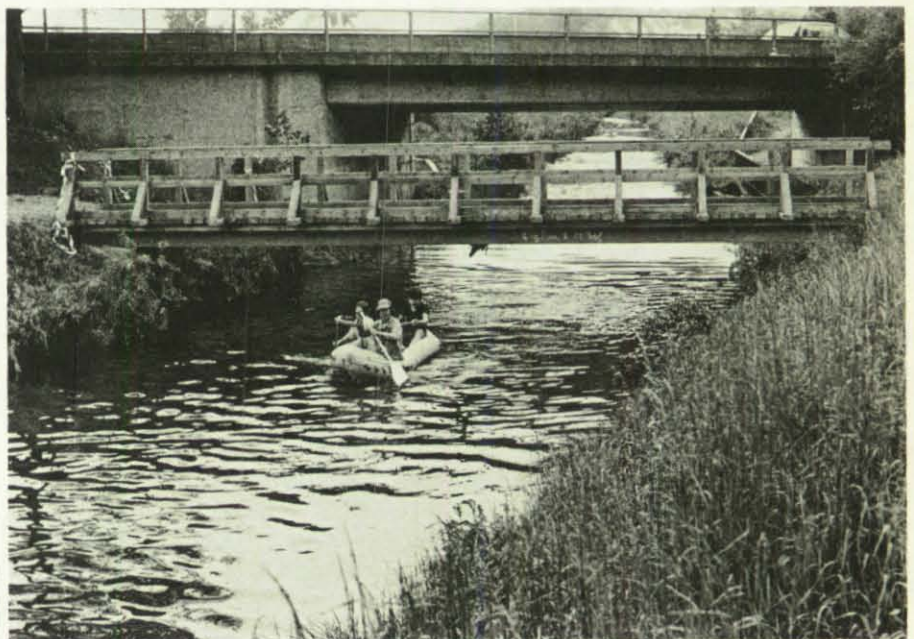
RHEINLAND~PFALZ



OV Zweibrücken feierte aus doppeltem Anlaß

„Wir freuen uns mit dem Ortsverband, daß nunmehr, nach 25jährigem Bestehen, auch das THW Zweibrücken eine ordentliche Bleibe hat und damit ungehindert seine Aufgaben erfüllen kann.“ Mit diesen Worten drückte Bürgermeister Dr. Jürgen Lambert wohl die Meinung aller Redner und Gratulanten anlässlich der gelungenen Feierstunde des OV Zweibrücken aus. Weiter brachte Dr. Lambert seine Freude über die Aktivitäten des THW zum Ausdruck, betonte aber auch, daß diese Hilfsorganisation in weiten Bevölkerungskreisen „viel zu unbekannt“ ist.

In diese Informationslücke stieß der Vertreter des Landesbeauftragten, Hauptsachgebietsleiter Wolfgang Lux, und umriß die Gesamtorganisation sowie die Aufgabenbereiche und die Ziele des THW.



Das „Geburtstagsgeschenk“ des THW-Ortsverbandes Zweibrücken an die Stadt: der Steg über den Wiesbach.

Lux gratulierte den THW-Helfern zu dem schmucken Heim und lobte die Eigenleistungen (ca. 6 000 Helferstunden allein bei Ausbau und Gestaltung der Unterkunft). Besonders würdigte er den vorbildlichen Einsatz des verstorbenen früheren Zugführers Wolfgang Schöb. Anschließend überreichte er dem Ortsbeauftragten Karl Höhn die Jubiläumsurkunde mit Bild und zeichnete verdiente Helfer mit Ehrenurkunden für langjährige ehrenamtliche Mitarbeit aus.

Welche Schwierigkeiten in der jetzt 25jährigen Geschichte des Ortsverbandes zu überwinden waren, schilderte OB Höhn. Daß der von Bürgermeister Dr. Lambert erwähnte ungenügende Bekanntheitsgrad des THW nicht an Mangel von Aktivitäten, Einsätzen und Helferleistung liegen könne, bewies der kurze Rückblick auf die Arbeit der Helfer und ihren oft in die Tat umgesetzten Willen, jeder auf die Bürger ihrer Stadt und der Umgebung zukommenden Not und Gefahr zu begegnen.

Auf das erst kürzlich fertiggestellte „Geburtstagsgeschenk“ der Helfer an die Bürger der Stadt konnte Höhn mit Stolz hinweisen. Es ist ein Steg über den Wiesbach, der den Spazierweg zum Naherholungsgebiet „Fasanerie“ in Richtung Niederauerbach fortführt. Der vom THW entworfene und berechnete Steg wurde von den Helfern in zehnstündiger Arbeit fertiggestellt. Er hat eine Länge von 12 m und eine Breite von 1,5 m. Die Tragfähigkeit von 3 t ist garantiert durch zwei Träger NP 320 mit einem 80-mm-Belag. Als Spurbegrenzung dienen Kanthölzer 10 x 12 cm.

Zu der stattlichen Schar von Gratulanten, die Grüße, Glückwünsche und kleine Geschenke überbrachten, gehörten die Landtagsabgeordneten Peter Haberer und Ludwig Schleifer, Branddirektor Müller von der Bezirksregierung (auch im Auftrag des Innenministers von Rheinland-Pfalz) sowie Vertreter von Feuerwehr, DRK, von Schulen, Kirchen, aus Wirtschaft und Justiz, nicht zuletzt Ortsbeauftragte und Helfer der benachbarten THW-Ortsverbände Kaiserslautern und Pirmasens.

Mit großem Interesse besichtigten anschließend die Gäste die zweckmäßige, in einigen Teilen wirklich großzügige Unterkunft und ließen sich von den Helfern Zweck und Funktion

der ausgestellten Fahrzeuge und Geräte eingehend erläutern. E. W.

Hochwassereinsätze in Rheinland-Pfalz

Langanhaltende, sintflutartige Regenfälle im Monat Mai hatten in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz katastrophale Überschwemmungen verursacht. In diesem Monat fiel die Rekordmenge von 228 Litern pro Quadratmeter gegenüber dem Monatssoll von fünf Litern in normalen Jahren.

Das macht verständlich, daß die sonst nur wenig oder zeitweilig auch gar kein Wasser führenden Bäche und Gräben diesen „Ansturm“ nicht verkraften konnten und vielerorts über die Ufer traten. Rhein und Mosel, die in anderen Jahren beim Zusammentreffen der Schneeschmelze in den Bergen mit Regenfällen im flachen Land die Gefahrenverursacher Nummer 1 sind, blieben, abgesehen von kleinen „Übertritten“, diesmal in ihren Ufern.

Vor allem wurden tiefergelegene Teile von Rheinhessen und der Pfalz heimgesucht. Da in mehreren Landkreisen und Städten Katastrophenalarm ausgelöst wurde, waren auch die THW-Einheiten im Einsatz. Zusätzliche Einheiten sowie Fahrzeuge und Geräte aus vom Wasser verschonten Gebieten wurden vom Landesbeauftragten in die am härtesten betroffenen Orte zur Verstärkung und Ablösung entsandt. Insgesamt waren bei den Einsätzen in der Zeit vom 23. bis 28. Mai 1978 aus 17 Ortsverbänden des THW bis zu 360 Helfer eingesetzt.

Selbstverständlich war auch der überörtliche Hochwasseralarmzug alarmiert und, da Rhein und Neckar einen kritischen Hochwasserstand erreicht hatten, in das gefährdete Mannheim entsandt worden. G. S.

Eine Schweizer Zeitung lobt das THW Worms

Daß der THW-Ortsverband Worms Lob und Anerkennung von Schweizer Bürgern erhalten hat, ohne daß auch nur ein Helfer seinen Fuß auf Schweizer Boden gesetzt hat, ist das Ergebnis einer ungefährlichen und daher amüsanten Begebenheit am Rande

der Hochwasserkatastrophe im Mai dieses Jahres.

Im „Zofinger Tagblatt“ (Kanton Aargau) ist darüber ein ausführlicher Bericht mit Bildern erschienen, der hier auszugsweise wiedergegeben wird: „Den Teilnehmern der Tagblatt-Reise vom 20. bis 27. Mai wird die Schifffahrt von Amsterdam nach Basel fest in der Erinnerung haften bleiben. Die Radiomeldungen, die zunehmend dunklere Färbung des Rheins, der steigende Pegel und die immer zahlreicher daherschwimmenden Rundhölzer und Baumstämme ließen ab Mitte der Woche nichts Gutes ahnen. Am Donnerstagmittag war denn auch der Traum zu Ende, Basel per Schiff je erreichen zu können. In Worms, unmittelbar neben der gewaltigen Nibelungenbrücke und verfolgt von vielen hundert Schaulustigen, wurde das Motorschiff ‚Scylla‘ unter erschwerten Bedingungen vertäut. Längst hatte uns kein Lastkahn mehr gekreuzt. Die Rheinschifffahrt war für die überschwemmten Gebiete eingestellt. Der tolerierte Pegelstand von 6,5 m war längst überschritten.

Da saßen bzw. standen bzw. lagen wir nun, Wasser, so weit das Auge reichte. Wie nur sollten die ‚Schiffbrüchigen‘ an Trockenland kommen? Den vereinten Anstrengungen von Schiffsbesatzung und Reiseleiterin gelang auch die Lösung dieses Problems. Lastwagen des Technischen Hilfswerkes Worms mit in die Höhe gebundenen Auspuffverlängerungsrohren kämpften sich durchs Wasser bis zu dem von den Männern des THW provisorisch verlängerten Landsteg. So gelangten die Ausflügler trockenen Fußes auf die Autos und nach kurzer Fahrt zu bereitstehenden Bussen. Der Ausflug nach Schloß Heidelberg war gerettet. Bei der Rückkehr erfolgte das gleiche Prozedere in umgekehrter Reihenfolge, wiederum assistiert von einer großen Zuschauermenge; es war Fronleichnam, Feiertag. Auch am Freitag mußten die Dienste des Technischen Hilfswerkes in Anspruch genommen werden.

Großer Dank gebührt Kapitän Brand und seiner überaus dienstfertigen ‚Scylla‘-Mannschaft, der sympathischen Reiseleiterin sowie den Männern des THW Worms, die es verstanden haben, aus einer außergewöhnlichen Situation das Beste herauszuholen.“

Fachlehrgang für Zug- und Gruppenführer

Auf Einladung von Kreisgeschäftsführer Hubert Ballnus (Merzig) fand in der THW-Unterkunft des Ortsverbandes Obermosel in Tettingen eine theoretische Schulung auf Geschäftsführerebene statt, die in Zukunft alle zwei Monate im Wechsel bei den verschiedenen Ortsverbänden fortgesetzt werden soll. An der ersten Schulung dieser Art nahmen die Zug- und Zugtruppführer der fünf Ortsverbände des Kreises Merzig-Wadern – Merzig, Beckingen, Mettlach, Wadern und Obermosel – teil.

Nach der Begrüßung durch den stv. Ortsbeauftragten des OV Obermosel, Ing. Ewald Doerr, erläuterte Geschäftsführer Ballnus den Zweck dieser Ausbildung, die der fachlichen Weiterbildung der Führer der Katastrophenschutzseinheiten des THW dienen soll.

Schulungsleiter Ewald Doerr befaßte sich in einem Vortrag über das Thema „Planungstechnik“ vorwiegend mit der neuzeitlichen Netzplantechnik, die seit ca. 20 Jahren in der Industrie erfolgreich praktiziert wird. Mit ihrer Einführung auch beim THW soll auf Kreisebene in Zukunft eine bessere Koordinierung der Einsätze und Übungen erreicht werden.

Das in zwei Teile untergliederte Referat beinhaltete im ersten Teil „Einführung in die Netzplantechnik“ und im zweiten die Nachstellung des Netzplanes einer Übung.

Es war auf einer im November 1975 vom OV Obermosel absolvierten praktischen Übung „Rettung von Personen aus einem vom Hochwasser abgeschnittenen Haus“ aufgebaut. Fast drei Stunden lang führte Doerr die Hörer mit verständlichen Erklärungen durch die nicht unkomplizierte Materie. Mit Hilfe eines Episkops verdeutlichte er das System, das freilich zu einigem Nachdenken zwingt.

Doerr versuchte klarzumachen, daß auch bei eintretenden Fehlern, vom Zielpunkt ausgehend, der Plan durchgeführt werden müsse, denn auch ein schlechter Netzplan sei immer noch besser als gar keiner. Die im Lehrgang vorgeführte Netzplanung

wurde nach der „Metra-Potential-Methode“ erstellt, die vor einigen Jahren in Frankreich entwickelt wurde. Hinweise auf entsprechende Fachliteratur wurden am Schluß gegeben.

In der Diskussion wurden letzte Unklarheiten über die Verfahrensweise in der Einsatzpraxis beseitigt. Geschäftsführer Ballnus, der sich über den guten Besuch freute – alle Zug- und Zugtruppführer waren trotz widrigen Wetters anwesend –, sparte nicht mit Dankesworten für Ing. Doerr. Auf die Planungstechnik eingehend, erwähnte Ballnus, daß jeder Einsatz Geld koste. Jeder Ortsbeauftragte müsse deshalb wissen, in welcher Lage er wie viele Helfer benötige. Wenn fünf ausreichen, soll er nicht mit 10 oder 20 anreisen. Bei allen technischen Hilfeleistungen sei eine schnelle und gute Planung wichtig, doch auch bei Übungen gelte es, vorher richtig zu planen. P. G.

Sprengübung im Warndwald

Im Rahmen einer Weiterbildungsmaßnahme für Sprengberechtigte und Sprenghelfer der Gerätegruppen von B-Zügen im Geschäftsführerbereich Saarbrücken fand unter der Gesamtleitung des Ortsbeauftragten für Ludweiler, Knoblauch, im Gebiet des Warndwaldes – unter der Verantwortung der Sprengberechtigten Käufer (OV Ludweiler), Warken (OV



Die Sprengung wird vorbereitet: Anlegen der Sprengschnur.

Völklingen) und Burkhardt (OV Saarbrücken) – eine Sprengübung statt, an der als interessierter Zuschauer

auch THW-Landesbeauftragter Reimann zeitweise teilnahm.

Ziel der Übung, an der 20 Helfer teilnahmen, war, den Ausbildungsstand dieses Personenkreises zu erweitern.

25 Stubben sollten in drei Phasen gesprengt und bei einer Demonstrationssprengung ein 40 cm starker Baumstamm mit einer Dyna-Cord-Sprengschnur durchtrennt werden.

Bei der Übung, die einschließlich der Herstellung des notwendigen Laderaumes einen ganzen Tag in Anspruch nahm, wurden 20 kg Ammon-Gelit 3 und 75 m Sprengschnur gezündet. G. F.

Wochenendübung im Naherholungsgebiet

Unter der Leitung von Zugführer Mix führte der THW-OV St. Wendel mit Genehmigung der Forstverwaltung in dem von Wald umgebenen Naherholungsgebiet Tiefenbachtal bei Leitersweiler eine mehrtägige Übung durch, um die Einsatzbereitschaft zu überprüfen und den Ausbildungsstand weiter zu verbessern.

Schwerpunkt der Übung, an der auch teilweise der Leiter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz im Ministerium des Innern der Regierung des Saarlandes, Min.-Rat Schmitz, KB Hort, HSGL Faß sowie GF Müller teilnahmen, war im Rahmen der Bergungsmaßnahmen der Bau eines 32 m langen Steges – über eine 9 m tiefe Schlucht – aus Behelfsstangen, die ausnahmslos im Wald geschlagen wurden. Des weiteren wurde ein 7,5 m langer Knüppelsteg errichtet, der nach Abschluß der Übung den Fußgängern dienen und den Benutzern weitere Erholungsmöglichkeiten erschließen soll.

Als Gegenleistung für die häufige Abwesenheit der THW-Helfer von ihren Familien zur Erfüllung ihrer dem THW gegenüber eingegangenen Verpflichtungen wurden die Familienmitglieder entschädigt, indem sie zum Abschluß der Übung am Sonntag zum Mittagessen und anschließend zu Kaffee und Kuchen eingeladen waren. G. F.

Im Kampf gegen Naturgewalten Millionenwerte gerettet

5,81 Meter – das gab es noch nie seit Bestehen des Neckarpegels Plochingen, und dies sind über hundert Jahre! Das Hochwasser am 23., 24. und 25. Mai im mittleren Neckarraum war ein Jahrhunderthochwasser, das viele Millionen an Sachwerten vernichtet und die Bürger zwischen Stuttgart und Heilbronn in große Gefahr brachte. Millionenwerte konnten andererseits durch den Einsatz der Hilfsorganisationen gerettet werden, die rund um die Uhr im Einsatz waren.



Kirchheim am Neckar – so wie hier sah es in vielen Orten aus.

So ist die kleine Weinbaugemeinde Hessigheim bei Besigheim am Mittwoch, dem 24. Mai, nur ganz knapp einer Katastrophe entgangen. Im Oberwasser der Hessigheimer Neckarschleuse lagen mehrere Motorschiffe verankert und an den Uferbäumen festgemacht. Die Schiffsführer hatten ihre Lastkähne zur weiteren Sicherung paarweise zusammengebunden. In den frühen Morgenstunden des 24. Mai rissen mehrere Hanfseile; zwei mit Futtermitteln und Kies schwer beladene, untereinander verbundene Schiffe trieben unter Sirenengeheul auf die Kraftwerksanlagen der Hessigheimer Neckarbrücke zu.

Die ausgeworfenen Anker griffen nicht, „Volldampf voraus“ konnte die beiden Schiffe – mit fünf Mann Besatzung an Bord – nicht halten. Hanfseile, die von der Besatzung ans Ufer geworfen wurden, rissen wie Bindfäden, als Helfer diese um die Uferpappeln schlugen. Erst ein Drahtseil, wiederum um die Bäume geschlungen, hielt die in der starken Strömung von 14 Stundenkilometern treibenden Schiffe etwa 60 Meter

vor der Neckarbrücke auf. Über dieser Einsatzstelle des Besigheimer THW-Bergungszugs kreiste der Hubschrauber mit Innenminister Lothar Späth. Am Neckarufer hatte sich der Ludwigsburger Landrat Dr. Hartmann eingefunden. Mit den Experten an der Hessigheimer Schleuse und im dortigen Kraftwerk befürchteten sie, daß die Uferpappeln dem Zug der angebandenen Motorschiffe nicht standhalten würden. Zusammen mit einer Bergungsfirma aus Bietigheim-Bissingen sicherten die THW-Helfer die beiden Schiffe mit 30-mm-Drahtseilen an mehreren Haltepunkten.

Fachleute der Wasser- und Schifffahrtsbehörde ließen keinen Zweifel daran, daß die beiden Lastkähne die Kraftwerkschütze und die Neckarbrücke durchschlagen hätten. Daß die Schiffe dabei geborsten wären, galt als ebenso sicher. Beim Bruch der Staustufe wären weite Teile der Gemeinde Hessigheim in Mitleidenschaft gezogen worden.

„Land unter“ hatte es schon tags zuvor in Benningen, ein paar Kilometer neckaraufwärts, geheißt. Die Straße zwischen Benningen und Freiberg-Beihingen glich einem reißenden Fluß. Das Benninger Industriegebiet war von der Umwelt abgeschnitten. Zahlreiche Straßen konnten nur noch mit Booten befahren und zahlreiche Bürger mußten evakuiert werden. Hier kam der THW-Ortsverband Besigheim schon am Dienstag, 23. Mai, der Freiwilligen Feuerwehr Benningen durch die Bereitstellung und den Transport von Sandsäcken zu Hilfe. Noch schlimmere Folgen hatten sich dadurch vermeiden lassen.

Ein paar Stunden später wurden sämtliche THW-Ortsverbände durch das Landratsamt Ludwigsburg alarmiert. In Höhe von Freiberg-Beihingen drohte eine Brücke der Autobahn Stuttgart-Heilbronn einzustürzen.

Diese Autobahn wurde zur Zeit des Hochwassers auf sechs Spuren verbreitert. Eine Verbreiterung erfuhr damit auch die Brücke. Teile dieser Erweiterung waren bereits betoniert, andere eingeschalt. Schwemmgut staute das Wasser, verhinderte einen Abfluß und verstärkte den Druck auf die Brückenpfeiler. Auch hier befürchteten die Experten, daß diese

im Bau stehende Brücke eingestürzt wäre, wenn das THW das Schwemmgut nicht beseitigt hätte.

Flüssiggas drang durch den Boden

Eine schwere Gasexplosion erschütterte in der Nacht den Stadtteil Freiburg-Hasloch: Die gewaltige Explosion zerstörte ein neues Wohnhaus mit angebauter Werkhalle, beschädigte angrenzende Gebäude. Eine Person erlag ihren Verletzungen, der Sachschaden betrug 1,5 Millionen DM.

Der THW-OV Freiburg erhielt von der Polizeidirektion den Auftrag, in Zusammenarbeit mit dem TÜV, der Kripo sowie der Staatsanwaltschaft auf dem Gelände einer Flüssiggas-Abfüllanlage eine vermutete Schadensstelle zu suchen. Sofort kam eine gemischte THW-Gruppe zur Einsatzstelle. Dort erwartete sie eine unüberschaubare Menge an Schiebern, Leitungen, Rückschlagventilen und sonstigen Armaturen, da bei Einsatzbeginn keinerlei Pläne zur Verfügung standen. Feuerwehr und Polizei verfolgten die Suchaktion, zumal noch 24 Stunden nach der Explosion akute Gefahr bestand.



Helfer des THW-Ortsverbandes Freiburg bereiten Dichtigkeitsprüfungen vor.

Bei der Lagebesprechung im Bus der Einsatzleitung der Feuerwehr konnten aufschlußreiche Meßergebnisse vorgelegt werden. Das Meßergebnis zeigte, daß von sechs unterirdisch verlegten Leitungen zwei starken Druckabfall aufwiesen. Nachdem die Leitungen daraufhin freigelegt und die Leckstellen zur Beweissicherung herausgetrennt worden waren, wurden die restlichen Leitungen auf Dichtigkeit überprüft.

Bei insgesamt zehn Einsätzen wurden unter anderem folgende Arbeiten verrichtet:

Bau eines 16 m hohen Abluftkamins, Einbau eines explosionsgeschützten Ventilators, Freilegen eines Vorrats-tanks sowie Einbau einer Graben-strecke, Kontrollmessungen und Schweißarbeiten.

W. Sch.

„Gesundheitstag“ mit THW-Unterstützung

Daß der diesjährige „Gesundheitstag“ der Landeszentrale für Gesundheitsförderung Baden-Württemberg zu einem Tag mit Volksfestcharakter geworden ist, dazu leistete der THW-Ortsverband Besigheim seinen Beitrag. In der Weinbaugemeinde Hessigheim bei Besigheim wurden von den THW-Helfern zwei Zelte aufgeschlagen, in denen einige Punkte des vielseitigen Programms abgewickelt wurden. Für die Hilfe hat sich Hessigheims Bürgermeister Horst Neuhäuser in sehr aufmerksamer Weise bedankt: Er schickte dem THW-Ortsverband Besigheim eine Kiste mit gutem Neckarwein.

Beeindruckt zeigte sich von diesem Tag unter dem Motto: „Auf den richtigen Blutdruck achten“ auch die Sozialministerin des Landes Baden-Württemberg, Annemarie Griesinger. Sie informierte sich über richtige Ernährung und Bewegung, betonte angesichts der Informationsschau, daß sich das gedruckte Wort vereinen müsse mit der gesundheitsfördernden Lebensführung, überzeugte sich, daß bei ihr Puls und Blutdruck stimmen, ließ sich in den THW-Zelten von den Hessigheimer Felsengarten-Musikanten unterhalten und nahm schließlich selbst eine „Mistgräbe“ auf den Rücken, um über die steilen Staffeln in die Weinberge hinaufzusteigen.

M.



Sozialministerin Frau Griesinger (Mitte) probierte auch das Essen aus der Gulaschkanone.

„Tag der offenen Tür“ in Bühl

Zu den Hauptaufgaben des THW zählen technische Hilfe bei größeren Unglücksfällen und Katastrophen, Bergung und Instandsetzung im Katastrophenfall sowie technische Hilfe bei besonderen Notständen. Diese Aufgaben zu verdeutlichen und sich selbst vorzustellen, war die Absicht des THW-OV Bühl beim „Tag der offenen Tür“.

Auf dem Parkplatz der Bezirkssparkasse Bühl wurden am Vormittag Fahrzeuge und Geräte gezeigt, die dem THW zur Verfügung stehen. Die Funktionen und Einsatzbereiche wurden von den THW-Helfern erläutert. Der stv. Ortsbeauftragte führte die Besucher durch die Unterkunft.

Erfreulich war der Besuch von Bundestags- und Landtagsabgeordneten, mit denen sich einige THW-Helfer

über die Probleme des Ortsverbandes Bühl unterhielten. Dabei trat hauptsächlich hervor, daß die Ausrüstung des Ortsverbandes noch nicht auf dem besten Stand ist.

Der THW-Ortsverband Bühl hat zur Zeit zwei Züge, Bergungszug und Instandsetzungszug, in denen 65 Helfer und 26 Althelfer arbeiten. Jeder Zug trifft sich wöchentlich einmal zu einem Ausbildungsabend. Das Ergebnis dieser Arbeit führten die Helfer in verschiedenen Übungen vor. So zeigten sie die Rettung eines Verletzten aus einem Gebäude, den Einsatz der hydraulischen Rettungsschere und das Heben schwerer Lasten.

F. B.

Nachruf

Der Landesverband Baden-Württemberg der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk trauert um seinen Kameraden, den früheren Ortsbeauftragten für Radolfzell

Eduard Janatsch
Zimmermeister

Er war der Gründer des THW-Ortsverbandes Radolfzell und führte diese stets aktive Helferschaft von 1954 bis 1974. Das baden-württembergische THW wird diesem aufrechten, einsatzfreudigen Kameraden ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesbeauftragte für Baden-Württemberg
Schneider

Der Landessprecher
Wiegand

Der Ortsbeauftragte
und die Helfer des
Ortsverbandes Radolfzell

Bayern



Unwetterkatastrophe im Ertal bei Miltenberg

Nach einem Donnerschlag, der laut durch das Ertal zwischen Eichenbühl und Hardheim dröhnte, gingen in Eichenbühl um 16.27 Uhr alle Lichter aus: Der Blitz hatte in die örtliche Schaltstelle des Überlandwerkes Unterfranken eingeschlagen. In der Dunkelheit des Montagabends und der folgenden Nacht erlebten die Menschen in Eichenbühl, Pfuhlbach

und Riedern die schlimmste Naturkatastrophe im Ertal. In einer knappen halben Stunde ging auf das Ertal wolkenbruchartig ein Siebtel der durchschnittlichen Jahresniederschlagsmenge nieder. Das bis dahin zwei Meter breite Flößchen Erf trat über die Ufer und wurde zum reißenden Strom.

Der Eichenbühler Campingplatz ging in den Fluten unter, das Wasser drang in Minutenschnelle in Wohnungen und Keller der am Ufer lie-

genden Häuser, schob Autos und Scheunen beiseite, als wären sie aus Pappe.

Am schlimmsten betraf es die Ortsteile Pfuhlbach und Riedern. Ein Anwohner: „Es gab einen ungeheuren Knall, und wie ich die Straße hinaufblickte, sehe ich, wie unsere Scheune zusammenbricht. Eine meterhohe Flutwelle schoß zu Tal und schwemmte schwere Felsbrocken mit.“ Eine Hausfrau: „Auf einmal

gab es einen Knall, und durch unseren Neubau stieß ein Kirschbaum. Im selben Moment schoß das Wasser auf mich zu und ich war im Nu bis zur Hälfte im Wasser. Mein Sohn warf mir eine Hundeleine zu, daran habe ich mich dann aufs Trockene gezogen."

In Pfuhlbach verlor Schreiner Josef Konrad in wenigen Minuten alles, was er besaß. Seine Werkstatt und sein Haus wurden ein Opfer der rasenden Fluten des Kaltenbaches.

Angesichts dieser Situation wurde am Montagabend durch das Landratsamt Miltenberg Katastrophenalarm gegeben, u. a. auch für die Ortsverbände Oldenburg und Miltenberg des Technischen Hilfswerks.

Die erste Aufgabe, die sich dem THW stellte, war, die Zufahrtsstraße nach Eichenbühl für die Einsatzkräfte befahrbar zu machen. Radlader, von Firmen herbeigeholt, bzw. schwere Räumgeräte des Straßenbauamtes unterstützten die Arbeit und ermöglichten am frühen Abend die Zufahrt zum Einsatzort. Als eine der ersten Sofortmaßnahmen wurde mit Hilfe sämtlicher zur Verfügung stehender Stromerzeuger und Beleuchtungsgeräte eine Notbeleuchtung installiert, die die ersten Schadensbehebungsmaßnahmen ermöglichte.



Geröllmassen – teilweise über zwei Meter hoch – blockierten die Odenwald-Straße in Riedern.

Koordiniert wurden die Arbeiten durch die FM-Zentrale HVB, die in der Unterkunft des THW-Ortsverbandes Miltenberg installiert war. Im Einsatzgebiet selbst befand sich die mobile technische Einsatzleitung, die vor Ort ihre Funktion wahrnahm.

Feuerwehr und Technisches Hilfswerk arbeiteten zum Teil ununterbrochen bis zum Dienstagmorgen, um die Verbindungsstraßen einigermaßen befahrbar zu machen. Die Arbeiten dauerten insgesamt bis zum Samstag,

dem 27. Mai 1978, dann waren die schlimmsten Schäden beseitigt, und Landrat Karl Oberle konnte den Katastrophenalarm aufheben.

Es gab glücklicherweise keine Todesopfer zu beklagen, jedoch einige Verletzte. Unter anderem befreiten Helfer des THW und des Roten Kreuzes einen Jugendlichen, der im Tal hinter Pfuhlbach mit anderen Jugendlichen an der Schulzenmühle gezeltet hatte. Der Junge war auf der Flucht vor den Wassermassen in den reißenden Kaltenbach gestürzt und abgetrieben worden. Bei den Aufräumarbeiten bargen die Helfer des THW bis zum Samstag 9 Wohnwagen, 18 Pkw, 1 Traktor, 12 Bäume, 3 Brückenstege, 1 Dieseltankfaß, viele Trümmer, verendetes Vieh und Unmengen von Brettern aus der Erf. M. H.

THW-Fähren im Einsatz

Bei Bauarbeiten am Rhein-Main-Donau-Kanal im Raum Kelheim mußten Probebohrungen bis in 13 m Tiefe auf den Inseln in der Altmühl eingebracht werden. Dazu war Bohrgerät mit einem Gewicht von ca. 8 Tonnen auf die Inseln überzusetzen. Nachdem die Anforderung an den THW-Ortsverband Landshut zu dieser Hilfeleistung sehr kurzfristig erging, mußte innerhalb von zwei Tagen der erste Einsatz vorbereitet und durchgeführt werden. Unter Leitung von Zugführer Habereeder, 2. Bergungszug Landshut, wurde nach dem Transport von Helfern und Material von Landshut nach Kelheim die Fähre gebaut, das Bohrgerät übergesetzt, die Fähre wieder abgebaut und nach Landshut zurückgeführt.

Am zweiten Einsatztag – drei Wochen später – mußte wiederum die Fähre aufgebaut, das Bohrgerät (das inzwischen wegen Hochwassers auf der Insel verblieben war) von der Insel an Land gebracht, dann die Fähre abgebaut und an anderer Stelle wieder aufgebaut, das Bohrgerät auf eine andere Insel übergesetzt werden.

Auch diese Aufgabe wurde gemeistert. Der Rücktransport des Bohrgeräts an Land am dritten Einsatztag war dann schon fast Routine.

Zusätzlich mußten in der Altmühl selbst drei Probebohrungen durchgeführt werden. Dies wurde mit Hilfe der Leichtmetall-Fähre des THW-Ortsverbandes Straubing ermöglicht.

Ein fahrbares Bohrgerät von ca. 4 Tonnen wurde auf die Fähre verladen und diese dann als Arbeitsplattform an der jeweiligen Bohrstelle im Fluß verankert. Das nötige Umsetzen übernahmen die Helfer des THW-Ortsverbandes Kelheim.

Bei der Schlußbesprechung, bei der Filmaufnahmen und eine Bilddokumentation gezeigt wurden, konnte eine gute Bilanz gezogen werden: 180 Helfer hatten an drei Samstagen rund 1800 Einsatzstunden erbracht.

Die Aktion war in dieser Art auf Flüssen in Bayern erstmalig und kam wegen der besonderen Bedingungen – am zweiten und dritten Tag war Hochwasser – fast einem Einsatz gleich. Trotz harter und schneller Arbeit waren weder Verletzungen bei Helfern noch Schäden am Gerät zu verzeichnen. Herr Schelzig als Vertreter des Landesbeauftragten des THW in Bayern fand bei der Abschlußbesprechung herzliche Worte der Anerkennung und des Dankes an die Helfer für ihre hervorragenden Leistungen. E.

Nachruf

Der THW-Ortsverband Erlangen trauert um seine Helfer

Rudolf Dorr

und

Andreas Sturm

die Opfer eines Flugzeugunglückes wurden.

Der Ortsverband wird ihr Andenken in Ehren halten.

Der THW-Ortsverband Rothenburg trauert um seinen Kameraden

Georg Klein

der am 5. Juni 1978 überraschend im Alter von 63 Jahren verstarb.

Georg Klein gehörte seit dem Jahr 1957 dem Ortsverband Rothenburg als Kraftfahrer an.

Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Rothenburg

Arbeitssicherheit bei Rettungsmaßnahmen

Ein aktueller Fall: Unglück in der Jauchegrube

Aus gegebener Veranlassung sieht sich der Verfasser dieses Berichts gezwungen, zu dem nachfolgend geschilderten tragischen Unfall einige Anmerkungen zu machen: nicht, weil dieses Unglück in seinen Verantwortungsbereich fällt, sondern weil ihm die beteiligten Personen bekannt sind und Möglichkeiten zur Rettung bei ähnlichen Unfällen aufgezeigt werden sollen.

Unfallhergang

Zitat aus einer Tageszeitung: Von einem tragischen Unglücksfall wurde am Samstagnachmittag die Bevölkerung des Stadtteiles . . . erschüttert. Der 39jährige . . . erstickte in der Jauchegrube seines landwirtschaftlichen Anwesens. Sein 16jähriger Sohn und der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr, die beide in der Jauchegrube bewußtlos wurden, konnten gerettet werden. Wie die Ermittlungen ergaben, hatte . . ., der seine Landwirtschaft nebenberuflich betrieb, gemeinsam mit seinem 16jährigen Sohn am Samstag Jauche gefahren. Plötzlich stellte er beim Entleeren der Jauchegrube fest, daß ein Stück Holz das Rohr der Jauchepumpe versperrte. Mit einer Leiter stieg der 16jährige Sohn in die Öffnung der Jauchegrube. Er hatte das Stück Holz bereits herausgereicht, als er plötzlich durch die Gase bewußtlos wurde. . . wollte seinen Sohn retten und stieg ebenfalls in die Grube hinunter. Aber auch er wurde bewußtlos. Der Schwiegervater hatte den Vorfall beobachtet.

Er lief schnell auf die Straße, um Hilfe zu holen. Die Feuerwehr wurde alarmiert. Der Wehrführer ließ sich, an der Unglücksstelle eingetroffen, anschnallen, um Vater und Sohn herauszuholen. Aber er wurde durch die Gase ebenfalls bewußtlos. Den übrigen Wehrmitgliedern gelang es schließlich, den Wehrführer und den 16jährigen Sohn zu bergen, da beide in unmittelbarer Nähe der Öffnung

lagen. . . konnten sie jedoch nicht erreichen, da die Wehrleute ohne Atemschutzgeräte nicht weiter in die Jauchegrube gelangen konnten. Als die Freiwillige Nachbar-Wehr mit Atemschutzgeräten etwa 15 Minuten später an der Unglücksstelle eintraf, kam für . . . jede Hilfe zu spät.

Er hatte etliche Minuten mit dem Gesicht in der Jauche gelegen und die gefährlichen Nitro- und Ammoniakgase eingeatmet, die zur Bewußtlosigkeit und später zum Erstickungstod führten. Während der Wehrführer bereits aus dem Krankenhaus entlassen werden konnte, liegt der 16jährige Junge noch in der Intensivstation der Medizinischen Klinik. Der Sohn hatte Jauche in die Lunge bekommen, ist jedoch außer Lebensgefahr.

Gefahren in der Jauchegrube

Durch den Gärungsprozeß der Fäkalien entstehen Ammoniak- und Methangase, daraus resultierend auch Sauerstoffmangel. Diese Fakten führen schon nach kurzer Zeit zur Bewußtlosigkeit und bei längerem Aufenthalt zum Tode.

Bei dem geschilderten Unglücksfall trat der Tod durch Ertrinken ein, da der Verunglückte nach Eintreten der Bewußtlosigkeit in die ca. 25 cm hoch stehenden Jaucherückstände fiel.

Auch in Abwasserschächten und -kanälen u. ä. droht Gefahr durch tödliche Gase, Dämpfe oder Sauerstoffmangel.

Unfallverhütung

Die Kenntnis von den Gefahren, die in Jauchegruben, Abwasserschächten und -kanälen und in schlecht belüfteten und engen Räumen drohen, ist der erste Schritt zu einer sicheren Unfallverhütung. Die Gewißheit über

das Vorhandensein von Atemgiften kann nur durch Messungen erlangt werden. Hierzu bieten sich die einfach zu handhabenden Gasspürgeräte an.

Rettungsmaßnahmen

Nachfolgend sollen Möglichkeiten von Rettungsmaßnahmen für diese oder ähnliche Fälle aufgezeigt und zur Diskussion gestellt werden.

Die Möglichkeiten des Vorkommens von Atemgiften sind sehr unterschiedlich. Es muß eine ganze Reihe von Faktoren berücksichtigt werden, wenn ein Rettungseinsatz erforderlich wird: Art und Menge der Schadstoffe, der Sauerstoffgehalt der Umluft, die Länge der Wege zur Einsatzstelle, die Dauer des Einsatzes. Zum Schutz gegen Atemgifte sind geeignete Atemschutzgeräte entwickelt worden.

Man unterscheidet: Filtergeräte, Schlauchgeräte, Isoliergeräte, sonstige Geräte.

Filtergeräte

Sie schützen gegen bestimmte Gase, die in begrenzten Konzentrationen auftreten. Voraussetzung für ihren Einsatz ist das Vorhandensein eines ausreichenden Sauerstoffanteiles in der Umgebungsluft. Die Aufnahmefähigkeit der Filter ist allerdings beschränkt, nach einem gewissen Zeitablauf ist ihre Schutzwirkung erschöpft. Filtergeräte sind, abhängig von der Umgebungsluft, wirkende Atemschutzgeräte.

Schlauchgeräte

Diese Geräte können zeitlich unbegrenzt und unabhängig von der Konzentration des Giftgases und vom Sauerstoffanteil der Umgebungsluft angewendet werden. Ihr Einsatz ist jedoch ortsbunden, weil die Frischluft bzw. Druckluft immer von einer Stelle einwandfreier Umgebungsluft angesaugt oder zugeführt werden muß. Schlauchgeräte sind, unabhängig von der Umgebungsluft, wirkende Atemschutzgeräte.

Isoliergeräte

Isoliergeräte sind Atemschutzgeräte mit eigenem Atemluft- oder Sauerstoffvorrat und können unabhängig von der Konzentration des Giftgases und dem Sauerstoffanteil der Umgebungsluft verwendet werden. Ihre Lebensdauer ist von der Menge des mitgenommenen Vorrates und vom unterschiedlichen Atemluftbedarf des Trägers, der sich nach dem Grad der körperlichen Anstrengung richtet, abhängig.

Isoliergeräte (Preßluftatmer und Sauerstoffschutzgeräte) sind frei tragbar.

Welches Gerät?

Filtergeräte scheiden für den Einsatz in einem wie vorstehend geschilderten Unfallvorgang aus, in diesen Situationen muß immer mit Sauerstoffmangel gerechnet werden. Dem Einsatz von Schlauchgeräten wäre in diesem speziellen Fall der Vorzug zu geben. Sowohl für einen Rettungsfall aus Jauchegruben als auch aus Futtersilos bietet sich das Schlauchgerät als sicheres und funktionell einfaches Gerät an.

Sein wesentlicher Vorzug liegt in der schnellen Einsatzbereitschaft, der Geräteträger benötigt keine spe-



Bei Rettungsmaßnahmen, wie im nebenstehenden Beitrag beschrieben, erfüllen Atemschutzgeräte einen hervorragenden Dienst gegen Atemgifte. Unser Bild zeigt den Einsatz von Preßluftatmern.

zielle Ausbildung und ärztliche Untersuchung; die Geräte sind fast wartungsfrei.

Die Vorzüge der Isoliergeräte sind unbestritten. Als Nachteile müssen ständige Wartung, laufende Übungen und der Tauglichkeitsnachweis der Träger genannt werden. Beim Einsatz müssen immer zwei Geräteträger anwesend sein, die Wehr muß mindestens über vier Atemschutzgeräte verfügen (Anschaffungskosten!). Der Verfasser dieses Berichts betont diese Nachteile deshalb so stark, weil ein Isoliergerät in den Händen eines Laien eine große Gefahr bedeutet.

In welchem Zusammenhang stehen diese Anmerkungen zu dem eingangs geschilderten Unglücksfall? In der Aufregung und Hektik der Rettungsaktion erinnerte sich jemand daran, daß eine in der Nähe gelegene Dienststelle über Preßluftatmer und ausgebildetes Personal verfügt. Man schickte also zwei Frauen (!) zu dieser Dienststelle, um zwei Preßluftatmer auszuleihen. Weil die Dienststelle am Samstag nur mit zwei Mann Wachpersonal besetzt war, die zudem nicht am Gerät ausgebildet waren, wurden die Preßluftatmer nicht ausgeliehen, zumal auch bekannt war, daß in dieser Gemeinde kein geschultes Personal vorhanden ist.

Dieses Handeln soll zeigen, daß beim Wettlauf mit dem Tode auch unbedachte Maßnahmen eingeleitet werden können, die für den Retter tödlich enden könnten.

Sauerstoff-Selbstretter

In die Klasse der Isoliergeräte fällt auch ein in seiner Handhabung äußerst einfaches und sicheres Gerät, der Sauerstoff-Selbstretter. Wie der Name andeutet, dient das Gerät in erster Linie zur Sicherung des Rückzuges aus dem Bereich giftiger Gaskonzentrationen. Der Sauerstoff-Selbstretter ist ein kleines und leichtes Gerät in einem staub- und spritzwasserdichten Kunststoffgehäuse, wirkt mit Drucksauerstoff und Regeneration der ausgeatmeten Luft (Kreislaufgerät). Seine Lebensdauer liegt bei 30 bis 45 Minuten. Wenn dieses Gerät auch nur als Fluchtgerät bezeichnet wird, so scheint es sich doch als Rettungsgerät im geschilderten Fall oder ähnlichen förmlich anzubieten.



Sauerstoff-Selbstretter sind ideal für kurze Atemschutzeinsätze oder zur Selbstrettung. Bei diesem Gerät, das eine Einsatzzeit von 15 Minuten hat, ist der Sauerstoffvorrat in chemisch gebundener Form in einer Chloratkerze gespeichert.

Weitere Maßnahmen

Ergänzend soll noch darauf hingewiesen werden: Bei dem Unglück in der Jauchegrube haben die Retter richtig gehandelt, als sie als erstes eine Saugpumpe herbeischafften, um die Grube völlig zu entleeren und das Ertrinken der Bewußtlosen zu verhindern. Leider gelang dieses Bemühen nicht. Ein anderes, wirksames Mittel wäre ein Heu- oder Korngebläse gewesen, mit welchem man in kürzester Zeit den Sauerstoffmangel hätte beseitigen können. Hilfsweise hätte auch ein Haushaltsstaubsauger mit einer Luftleistung von 25 bis 50 Litern pro Sekunde die Luft wirksam verbessern können. Wenn ein Helfer einen normalen, langen Gartenschlauch in den Mund genommen hätte, wäre eventuell ein Einsteigen in die Grube möglich gewesen – doch hierbei Vorsicht!

Der Verfasser ist sich bewußt, daß die letztgenannten Maßnahmen nicht gerade im Sinne des Unfallschutzes sind.

Nur der Vollständigkeit wegen sollen Sicherheitsgurt und Sicherungseil erwähnt werden, die stets bei Arbeiten in Gruben und Schächten angelegt werden müssen. Das Sicherungseil muß am Gurt im Bereich des Nackens befestigt werden, um eine Bergung des Trägers auch durch enge Einstiegsöffnungen zu ermöglichen.

Joachim Müller, Usingen

ASB-Geschäftsbericht für 1977:

Mitgliederzuwachs betrug über 29 Prozent

Der ehrenamtlichen Mitarbeit kommt große Bedeutung zu

Entscheidende Grundlage für die Verwirklichung der ASB-Aufgaben sind die Ortsverbände als Basisorganisation, die entsprechend der ASB-Tradition eigeninitiativ tätig werden.

Die Zahl der Ortsverbände wurde durch Eingemeindungen, Strukturveränderungen innerhalb der Landesverbände und Zusammenfassungen zu Großortsverbänden von 186 auf 167 verringert.

Die jetzige Struktur garantiert eine wesentliche erfolgreichere Durchsetzung der ASB-Ziele und -Aufgaben.

Sechs neue Ortsverbände

Neue Ortsverbände wurden gegründet am 7. Januar 1977 in Norderney; am 21. Januar 1977 in Bruchsal; am 24. Januar 1977 in Stuttgart-Botnang; am 2. Juni 1977 in Trier; am 21. September 1977 in Eltville; am 24. Oktober 1977 in Eutin.

Auf langjähriges Bestehen konnten folgende Ortsverbände zurückblicken:

70 Jahre – Wuppertal, Hamburg.

65 Jahre – Essen, Bergedorf, Bremen, Herzogenaurach, Wandsbek, Zweibrücken.

55 Jahre – Bielefeld, Wiesbaden, Burscheid, Saarbrücken.

50 Jahre – Celle.

45 Jahre – Hann. Münden, Plön.

ASB-Landesverbände mit der Rechtsform eingetragener Verein bestehen in allen Bundesländern. Im Bundesland Saarland wurde im April 1977 offiziell ein ASB-Landesverband gegründet.

Schwerpunkt: ehrenamtliche Mitarbeit

Der Arbeiter-Samariter-Bund, ursprünglich von Arbeitern als Selbsthilfeorganisation gegründet, um sich und anderen im Notfall helfen zu können, legt große Bedeutung auf die ehrenamtliche Mitarbeit.

Ehrenamtliche Mitarbeit im ASB bedeutet:

- Bewußte, freie Entscheidung des Einzelnen, etwas für das Gemeinwohl zu tun

- Tätigkeit mit anderen ASB-Helfern im Team,

- Arbeit im Sinne zielgerichteter Tätigkeit.

Mitglied des ASB kann jeder werden, der sich zum demokratischen und sozialen Staat bekennt.

Mitglied im ASB bedeutet dabei, einer reinen Mitgliederorganisation anzugehören, die vertikal gegliedert ist, wobei die Mitglieder wesentlich die Organisation gestalten, nämlich

- alle drei Jahre die Vorstände wählen,

- in Hauptversammlungen Beschlüsse fassen und

- bei Delegiertenkonferenzen die Satzungen und Richtlinien verändern können.

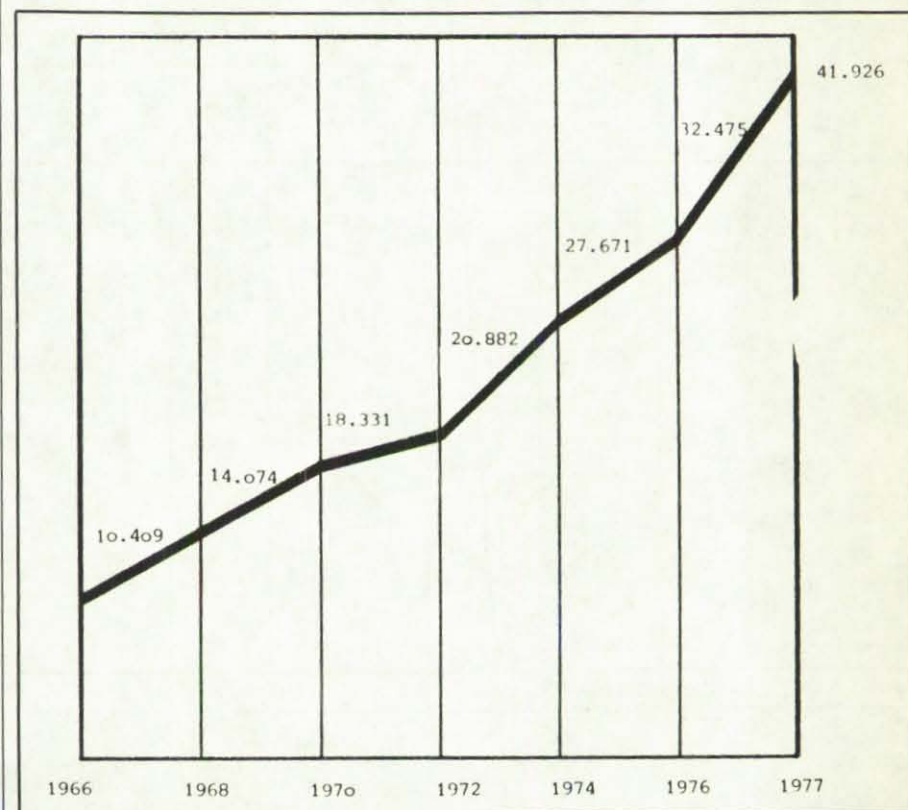
Überdurchschnittliches Wachstum

Die Zahl der Mitglieder steigt im ASB seit Jahren permanent. Angeregt durch einen Mitgliederwettbewerb ist für 1977 eine überdurchschnittliche Zuwachsrate zu verzeichnen, nämlich + 29,1 % von 32 475 Mitglieder 1976 auf 41 926 Mitglieder 1977.

Durch den Mitgliederanstieg bedingt, mußte innerhalb des ASB die gesamte Mitgliederverwaltung ab 1. Januar 1978 auf eine rationelle Sachbearbeitung umgestellt werden.

So wurde das bisher übliche Mitgliedsbuch ersetzt durch eine Mitgliederkarte, die Ausgabe von Beitragsmarken eingestellt. Die Beitragszahlung wird nun durch den Erhalt einer Quittung nachgewiesen.

Neben der Mitarbeit der ehrenamtlichen Helfer ist der Arbeiter-Samariter-Bund jedoch auch zunehmend



auf den Einsatz von hauptamtlichen Mitarbeitern angewiesen, besonders in seinen Einrichtungen der geschlossenen Fürsorge, im Rettungswesen und in der Verwaltung.

1231 hauptamtliche Mitarbeiter (1976 1099 = + 12 %) sind im ASB beschäftigt. Davon: 679 weibliche Mitarbeiter, 252 Rettungssanitäter, 69 Ausbilder.

Wesentlichen Anteil bei der Erhöhung der Zahl der Hauptamtlichen hatte 1977 das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung zur Förderung sozialer Dienste. Zahlreiche Institutionen im sozialen Bereich konnten durch Arbeitskräfte zusätzlich verwirklicht werden, z. B.: in der ambulanten Haus- und Familienpflege, in der Altenbetreuung, der Behindertenbetreuung, in Sozialstationen, in der häuslichen Krankenpflege.

Die Tätigkeit der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter wird unterstützt durch 687 Zivildienstleistende.

Ärzte im ASB

Für die ärztliche und medizinische Betreuung stehen 372 Ärzte, im Durchschnitt 2 Ärzte pro Ortsverband, zur Verfügung.

Folgende Mitwirkungsmöglichkeiten bieten sich für Ärzte im ASB:

- Führung und Leitung von Organisationsstufen.

- Ärztliche Leitung und medizinische Beratung von Orts- und Landesverbänden,

- Praktischer Einsatz im Rettungswesen, z. B. als Notarzt, im Aufbau von ärztlichen Notrufdiensten, im Katastrophenschutz,

- Fachliche Mitwirkung in der internen und externen Aus- und Fortbildung, besonders in der Ausbildung der Ausbilder, in der Herz-Lungen-Wiederbelebung, in der Sanitätsausbildung, aber auch in der Ausbildung von Rettungssanitätern und bei der Mitwirkung in Landesschulen und in der Bundesschule,

- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitskreisen, Institutionen und Ausschüssen.

Eine große Resonanz fand eine ASB-Ärztekonferenz, die sich mit Fragen des Rettungswesens, der Katastrophenschutzmedizin, dem betrieblichen Rettungswesen und

der Ausbildung beschäftigte. Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Ludwig von Manger-Koenig vom ASB-Präsidium führte dabei folgendes aus:

„Ärzte begleiten den Arbeiter-Samariter-Bund seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1888 in Berlin. Aus einem Samariterkurs für Arbeiter und Arbeiterinnen, 1887 von Dr. Alfred Bernstein durchgeführt, entstand die erste ASB-Kolonie. Auf ärztliche Initiative hin wurde im Juli 1910 mit der monatlichen Herausgabe einer eigenen populär-wissenschaftlichen Zeitung begonnen: Kampf gegen Kurpfuschertum war oberstes Ziel. Bereits 1924 führte die 1. Konferenz der im ASB tätigen Ärzte zu einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel, „außer einheitlicher Samariter-Ausbildung, in allen wichtigen Fragen der Hygiene und der sozialen Gesetzgebung Freund und Wegbereiter für die Bevölkerung zu sein.“

Die Zahl der Mitglieder und Mitarbeiter im ASB veränderte sich im Jahr 1977 gegenüber 1976 wie folgt:

	1976	1977	%-Veränderung
Mitglieder insgesamt	32.475	41.926	+ 29,1
Freigestellte Helfer (§ 8.2.)	2.976	3.217	+ 8,0
Hauptamtliche	1.099	1.231	+ 12,0
Zivildienstleistende	520	687	+ 32,1
Ausbilder	837	826	./ 1,3
Ärzte	383	372	./ 2,9

Landesverband	Zahl der OV	Zahl der Mitglieder	Bevölk. 1977 in 1.000	Zahl der Mitglieder im Verh. z. Bevölk. in %	Hauptamtliche				ZDL	Ausbilder	Ärzte § 8.2.	Ärzte § 8.2.
					Gesamt	davon weibl.	Rettungs-sanitäter	Ausbilder				
Baden-Württemb.	23	5.797	9.153	0,06	107	19	58	11	137	111	27	109
Bayern	17	4.305	10.778	0,03	44	3	40	5	39	96	40	413
Berlin	8	1.398	1.970	0,07	460	382	--	3	--	38	2	--
Bremen	3	824	721	0,11	119	56	10	5	48	30	20	60
Hamburg	11	872	1.705	0,05	33	13	--	3	62	40	10	156
Hessen	24	7.272	5.400	0,13	93	19	53	19	191	182	93	583
Niedersachsen	15	3.899	7.200	0,05	59	2	23	10	32	67	17	197
NRW	29	5.585	16.900	0,03	43	19	12	4	50	137	109	1259
Rheinland-Pfalz	18	9.244	3.600	0,25	162	75	52	8	115	81	36	185
Saarland	4	555	1.100	0,05	7	2	2	-	3	11	4	6
Schleswig-Holst.	15	2.175	2.500	0,08	7	-	2	-	6	33	14	249
Bundesvorstand	--	--	--	--	97	79	-	1	3	--	--	--
Gesamt:	167	41.316	61.027	0,06	1231	679	252	69	687	826	372	3217

Erläuterungen:

OV =
ZDL =
§ 8.2. =

Ortsverbände
Zivildienstleistende
Helfer, die sich für 10 Jahre nach § 8.2. KatSG für die Mitarbeit im ASB verpflichtet haben.

Burkhart Kührtz

Güle-güle, und kommt bald wieder!

JUH-Einsatz in der Türkei erfolgreich beendet

Mitten im alten türkischen Erdbebengebiet im östlichen Taurus, neben dem von JUH-Helfern in knapp einem Monat aus den Beständen des Katastrophenlagers der JUH neu eingerichteten Landkrankenhaus in Kulp, steht Rasul Tas mit hängenden Schultern und schluckt heftig – er kämpft mit den Tränen, als er die Hand zögernd zum letzten Male als Abschiedsgruß hebt. Helfen und gemeinsame Arbeit verbanden das JUH-Team mit der türkischen Bevölkerung, die viel, so viel in der Zeit gelernt hatte von Dingen, die sie zum Teil erstmals überhaupt zu Gesicht bekam.

Da, wo die Straße nicht mehr weiterführt, liegt Kulp. Dort hatten JUH-Helfer vor zwei Jahren Wohnhäuser, Sanitärgebäude, drei Schulbauten und das Landkrankenhaus mit Heizgebäude errichtet. Ein weiteres Erdbeben verhinderte das von türkischer Seite geplante Einrichten und Beziehen des Krankenhauses – Arzt und Zahnarzt in Kulp mußten weiterhin Kranke und Schwerverletzte auf die 150 km lange Schotterstrecke zum Krankenhaus der Hauptstadt Diyarbakir schicken. Nach einer Erkundung im letzten August stellten Caritas und Diakonisches Werk wiederum Gelder zur Verfügung, um die damalige Hilfe sinnvoll weiterführen zu können.

Vom Krankenblattordner bis zu den Sauerstoff-Flaschen, vom Schlafanzug bis zur Seifenschale im Spind, vom Serilisator bis zur OP-Leuchte mit Batterie- Notschaltung reicht die Ausstattung. Auch an Großkücheneinrichtung ist gedacht – alles für eine Belegung von 30 Betten. Doch es mußte mehr getan werden, als eine Hilfssendung (zwei Lastzüge) zu übergeben. Will man wirklich helfen, so genügt es nicht, Kisten im Wert von einigen hunderttausend Mark abzugeben:

Vorsichtig streicht Dr. Erkut Menetlioglu, der Zahnarzt in Kulp, mit der flachen Hand über „sein“ neues Besteck (bisher verfügte er nur über das Endstück eines kleinen Bohrers, ohne Kopf) – kann er es auch ansetzen?

Mutiger ist dagegen die Hebamme in Lice, die eine Geburtshilfetasche strahlend in Empfang nimmt – wofür ist der Schlauch? Ob das Blutdruckmeßgerät wohl einmal vorgeführt werden könne? Hier muß mit Geduld das Fachpersonal eingewiesen werden; eingefahrene Strukturen und Gewohnheiten stehen oft der Forderung nach mehr Hygiene im Wege.

Nur langsam, in immer neuen Erklärungen und Diskussionen, kann versucht werden zu erreichen, daß die Kanülen nach jedem Spritzen ausgetauscht werden. Türkische, deutsche, französische und englische Sprachbrocken mischen sich, und dann leuchten auf einmal die Augen auf – man hat sich verstanden, und beide Teile sind dankbar. Auch die JUH-Helfer haben gelernt. Die Kommunikation klappt und wird immer wieder herbeigeführt und geprobt. So leben wir und so lebt ihr.

Und noch mehr ist zu tun: Nach zwei Jahren sind Benutzungsspuren deutlich in der Dispensary im benachbarten Lice zu sehen – die Wände werden mit Kachelplatten verkleidet, der Fußboden wird ausgebessert, Fensterhaken befestigt, Fensterläden repariert, Dachrinnen instandgesetzt, zerbrochene Scheiben ersetzt. Alles unter türkischer Mithilfe – es dauert nicht lange, bis der Hausmeister der Mittelschule in Lice beim Verglasen der Doppelfenster „den Bogen raus“ hat – geschickt sind sie alle, aber Glas ist zu teuer und an Ersatz für den Fußbodenbelag nicht zu denken.

Und noch mehr ist zu tun: Hilfen, wie sie nicht im offiziellen Bericht auftauchen und doch das Verständnis für den Nächsten fördern. Ein aus Deutschland dem ausländischen Arbeitnehmer ins „wilde Kurdistan“ nachgeflatterter Rentenbescheid, Unterlagen über die Krankenversicherung und so vieles mehr stellen die Empfänger häufig vor unüberwindliche Probleme. So werden mitten auf der Straße Formulare entfaltet und glattgestrichen, Geburtsdaten eingesetzt, wird beruhigt, werden Hinweise gegeben, wird der Gang der Administration erläutert. Kata-



Vor der JUH-Fahne an der Längsfront des Krankenhauses dankt der Landrat von Kulp den Vertretern des Diakonischen Werkes und der JUH.

strophenhilfe ganz privat. Dort, wo sie das Verständnis von Mensch zu Mensch fördert, dort, wo sie zur Toleranz und Partnerschaft und zum Lernprozeß zurück in die eigene Gesellschaft führt.

Am letzten Sonntag vor der Übergabe der Einrichtung kommen stolze Väter mit ihren Söhnen an der Hand zu Besuch. Ob man nicht nur mal ganz kurz zeigen könne, was aufgebaut und angeschlossen ist. Man ist stolz auf das Krankenhaus, schlägt sich gegenseitig auf die Schulter, alles blitzt und blinkt; ein deutlich sichtbarer Schritt nach vorn zeichnet sich für die Bewohner eines der ärmsten Landstriche der Türkei ab. Danke, vielen, vielen Dank, alles ist so schön.

Vom fachlichen Bemühen sind die Worte von Yalcin Celik, dem Arzt, bei den Übergabefeierlichkeiten gekennzeichnet. Sofort wolle man einziehen und arbeitsbereit sein.

Eingerahmt von Schwestern in blütenweißen Kleidern ist es für den Gouverneur angenehme Pflicht, neben den übergroßen Sorgen in seinem Verantwortungsbereich für die deutsche Hilfe herzlich zu danken – ein Tropfen auf den heißen Stein jedoch nur in einer Gegend, die das Erdbeben anscheinend nie mehr verlassen will.

Beim Festessen in der Turnhalle der alten Schule von Kulp lassen sich dann auch die Sorgen trotz der ausgelassenen Fröhlichkeit nicht verbergen: Man habe eine Liste von Ausstattungsgegenständen erstellt, die in der Schule noch dringend benötigt

werden, so der Rektor der über 640 Schüler, meist Waisenkinder, und diese Liste wolle man den Repräsentanten des Diakonischen Werkes gern mitgeben. Vielleicht ließe sich ja etwas machen . . .

Wir lassen unsere türkischen Freunde jetzt wieder allein mit ihren Sorgen und kehren in unseren Wohlstand zurück. Wir haben durch ein kleines Fenster in die Armut der Welt geblickt, die wir sonst nicht spüren. Das sagt Rasul Tas nicht, aber er empfindet es wohl und steht einfach da, schluckt, ein scheues „güle-güle“ und kommt bitte bald wieder“.

Für Katastrophen gerüstet

Eine Woche lang informierten die Frankenthaler Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk und Feuerwehr sowie DLRG und BVS die Bevölkerung der Stadt und des Umlandes unter dem Motto „Rund um den Katastrophenschutz“ über die Aufgaben, Arbeit und Einsatzbereitschaft der Frankenthaler Hilfsorganisationen.

Die Ausstellung sollte besonders zeigen, daß Katastrophenschutz eine gesellschaftliche Aufgabe ist, die jedes einzelne Mitglied der Bevölkerung angeht und letztlich nicht nur Freizeitvertreib der Organisationen ist.

Aus diesem Grunde fanden täglich Demonstrationen, Vorführungen, Übungen, Beratungen und Hilfsangebote das Interesse eines teils sachkundigen und teils neugierigen Publikums, insbesondere auch ganzer Schulklassen, die sich das Thema „Katastrophenschutz“ zum Lernziel gesetzt hatten. Johanniter-Unfall-Hilfe und Deutsches Rotes Kreuz demonstrierten täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr ihre Einsatzbereitschaft mit Fahrzeugen, Material und einer mobilen Einsatz-Zentrale. Gleichzeitig wurde der Bevölkerung ein Gesundheitstest (Blutdruck, Augen, Gehör und Vitalkapazität) angeboten, zugleich auch Informationen über die Schädlichkeit von übermäßigem Nikotin- und Alkoholgenuß gegeben.

Die Küchenzüge des DRK und des MHD boten schmackhafte Gerichte und Getränke für die oftmals durch Regengüsse „eingeweichten“ Zuschauer und Helfer.

In Bild und Ton brachten die Frankenthaler Johanniter interessierten Zuschauern anhand von Dias und Filmen die vielfältigen Aufgaben der Rettungs- und Katastrophenschutz-Dienste nahe; eine Informationsschau der JUH Frankenthal mit Darstellungen aus dem Op-Bereich, dem Pflege- und Sanitätsdienst sowie über Auslandseinsätze bot ausreichend Gelegenheit zum Gespräch mit Besuchern und Interessenten, zahlreiche Fahrzeug- und Schadensmodelle im Maßstab 1:87 aus dem KatS-Bereich zogen besonders die Jugend an.

Den Abschluß der Ausstellung bildete ein Tragewettbewerb aller beteiligter Organisationen, bei dem die Johanniter-Unfall-Hilfe allein vier Plätze erringen konnte (2. Platz Jugend, 3. Platz Jugend, 1. Platz Damen und 1. Platz Herren).

Fazit dieser Veranstaltung war: Die am Katastrophenschutz in Frankenthal beteiligten Organisationen bewiesen, daß sie für den Ernstfall gut gerüstet sind. Die Ausstellung sollte besonders jüngeren Menschen einen Impuls zum Engagement in den Organisationen geben und bei möglichst vielen Bürgern das Interesse am Selbstschutz wecken. W. Jendsch



Gemeinsam mit den anderen Organisationen im Katastrophenschutz demonstrierte die JUH in Frankenthal ihre Einsatzbereitschaft.

2. Fortbildungsseminar für Johanniter-Schwesternhelferinnen in Zusammenarbeit mit der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung

Am 3. Juni fand auf dem Verkehrslandeplatz Marburg-Schönstadt für Johanniter-Schwesternhelferinnen das 2. Fortbildungsseminar statt. Die Veranstaltung wurde von der

Deutschen Flughilfe in Zusammenarbeit mit der Hessischen Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung (H. A. G. E.) und der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH/SHA) durchgeführt.

Wie die Landesdezentrale für Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland der JUH/SHA, Karin von Oettingen, mitteilte, war der Wunsch nach Teilnahme am 1. Seminar im Hause der H. A. G. E. im März dieses Jahres so groß, daß nicht alle Meldungen berücksichtigt werden konnten. Deshalb erhielten die 26 Teilnehmer aus Marburg und näherer Umgebung, darunter auch eine ganze Reihe Medizinstudentinnen, nunmehr im 2. Seminar ihre Unterweisungen in Theorie und Praxis.



Die Teilnehmerinnen des 2. Fortbildungsseminars für JUH-Schwesternhelferinnen stellten sich auf dem Flugplatz Marburg-Schönfeld zum Gruppenfoto.

Dr. W.-D. von Freitag-Loringhoven, Wissenschaftlicher Leiter der H. A. G. E. und Präsident der Deutschen Flughilfe, begrüßte die Teilnehmer und richtete seinen besonderen Dank an den Gastgeber, den Kurhessischen Verein für Luftfahrt. Nach Eröffnung der Veranstaltung durch Karin von Oettingen folgte ein Vortrag des Fliegerarztes Dr. Fritz Schmeisser zum Thema „Medizinische Probleme des Fliegens“, in dem er sich besonders mit den Möglichkeiten der Hilfeleistung durch Schwesternhelferinnen befaßte. Anschließend wurden in Gruppen praktische Übungen, u. a. während des Fliegens, durchgeführt. Nach einer Filmveranstaltung und einer Besprechung der während des Fliegens aufgetretenen Probleme wurde abschließend „Manöverkritik“ geübt. Wie die Veranstalter und Teilnehmer einhellig bekundeten, war dieses Seminar ein Erfolg.

Ermutigt dadurch sind weitere Fortbildungsveranstaltungen mit weiterführenden praktischen Übungen geplant.

Aus dem Jahresbericht 1977

Der MHD in Zahlen und Fakten

Mitgliederstand stieg auf 51 404 / Fortsetzung und Schluß

Eine weitere Forderung des MHD stellt die Beibehaltung des bisherigen Aufstellungsumfanges dar, der sich auf insgesamt 308 Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes (1976: 285) beläuft und sich wie folgt in die einzelnen Fachdienste gliedert:

- 7 ABC-Züge
- 14 Betreuungsleitzüge
- 61 Betreuungszüge
- 22 Fernmeldezüge
- 13 Führungsgruppen
- 48 Krankentransportzüge
- 129 Sanitätszüge
- 24 Verbandplatzzüge

Katastrophen-Einsatz-Zug (KEZ)

Mit dem Katastrophen-Einsatz-Zug verfügt der MHD über eine eigene Kats-Einsatzreserve, die im Bedarfsfall im Inland auf Anforderung der Bundesregierung oder der behördlichen Katastrophenabwehrleitungen und im Ausland auf Anforderung des Deutschen Caritasverbandes oder auch anderer Stellen jederzeit eingesetzt werden kann. Der KEZ ist nicht zu verwechseln mit den Einheiten des MHD, die – einbezogen in den Katastrophenschutz des Bundes und der Länder – der Einsatzlenkung der örtlichen Katastrophenschutzbehörden unterstellt sind.

Die sächliche Ausrüstung des KEZ hatte am 31. 12. 1977 folgenden Stand:

- 273 Krankentransportwagen
- 61 Rettungswagen
- 353 Kombi-Fahrzeuge (Kleinbusse/ Behelfskrankenwagen)
- 78 Anhänger
- 11 Küchenwagen (Lkw)
- 15 Feldkochherde
- 128 Führungsfahrzeuge (Pkw)
- 97 Lkw-Kastenwagen
- 5 Wasseraufbereitungsanlagen
- 5 Lichtgiraffen
- 8 Funkwagen
- 8 Fernsprechbauwagen

- 2 Desinfektionswagen
- 673 Funkgeräte
- 1 Ukw-Funkanlage
(sonstige Ausrüstung:
Zelte, Feldbetten, Decken,
Sanitätsmaterial usw.)

Es bleibt hervorzuheben, daß die Fahrzeuge und sonstigen Ausrüstungsgegenstände des KEZ ausnahmslos aus Eigenmitteln, vor allem Spendengeldern, beschafft wurden.

Fahrzeuge des KEZ waren 1977 in Friaul (Oberitalien) und im Erdbebenkatastrophengebiet von Muradiye (Osttürkei) eingesetzt.

Katastrophenschutz der Länder

Die Diskussion um die Neuordnung des Katastrophenschutzes auf Bundesebene ließ die kontinuierliche Arbeit und Entwicklung in den Bundesländern etwas zurücktreten, wengleich beispielsweise durch die Verabschiedung des Katastrophenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen für die Arbeit des MHD wichtige Verbesserungen eintraten.

So werden in diesem Gesetz die bisher durch Vereinbarung abgesicherten finanziellen Zuwendungen des Landes an die Hilfsorganisationen auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. In vorbildlicher Weise respektiert dieses Gesetz zudem die Eigenständigkeit der privaten Hilfsorganisationen und das allein aus der Mitgliedschaft sich begründende Helfer-Verhältnis zur jeweiligen Organisation. Hierin findet die Arbeit der freien Verbände einen gesellschaftspolitischen Stellenwert, der offensichtlich nicht selbstverständlich ist – wie es der Entwurf eines entsprechenden Gesetzes für das Land Baden-Württemberg dokumentiert. Eine vom Landesinnenministerium in Stuttgart durchgeführte Anhörung zu diesem Gesetz kann von ihrem Verlauf wie vom Ergebnis her nur als unbefriedigend bezeichnet werden.

Es sollte den zuständigen staatlichen Instanzen stets bewußt sein, daß bereitwilliges Mittun der Sanitätsorganisationen und ihrer Helfer bei der Erfüllung der Katastrophenschutzaufgaben Anerkennung und Partnerschaft voraussetzt. Die Durchsetzung eigener Vorstellungen, ohne die Interessen der Hilfsorganisationen zu berücksichtigen, kann der gemeinsamen Sache gerade auf dem Sektor des Katastrophenschutzes nur abträglich sein.

Auslandsdienst

Äthiopien

Die vom MHD in Äthiopien aufgebauten Projekte (Ambulanzen, Werkstätten, Schulen) wurden im Berichtsjahr weiterhin mit Spendengeldern unterstützt, was insbesondere zugunsten der in diesen Einrichtungen tätigen einheimischen Personalkräfte geschah.

Norditalien

Der Einsatz von Technikern und Handwerkern des MHD, die in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Caritasverband in verschiedenen Orten des Katastrophengebiets Gemeindezentren errichteten, konnte im Dezember 1977 erfolgreich abgeschlossen werden.

Rumänien

Im Auftrag der Bundesregierung entsandte der MHD im März 1977 9 Rettungssanitäter mit 4 Rettungswagen (RTW) in das von einem schweren Erdbeben heimgesuchte Rumänien.

Die Malteser halfen bei den Rettungsmaßnahmen in der Hauptstadt Bukarest. Außerdem wurde einheimisches Sanitätspersonal mit den Rettungswagen vertraut gemacht und in die medizinisch-technischen Apparaturen und Gerätschaften dieser Fahrzeuge (Narkose- und Beatmungseinheiten, EKG-Monitor- und Defibrillationseinrichtungen u. a. m.) eingewiesen. Diese Schulung wurde deswegen erforderlich, weil die MHD-RTW nach Beendigung des Einsatzes als Geschenk der Bundesrepublik der rumänischen Regierung übergeben wurden.

Vor allem die Mithilfe und der persönliche Einsatz der Malteserhelfer bei den Rettungsaktionen fanden in der Bevölkerung wie auch bei den staatlichen Stellen großes Interesse, Dank und Anerkennung.

Türkei

Am 9. August 1977 starteten 13 MHD-Angehörige – gelernte Maurer, Schreiner, Elektromechaniker und Sanitärinstallateure – in das osttürkische Erdbeben-Katastrophengebiet. Aufgabe dieses Hilfsteams war es, im Gebiet von Muradiye (Anatolien) 2 Krankenpflegestationen und 7 dreiklassige Schulen mit den dazugehörigen Wohnungen aus Fertigbauteilen, die aus der Bundesrepublik angeliefert wurden, aufzubauen. Finanziert wurden die Bauten im Gesamtwert von 3 Millionen DM durch den Deutschen Caritasverband und das Diakonische Werk. Die angesprochenen Projekte stellen unmittelbar zugunsten der einheimischen Bevölkerungen einen wirksamen Beitrag zum Wiederaufbau dar, der dank der Mithilfe des MHD in wenigen Monaten geleistet werden konnte. Dabei bleibt hervorzuheben, daß die Arbeiten unter zum Teil schwierigsten Verhältnissen bewältigt werden mußten, die den MHD-Mitarbeitern die Mobilmachung aller Kräfte abverlangte. Bis Ende 1977 konnte der größte Teil des Bauprogramms erfolgreich abgeschlossen werden.

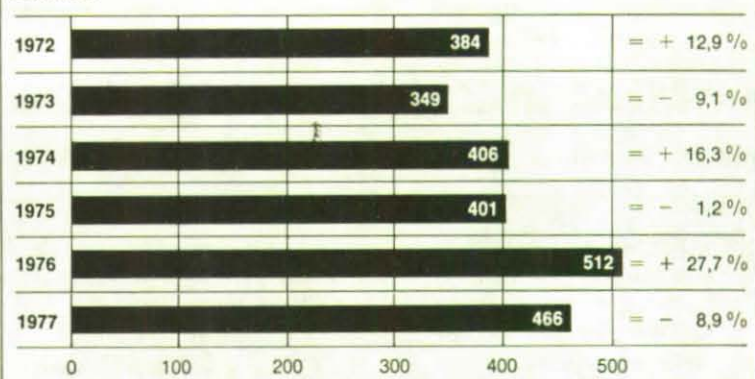
Vietnam

Auf Einladung des Roten Kreuzes der Sozialistischen Republik Vietnam reiste der geschäftsführende Vorstand Graf Landsberg-Velen und v. Truszczynski vom 15. bis 24. 11. 1977 nach Vietnam.

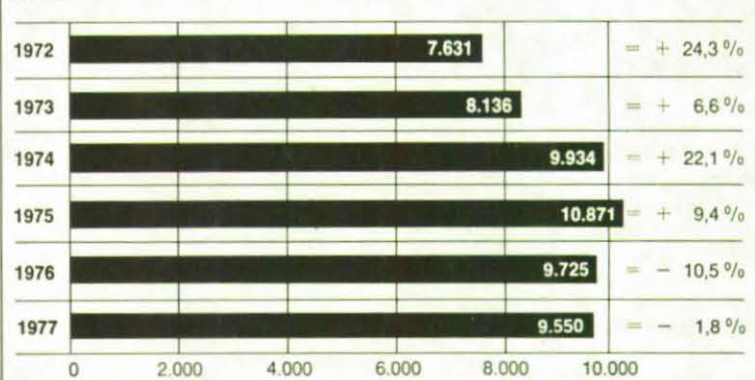
Reisezweck:

1. Die Besichtigung der vom MHD im Auftrage der Bundesregierung während des humanitären Hilfseinsatzes 1966 bis 1975 in der Provinz Quang Nam erstellten Anlagen und Einrichtungen;
2. die Überprüfung der Möglichkeiten, die infolge der politischen sowie militärischen Ereignisse 1975 unterbrochene Hilfe in geeigneter Weise abzuschließen bzw. zu ergänzen;
3. die Erkundung, ob die sterblichen Überreste der 1969 in vietnamesischer Gefangenschaft verstorbenen MHD-Angehörigen Marie-Luise Kerber, Hindrika Kortmann und Georg Bartsch aufgefunden und in die Heimat überführt werden können.

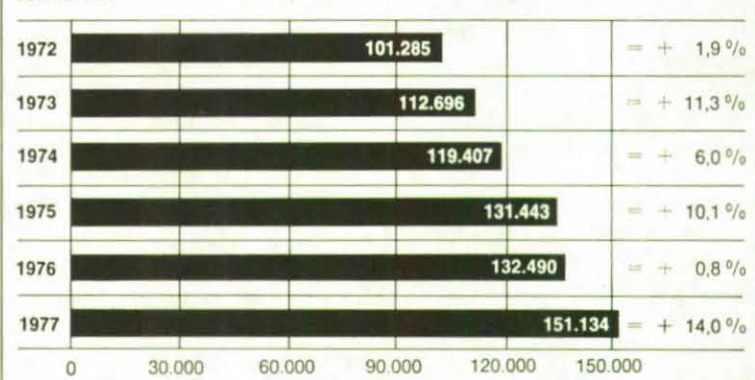
Überblick über die Ausbildung in den Jahren 1972–1977
Ausbilder



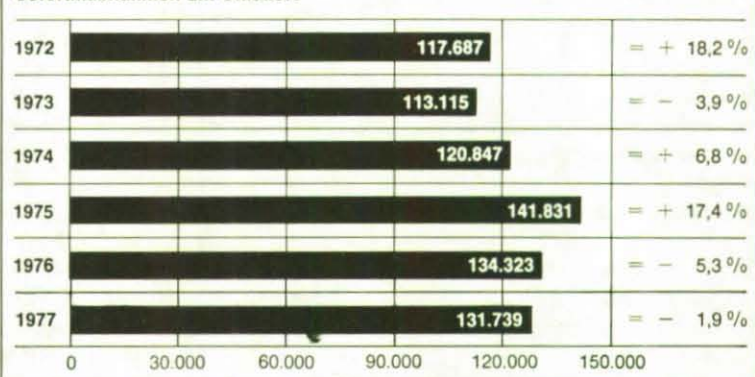
Überblick über die Ausbildung in den Jahren 1972–1977
Helfer



Überblick über die Ausbildung in den Jahren 1972–1977
Laienhelfer



Übersicht über die Ausbildung in den Jahren 1972–1977
Sofortmaßnahmen am Unfallort



Probleme der Feuerwehren aufgezeigt:

Finanzierung, Katastrophenschutz, Forschung, Ausbildung

DFV-Präsident Bürger nahm in Böblingen zu aktuellen Themen Stellung



Diese Seiten
erscheinen in
Verantwortung des
Deutschen
Feuerwehrverbandes

Im Rahmen des Festaktes zum 4. Landesfeuerwehrtag Baden-Württemberg sprach DFV-Präsident Albert Bürger u. a. auch bundesweite Probleme der deutschen Feuerwehren an:

„Das Feuerwehrwesen in allen Bundesländern ist von zwei Gesetzesvorhaben auf Bundesebene betroffen, zu denen ich aus der Sicht der Feuerwehren eine deutliche Aussage zu machen habe.“

Feuerschutzsteuer

Die Grundfinanzierung des abwehrenden Brandschutzes erfolgt über die bundeseinheitliche Feuerschutzsteuer. Durch eine, nach meiner Meinung wenig durchdachte Rechnungslegungsverordnung des Bundesfinanzministers ist das Aufkommen der Feuerschutzsteuer teilweise in einzelnen Ländern um 30 % zurückgegangen. Leider lehnt der Bundesfinanzminister aus verfassungsrechtlichen Gründen eine Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes ab und hat es den Ländern überlassen, über den Bundesrat initiativ zu werden. Der Bundesrat wird dem Bundesstag nach den Parlamentsferien einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. Dann erwarten die 950 000 wahlberechtigten Feuerwehrmänner, die weder persönlich noch sachlich selbst einen Vorteil von diesem Gesetz haben, daß die Herren Abgeordneten des Bundestages dieses neue Gesetz über die Feuerschutzsteuer im Sinne der Versprechungen und Lobesworte, die wir von ihnen bei Grußansprachen bei Feuerwehrveranstaltungen erfahren dürfen, in unserem Interesse schnell verabschieden.

Katastrophenschutzgesetz

Das zweite Gesetzesvorhaben auf Bundesebene ist die fällig gewordene Novellierung des 1968 in Kraft getretenen Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes. Die Novellierung darf nicht weiter aufgeschoben werden, wenn die Bundesregierung nicht an Glaubwürdigkeit verlieren will und in den Katastrophenschutzorganisationen nicht eine neuerliche Beunruhigung bis hin zum Unmut eintreten soll. Einer Novelle des Katastrophenschutzgesetzes des Bundes muß aber die Änderung des augenblicklichen Mißverhältnisses in der Zuwendung



von Mitteln für die zivile Verteidigung vorausgehen. Im Weißbuch der Bundesregierung von 1972 zur zivilen Verteidigung wurde die finanzielle Ausstattung der militärischen und der zivilen Verteidigung mit 20:1 festgelegt. Heute beträgt das Verhältnis 58:1. Wir fordern die Bundesregierung auf, zu ihrer Zielvorstellung von 1972 baldigst zurückzukehren. Die derzeitigen Mittel reichen nicht einmal zur Substanzerhaltung im Katastrophenschutz aus, geschweige denn für einen ausreichenden Überlebensschutz. Voraussetzung für eine weitere sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Feuerwehren und dem Bund im Katastrophenschutz ist eine Verbesserung in der finanziellen Ausstattung desselben. Auch erwarten wir eine Entlastung von bürokratischen Maßnahmen und eine Verbriefung unseres Mitspracherechtes.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern und dem ihm nachgeordneten Bundesamt für Zivilschutz sowie dem in ihm integrierten Technischen Hilfswerk hat in den zurückliegenden Jahren eine wirksame Verbesserung erfahren. Ich hoffe, daß wir insbesondere bei unseren gemeinsamen Bemühungen um eine tragbare Abgrenzung in Fragen des Einsatzes, der Aufgabenverteilung und Ausrüstung mit der Führungsspitze des THW in diesem Jahre noch einen entscheidenden Durchbruch erreichen. Dazu mag der am 11. Juni 1978 abge-

schlossene, gemeinsam geplante und durchgeführte Einsatz der Feuerwehren mit Unterstützung des THW an der Küste der Bretagne beitragen. Ich danke der Bundesregierung, daß sie die vom Deutschen Feuerwehrverband initiierte Hilfeleistung im Rahmen des deutsch-französischen Abkommens durchführen ließ. Mit solchen gemeinsamen Aktionen werden Schranken abgebaut und Erfahrungen für eine ausstattungsgerechte Abgrenzung der Aufgaben gesammelt.

Brandschutzforschung

Mit Sorge beobachten wir, daß trotz der hervorragenden Organisation des Feuerwehrwesens in den Bundesländern auf einem Gebiet der Rückstand gegenüber anderen Nationen sich vergrößert, nämlich bei der Brandschutzforschung. Auch scheint neuerdings die bisher einheitliche Meinung dazu in der „Ständigen Konferenz der Innenminister“ zu zerfallen. Bei der derzeitigen jährlichen Brandschadenssumme von mehr als 3 Milliarden DM wenden die Länder für Brandschutzforschung nur eine halbe Million DM auf. Ich fühle mich verpflichtet, die Herren Innenminister der Länder heute aufzufordern, das seit Jahren andauernde Tauziehen um die deutsche Brandschutzforschung, die damit verbundene Brandschutzstatistik und die endgültige Ansied-

lung der Forschungsstelle zu beenden. Ein erfolgreicher abwehrender Brandschutz ist nur gesichert, wenn uns Wissenschaft und Forschung die notwendigen taktischen und technischen Erkenntnisse liefern. Ich wäre glücklich, wenn gerade mein Heimatland Baden-Württemberg hier nun ein Zeichen setzen würde.

Verbesserung der Ausbildung

In allen deutschen Bundesländern stehen die Feuerwehren vor gleichen personellen Fragen, die wir mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gemeinsam lösen müssen. Die Freiwilligen Feuerwehren in allen Bundesländern verfügen über einen Personalstand von 815 000 Mann, den wir als voll ausreichend bezeichnen dürfen. Bei einer sinnvollen Verteilung der Kräfte an der Basis unter Berücksichtigung der Veränderungen der Kommunalreform ist die personelle Ausstattung derzeit optimal. Der sich stets erweiternde Aufgabenkreis im Einsatz der Feuerwehren, die fortschreitende Technik in industriellen und baulichen Anlagen und das immer breiter werdende Band der allgemeinen technischen Hilfeleistung verlangen in der Zukunft einen viel höheren Wissensstand jedes einzelnen Feuerwehrmannes in der Schadensbekämpfung.

Der Ausbildungsstand der Feuerwehren ist in allen Ländern als gut zu bezeichnen. Trotzdem bedarf es einer laufenden Anpassung an die Schadensereignisse und die sich ändernde Technologie der Schadensbekämpfungsmittel. Der Deutsche Feuerwehrverband und seine Landesfeuerwehrgeschichten werden sich deshalb gemeinsam mit den Innenministern der Länder um eine laufende Intensivierung des Ausbildungsstandes bemühen müssen. Dabei wird ein größerer Anteil der Ausbildung als bisher am Standort und nicht nur an den Feuerweherschulen erfolgen müssen. Dies trifft auch auf

die seither zu kurz gekommene Führungsbildung zu. Ich rege deshalb an, innerhalb der Feuerwehren ein Ausbildungskorps zu bilden, das sich aus Ingenieuren und Fachkräften der Industrie zusammensetzt und das befähigt ist, den Wissensstand der Feuerwehren bei der Schadensabwehr in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft dem neuesten Stand der Erkenntnis im Führen von Menschen und Einheiten und in Zusammenwirken mit anderen Organisationen anzupassen.

Keine Einmann-Führung

Die Nachkriegsentwicklung des kommunalen Feuerwehrwesens spitzelte in der Betonung der absoluten Selbstständigkeit der Gemeindefeuerwehr mit einer betont lockeren Dienstaufsicht auf Kreisebene. Dies hatte die Einmann-Führung auf kommunaler und Kreisebene zur Folge. Die Gebiets- und Verwaltungsreform schuf jedoch größere Verwaltungseinheiten und damit auch größere Verbände der Feuerwehren auf Gemeindeebene. Die Einmann-Führung blieb jedoch meistens bestehen. Es ist ein Gebot der Stunde, daß auch in Baden-Württemberg Ansätze unternommen werden, um dies zu ändern. Wir haben gemeinsam mit dem Bundesminister des Innern und der Ständigen Konferenz der Innenminister der Bundesländer ein brauchbares Führungsmodell mit Stabsgliederung entwickelt, das nicht nur für den Katastrophenfall, sondern auch für den Friedensgebrauch geeignet ist. Wenn wir künftig die Freiwilligen Feuerwehren mit ehrenamtlichen Führungskräften mit Erfolg führen wollen, müssen wir auch in Baden-Württemberg ein Stabsmodell auf Kreis- und Gemeindeebene einführen und auch im Rahmen des Stützpunktsystems von Untergliederungen auf Kreisebene kommen. Ich würde es begrüßen, wenn das Innenministerium diesen Denkanstoß aufnehmen und damit neue Führungsstrukturen und Führungsqualitäten Eingang finden würden.

Einheitlichkeit

Nachdem sich die Länder auf bundeseinheitliche Polizeiuniformen und Dienstgradabzeichen geeinigt haben, sollte man auch bei den Feuerwehren die bereits ausgehandelten einheitlichen Dienstgradabzeichen, soweit nicht schon erfolgt, einführen. Dies ist auch bei grenzüberschreitendem Einsatz, insbesondere bei Katastropheneinsätzen, zweckdienlich.

Pflichtbewußtsein

Im Gegensatz zu vielen neuzeitlichen Bürgerinitiativen sind die Feuerwehren heute eine starke Säule der inneren Sicherheit geworden. Durch ihre innere Ordnung und geschlossene Einsatzbereitschaft geben sie ihren Mitbürgern im Falle der Bedrohung von Leben und Gütern Schutz und Hilfe. Für die Städte und Gemeinden sind die Feuerwehren der Kern eines bürgerschaftlichen Ordnungselementes im Zusammenleben der Gemeinschaft, ohne den eine freiheitliche Demokratie nicht existieren kann. Gerade deshalb wäre auch eine Verringerung in der Zahl der Feuerwehrmänner und Feuerwehreinheiten im Zusammenhang mit der Kommunalreform eine nicht wieder gut zu machende Fehlleistung. Die für Legislative und Exekutive in den Ländern und ihren Gemeinden Verantwortlichen sollen erkennen, daß die 950 000 Feuerwehrmänner auch eine notwendige Bremse gegen ein zu starkes Ausuferndes Individualismus und Egoismus darstellen. Die Freiwilligen Feuerwehren werden dann ein Höchstmaß an Effektivität erreichen, wenn ihnen Selbstverwaltung und Selbstführung gewährt und dabei staatliche und kommunale Förderung zuteil wird. Die Feuerwehrmänner sind treue Söhne ihres Volkes. Sie erfüllen ihre Pflicht in der Art, die ihres Lebensraumes entspricht."

„Feuerwehren – größte Bürgerinitiative“

Bundestagsvizepräsident Dr. Schmitt-Vockenhausen beim Festakt des DFV

„Ich bin gerne Ihrer Einladung gefolgt und zu Ihnen gekommen als Vertreter des Deutschen Bundestages, aber vor allem auch als der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände der Bundesrepublik Deutschland, deren Verhältnis zu den Feuerwehren ein besonders enges und freundschaftliches ist. Herr Präsident Bürger, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie auch diese Stunde benutzt haben, um auf die Probleme der Feuerwehren aufmerksam zu machen.

In den Städten des Mittelalters symbolisierte

die Eimerkette beim Löschen von Bränden das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Mitverantwortungsbewußtsein des Bürgers. Auch heute hat sich nichts daran geändert. Bürgersinn und Verantwortung für die Allgemeinheit finden in den Feuerwehren ihren hervorragenden Ausdruck.

Als der Begriff ‚Bürgerinitiative‘ noch gar nicht erfunden war, waren die Feuerwehren schon die größte Bürgerinitiative unseres Landes. Der Einsatz in der Feuerwehr fordert einen ganzen Mann. Viele

Wehrmänner haben bei ihrer Aufgabe, Leben und Eigentum ihrer Mitbürger zu schützen und zu retten, Gesundheit aufs Spiel gesetzt, ohne danach zu fragen, wie denn der Dank der Allgemeinheit für eine solche Tat der Selbstlosigkeit aussehen möge. Dabei macht es keinen Unterschied, ob es sich um Frauen oder Männer der Freiwilligen Feuerwehren oder auch um die Männer der Berufsfeuerwehren handelt.

Die verschiedenartigen Aufgaben der Feuerwehren erfordern auch die entsprechenden Mittel.

So gibt es bei der Bekämpfung von Bränden, Katastrophen und öffentlichen Notständen Situationen, bei deren Bewältigung die Ausbildung, die Berufserfahrung



eines für solche Aufgaben ausgebildeten Spezialisten erforderlich ist. Die Zunahme der Berufsfeuerwehren in den Städten darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Rückgrat des Feuer- und Katastrophenschutzes in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, aber auch in zahlreichen kreisfreien Städten, von den Freiwilligen Feuerwehren gestellt wird.

Daß bei unserer Jugend neben Abenteuerlust und Mannesmut die Aufopferungsfähigkeit immer noch den gebührenden Rang innehat, zeigen die wachsenden Aufnahmezahlen bei den Freiwilligen Feuerwehren und ihren Jugendfeuerwehren, daß wir über den Umfang, wie sie sich in dem letzten Jahrzehnt entwickelt haben, stolz sein können. Hier erwächst Ihnen, meine Damen und Herren, und den Trägergemeinden eine wichtige Aufgabe in der Formung und Heranbildung der Staatsbürger von morgen.

Ohne die Feuerwehren sind die Städte und Gemeinden nicht in der Lage, die Bevölkerung vor Feuersbrunst, Katastrophen und sonstigen Notständen hinreichend zu schützen. Daß zur Bewältigung dieser Aufgaben aber nicht nur der Einsatz von Menschen ausreicht, daß diese Menschen ohne ausreichendes Gerät ihre Aufgaben nicht erfüllen können, wird nicht zuletzt aus der Tatsache deutlich, daß der Gründer des Deutschen Feuerwehrverbandes später einer der prominentesten Hersteller von Feuerwehrgeräten wurde.

Bei allem guten Willen stoßen zahlreiche Gemeinden bei der Beschaffung von Feuerwehrgeräten allzuoft an ihre zu schmale Finanzdecke. Die seit Jahren rückläufigen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer schaffen weitere Schwierigkeiten. Ich

darf es in allem Freimut sagen: Was ein Kontenrahmen für die Versicherungswirtschaft alles bewirken kann, um den Feuerwehren für ihre Ausstattung Geld zu entziehen, durch eine einzige Maßnahme, ist schon eine tolle Sache. Wieviel Jahre dann Bund und Länder brauchen, um das auszugleichen, ist noch eine andere Sache. Wir sind alle aufgerufen, uns weiter darum zu kümmern, daß die Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes schneller vorangeht.

Die kommunalen Spitzenverbände haben mit Nachdruck die Novellierung des Feuerschutzsteuergesetzes gefordert, um die Erfüllung der Aufgaben der Feuerwehren nicht an der mangelnden finanziellen Beweglichkeit der Gemeinden in diesen schwierigen Jahren scheitern zu lassen.

Die Frauen und Männer der Feuerwehren haben Anspruch darauf, angemessen ausgestattet zu werden. Gutes Gerät und ein hoher Ausbildungsstand gewährleisten die stetige Einsatzfähigkeit der Feuerwehren. Auf dem Gebiet der Ausbildung in den Freiwilligen Feuerwehren haben die Landesfeuerwehrverbände sich hervorragende und bleibende Verdienste erworben. Die Landesfeuerwehrschulen können manchen anderen Ausbildungseinrichtungen als Vorbild dienen. Bei ihrem Bemühen um eine ständige Verbesserung des Ausbildungsstandes in den Feuerwehren können die Vertreter der Feuerwehrverbände der grundsätzlichen Unterstützung durch die Städte und Gemeinden sicher sein. In einer Zeit der Gebiets- und Verwaltungsreform, wo Politiker in den Landtagen die Grenzen der Gemeinden und Städte neu geschnitten haben, ist eines sicher: Wir brauchen weiterhin überall die örtliche Feuerwehr, und das zeigt am besten, wie falsch manche dieser Entscheidungen waren.

Dem Deutschen Feuerwehrverband kommt der Verdienst zu, in der Formierung der Freiwilligen Feuerwehren Vorbildliches geleistet zu haben. Das Ansehen, das die Feuerwehren in der Öffentlichkeit genießen, ist dem ständigen Bemühen des Verbandes, aber auch dem seines Präsidenten zu verdanken. Herr Innenminister Späth hat mit Recht gesagt: Herr Präsident Bürger, mit Ihrem Namen, mit Ihrer Persönlichkeit ist der Wiederaufbau der deutschen Feuerwehr nach dem 2. Weltkrieg eng verbunden. Wenn es, Herr Bundespräsident, das Wort vom mündigen und unbequemen, aber tüchtigen Staatsbürger gibt, dann trifft es auf den Präsidenten Bürger zu. Herzlichen Dank dafür.

Wenn heute in Fragen des Zivilschutzes Bundestag und Bundesregierung bei den von ihnen zu treffenden Maßnahmen sich hoffentlich auch des sachverständigen Rates des Deutschen Feuerwehrverbandes bedienen, so wie ich das als Vorsitzender des Innenausschusses stets getan habe, so ist das beileibe keine Selbstverständlichkeit. Ich verspreche mir davon eine weitere Stärkung der Bedeutung und des Ansehens dieser Organisation; auch aus der Tatsache, daß nunmehr die Freiwilligen Feuerwehren, die Berufsfeuerwehren und die Werkfeuerwehren in einer Organisation in hervorragender Weise zusammenarbeiten.

Sicherung des Feuerschutzes und Bekämpfung von Katastrophen und öffentlichen Notständen sind eine wichtige Aufgabe der Städte und Gemeinden. Für einen Kommunalpolitiker ist es in der gegenwärtigen Situation nicht vorstellbar, wer bei der Erfüllung dieser Aufgaben an die Stelle der Feuerwehren treten könnte. Dieses Bewußtsein und die vielerorts bewiesene Loyalität der Feuerwehren, die nach eigenen Erklärungen sich als Einrichtung der Gemeinden verstehen, sind der Grund für die starke Verbundenheit zwischen den Gemeinden und ihren Feuerwehren. Daß das so ist, dafür gebührt dem Deutschen Feuerwehrverband und seinen Mitgliedern Dank und Anerkennung.

Wenn Feuerwehrmänner aus den anderen Ländern Europas wie heute hier zum Jubiläum kommen und bei Katastrophen, wie jetzt in der Bretagne oder irgendwo anders, auch die Hilfsbereitschaft so über die Grenzen hinweg selbstverständlich geworden ist, sind diese Feuerwehren auch in Europa ein fester Bestandteil; nicht nur bei Kongressen und Wettbewerben, sondern auch dann, wenn es um Hilfe für den in Not Geratenen in anderen Ländern Europas geht. Herzlichen Dank auch dafür!

In diesem Sinne möchte ich sagen: zum 125. Tag der Gründung des Deutschen Feuerwehrverbandes bin ich sicher, daß Sie Ihre Aufgabe für unser Land und unsere Bürger auch in Zukunft gut lösen werden. Sie lösen sie aber auch für uns alle in dem zukünftigen Europa."

Jugendfeuerwehr Nieder-Roden wurde Bundessieger

2. Bundesausscheidungen zum Internationalen
Jugendfeuerwehr-Wettbewerb

Im Rahmen des Landesfeuerwehrtages Baden-Württemberg in Böblingen wurden dort am 10. Juni auch die 2. Bundesausscheidungen der DJF zum „Internationalen JF-Wettbewerb im CTIF“ durchgeführt.

Die ersten Ausscheidungen fanden im Oktober 1976 in Fulda statt. Erstmals wurde der Jugendfeuerwehrwettbewerb im internationalen Bereich innerhalb des CTIF im Juli 1977 in Luxemburg durchgeführt. Damals belegten die beiden deutschen Vertreter mit 999 bzw. 985 Punkten die beiden ersten Plätze, ein großartiger Erfolg.

Laut Beschluß der Jugendkommission im CTIF werden die alle zwei Jahre im internationalen Bereich stattfindenden JF-Wettbewerbe vom 6. bis 12. August 1979 in Niederösterreich ausgetragen.

Je Nation können zwei Jugendfeuerwehren teilnehmen. Die Bundesausscheidungen in Böblingen hatten die zwei Jugendfeuerwehren zu ermitteln, die die Deutsche Jugendfeuerwehr im Jahre 1979 im CTIF vertreten. Innerhalb der Deutschen Jugendfeuerwehr hat dieser Wettbewerb seit einem Jahr plötzlich einen hohen Stellenwert, denn die DJF hat international die beiden vorderen Plätze zu verteidigen, welches sicherlich nicht leicht sein wird.

Folgende Gruppen traten als Qualifizierte ihrer Landesverbände zur Bundesausscheidung in Böblingen an:

Baden-Württemberg:
Eschbach, Zuzenhausen
Bayern: Kempten I, Kempten II
Hamburg: Sasel, Sülldorf-Iserbrook
Hessen: Nieder-Roden, Densberg
Niedersachsen: Brake, Jade
NRW: Datteln
Rheinland-Pfalz: Oberelbert, Ernst
Schleswig-Holstein: Kirchbarkau, Aumühle

Neben den 15 deutschen Gruppen beteiligten sich noch vier ausländische und zwei weitere deutsche Jugendfeuerwehren außer Konkurrenz an den Wettbewerben, so daß die stattliche Zahl von 21 Gruppen den Sportplatz von Böblingen bevölkerten.

Die Ergebnisse der 2. Bundesausscheidungen 1978:

1. JF Nieder-Roden (Hessen)	961 Punkte
2. JF Eschbach (BW)	949 Punkte
3. JF Kempten I (Bayern)	918 Punkte
4. JF Jade (NS)	912 Punkte
5. JF Brake (NS)	911 Punkte

6. JF Densberg (Hessen)	905 Punkte
7. JF Zuzenhausen (BW)	895 Punkte
8. JF Kirchbarkau (SH)	886 Punkte
9. JF Sasel (Hamburg)	884 Punkte
10. JF Oberelbert (RhPf)	876 Punkte
11. JF Kempten II (Bayern)	874 Punkte
12. JF Aumühle (SH)	867 Punkte
13. JF Sülldorf-Iserbrook (Hamburg)	859 Punkte
14. JF Ernst (RhPf)	850 Punkte
15. JF Datteln (NRW)	808 Punkte

Bei den ausländischen Gruppen ergaben sich folgende Ergebnisse:

1. JF Kapfenberg-Stadt (Österreich)	928 Punkte
2. JF Neckenmarkt (Österreich)	902 Punkte
3. JF Capelle a. d. IJssel (Holland)	805 Punkte
4. JF Waalre (Holland)	745 Punkte

Außerhalb der Konkurrenz starteten die zwei deutschen Gruppen JF Rastatt-Niederbühl (BW) mit 922 Punkten und JF Weinheim (BW) mit 717 Punkten.

Insgesamt ergab der diesjährige Wettbewerb nicht die guten Ergebnisse der Ausscheidungen des Jahres 1976. Damals erzielte die Siegergruppe 994 Punkte und die an 13. Stelle platzierte Gruppe noch 900 Punkte; nunmehr ein deutliches Leistungsgefälle bei allen Gruppen von Böblingen. Innerhalb des CTIF siegte im letzten Jahr die JF Negenborn (Niedersachsen) sogar mit 999 Punkten vor der zweiten deutschen Gruppe, JF Densberg (Hessen), mit 985 Punkten. Diese Jugendfeuerwehr belegte jetzt mit 905 Punkten den 6. Platz. Die JF Negenborn als Titelverteidiger im CTIF war von Niedersachsen nicht benannt worden.

Nach den Ergebnissen von Böblingen wird die Deutsche Jugendfeuerwehr im Jahre 1979 bei den „2. Intern. JF-Wettbewerben im CTIF“ durch die beiden erstplatzierten Jugendfeuerwehren Nieder-Roden (Hessen) und Eschbach (Baden-Württemberg) vertreten sein. Beiden Gruppen gilt zum Erfolg bei den Ausscheidungen die Gratulation der Deutschen Jugendfeuerwehr. Hoffen wir, daß für das Jahr 1979 bei beiden Gruppen noch eine Leistungssteigerung möglich ist, damit sie nicht chancenlos nach Niederösterreich fahren.

- vor -

Feuerwehr- Jahrbuch 1978 erschieden

Das Feuerwehr-Jahrbuch ist die einzige Veröffentlichung, in der jährlich bundesweit über das gesamte Brandschutzwesen in der Bundesrepublik Deutschland berichtet wird. Es wird zusammengestellt und herausgegeben vom Deutschen Feuerwehrverband. Diesjähriger Umfang ca. 250 Seiten, Jahresberichte, Arbeitsberichte, Informationen, Übersichten, Hinweise, Statistiken, Schaubilder, ca. 100 Fotos zu folgenden Gebieten:

1. Deutscher Feuerwehrverband
2. Landesfeuerwehrverbände
3. Freiwillige Feuerwehren
4. Jugendfeuerwehren
5. Berufsfeuerwehren
6. Werkfeuerwehren
7. Militärfeuerwehren
8. Brandschutz in den Bundesländern
9. Ausbildung und Schulung, Landes-Feuerwehrschulen
10. Technik und Ausrüstung
11. Einsatzplanung
12. Wissenschaft und Forschung
13. Sozialwesen und Versicherungen
14. Internationale Feuerwehr
15. Bundesorganisationen
16. Feuerwehrgeräte-Industrie
17. Öffentlichkeitsarbeit
18. 125-Jahrfeier des DFV

Es bietet einen umfassenden Überblick über aktuelle Themen und über das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1977. Neben den Berichten aller Feuerwehr-Organisationen und einer umfassenden Feuerwehr-Statistik steht diesmal die Dokumentation über die 125-Jahrfeier des DFV (9. 6. 1977) im Mittelpunkt des Feuerwehr-Jahrbuches.

Alle in Organen der Feuerwehr bzw. Jugendfeuerwehr Tätigen sollten sich noch mehr über das Feuerwehrwesen in der Bundesrepublik informieren. Hierzu benötigt man dieses Jahrbuch. Die jährlich abgedruckten Beiträge stellen für alle in Führungspositionen der Feuerwehr tätigen Mitglieder sowie für Behörden, Verwaltungen und Industrie eine wichtige Sammlung dar.

Das Jahrbuch ist über den DFV, Postfach 24 01 45, 5300 Bonn 2, zu beziehen.

„Otto Dix“ verbessert Wasserrettung am Bodensee

Modernes Boot für den DLRG-Bezirk Bodensee-Konstanz in Dienst gestellt



Probefahrt des neuen Motorrettungsbootes „Otto Dix“ mit den Ehrengästen auf dem Bodensee.

Der Ausbau des Rettungsdienstes und die Ausrüstung mit modernen Motorbooten im DLRG-Bezirk Bodensee-Konstanz ist durch das Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg und durch die neue Schifffahrtsordnung auf dem Bodensee dringend notwendig geworden. Letztere verlangt nämlich, daß innerhalb von drei Jahren alle Außenborder über 10 PS auszumustern und durch Boote mit Innenbordmotor zu ersetzen sind. Den Hintergrund dazu bildet der praktizierte Umweltschutz.

„Adler 11“ – schnell und wendig

Die Indienststellung des DLRG-Motorrettungsbootes „Adler 11 – Otto Dix“ ist der Anfang dieser Umstellung. Das 6,26 m lange Boot ist mit zwei Innenbordmotoren zu je 90 PS und Doppeljet-Antrieb ausgerüstet, die ihm eine Geschwindigkeit von 50 km/h verleihen. Die Anschaffungs-

kosten belaufen sich mit Rettungs-, Wiederbelebungs- und Funkgeräten auf 66 000 DM. Es wird im Untersee eingesetzt, wo plötzlich hereinbrechende Sturmböen diesen Aufsichtsbereich zu einem immer wieder gefährlichen Seeabschnitt des Bodensees, vor allem für Segelboote, werden lassen.



DLRG-Bezirksleiter Greschniok mit MdB Biechele, MdL von Trotha und Bootsführer Kröber.

Festliche Bootsübergabe

Bei der Feier zur Indienststellung des neuen Bootes in Gaienhofen-Hemmenhofen konnte der Vorsitzende des DLRG-Bezirks Bodensee-Konstanz, Hans Greschniok, zahlreiche Ehrengäste begrüßen, unter ihnen MdB Hermann Biechele, MdL Klaus von Trotha, Regierungsdirektor Dr. Ulrich Neth, Regierungsvizepräsident Dr. Bittighofer, Bürgermeister Hensler, Vertreter von ASB, DRK, JUH und MHD sowie den Vorsitzenden des Landesverbandes Baden der DLRG, Karl Vollmar.

In seinem Festvortrag bezeichnete Regierungsdirektor Dr. Neth, Rettungsdienstreferent im Arbeits- und Sozialministerium Baden-Württemberg, die Anschaffung des neuen Rettungsbootes mit einem Landeszuschuß von 49 000 DM als ein Beispiel guter Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und freien Trägern. Mit der Gewährung eines weiteren Zuschusses für den Landesverband Baden sei auch „grünes Licht“ für die Anschaffung eines weiteren Motor-Rettungsbootes in Bodman gegeben. Zweifel äußerte der Redner bei der Frage, ob alle zehn erforderlichen Boote bis 1980 angeschafft werden könnten. Hier biete die Umrüstung der vorhandenen Boote unter Umständen eine Ausweichmöglichkeit, um die Rettungsbereitschaft voll aufrechtzuerhalten.

Nach dem Maler Otto Dix

Die Namensgebung für das neue Rettungsboot stelle, so Dr. Neth, nicht nur einen Bezug zur Wahlhei-

mat des großen Malers Otto Dix her, sondern sei auch mit der sozialen Fragestellung verbunden, die im Werk des Meisters offenkundig geworden sei. Es erscheine ihm folgerichtig, daß man Mittel zur Rettung von Menschenleben mit Otto Dix in Verbindung bringe. Hier werde der Boden zur humanitären Idee gespannt, wie sie von der DLRG mit Tatkraft und Erfahrung verfolgt werde. Die Arbeit der DLRG sei darüber hinaus ein Beispiel für mitmenschliche Hilfe und Zuwendung, für Eigeninitiative und Selbsthilfe. Sie leiste einen wichtigen Solidaritätsbeitrag.

Für LV-Leiter Karl Vollmar war dieser Tag ein Freudentag; trotzdem schwang in seinen Worten auch Unbehagen mit beim Gedanken, daß bis 1980 die Umrüstung der Rettungsboote vollzogen sein soll. Dazu sei die DLRG finanziell nicht in der Lage. Er forderte aufgrund des Hilfe-Versprechens von Innenminister Lothar Späth einen Stufenplan, der die Umrüstung und Ausstattung der Rettungsboote sicherstelle.

Biechele: Hilfe durch Bund und Land

MdB Hermann Biechele hält eine wirksame Katastrophenhilfe ohne freiwilliges Engagement für undenkbar. Es sei aber die Pflicht des Bundes wie auch des Landes, der DLRG unter die Arme zu greifen, damit auch sie den Vertrag (neue Bodensee-schiffahrtsordnung) erfüllen kann.



Bundestagsabgeordneter Biechele (CDU/CSU) forderte ein verstärktes Engagement von Bund, Ländern und Gemeinden zur Unterstützung der DLRG.

Nach einem kleinen Taufakt durch die Enkel von Otto Dix und einer Probefahrt mit den Ehrengästen wurde das Rettungsboot der Gruppe Gaienhofen der DLRG übergeben. btg

DLRG-Ortsgruppe Coesfeld unter neuer Leitung

Bei der Jahrestagung der DLRG-Ortsgruppe Coesfeld trat der bisherige langjährige Vorsitzende Hermann Müter zurück. Müter ist bereits seit 1959 Mitglied der DLRG und hatte seit 17 Jahren den Vorsitz der Ortsgruppe. Aufgrund seiner Verdienste um die DLRG war ihm 1977 die Ehrennadel in Silber – zweithöchste Auszeichnung der DLRG – überreicht worden.

Bei der Übergabe der Amtsgeschäfte auf seinen Nachfolger Bernd Sander konnte Müter auf stolze Leistungen verweisen. Die Mitgliederzahl betrug am 31. 12. 1977 genau 602. Damit ist die DLRG Coesfeld der größte schwimmsporttreibende Verein im Kreise Coesfeld. Unter Müters „Regentschaft“ wurden allein im Jahre 1977 854 Frei-, Fahrten- und Jugendschwimmabzeichen abgenommen.

Des weiteren wurde 115 Kindern und 51 Erwachsenen in 17 Lehrgängen das Schwimmen beigebracht, 83 Rettungsschwimmabzeichen (64 Bronze und 19 Silber) abgenommen und 4 Rettungstaucher ausgebildet. Ferner wurde im Jahre 1977 erstmalig ein Neujahrsschwimmen durchgeführt. Dieses Schwimmen fand im DLRG-Bezirk Coesfeld einen dermaßen großen Anklang, daß es nunmehr jährlich – mit der Verleihung von Wanderpokalen – durchgeführt werden soll.

Für seine geleistete Arbeit wurde Müter vom stellvertretenden Vorsitzenden neben Worten des Dankes und der Anerkennung ein Bildband seiner näheren Heimat mit einer persönlichen Widmung des Vorstandes überreicht.

Westfalens DLRG probte Katastrophenfall zusammen mit dem ASB

Die sich auch in Zukunft wiederholenden Katastrophenschutz-Übungen der DLRG Westfalen mit anderen Hilfsorganisationen setzten sich Ende Mai 1978 fort. Etwa 150 Helfer des ASB und 100 DLRG-Angehörige trafen sich nach einer Sternfahrt mit Booten, Tauchgeräten und Fahrzeugen im „Katastrophengebiet“ am Rhein-Herne-Kanal im „Dreiländereck“ Herne, Castrop-Rauxel und Recklinghausen.

DLRG-Landesverbandsleiter Dr. Gelzer, Übungsleiter Gerdt Neumann und der Katastrophenschutz-Beauftragte des ASB, Knickenberg, erläuterten Sinn und Zweck der Übung, die im ganzen ein voller Erfolg wurde.

Daß am Samstag ein wolkenbruchartiger Regen fiel, paßte bestens ins Programm. Ein mitfahrender Reporter konnte sich „eigentlich nicht vorstellen“, daß so ein angenommenes Hochwasser in Deutschland Wirklichkeit werden würde: Zwei Tage später berichteten die Medien von der Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland. Go.

DLRG-Ortsgruppe Stade: aus alt macht neu

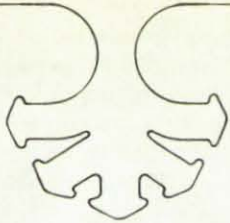
Die DLRG-Ortsgruppe Stade konnte in einer kleinen Feierstunde gleich zwei neue Fahrzeuge für ihre vielfältigen Aufgaben in Dienst stellen.

Die Inbetriebnahme hatte allerdings vorher viele freiwillige Arbeitsstunden von Mitgliedern gefordert. Nachdem für die neue Slippbahn in die Unterelbe beim Klubheim ein Fahrzeug als Winde gesucht wurde, fand ein Vorstandsmitglied einen ca. 20 Jahre alten Unimog bei einer Baufirma.

Eine kurze Verhandlung, und das Fahrzeug gehörte kostenlos der DLRG. Jetzt waren die jungen Mitglieder nicht mehr zu halten, und in vielen freiwilligen Stunden wurde aus dem alten wieder ein fast neues Fahrzeug. Als „Nebenprodukt“ dieser Arbeit entstand gleichzeitig für das letzte Motorrettungsboot der notwendige Bootsanhänger.

Der Unimog kann für alle anfallenden Einsatzaufgaben der Ortsgruppe und darüber hinaus des Bezirkes Unterelbe eingesetzt werden. Nicht nur zum Slippen der Motorrettungsboote beim Klubheim, sondern auch zum Schleppen der schweren Boote kann das Fahrzeug eingesetzt werden. Der Landkreis Stade hat den Unimog sofort mit in den Fahrzeugpark für den Katastrophenschutz eingegliedert.

Bei der Indienststellung waren der Oberkreisdirektor sowie der Dezerent für den Katastrophenschutz sowie Bundestagsabgeordnete und Vertreter der befreundeten Verbände anwesend. Alle Gäste und Mitglieder konnten die geleistete Arbeit der jungen DLRG-Mitglieder nur loben.



Presseschau des Inlands

Die Hilfsbereitschaft ist größer

Eine vierköpfige Forschungsgruppe des Sozialwissenschaftlichen Instituts für Katastrophen- und Unfallforschung in Kiel hat das Verhalten der direkt Beteiligten, möglicher Augenzeugen und hinzueilender Personen bei Verkehrsunfällen mit Verletzten untersucht. Die entsprechenden Erhebungen wurden bei 30 Verkehrsunfällen gemacht. Vor allem ging es dabei darum, das Verhalten der genannten Personengruppen in der Zeit festzustellen, wenn Polizei und Notarzt noch nicht eingetroffen sind.

Wie der Leiter der Forschungsgruppe, Direktor Metreveli, in einer Pressekonferenz erklärte, hätten die Beobachtungen seines Teams und die Erkenntnisse aus der Untersuchung bestätigt, daß das Publikum wesentlich besser sei als sein Ruf. Vor allem sei die Hilfsbereitschaft größer als die Neugier. In vielen Fällen habe eine spontane Soforthilfe (Absichern der Unfallstelle, Melden des Unfalles, erste Rettungsmaßnahmen) festgestellt werden können.

Vierzig Prozent des Publikums stellten sich neben den Kurzbefragungen ein oder zwei Tage später ausführlichen Interviews. Weiteres Dokumentationsmaterial wurde mit der Kamera zusammengetragen. Erstaunlich war die Bereitschaft des Publikums, Aussagen zu machen. Die Äußerungen haben den Wunsch nach der Forderung aufkommen lassen, das Publikum mehr als bisher in Rettungsmaßnahmen einzubeziehen.

(Darmstädter Echo)

Bessere Information gefordert

Daß die Lehrerschaft über die Arbeit des an den niedersächsischen Schulen sehr aktiven Bundesverbandes

für den Selbstschutz bedauerlicherweise häufig nicht ausreichend informiert sei, beklagte Fachgebietsleiter Häckel von der BVS-Landesstelle Niedersachsen. Um diesem unbefriedigenden Zustand abzuhelpfen, hatte der BVS in Zusammenarbeit mit den Schulräten die Rektoren und Lehrer der Schulaufsichtskreise I und II zu einer Informationstagung eingeladen.

Im Verlaufe des Seminars wurden unter dem Motto „Zivilschutz und Schule“ den teilnehmenden Pädagogen die Probleme und Möglichkeiten eines umfassenden Zivilschutzes verdeutlicht. Fachgebietsleiter Häckel: „Unser Ziel ist es, Sie in den Stand zu versetzen, die Belange des Zivilschutzes sachlich richtig zu sehen und gegebenenfalls Schüler über diese bedeutungsvolle, doch vielfach unpopuläre Vorsorgemaßnahme von Bürgern und Staat zu unterrichten.“

Es wurde über die vielfältigen Gefahren des täglichen Lebens, aber auch über einen nicht auszuschließenden Verteidigungsfall gesprochen. Weil z. B. die Betroffenen den Warnungen der Behörde keinen Glauben schenkten, habe es bei der Hamburger Flutkatastrophe zahlreiche Tote gegeben, führte Wilfried Prellberg vom BVS als klassisches Fehlverhalten in einer Gefahrensituation aus. In weiteren Referaten ging es um Waffenwirkungen und den Schutzraumbau, ebenso um den Selbstschutz in Wohn- und Arbeitsstätten.

(Rotenburger Kreiszeitung)

Vorsorge in Grün

Das landwirtschaftliche Wochenblatt geht in einer Meldung über die DLG-Ausstellung sehr eingehend auf die Bemühungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz ein, mit einer besonderen Ausstellung den Selbstschutz in der Landwirtschaft anzusprechen.

Durch diese Schau sollen keine zusätzlichen Anschaffungen empfohlen werden, vielmehr soll auf dem Stand „Vorsorge in Grün“ anhand von Beispielen auf einem Modellhof aufgezeigt werden, welche Schutzmöglichkeiten auf einem Hof bereits zu finden wären und welche Maschinen und Einrichtungen bei Katastrophen zur Verfügung stehen.

Katastrophen gibt es . . . auch bei Unwettern, Gebäude-, Wald- und Feldbränden. Es kann zu Unfällen

in der chemischen Industrie oder in Atomkraftwerken kommen, bei denen giftige Stoffe durch den Wind auch in entfernte Gebiete getragen werden können. Holzkonstruktionen sollten mit feuerhemmenden Mitteln imprägniert, Holzverschlänge zwischen Gebäuden abgerissen werden, um ein mögliches Übergreifen des Feuers zu verhindern.

Intakte Wasserwagen können bei Bränden auch als Wassertransportfahrzeuge eingesetzt werden. Wasserarme Bäche können mit geringem Materialaufwand gestaut werden, um die Entnahme von Löschwasser zu erleichtern.

(Württembergisches Wochenblatt für die Landwirtschaft, Stuttgart)

Selbstschutzzug der Standortverwaltung

Eine Standortverwaltung hat demonstriert, daß sie durchaus in der Lage ist, bei einem Katastrophenfall zuzugreifen. Vorwiegend Frauen haben sich – als Angestellte der Standortverwaltung – für diesen freiwilligen Dienst zur Verfügung gestellt. Ein Beispiel, das Nachahmung finden sollte.

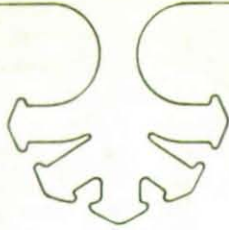
Vor wenigen Tagen probten Mitarbeiter der Lecker Standortverwaltung den „Katastrophenfall“ und bewiesen, wie später in der Manöverkritik betont wurde, einen soliden Ausbildungsstand. Der Selbstschutzzug war auf sich allein gestellt, da nach der Übungsannahme die Feuerwehr bereits an anderer Stelle im Einsatz war und auch die Horstfeuerwehr wegen des laufenden Flugbetriebes nicht helfen konnte.

Die Zuschauer konnten sich die Arbeit der einzelnen Trupps, die im Ernstfalle selbstverständlich nebeneinander eingesetzt sind, nacheinander ansehen. Zuerst wurde der ABC-Trupp eingesetzt, danach der Brandschutztrupp, der vom 300 m entfernten Hydranten das Wasser herleiten mußte.

Rettungsdienst und Sanitätsdienst rückten gleichzeitig an . . . Nach der angenommenen Lage mußten „Verletzte“ aus Trümmern geborgen und Mauern abgestützt werden.

Von den 170 Bediensteten der Standortverwaltung haben 165 einen Selbstschutz-Grundlehrgang mitgemacht.

(Niebüll, Nordfr. Nachrichten)



Presseschau DES AUSLANDS

Trinkwasservorrat in Plastiksäcken

Bekanntmachung der Wasserwerke

Bei Wasserrohrbrüchen werden von den Wasserwerken Zürich an die Haushalte des betroffenen Gebietes Plastiksäcke mit je 5 Litern Trinkwasser vom Transport-Lkw aus abgegeben. Dieses Wasser hält sich über lange Zeiträume frisch.

Nachdem in der Stadt Zürich die Bedingungen des Personenschutzes erfüllt sind und die erforderliche Anzahl von Schutzräumen für die Bevölkerung zur Verfügung steht, kann dieses Wasser in Plastiksäcken auch als Trinkwasservorrat im Schutzraum aufbewahrt werden. Die Wasserwerke der Stadt geben die gefüllten Plastiksäcke zum Preise von je 25 Rappen ab.

Zahlreiche Firmen und Hausbesitzer machen bereits von der Möglichkeit, so einen Trinkwasservorrat anzulegen, Gebrauch. Die Haltbarkeit des Wassers beträgt fünf Jahre und wird durch eine Behandlung mit Silberjodid erreicht.

(Zürich, 16. Juni 1978)

Mehrzweck-Schutzraum privat gebaut

Journal of CIVIL DEFENSE

Sie ist Schuppen, Weinkeller, Studienraum und Schutzraum in einem, diese kleine Hütte, die als Geräteschuppen in Colton, Kalifornien, steht. Doch die Werkzeuge sind alle sauber an der Wand aufgereiht. Auf dem Fußboden aber dominiert eine große Stahl Luke, eine Falltür, die nach unten in eine attraktive Zwei-Zimmer-Untergrundbehausung führt.

Diese Zwei-Zimmer-Behausung aber ist nicht nur ein sicherer Schutzraum, sie ist auch ein Weinkeller und dient gleichzeitig als Studierzimmer für einen Luftwaffen-Reservisten. Den Schutzraum hat er sich selbst gebaut, zur Zeit ist er tatsächlich Student. Immer kühl, immer ruhig sind die Räume.

Die ganze Anlage ist ein Nachbau eines Schutzraumes, der vor genau zwei Jahren unter der Überschrift "Who says Home Shelters are out?" (Wer sagt, daß Schutzräume „out“ sind?) in der Mai/Juni-Ausgabe dieses Journals beschrieben wurde.

Mit dem hier erkennbaren Interesse am Zivilschutz und vor allem auch daran, was die Russen in diesem Bereich tun, sind Schutzräume vielleicht doch wieder mehr im Gespräch. Warum auch nicht?

(Starke/Florida, Nr. 3/1977)

Eine amerikanische Stimme

THE AMERICAN LEGION MAGAZINE

In einer ungewissen, gefährlichen Welt kann der Mensch nicht auf Waffen für seine Freiheit verzichten.

Der Zivilschutz ist eine solche Waffe. Eine Nation, die geübt hat und ausgerüstet ist, einen Nuklearkrieg zu überleben, hat mehr Möglichkeiten, eine solche Katastrophe zu vermeiden. Deshalb müssen wir – The American Legion – gegen Kürzungen des Zivilschutzes protestieren. Diese Kürzungen würden staatliche oder regionale Zivilschutzpläne außer Kraft setzen oder verstümmeln; das gleiche gilt für die ZS-Programme in unseren weiterführenden Schulen.

... Man betont immer wieder das starke sowjetische Interesse an Zivilschutz-Maßnahmen – Bau von unterirdischen Fabrikanlagen, Selbstschutzausbildung für die Bevölkerung und Evakuierungspläne. Die Vereinigten Staaten verfügen über kein vergleichbares Programm. Analysen der Gespräche über die Beschränkungen strategischer Waffen mit der UdSSR zeigen, daß der ... Feind durch zeitweilige Waffenüberlegenheit verführt wird, ... das amerikanische Volk als Geisel gegen einen möglichen Gegenschlag zu nehmen.

Die Welt erlebt ein beunruhigendes Anwachsen von Nuklearwaffen. Die

vorgeschlagenen Kürzungen würden in unverantwortlicher Weise alle laufenden ZS-Programme unterbrechen ... Zivilschutz ist eine politische Angelegenheit!

(Washington, Mai 1976)

Neues Rationierungssystem geplant



Die Rationierung von Lebensmitteln war eines der Themen der vom Zentralen Amt für zivile Bereitschaft veranstalteten Bereitschaftskonferenz in Lillehammer. Obersekretär Y. Frøshaug erläuterte das gegenwärtige Rationierungssystem und umriß die Planungen für ein neues System.

Grundelement der derzeit bestehenden Regelung ist eine Rationierungskarte, die Marken für verschiedene Waren enthält, die für bestimmte Mengen in bestimmten Perioden gelten sollen. Es sollen rationiert werden: Mehl, Backwaren, Fett, Zucker, Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade. Sondermarken sollen zum Einkauf von Käse, Seife, Tabak u. a. m. berechtigen.

Dieses System wird als veraltet angesehen und kann zu erheblichen Schwierigkeiten in der Abwicklung führen. Die Rationierungsregelung soll daher den modernen Verkaufsregelungen angepaßt werden. Vor allem soll ein System entwickelt werden, welches sowohl bei Engpässen im Frieden als auch in einem Kriegsfall anwendbar ist. Dies ist dann besonders wichtig, wenn einer Krise im Frieden unmittelbar ein Krieg folgt.

Bei den neuen Überlegungen verläßt man das alte Prinzip, jeder Marke eine Ware zuzuordnen. Es soll künftig mit einer Sorte Marken, die einen Kalorienaufdruck haben, eine Warenmenge unterschiedlicher Art gekauft werden können, die dem Kalorienwert entspricht. Dabei sollen Marken mit unterschiedlichen Kalorienwerten ausgegeben werden. Im Gespräch ist auch ein System, welches vom Geldwert – den gleichen Grundsätzen folgend – ausgeht. Wichtig ist, daß das neue System sich in das übliche Umsatzverfahren einfügen läßt.

(Oslo, Nr. 2/1977)

WISSENSCHAFT UND TECHNIK

Mikroprozessoren schützen Personen und Sachwerte

Alle Anlagen und Einrichtungen, die Brand, Einbruch oder Überfall an eine hilfeleistende Stelle melden, müssen strenge Forderungen erfüllen, wie sie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland die VDE-Bestimmungen 0800 vorschreiben. Eine deutsche Firma, die weltweit über 20 000 solcher Meldeanlagen sowohl für den innerbetrieblichen als auch den kommunalen Bereich, also für Polizei und Feuerwehr, geliefert hat, stellt nun ein neues Sicherheitsmeldesystem SM 80 vor, das durch die Verwendung modernster Technologien, so unter anderem auch Mikroprozessoren, ein Höchstmaß an Sicherheit und Zuverlässigkeit bietet.

Diesem neuen Melde- und Steuerungssystem SM 80 hat man das Prinzip der dezentralen Systemintelligenz zugrunde gelegt. Verwirklicht wird es durch das Aufteilen der Meldeanlage in voneinander unabhängige, in sich geschlossene Verarbeitungseinheiten. Diese Einheiten – hier Kerne genannt – sind mit dem Mikroprozessor SAB 8080 bestückt und werden über definierte Schnittstellen miteinander verbunden. Damit kann man diese Kerne sowohl zentral in einem Schrank als auch an verschiedenen Orten installieren, was insgesamt einen sehr flexiblen Aufbau des SM 80 zuläßt. Unterstützt wird dies durch die bausteinartig konzipierte Software für die Mikroprozessoren, die damit praktisch alle Forderungen erfüllen können.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die strikte Trennung von physikalischer und logischer Verarbeitung. Die von den verschiedensten Meldertypen mit unterschiedlichsten Übertragungs- und Überwachungsprinzipien kommenden Informationen werden dabei zuerst von einer eigenen Einheit, der sogenannten Melderanschaltung, auf ein einheitliches Datenformat gebracht und erst dann über eine logische Schnittstelle dem Mi-



kroprozessor zur Weiterverarbeitung angeboten. Dadurch kann das System auch mit schon vorhandenen Geräten zusammenarbeiten, ohne daß die interne Verarbeitung dadurch berührt wird, was wiederum die Funktionssicherheit erhöht.

Das Sicherheitsmeldesystem SM 80 kann man noch durch ein Auskunftssystem erweitern. Bei jeder einlaufenden Meldung wird dann der zu der jeweiligen Meldernummer abgespeicherte Text auf einer Datensichtstation oder von einem Drucker ausgegeben. Damit lassen sich die bei einer Alarmierung zu treffenden Maßnahmen noch schneller einleiten – ein weiteres Plus für die Sicherheit der zu schützenden Personen und Sachwerte.

Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit verabschiedet

Die Bundesregierung hat jetzt das Programm zur Förderung von Forschung und Entwicklung im Dienste der Gesundheit verabschiedet. Dieses Programm wird von den Bundesministerien für Forschung und Technologie, für Jugend, Familie und Gesundheit und für Arbeit und Sozialordnung durchgeführt. Mit dem Programm verfolgt die Bundesregierung das Ziel, aufgabenorientierte Forschung und anwendungsbezogene Entwicklung zur unmittelbaren Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger auch im Gesundheitswesen verstärkt einzusetzen. Für die Durchführung des Programms sind für die Jahre 1978 bis 1981 insgesamt etwa 450 Mio. DM vorgesehen.

Nach den Worten von Bundesforschungsminister Volker Hauff solle Forschung und Entwicklung im Gesundheitswesen dazu beitragen, gesundheitsgerechte Lebensbedingungen zu sichern und unsere gesundheitliche Versorgung bürgernah, lei-

stungsfähig und wirtschaftlich zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Gesundheitsforschung könne auch gesundheitspolitische Entscheidungen erleichtern. Das Programm sei ein Beispiel dafür, wie eng Forschungs-, Gesundheits- und Sozialpolitik zum Nutzen des Bürgers zusammenwirken können. Das forschungspolitisch und gesundheitspolitisch vorrangige Ziel des Programms sei es deshalb auch, Wege aufzuzeigen, wie durch eine breite Anwendung bereits vorhandener Erkenntnisse und durch neue Entwicklungen weit verbreitete Zivilisationskrankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, Rheuma und psychische Krankheiten wirksamer bekämpft und insbesondere, wie deren Entstehung überhaupt verhindert werden könne. Insofern ergänze und verstärke das Gesundheitsforschungsprogramm hervorragend das Programm Humanisierung des Arbeitslebens und das Umweltprogramm der Bundesregierung.

Staatssekretär Wolters vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit erläuterte die für die Förderung medizinischer Forschungsvorhaben maßgebenden Überlegungen des Programms:

Ein wesentliches Anliegen des Programms sei es, auch in der Forschung von dem Übergewicht der kurativen Medizin abzugehen und sich vermehrt und konzentriert der Forschung zur Verhinderung von Krankheiten zuzuwenden. Dies gelte um so mehr, als eine Zunahme solcher Krankheiten zu verzeichnen ist, bei denen eine wirksame Therapie beim Auftreten der Symptome oft nicht mehr gewährleistet werden kann, und bei denen daher eine Prävention besonders wichtig ist.

Staatssekretärin Anke Fuchs vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ging auf die gesundheitspolitischen Zusammenhänge des Programms ein und betonte: So wichtig der medizinische Fortschritt in weiten Bereichen sei, so sehr komme es in der Praxis der Gesundheitsversorgung zugleich auf die Organisation des medizinischen Angebots, auf das Finanzierungs- und Vergütungssystem und nicht zuletzt auf das Zusammenwirken der am Gesundheitswesen Beteiligten an. Die Bundesregierung wolle mit diesem koordinierten Forschungsprogramm neue gesundheits- und forschungspolitische Akzente setzen.



neue BÜCHER

ABC-Schutz VI Chemische Kampfstoffe – Entgiftung

Von **Horst Komorowski**
Verlag Offene Worte, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich durch ihren Beitritt zum Brüsseler Vertrag im Jahre 1954 verpflichtet, auf die Herstellung und den Besitz von ABC-Waffen zu verzichten. Dies schließt jedoch keinesfalls die Vorbereitung und Anwendung von Schutzmaßnahmen gegen diese Kampfmittel aus. Schutzmaßnahmen gegen die Wirkungen chemischer Kampfstoffe kann man in zwei Hauptgruppen einteilen: in die vorbeugenden Maßnahmen vor dem Angriff oder Kontakt mit diesen Stoffen und die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, wenn chemische Kampfmittel eingesetzt wurden oder festgestellt werden.

Die vorliegende Broschüre befaßt sich in der Hauptsache mit dem zweiten Teil der Maßnahmen, dem Entgiften, und ist in erster Linie für das ABC-Fachpersonal bestimmt. Einleitend wird darauf verwiesen, daß planvolle Maßnahmen immer einen bestimmten Zeitbedarf voraussetzen. Es wird eine Anleitung zu Überlegungen für diesen Zeitbedarf gegeben.

Die Vergiftungserscheinungen und Merkmale, von denen her auf das Vorhandensein von chemischen Kampfstoffen geschlossen werden kann, werden ausführlich behandelt. In den Abschnitten, die sich mit dem Aufspüren der Kampfstoffe und den Entgiftungsmitteln befassen, erfährt der Leser, daß unterschiedliche Materialien auch sehr verschieden auf die Giftstoffe reagieren. Die Einzelheiten der Entgiftungsmaßnahmen werden sehr detailliert beschrieben.

Sehr wichtig sind die Hinweise zur Beurteilung der Genießbarkeit von Lebensmitteln und Trinkwasser im Einwirkungsbereich von chemischen Kampfstoffen. Ausführlich behandelt der Autor die Richtlinien zum Schutz der eingesetzten Personen.

Blitzkrieg

Von **Charles Messenger**
Gustav Lübbe Verlag GmbH,
Bergisch-Gladbach

Der Einsatz von Panzern und Flugzeugen im Ersten Weltkrieg war der Auftakt zu einem neuen strategischen Denken. Messenger beschreibt in seinem Buch, wie die Strategie des Überraschungskrieges, des „Blitzkrieges“, Geschichte macht. Der britische Historiker analysiert, wie unterschiedlich die europäischen Staaten damals auf die technologischen und strategischen Änderungen reagierten.

1935 drohte Hitler erstmals damit, er werde sich „wie ein Blitz in der Nacht“ auf den Feind werfen. Der Polenfeldzug, der Krieg gegen Frankreich, der Einsatz des Afrikakorps im Wüstenkrieg und der Angriff auf die Sowjetunion zeigten, welche Erfolge erzielt werden konnten.

Aber die Ära des „Blitzkrieges“ ist keinesfalls zu Ende. Das Zusammenspiel politischer und militärischer Taktik – inzwischen durch den Einsatz neuer Waffen noch erfolgreicher – wurde auch in den israelisch-arabischen Kriegen sichtbar. Abschließend ein Zitat: „Solange der Krieg nicht auf die selbstmörderische Zerstörung des strategischen Atomkrieges reduziert wird, gibt es auch in Zukunft begrenzte Konflikte. ... der Blitzkrieg ... wird seine Anziehungskraft für das militärische Denken behalten.“

Warndienst Belegungsversuch Warnamt VII

Band 7 der Schriftenreihe
„Zivilschutz“ des Bundesamtes
für Zivilschutz

Schriftleitung:

Carl Maier/H. C. Toelle

Redaktion: Udo Philipp

Mönch-Verlag Kommanditgesellschaft

Herausgeber: Bundesamt für Zivilschutz, Bonn-Bad Godesberg

Im Bereich der Zivilverteidigung der Bundesrepublik Deutschland erfüllt der Warn- und Alarmdienst – ein personalmäßig zwar kleiner, gerätetechnisch jedoch anspruchsvoller Zweig des Zivilschutzes – wichtige Aufgaben. Er soll die Bevölkerung vor Gefahren warnen, die ihr im Verteidigungsfall durch Luftangriffe, ABC-Waffen usw. drohen können.

Im Frieden stehen seine Einrichtungen für Warnungen bei Katastrophen zur Verfügung.

Betriebstechnische Funktionsprüfungen erfolgen im Rahmen der jährlich stattfindenden Warndienstübungen. Es zeigte sich jedoch bald, daß zur wirksamen Prüfung der technischen Einrichtungen ein versuchsweiser Dauerbetrieb eines vollbelegten Warnbunkers dringend notwendig war, nicht zuletzt auch wegen eines Tests der Belastbarkeit des Personals.

Diese Broschüre ist der Bericht über einen Belegungsversuch. In allen Einzelheiten werden die Phasen des Versuchs geschildert, speziell unterteilt in die Erfahrungen und die medizinisch-wissenschaftlichen Untersuchungen. In der Anlage werden die Fragebogen und deren Auswertung behandelt.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Druckgase

Von **Rolf-Heinz Müller**

Loseblattsammlung, 21. Ergänzungslieferung – Stand Januar 1978

Deutscher Fachschriften-Verlag

Braun GmbH & Co. KG, Wiesbaden

Recht der zivilen Verteidigung

Von **Göb/Kirchner**

11. Ergänzungslieferung;

Stand: Januar 1978

Verlag W. Kohlhammer GmbH,

Stuttgart

Krankentransport und Rettungswesen

Von **Gerdemann/Korbmann/Stramka**

Ergänzbare Handbuch – Grundlieferung

Erich Schmidt Verlag,

Berlin – Bielefeld – München

Gemäß des föderativen Aufbaus der Bundesrepublik liegt die Kompetenz der Gesetzgebung für das Rettungswesen bei den einzelnen Bundesländern. Das führt zu unterschiedlichen Konzeptionen und Aufgabenteilungen. Für den Praktiker ist es daher unumgänglich, über eine Sammlung zu verfügen, in der alle wichtigen Unterlagen zusammengefaßt und erläutert sind.

Das vorliegende Handbuch erfüllt die Anforderungen, die an eine solche Sammlung gestellt werden. Das in der Grundlieferung zusammengefaßte Material ist praxisingerecht ausgewählt. Ausgangspunkt sind die Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Bundes und der Länder.

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Hitzschlag und Sonnenstich

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es einen Unterschied zwischen Hitzschlag und Sonnenstich gibt? Der Hitzschlag ist die Folge größerer Wärmestauungen im Körper, während ein Sonnenstich ausschließlich auf eine zu intensive Sonnenbestrahlung zurückzuführen ist.

Bei Hitzschlag kommt es zu unmittelbar vom Gehirn ausgehenden Bewußtseinsstörungen. Hitzschläge können z. B. bei feuchtschwüler Luft, in Gewächshäusern und in manchen Betrieben auftreten. Die Gefahr, einen Hitzschlag zu bekommen, ist besonders groß beim Zusammentreffen von hoher Außentemperatur und starker Luftfeuchtigkeit. Betroffen sind leicht Heizer in Kesselräumen und Feuerwehrmänner in unmittelbarer Nähe großer Brände. Hitzschläge entstehen auch in Fahrzeugen und Zelten sowie bei großen Menschenansammlungen.

Der Hitzschlag kommt als Folge verminderter Wärmeabgabe des Körpers zustande. Normalerweise erfolgt ja die Wärmeabgabe ständig über die Haut und durch das Schwitzen, wobei der Körper durch die Verdunstungskälte abgekühlt wird. Wenn jedoch die Umgebungsluft durch Wasserdampf gesättigt ist, erfolgt keine Verdunstung mehr. Es entsteht ein Wärmestau im Körper, der sich durch ein gerötetes Gesicht und Schwindelgefühl ankündigt. Es folgen das Aufhören der Schweißabsonderung, ein unsicherer Gang, eine Trübung des Bewußtseins bis zur Teilnahmslosigkeit. Die Haut ist heiß und trocken; der Puls ist meistens hart. Die Körpertemperatur kann bis zu 39, sogar 40 Grad ansteigen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . Personen, die vom Hitzschlag betroffen sind, möglichst bald mit erhöhtem Oberkörper an einem kühlen, schattigen Ort zu lagern sind? Sie brauchen Frischluftzufuhr. Ist schon Bewußtlosigkeit eingetreten, ist unverzüglich mit der Atemspende zu beginnen. Ärztliche Hilfe ist dringend erforderlich. Ein Hitzschlagkranker, der das Bewußtsein wieder-

erlangt hat, muß noch mehrere Tage überwacht werden. Man soll den Betroffenen kalt abwaschen und durch Fächeln Verdunstungskälte erzeugen. Die Haut soll aber nicht begossen werden! Mit viel Wasser, am besten Salzwasser (ein Teelöffel Kochsalz auf einen Liter Wasser), laben. Wenn die Körpertemperatur bis auf 38° C abgesunken ist, kann der Hitzschlagkranke unter dauernder Luftzugkühlung abtransportiert werden.

Besteht keine Rötung des Gesichts, sondern Blässe, so liegt ein Kreislaufversagen vor. Solche Zustände können z. B. auftreten, wenn Urlauber in heißen Ländern nicht genügend Flüssigkeit oder Salz zu sich nehmen.

In solchen Fällen sollen die Kranken nicht hoch, sondern flach gelagert werden. Wenn bei Bewußtsein, sollen sie vorzugsweise mit Salzwasser, sonst mit dünnem Kaffee oder Tee sowie mit kalten Getränken gelabt werden.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . man einen Sonnenstich schon erleiden kann, wenn man an heißen Sommertagen keine Kopfbedeckung trägt und der Kopf für längere Zeit der direkten Sonnenbestrahlung ausgesetzt ist? Der Sonnenstich entsteht durch die Reizung der Hirnhaut. Er äußert sich in Kopfschmerzen, Brechreiz, Benommenheit und Nackensteifheit. Infolge Blutüberfülle im Bereich des Kopfes ist der Kopf zunächst hochrot, wie beim oben beschriebenen Hitzschlag. Kopf und Stirn sondern viel Schweiß ab. Vor den Augen flimmert es, Atmung und Puls sind beschleunigt. Auch bei einem Sonnenstich kann Bewußtlosigkeit auftreten. Die Pupillen sind anfangs weit, später auf Stecknadelkopfgroße verengt. Die Erscheinungen eines Sonnenstichs können übrigens auch erst Stunden nach der Sonneneinwirkung eintreten. Der Sonnenstich gefährdet vor allem kleine Kinder, denen man bei praller Sonne, insbesondere an der See, immer eine Kopfbedeckung aufsetzen sollte. Aber auch Glatzköpfige, Personen mit schüttele-

rem Haar, Autofahrer, die mit offenem Kabriolett oder Schiebedach fahren, sind durch andauernde intensive Sonneneinstrahlung gefährdet. Ganz besonders bedroht sind Menschen mit Herz- und Kreislauferkrankungen und ältere Leute.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . der Sonnenstich u. U. eine lebensgefährliche Erscheinung ist? Nach Möglichkeit müssen Erkrankte in eine Klinik gebracht werden. Als Sofortmaßnahme sollten die Kranken an einen kühlen schattigen Ort gebracht werden, wo man sie mit erhöhtem Kopf lagert. Die Kleidung muß gelockert werden. Kalte Umschläge auf den Kopf, insbesondere auf die Schläfengegend und auf den Nacken, können Wunder wirken. Eine kühle Kompresse auf die Herzgegend sowie kühle Wadenwickel werden ebenfalls als angenehm empfunden. Bei Bewußtlosigkeit ist sofort die Atemspende anzuwenden und ein Abtransport in ein Krankenhaus, ohne Unterbrechung der Atemspende, zu veranlassen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . es falsch ist, bei großer Hitze absichtlich wenig zu trinken, um starkes Schwitzen zu unterbinden? Die Schweißabsonderung läßt sich erfolgreicher einschränken, wenn man den Getränken Salz zusetzt (eine Teelöffelspitze voll auf ein Glas Wasser oder sonstige alkoholfreie Getränke). Schwitzen ist ein natürlicher Vorgang, den man nicht unterbinden sollte. Bei heißem Sommerwetter spielt daher die richtige Bekleidung eine wesentliche Rolle. Oberkleidung wie Unterwäsche müssen leicht, luftdurchlässig und schweißaufsaugend sein. Heller Kleidung aus leichten und porösen Stoffen ist der Vorzug zu geben, ebenso leichten breitrandigen Kopfbedeckungen.

So sehr wir uns – besonders in unseren Breitengraden – über schönes und andauerndes Sommerwetter freuen, den Gefahren von Hitzschlag und Sonnenstich sollten wir durch entsprechende Vorsorge aus dem Wege gehen.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

Lehrer lernen lehren



Zu den Aufgaben des Selbstschutzes, vorbeugende und unmittelbar schützende Maßnahmen durchzuführen sowie allgemeine Maßnahmen zur mittelbaren Gefahrenabwehr zu ergreifen, gehört auch die Bergung eingeschlossener bzw. verschütteter Personen. Beim Selbstschutz in Arbeitsstätten unterstützt der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) insbesondere Selbstschutzführungs- und Einsatzkräfte bei der Unterrichtung und Ausbildung. Vom Wissen und Können der Einsatzkräfte hängt im Ernstfall die Wirksamkeit der Maßnahmen ab, die zur Abwehr und Beseitigung von Gefahren ergriffen werden müssen. Dieses Wissen und Können kann aber nur von erstklassigen Lehrkräften vermittelt werden, die neben hohem theoretischen Know-how ein großes Maß an praktischer Erfahrung besitzen. Aus diesem Grunde schult der Bundesverband für den Selbstschutz seine Fachlehrer in Fachlehrgängen und besonderen Seminaren speziell zu diesem Zweck. Unser Titelbild und die Bilder dieser Seite ergänzen die Illustrationen zu einem Bericht über dieses Thema im Innern dieser Ausgabe.